



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Migrationshintergrund und Bildung als Determinanten politischer Beteiligung

Eine quantitative Analyse der konventionellen und unkonventionellen
politischen Partizipation von ZuwanderInnen

verfasst von / submitted by

Maria Gerlinde Köpping, BA Bakk.phil.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the
degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2019 / Vienna 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. Dr. Sylvia Kritzinger

Danksagung

Ein großes Dankeschön gilt meiner Betreuerin Sylvia Kritzinger, die diese Arbeit von der ersten vagen Idee bis zur Letztversion begleitet hat und mir auf diesem Weg stets mit viel Geduld und wertvollem Feedback zur Seite gestanden ist. Dank ihrer Hilfe habe ich das Forschungsdesign dieser Arbeit in den vergangenen Monaten kontinuierlich reflektieren und weiterentwickeln und dabei auch meine methodischen Kenntnisse verbessern können.

Auch möchte ich den FreundInnen und KollegInnen danken, die laufend für mich da waren und die immer ein offenes Ohr für meine Fragen und Sorgen rund um die Masterarbeit hatten. Danke für all die inhaltlichen Anregungen, den fachlichen Input und die ermutigenden Worte, die einen so wichtigen Beitrag zur Fertigstellung der vorliegenden Arbeit geleistet haben.

Meinen Eltern danke ich von ganzem Herzen dafür, dass sie mich während meiner gesamten Studienzeit uneingeschränkt und in jeder Hinsicht unterstützt und mir so das große Privileg eines sorgenfreien Doppelstudiums geschenkt haben.

Inhalt

1.	Einleitung	1
1.1.	Zur Relevanz der politischen Partizipation von ZuwanderInnen	1
1.2.	Zur Erweiterung des Partizipationsrepertoires	4
1.3.	Zur Frage partizipatorischer Ungleichheiten	6
1.4.	Erkenntnisinteresse und Forschungsfragen	7
1.5.	Methodisches Vorgehen und Aufbau	10
2.	Konzeptualisierung und Erklärungsansätze politischer Partizipation	13
2.1.	Was ist politische Partizipation?	13
2.1.1.	Definition des politischen Partizipationsbegriffs	13
2.1.2.	Entwicklung und Erweiterung des politischen Partizipationsbegriffs	15
2.1.3.	Unterscheidung konventioneller und unkonventioneller Formen	17
2.1.4.	Charakterisierung unkonventioneller Formen	19
2.2.	Wer beteiligt sich?	20
2.2.1.	Der sozioökonomische Status als Ausgangspunkt	20
2.2.2.	Die Elemente des Civic Voluntarism Models	21
3.	Politische Partizipation von ZuwanderInnen: Theorie und Stand der Forschung	27
3.1.	Migrationshintergrund und politische Partizipation	27
3.1.1.	Warum werden ZuwanderInnen (nicht) politisch aktiv?	27
3.1.2.	Partizipationsniveaus der ZuwanderInnen: Ergebnisse der empirischen Forschung	30
3.1.3.	Differenzierung nach Art der Partizipation	32
3.2.	Bildung und politische Partizipation	36
3.2.1.	Direkte und indirekte Effekte des Bildungsniveaus	37
3.2.2.	Bedeutung der Bildung für die unkonventionelle Partizipation	39
3.2.3.	Bedeutung der Bildung für die politische Partizipation von ZuwanderInnen	40
3.2.4.	Ableitung der Hypothesen	43
3.3.	Migrationsspezifische Variablen und politische Partizipation	45
3.3.1.	Bedeutung der Herkunft	45
3.3.2.	Bedeutung der Aufenthaltsdauer	49
3.3.3.	Bedeutung der Staatsbürgerschaft	51
4.	Forschungsdesign	55
4.1.	Daten	55
4.2.	Operationalisierung	56

4.2.1.	Abhängige Variable: Politische Partizipation	56
4.2.2.	Unabhängige Variable: Bildungsniveau	59
4.2.2.	Unabhängige Variablen: Herkunft, Aufenthaltsdauer & Staatsbürgerschaft	61
4.2.3.	Kontrollvariablen.....	61
4.3.	Definition und Zusammensetzung der Gruppe der ZuwanderInnen	64
4.4.	Methode	66
5.	Ergebnisse der deskriptiven Analysen	68
5.1.	Politische Partizipation der ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung im Vergleich.....	68
5.1.1.	Nutzung der politischen Partizipationsformen	69
5.1.2.	Konventionelle und unkonventionelle Partizipation	71
5.2.	Politische Partizipation nach Bildungsniveau	72
5.2.1.	Bildungsunterschiede innerhalb der Gruppe der ZuwanderInnen	72
5.2.2.	Bildungsunterschiede: ZuwanderInnen und Mehrheitsbevölkerung im Vergleich	75
5.3.	Politische Partizipation der Gruppen der ZuwanderInnen.....	76
5.3.1.	Unterschiede nach Herkunft	76
5.3.2.	Unterschiede nach Aufenthaltsdauer	77
5.3.3.	Unterschiede nach Staatsbürgerschaft	79
5.4.	Zusammenfassung der deskriptiven Ergebnisse	80
6.	Ergebnisse der Regressionsanalysen.....	82
6.1.	Migrationshintergrund und politische Partizipation	82
6.2.	Bildung und politische Partizipation	87
6.2.1.	Bildungseffekte für ZuwanderInnen.....	87
6.2.2.	Bildungseffekte: ZuwanderInnen und Mehrheitsbevölkerung im Vergleich	91
6.3.	Migrationsspezifische Variablen und politische Partizipation	95
6.3.1.	Konventionelle Partizipation	96
6.3.2.	Unkonventionelle Partizipation	98
6.3.3.	Interaktionseffekte zwischen den migrationsspezifischen Variablen.....	101
6.4.	Robustheit der Ergebnisse	102
6.5.	Limitationen.....	103
7.	Diskussion & Schluss.....	106
7.1.	Migrationshintergrund und politische Partizipation	106
7.2.	Bildung und politische Partizipation	109
7.3.	Migrationsspezifische Variablen und politische Partizipation	112

7.4. Fazit	117
8. Literaturverzeichnis.....	119
9. Anhang.....	132
9.1. Operationalisierung.....	132
9.2. Beschreibung des Samples	135
9.3. Ergebnisse der deskriptiven Analysen.....	138
9.4. Regressionsanalysen	141
9.4.1. Weitere Ergebnisse	141
9.4.2. Robustheit der Ergebnisse	146
9.5. Abstracts	157
9.5.1. Deutsch.....	157
9.5.2. English.....	158

Abbildungen

Abbildung 1. Nutzung politischer Partizipationsformen: ZuwanderInnen und Mehrheitsbevölkerung.....	69
Abbildung 2. Durchschnittliche Partizipationsniveaus: ZuwanderInnen und Mehrheitsbevölkerung.....	71
Abbildung 3. Zumindest eine Partizipationsform genutzt: ZuwanderInnen und Mehrheitsbevölkerung.....	72
Abbildung 4. Durchschnittliche Partizipationsniveaus der ZuwanderInnen: Unterschiede nach Bildung.....	72
Abbildung 5. Zumindest eine Partizipationsform genutzt: Unterschiede nach Bildung (nur ZuwanderInnen).....	73
Abbildung 6. Durchschnittliche Partizipationsniveaus der ZuwanderInnen: Unterschiede nach Bildungsniveau (ES-ISCED).....	74
Abbildung 7. Durchschnittliche Partizipationsniveaus nach Bildung und Migrationshintergrund.....	75
Abbildung 8. Zumindest eine Partizipationsform genutzt: Unterschiede nach Bildung und Migrationshintergrund.....	75
Abbildung 9. Durchschnittliche Partizipationsniveaus: Unterschiede nach Herkunft	76
Abbildung 10. Zumindest eine Partizipationsform genutzt: Unterschiede nach Herkunft	77
Abbildung 11. Durchschnittliche Partizipationsniveaus: Unterschiede nach Aufenthaltsdauer	78
Abbildung 12. Zumindest eine Partizipationsform genutzt: Unterschiede nach Aufenthaltsdauer	78
Abbildung 13. Durchschnittliche Partizipationsniveaus: StaatsbürgerInnen und Nicht-StaatsbürgerInnen.....	79
Abbildung 14. Zumindest eine Partizipationsform genutzt: StaatsbürgerInnen und Nicht-StaatsbürgerInnen.....	80
Abbildung 15. Marginale Effekte des Migrationshintergrundes für die konventionelle Partizipation	84
Abbildung 16. Marginale Effekte des Bildungsniveaus für die konventionelle und unkonventionelle Partizipation der ZuwanderInnen	89
Abbildung 17. Marginale Effekte des Bildungsniveaus für die konventionelle Partizipation der ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung	92
Abbildung 18. Marginale Effekte des Bildungsniveaus für die unkonventionelle Partizipation der ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung	92
Abbildung 19. Marginale Effekte der Herkunftsgruppen für die unkonventionelle Partizipation der ZuwanderInnen.....	100
Abbildung 20. Marginale Effekte einer westlichen Herkunft für die unkonventionelle Partizipation der ZuwanderInnen.....	100
Abbildung 21. Marginale Effekte der Aufenthaltsdauer für die unkonventionelle Partizipation der ZuwanderInnen	101

Tabellen

Tabelle 1. Konventionelle und unkonventionelle Beteiligungsformen in der Political Action Studie.....	17
Tabelle 2. Klassifikation konventioneller und unkonventioneller Partizipationsformen auf Basis der ESS-Befragung.....	57
Tabelle 3. Politische Partizipationsformen: Ergebnisse der Hauptkomponentenanalyse	58
Tabelle 4. Übersicht der Bildungsniveaus und -gruppen (ES-ISCED)	60
Tabelle 5. Zusammensetzung der Gruppe der ZuwanderInnen nach Herkunft, Aufenthaltsdauer und Staatsbürgerschaft	65
Tabelle 6. Bildungsniveaus nach Migrationshintergrund, Herkunft und Staatsbürgerschaft...	66
Tabelle 7. Ergebnisübersicht: Hypothesen 1-3 (Migrationshintergrund & Bildung).....	112
Tabelle 8. Ergebnisübersicht: Hypothesen 4-6 (migrationsspezifische Variablen)	113
Tabelle 9. Politische Partizipationsformen: Ergebnisse der konfirmatorischen Faktorenanalyse.....	134
Tabelle 10. Fallzahlen: ZuwanderInnen und Mehrheitsbevölkerung je Land.....	135
Tabelle 11. Herkunftsländer der westlichen ZuwanderInnen.....	135
Tabelle 12. Herkunftsländer der osteuropäischen ZuwanderInnen	136
Tabelle 13. Herkunftsländer der "anderen" (nicht-europäischen, nicht-westlichen) ZuwanderInnen.....	136
Tabelle 14. Soziodemographische Merkmale der ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung.....	137
Tabelle 15. Übersicht Kontrollvariablen: Rekrutierung und Engagement (ZuwanderInnen und Mehrheitsbevölkerung).....	137
Tabelle 16. Nutzung der Partizipationsformen nach Migrationshintergrund	138
Tabelle 17. Nutzung der Partizipationsformen nach Herkunft und Staatsbürgerschaft	138
Tabelle 18. Nutzung der Partizipationsformen nach Bildung und Migrationshintergrund	139
Tabelle 19. Durchschnittliche Partizipationsniveaus der (Gruppen der) ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung.....	140

Regressionstabellen

Regressionstabelle 1. Gesamte, konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation in Abhängigkeit von Migrationshintergrund und Kontrollvariablen (OLS-Regression) ..	83
Regressionstabelle 2. Gesamte, konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen in Abhängigkeit von Bildungsniveau und Kontrollvariablen (OLS-Regression).....	88
Regressionstabelle 3. Konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen (MIG) und der Mehrheitsbevölkerung (MB) in Abhängigkeit von Bildungsniveau und Kontrollvariablen (OLS-Regression).....	91
Regressionstabelle 4. Konventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen in Abhängigkeit von migrationspezifischen Variablen, Bildungsniveau und Kontrollvariablen (OLS-Regression)	96
Regressionstabelle 5. Unkonventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen in Abhängigkeit von migrationspezifischen Variablen, Bildungsniveau und Kontrollvariablen (OLS-Regression)	98
Regressionstabelle 6. Gesamte, konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation in Abhängigkeit von Migrationshintergrund, Bildungsniveau und Kontrollvariablen (OLS-Regression).....	141
Regressionstabelle 7. Politische Partizipation (alle Formen) der ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung in Abhängigkeit von Bildungsniveau und Kontrollvariablen (OLS-Regression).....	142
Regressionstabelle 8. Gesamte, konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation in Abhängigkeit von Migrationshintergrund (Mig-Hint), Bildungsniveau und Kontrollvariablen mit Interaktionsterm Bildung & Migrationshintergrund (OLS-Regression).....	143
Regressionstabelle 9. Gesamte, konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation in Abhängigkeit von Migrationshintergrund (Mig-Hint), Bildungsniveau (ES-ISCED) und Kontrollvariablen mit Interaktionsterm Bildung & Migrationshintergrund (OLS-Regression).....	144
Regressionstabelle 10. Gesamte politische Partizipation (alle Formen) der ZuwanderInnen in Abhängigkeit von migrationspezifischen Variablen, Bildungsniveau und Kontrollvariablen (OLS-Regression)	145
Regressionstabelle 11. Gesamte, konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen in Abhängigkeit von Bildungsniveau (ES-ISCED) und Kontrollvariablen (OLS-Regression)	146
Regressionstabelle 12. Konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung in Abhängigkeit von Bildungsniveau (ES-ISCED) und Kontrollvariablen (OLS-Regression).....	147
Regressionstabelle 13. Gesamte politische Partizipation der ZuwanderInnen in Abhängigkeit von migrationspezifischen Variablen, Bildungsniveau und Kontrollvariablen mit alternativen Operationalisierungen der Aufenthaltsdauer (OLS-Regression)	148
Regressionstabelle 14. Konventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen in Abhängigkeit von migrationspezifischen Variablen, Bildungsniveau und	

Kontrollvariablen mit alternativen Operationalisierungen der Aufenthaltsdauer (OLS-Regression).....	149
Regressionstabelle 15. Unkonventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen in Abhängigkeit von migrationspezifischen Variablen, Bildungsniveau und Kontrollvariablen mit alternativen Operationalisierungen der Aufenthaltsdauer (OLS-Regression).....	150
Regressionstabelle 16. Gesamte, konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen erster Generation in Abhängigkeit von Bildungsniveau und Kontrollvariablen (OLS-Regression)	151
Regressionstabelle 17. Gesamte, konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen (erweiterte Gruppe) in Abhängigkeit von Bildungsniveau und Kontrollvariablen (OLS-Regression)	152
Regressionstabelle 18. Gesamte, konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen erster Generation in Abhängigkeit von Bildungsniveau, migrationspezifischen Variablen und Kontrollvariablen (OLS-Regression)	153
Regressionstabelle 19. Gesamte, konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen (erweiterte Gruppe) in Abhängigkeit von Bildungsniveau, migrationspezifischen Variablen und Kontrollvariablen (OLS-Regression)	154
Regressionstabelle 20. Gesamte, konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen westlicher Herkunft in Abhängigkeit von Bildungsniveau, Aufenthaltsdauer, Staatsbürgerschaft und Kontrollvariablen (OLS-Regression).....	155
Regressionstabelle 21. Gesamte, konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen nicht-westlicher Herkunft in Abhängigkeit von Bildungsniveau, Aufenthaltsdauer, Staatsbürgerschaft und Kontrollvariablen (OLS-Regression).....	156

1. Einleitung

1.1. Zur Relevanz der politischen Partizipation von ZuwanderInnen

Die Zahl der internationalen MigrantInnen ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen¹ (vgl. UN Department of Economic and Social Affairs, Population Division 2017, 1f). Im Kontext internationaler Migrationsbewegungen und einer zunehmenden grenzüberschreitenden Mobilität² machen Personen, die nicht in ihrem Geburtsland leben, einen bedeutenden Anteil der europäischen Bevölkerung aus³ (vgl. Penninx 2006, 7–10; Just/Anderson 2012, 481–483). Sie stellen eine äußerst heterogene Gruppe von Personen dar, die sich nicht nur hinsichtlich ihrer Herkunft, sondern zum Beispiel auch in Bezug auf die Motive und die Art ihrer Migration sowie die Stärke ihrer Bindung an ihre Herkunfts- und Zielländer voneinander unterscheiden (vgl. Herwig 2017, 132–135; Portes 2010, 1555–1557; Engbersen et al. 2013, 976–979). Die von einer wachsenden Komplexität gekennzeichneten internationalen Migrationsströme stellen die Regierungsform der modernen liberalen Demokratie vor (neuen) Herausforderungen (vgl. Kaase 2007, 791f; Beckman 2012, 18f). Es stellt sich die Frage, inwiefern die Interessen von ZuwanderInnen⁴ im politischen Prozess berücksichtigt werden und welche Möglichkeiten sich ihnen bieten, demokratische Entscheidungen zu beeinflussen (vgl. Martiniello et al. 2006, 86–91). Ob und wie Personen mit einem Migrationshintergrund sich in ihren Aufenthaltsländern am politischen Willensbildungsprozess beteiligen (können), erscheint vor diesem Hintergrund von großem Interesse (vgl. Just/Anderson 2012, 481–483).

Mit der *politischen Partizipation*⁵ ist die Einflussnahme von BürgerInnen auf die Politik angesprochen (vgl. van Deth 2014, 351). Indem sie sich politisch beteiligen, können BürgerInnen ihre Interessen, Präferenzen und Bedürfnisse zum Ausdruck bringen und dafür

¹ Statistiken der Vereinten Nationen gehen für das Jahr 2017 von weltweit rund 258 Millionen internationalen MigrantInnen (definiert als Personen, die in einem anderen Land als dem eigenen Geburtsland leben) aus. Dies ist im Vergleich zu den Jahren 2000 (173 Millionen) und 2010 (220 Millionen) ein deutlicher Anstieg. Weil die Gruppe der MigrantInnen schneller gewachsen ist als die Gesamtbevölkerung, hat sich auch der Anteil der MigrantInnen an der Bevölkerung erhöht (vgl. UN Department of Economic and Social Affairs, Population Division 2017, 3–6).

² Die zunehmende Mobilität von BürgerInnen ist sowohl innerhalb Europas als auch über die Grenzen Europas hinausgehend zu beobachten und kann auf eine zunehmende Globalisierung, sich verändernde und diversifizierende Muster der internationalen Migration sowie auch auf die Personenfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union zurückgeführt werden (vgl. Penninx 2006, 7–10).

³ Personen, die außerhalb ihres Aufenthaltslandes geboren wurden, machten in den EU-28 im Jahr 2016 insgesamt 7,2% der Bevölkerung aus; 3,1% wurden in einem anderen Mitgliedsstaat der EU und 4,1% außerhalb der EU geboren (vgl. Eurostat 2017). Für den gesamten OECD-Raum lag der Anteil der außerhalb ihres Aufenthaltslandes Geborenen im Jahr 2017 bei 13%, wohingegen er im Jahr 2000 noch bei 9,5% lag (vgl. OECD 2018).

⁴ Die Begriffe der *ZuwanderInnen* und der *Personen mit einem Migrationshintergrund* werden im Rahmen dieser Arbeit synonym verwendet.

⁵ Die Begriffe der *politischen Partizipation* und der *politischen Beteiligung* werden im Rahmen dieser Arbeit synonym verwendet.

sorgen, dass politische AmtsinhaberInnen auf diese reagieren (vgl. Verba et al. 1995, 1). Dieser Mechanismus gilt in der Literatur als grundlegendes Element des demokratischen Prozesses (vgl. Kaase 2007, 791; van Deth 2014, 350).

„Citizen participation is at the heart of democracy. Indeed, democracy is unthinkable without the ability of citizens to participate freely in the governing process“ (Verba et al. 1995, 1).

Der Möglichkeit, politische Entscheidungen zu beeinflussen und diese mitzugestalten, wird auch in Bezug auf Personen mit einem Migrationshintergrund eine große Bedeutung zugeschrieben (vgl. Klarenbeek/Weide 2019; Just/Anderson 2012, 481–483). ZuwanderInnen haben in ihren Aufenthaltsländern legitime und teilweise spezifische Bedürfnisse, Präferenzen und Ansprüche (vgl. Adamson 2006, 5; Bilodeau 2008, 975f). Um die Repräsentation dieser Interessen im politischen Prozess sicherzustellen, ist es wichtig, dass ZuwanderInnen in ihren Aufenthaltsländern am politischen Willensbildungsprozess beteiligt sind (vgl. de Rooij 2011, 456).

“As it should be for all citizens, the voice of immigrants must be loud and clear so that public authorities can listen, understand and properly respond to their demands [...]. Without the ability to be clearly heard, immigrants are unlikely to see their unique needs, preoccupations and preferences adequately met” (Bilodeau 2008, 975).

Die Prinzipien der gleichen Partizipationsmöglichkeiten und der gleichen Berücksichtigung der Interessen aller BürgerInnen stellen aus normativer Sicht wichtige Grundlagen des modernen Demokratieverständnisses dar (vgl. Teorell/Sum/et al. 2007, 384; Verba et al. 1995, 1f). Die Legitimität demokratischer Entscheidungen hängt davon ab, ob und in welchem Ausmaß jene Personen, die von diesen Entscheidungen betroffen sind, in die Entscheidungsprozesse involviert sind (vgl. Young 2000, 5f; Dalton 2008, 78). Aus der Perspektive von Ziel- bzw. Aufenthaltsländern ist die politische Beteiligung von ZuwanderInnen daher auch für die demokratische Legitimität politischer Entscheidungsprozesse (vgl. Huddleston 2017, 5).

Der politischen Partizipation wird auch für die (politische) Integration eine große Bedeutung zugeschrieben (vgl. de Rooij 2011, 456; Martiniello 2005, 2f). AutorInnen sehen in der politischen Beteiligung von ZuwanderInnen eine „integrationsrelevante Frage“ (Müssig/Worbs 2012, 10) und argumentieren, dass eine „[...] aktive Teilnahme am politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess die Integration zweifelsohne fördern“ könne (Wiedemann 2006, 261). Mit der Integration ist ein weiterer wichtiger Aspekt der Migrations- und Zuwanderungsthematik angesprochen, welcher in Europa nach wie vor Gegenstand

intensiver Debatten ist (vgl. Just/Anderson 2014, 935f; Pettinicchio/de Vries 2017, 524; Paskeviciute/Anderson 2007, 1).

Es kann also festgehalten werden, dass die Frage nach der politischen Beteiligung von ZuwanderInnen sowohl aus demokratietheoretischer als auch aus gesellschaftspolitischer Perspektive relevant ist. Für die Forschung birgt die Auseinandersetzung mit dieser Thematik das Potenzial, Theorien der politischen Partizipation zu testen *und* ein besseres Verständnis für die Beteiligung einer wachsenden gesellschaftlichen Gruppe zu entwickeln (vgl. de Rooij 2011, 456). In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung wurde dem politischen Handeln von ZuwanderInnen im europäischen Raum jedoch über lange Zeit hinweg relativ wenig Beachtung geschenkt (vgl. Però/Solomos 2010, 7f). Das Thema der politischen Beteiligung von ZuwanderInnen wurde „trotz seiner unbestrittenen Relevanz [...] eher vernachlässigt“ (Wiedemann 2006, 261) und erst ab den 1990er Jahren verstärkt zum Gegenstand der (empirischen) Forschung (vgl. Però/Solomos 2010, 8f; Müssig/Worbs 2012, 18). Die Erkenntnisse bisheriger Untersuchungen beziehen sich überwiegend auf die USA und/oder die Beteiligung an Wahlen und auf den Wahlprozess bezogene Partizipationsformen (vgl. Paskeviciute/Anderson 2007, 2f; Pettinicchio/de Vries 2017, 526; Just/Anderson 2014, 937).

Für Personen mit einem Migrationshintergrund können jedoch gerade die nicht-elektoralen Formen⁶ besonders wichtig sein, weil sie auch jenen, die nicht über die Staatsbürgerschaft ihres Aufenthaltslandes verfügen, offenstehen (vgl. Müssig/Worbs 2012, 36; Zapata-Barrero et al. 2013, 1). Im Hinblick auf jüngere Untersuchungen kann ein wachsendes Interesse an der nicht-elektoralen Partizipation von ZuwanderInnen beobachtet werden: Mehrere StudienautorInnen betonen, dass es wichtig sei, sich auch mit der Nutzung von Partizipationsformen außerhalb der institutionalisierten Sphäre zu befassen (vgl. Bilodeau 2008, 976; Pettinicchio/de Vries 2017, 548). Werden nur die Beteiligung an Wahlen und Partizipationsformen, die sich auf den Wahlprozess beziehen, betrachtet, laufe man Gefahr, die Beteiligung insbesondere der Nicht-StaatsbürgerInnen zu übersehen bzw. nicht das volle Spektrum ihrer Partizipation abzubilden (vgl. Just/Anderson 2012, 484; Ebert/Okamoto 2013, 1268).

⁶ Unter nicht-elektoralen Formen werden in der vorliegenden Arbeit alle Möglichkeiten der politischen Partizipation verstanden, welche über die Stimmabgabe bei einer Wahl hinausgehen (vgl. Verba et al. 1978, 46f).

1.2. Zur Erweiterung des Partizipationsrepertoires

„As the public becomes increasingly critical of elite decision-making, and increasingly ready to intervene actively in order to influence specific decisions, the nature of citizen politics in advanced democracies has changed” (Inglehart/Catterberg 2002, 314).

“Casting a vote, boycotting some product, donating money, running for office, forwarding emails, contacting an alderman, attending a political poetry slam – the list of modes of political participation is long and gets longer almost daily” (van Deth 2014, 349).

Direkte Handlungsformen sind keineswegs neu (vgl. Verba 1967, 54f). Im Laufe der vergangenen Jahrzehnte hat das Repertoire der Beteiligungsmöglichkeiten, die BürgerInnen abseits der auf Wahlen und Parteien ausgerichteten Partizipation zur Verfügung stehen, jedoch eine enorme Erweiterung erfahren (vgl. van Deth 2009, 141). Das Spektrum der politischer Partizipationsformen⁷ entwickelt sich dynamisch weiter (vgl. de Nève/Olteanu 2013, 11). Seit den 1990er Jahren wird ein zunehmendes Verschwimmen der Grenzen zwischen dem politischen und dem sozialen Engagement beobachtet, weil sich die politische Partizipation zunehmend auch auf Bereiche, die früher als die „privaten“, „sozialen“ oder „wirtschaftlichen“ Sphären gegolten hätten, ausgeweitet hat (vgl. Theocharis/van Deth 2018, 142f; Vetter/Remer-Bollow 2017, 59f). In der empirischen Partizipationsforschung spiegelt sich dies darin wider, dass Untersuchungen ein immer breiteres Spektrum politischer Partizipationsformen miteinbeziehen und diese mit mehrdimensionalen Typologien zu strukturieren versuchen (vgl. Ohme et al. 2018; Teorell/Torcal/et al. 2007; Theocharis/van Deth 2018; van Deth 2014). Eine Dimension, entlang derer verschiedene Beteiligungsformen voneinander abgegrenzt werden können, ist die Frage, ob auf *konventionellem*, „traditionell institutionalisiertem“ – zumeist auf den Wahlprozess oder Parteien bezogenen – Weg Einfluss genommen oder aber mittels *unkonventioneller* Formen außerhalb der formalen Strukturen des politischen Systems partizipiert wird⁸ (vgl. de Rooij 2011, 457; Linssen et al. 2014, 33f).

Die Nutzung politischer Partizipationsformen außerhalb der institutionalisierten Sphäre der Politik – also zum Beispiel die Teilnahme an Demonstrationen, die Beteiligung an Unterschriftensammlungen und das politisch motivierte Konsumverhalten⁹ – hat im Laufe der

⁷ Unter Partizipationsformen (*forms*) werden in dieser Arbeit spezifische Aktivitäten (z.B. die Kontaktaufnahme mit einer/einem PolitikerIn oder die Teilnahme an einer Demonstration) verstanden. Das gesamte Spektrum aller verfügbaren Formen wird als Partizipationsrepertoire (*repertoire*) bezeichnet (vgl. Theocharis/van Deth 2018, 143).

⁸ In der vorliegenden Arbeit wird diese Unterscheidung mit den Begrifflichkeiten der konventionellen bzw. institutionalisierten Formen auf der einen und der unkonventionellen bzw. nicht-institutionalisierten Formen auf der anderen Seite getroffen (siehe dazu Kapitel 2.1). Sie werden als verschiedene „Arten“ der politischen Partizipation bezeichnet.

⁹ Unter dem politisch motivierten Konsumverhalten (*political consumerism*) wird die durch politische oder ethische Gründe motivierte bewusste Auswahl von ProduzentInnen und Produkten verstanden. Dies schließt sowohl den Boykott als auch den bewussten Kauf (*buykott*) mit ein (vgl. Stolle et al. 2005, 245f)

vergangenen Jahrzehnte zugenommen (vgl. Bernhagen/Marsh 2007; Dalton 2008; Inglehart/Catterberg 2002; Linssen et al. 2014; Stolle/Hooghe 2011). Dies wird in der Literatur unter anderem mit einem gesellschaftlichen Wertewandel von materialistischen hin zu postmaterialistischen Prioritäten¹⁰ und mit einer auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene zu beobachtenden kognitiven Mobilisierung¹¹ begründet (vgl. Inglehart 1990, 335–370). Beteiligungsformen außerhalb der institutionalisierten Sphäre der Politik wird nachgesagt, dass sie besser zu den Forderungen einer „neuen Generation“ von BürgerInnen passen, die unter anderem als „post-materialistisch“ und „kritisch“ charakterisiert werden (vgl. Marien et al. 2010, 188). BürgerInnen können und wollen sich demnach auf einer „höheren Ebene“ politisch beteiligen und spezifische Entscheidungen mitbestimmen (vgl. Inglehart 1990, 335–370; vgl. Inglehart/Catterberg 2002, 300f). Norris spricht von einer Entwicklung zunehmend kritischer BürgerInnen (*critical citizens*), die traditionelle Quellen der Autorität – und damit auch die Regierung – hinterfragen (vgl. Norris 1999, 24–27). Dalton stellt die Ausweitung einer engagierten Bürgerschaft (*engaged citizenship*) fest, die dazu geführt habe, dass BürgerInnen vermehrt auf direkte, individualisierte Formen des politischen Handelns zurückgreifen (vgl. Dalton 2008, 86–94).

Zahlreiche AutorInnen sehen unkonventionelle politische Partizipationsformen mittlerweile im „normalen“ Handlungsrepertoire der BürgerInnen angekommen: Demonstrationen und andere Formen der sogenannten „Protestpolitik“ gelten heute als legitime, gewöhnliche Ausdrucksformen politischer Anliegen, die in westlichen Demokratien von breiten Teilen der Bevölkerung genutzt werden (vgl. Bilodeau 2008, 976; Norris et al. 2005, 203; Rucht 2007, 713–720; Vetter/Remer-Bollow 2017, 166). Das Verhältnis von Beteiligungsformen innerhalb und außerhalb der institutionalisierten Sphäre kann dabei als komplementär betrachtet werden (vgl. Stark 2019, 86): Untersuchungen deuten darauf hin, dass BürgerInnen die Entscheidung für bestimmte Handlungsformen *nicht* als „Trade-Off“ zwischen verschiedenen Arten der Beteiligung wahrnehmen (vgl. Teorell/Torcal/et al. 2007, 351–354). Unkonventionelle Formen werden nicht als Ersatz für die Beteiligung innerhalb der institutionalisierten Sphäre der Politik gesehen, sondern stellen vielmehr eine Erweiterung des zur Verfügung stehenden Partizipationsrepertoires dar (vgl. Kaase/Marsh 1979b, 163; Schäfer 2010, 141).

¹⁰ Dieser Wertewandel zeichnet sich dadurch aus, dass postmaterialistische Werte wie die Autonomie die Selbstverwirklichung (*self-expression*) und die Lebensqualität gegenüber materialistischen Werten wie der wirtschaftlichen und physischen Sicherheit an Bedeutung gewinnen (vgl. Inglehart 2007, 223f).

¹¹ Infolge der Bildungsexpansion der vergangenen Jahrzehnte wird eine „kognitive Mobilisierung“ beobachtet, welche sich in höheren Bildungsniveaus auf der Aggregatebene äußert. Sie wird auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene mit einer Erweiterung der politischen Handlungskompetenzen von BürgerInnen und mit verbesserten Teilhabe- und Gestaltungsmöglichkeiten in Zusammenhang gebracht (vgl. Hajdar/Becker 2007, 416f).

1.3. Zur Frage partizipatorischer Ungleichheiten

„Equality in political rights does not [...] create substantive equality in their effective use. Individuals and groups differ significantly in terms of whether they take part at all and, if so, how much and in what ways“ (Verba et al. 1995, 11).

Es ist vielfach belegt, dass sich nicht alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen am politischen Prozess beteiligen und dass die Muster der damit angesprochenen partizipatorischen Ungleichheiten entlang der Linien sozialer Ungleichheiten verlaufen (vgl. Teorell/Sum/et al. 2007, 392–410; Verba et al. 1995; Vetter/Remer-Bollow 2017, 79–84). Selbst wenn BürgerInnen formal gesehen dieselben politischen Beteiligungsrechte haben, können sich in ihren tatsächlichen Möglichkeiten (*effective ability*), diese Rechte zu nutzen, große Unterschiede zeigen (vgl. Smith 2009, 489). Weil politische und sozioökonomische Stratifikationsmuster in einem engen Zusammenhang miteinander stehen, ergibt sich ein Teufelskreis:

„Where political and nonpolitical stratification hierarchies are closely congruent, they mutually support each other. Those citizens who are wealthier, better educated, or who come from more prestigious ethnic or racial or linguistic groups will hold a disproportionate share of political influence. The political stratification system in turn reinforces the socioeconomic one. The economically and socially better-off dominate politics. Government policy, in turn, maintains and reinforces the position of those who are better off“ (Verba et al. 1978, 2).

Angesichts der wachsenden Bedeutung unkonventioneller Beteiligungsformen gewinnt die Frage nach partizipatorischen Ungleichheiten neuerlich an Relevanz (vgl. Förster/Kaukal 2016, 354). Während wohlhabenderen und besser gebildeten Personen ebenso wie Männern und älteren Personen in der Literatur gemeinhin eine stärkere (konventionelle) Partizipation nachgesagt wurde, herrscht Uneinigkeit darüber, ob und in welchem Ausmaß sich diese Ungleichheiten auch in der unkonventionellen Partizipation wiederfinden lassen (vgl. Stolle/Hooghe 2011, 121; Uslaner 2009, 6). Auf der einen Seite betonen AutorInnen die Potenziale unkonventioneller Formen, manche „traditionellen“ partizipatorischen Ungleichheiten zu verringern, weil sie zum Beispiel von Frauen und jüngeren Kohorten tendenziell häufiger genutzt werden (vgl. Marien et al. 2010, 204–206; Stolle/Hooghe 2011, 137–139). Andere sprechen im Hinblick auf die unkonventionelle Beteiligung hingegen von einem „bekannte[n] Bild von Ungleichheit“ (Vetter/Remer-Bollow 2017, 166), weil auch diese Formen von sozioökonomisch besser gestellten Personen häufiger genutzt werden und ihre Nutzung somit „zu Lasten sozial Schwacher verzerrt“ sei (Schäfer 2010, 137). Dem Bildungsniveau wird im Hinblick auf die unkonventionelle Partizipation vielfach eine

besonders große Bedeutung zugeschrieben, weil die themenspezifische Beteiligung abseits etablierter Strukturen ein hohes Ausmaß an Wissen und Fähigkeiten erfordere (vgl. Inglehart 1990, 339f; Marien et al. 2010, 204–206; Stolle/Hooghe 2011, 121–125).

1.4. Erkenntnisinteresse und Forschungsfragen

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, in welchem Ausmaß und *wie* ZuwanderInnen das zunehmend ausgeweitete Repertoire politischer Partizipationsmöglichkeiten in ihren Aufenthaltsländern nutzen. Welche Bedeutung haben die von der Gesamtbevölkerung mit zunehmender Häufigkeit genutzten unkonventionellen Formen für die in der Literatur in der Regel als insgesamt beteiligungsschwächer eingeschätzte Gruppe der ZuwanderInnen¹²? Inwiefern unterscheiden sich die Präferenzen von ZuwanderInnen für oder gegen bestimmte Arten der Partizipation von jenen der Mehrheitsbevölkerung und welche Faktoren liegen ihrer Entscheidung, ob und wie sie politisch aktiv werden, zu Grunde?

Der bisherige Stand der Forschung liefert auf diese Fragen noch keine eindeutigen Antworten. Theoretische Erwartungen und Erkenntnisse hinsichtlich der (nicht-ektoralen) Beteiligung von ZuwanderInnen sind von Unklarheiten und Widersprüchlichkeiten geprägt (vgl. Pettinicchio/de Vries 2017, 526). Jüngere Untersuchungen im europäischen Raum kommen zum Schluss, dass auch ZuwanderInnen ein breites Spektrum politischer Beteiligungsmöglichkeiten nutzen, dabei jedoch insgesamt niedrigere Partizipationsniveaus aufweisen als die Mehrheitsbevölkerung (vgl. Bilodeau 2008; de Rooij 2011; Pettinicchio/de Vries 2017). Bisher noch unzureichend erforscht ist die Frage, wie sich die Partizipationsmuster von ZuwanderInnen im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung charakterisieren lassen und worauf mögliche Unterschiede in der politischen Partizipation zurückgeführt werden können (vgl. de Rooij 2011, 456; Paskeviciute/Anderson 2007, 1f). Auch über die differenzierte Nutzung verschiedener Beteiligungsformen und über die Faktoren, welche den Präferenzen für verschiedene Arten der Partizipation zugrunde liegen, ist bisher wenig bekannt (vgl. Huddleston 2017, 10; Pettinicchio/de Vries 2017, 530).

Die vorliegende Arbeit greift diese offenen Fragen auf und beschäftigt sich damit, *wie* ZuwanderInnen sich in ihren Aufenthaltsländern beteiligen und welche Faktoren ihre Entscheidung, politische Partizipationsformen zu nutzen, beeinflussen können. Indem zwischen konventionellen und unkonventionellen Beteiligungsformen differenziert wird, sollen nicht nur

¹² Für ZuwanderInnen und Minderheitengruppen werden in der Literatur vielfach im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung geringere Partizipationsniveaus postuliert (vgl. Quintelier 2009, 919; Ruedin 2011, 6). Theoretische Begründungen und empirische Belege dieser Annahme werden in Kapitel 3.1 diskutiert.

das Ausmaß, sondern auch die *Art* der politischen Partizipation untersucht werden. Drei Aspekte sind dabei von besonderem Interesse: Diese sind *erstens* die (konventionelle und unkonventionelle) Partizipation der ZuwanderInnen im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung, *zweitens* die Rolle des Bildungsniveaus und *drittens* die Unterschiede innerhalb der Gruppe der ZuwanderInnen nach deren Herkunft, Aufenthaltsdauer und Staatsbürgerschaft. Im Folgenden werden diese drei zentralen Elemente des Erkenntnisinteresses näher erläutert und die entsprechenden Forschungsfragen formuliert.

Forschungsfragen

Im Rahmen dieser Arbeit soll *erstens* untersucht werden, inwiefern sich die Präferenzen der ZuwanderInnen für oder gegen bestimmte Arten der Partizipation von jenen der Mehrheitsbevölkerung unterscheiden. Ziel ist es, die politischen Partizipationsmuster der ZuwanderInnen als Gesamtgruppe mit jenen der Mehrheitsbevölkerung zu vergleichen und herauszufinden, inwiefern ein Migrationshintergrund nicht nur das Ausmaß, sondern die *Art* der politischen Partizipation beeinflussen kann.

Forschungsfrage 1: Inwiefern unterscheidet sich die (konventionelle und unkonventionelle) politische Partizipation von ZuwanderInnen von jener der Mehrheitsbevölkerung?

Zweitens soll untersucht werden, inwiefern die Nutzung politischer Partizipationsformen *innerhalb* der Gruppe der ZuwanderInnen nach deren Bildungsniveau stratifiziert ist und ob es hinsichtlich der Bedeutung der Bildung Unterschiede zwischen den ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung gibt. Mit dem Bildungsniveau wird eine erklärende Variable aufgegriffen, die in Bezug auf die Mehrheitsbevölkerung als besonders wichtige Determinante der politischen Beteiligung im Allgemeinen und der unkonventionellen Partizipation im Besonderen gilt (vgl. Inglehart 1990, 339f; Marien et al. 2010, 204–206; Stolle/Hooghe 2011, 121–125). Während mehrere Studien in den USA den Einfluss der Bildung auf die Partizipation von Minderheitengruppen hinterfragen und dabei teilweise nach ethnischer Zugehörigkeit differenzierte Effekte des Bildungsniveaus feststellen (vgl. Tam Cho 1999; Lien et al. 2004; Ramakrishnan 2005), beziehen quantitative Untersuchungen der politischen Partizipation von ZuwanderInnen im europäischen Raum die Bildung in der Regel nur als Kontrollvariable mit ein (vgl. de Rooij 2011; Just/Anderson 2012; Paskeviciute/Anderson 2007). Im Rahmen der vorliegenden Arbeit soll über die „Kontrolle“ für das Bildungsniveau hinausgegangen werden, indem hinterfragt wird, welchen Einfluss das Bildungsniveau auf die (konventionelle und unkonventionelle) Partizipation von ZuwanderInnen hat und inwiefern es im Hinblick auf

diesen Wirkungszusammenhang Unterschiede zwischen den ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung gibt.

Forschungsfrage 2: Inwiefern hängt die (konventionelle und unkonventionelle) politische Partizipation von ZuwanderInnen mit deren Bildungsniveau zusammen?

„Die“ Gruppe der Personen mit einem Migrationshintergrund ist in ihrer politischen Partizipation keineswegs homogen (vgl. Müssig/Worbs 2012, 18). Die politische Partizipation von ZuwanderInnen kann nicht nur anhand „traditioneller“ (d.h. für die Mehrheitsbevölkerung bedeutsamer) Variablen erklärt, sondern darüber hinausgehend auch von migrationsspezifischen Faktoren beeinflusst werden (vgl. Zapata-Barrero et al. 2013, 3f). Fragen nach migrationsspezifischen Unterschieden im Partizipationsverhalten sind eng mit Fragen der politischen (Re-)Sozialisation verknüpft: Es stellt sich die Frage, inwiefern frühere (vor der Migration gesammelte) Erfahrungen und die Prägung der Herkunft in einem neuen politischen Umfeld fortwirken und inwiefern sich das Partizipationsverhalten im Laufe der Zeit, welche ZuwanderInnen in ihrem neuen Aufenthaltsland verbringen, an jenes der Mehrheitsbevölkerung anpasst (vgl. Müssig/Worbs 2012, 19f; White et al. 2008, 268–270). Daher wird *drittens* die Rolle der migrationsspezifischen Hintergründe und Erfahrungen thematisiert und untersucht, inwiefern die Herkunft, die Aufenthaltsdauer und die Frage, ob ZuwanderInnen über die Staatsbürgerschaft ihres Aufenthaltslandes verfügen oder nicht, ihre politische Partizipation beeinflussen können:

Forschungsfrage 3: Inwiefern hängt die (konventionelle und unkonventionelle) politische Partizipation von ZuwanderInnen mit deren Herkunftsland, Aufenthaltsdauer und Staatsbürgerschaft zusammen?

Um eine fokussierte Analyse dieser drei Fragestellungen zu ermöglichen, muss das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit in mehrerer Hinsicht eingeschränkt werden. *Erstens* beschäftigt sich diese Arbeit mit der politischen Partizipation von ZuwanderInnen in ihren „neuen“ Aufenthaltsländern¹³. Transnationale oder an das Herkunftsland gerichtete politische Handlungen werden dabei nicht berücksichtigt. *Zweitens* wird der Fokus auf die Nutzung nicht-elektoraler Partizipationsformen gelegt und die Wahlbeteiligung ausgeklammert¹⁴. Durch diese Einschränkung werden nur jene Formen untersucht, die formal

¹³ In der Literatur werden die (neuen) Aufenthaltsländer von Personen mit einem Migrationshintergrund auch als Gastländer (*host countries* bzw. *host societies*) bezeichnet. Die Begriffe *Aufenthaltsland* und *Gastland* werden im Rahmen dieser Arbeit synonym verwendet.

¹⁴ Die Wahlbeteiligung ist die mit Abstand am weitesten verbreitete Beteiligungsform und zeichnet sich im Vergleich zu anderen Beteiligungsformen durch eine gewisse Einzigartigkeit (*uniqueness*) aus (vgl. Verba et al. 1995, 23f). Weil sie sich sowohl in ihren Charakteristiken als auch in der Häufigkeit ihrer Nutzung deutlich von der nicht-elektoralen Partizipation unterscheidet, wird sie in vielen Untersuchungen politischer Partizipation separat betrachtet oder ausgeklammert (vgl. Marien et al. 2010, 198; Hooghe/Marien 2013, 138).

gesehen allen ZuwanderInnen (auch den Nicht-StaatsbürgerInnen) offenstehen. *Drittens* bleibt die Untersuchung auf die Analyseebene des individuellen Partizipationsverhaltens beschränkt. *Viertens* wird schließlich eine räumliche Eingrenzung des Untersuchungsraumes vorgenommen und der Fokus auf westliche liberale Demokratien Europas gelegt. Vergleichende Analysen haben gezeigt, dass es hinsichtlich des Ausmaßes und der Determinanten der politischen Partizipation innerhalb Europas deutliche Unterschiede zwischen „West“ und „Ost“ bzw. zwischen „alten“ und „neuen“ Demokratien gibt (vgl. Bernhagen/Marsh 2007; Smith 2009). Indem die „jungen“ Demokratien des zentral- und osteuropäischen Raums nicht als *Aufenthaltsländer* miteinbezogen werden, kann eine homogenere Ländergruppe untersucht und hinsichtlich der *Herkunftsländer* der ZuwanderInnen zwischen west- und osteuropäischen Ländern differenziert werden.

1.5. Methodisches Vorgehen und Aufbau

Die soeben formulierten Forschungsfragen sollen im Rahmen dieser Arbeit mithilfe eines quantitativen Forschungsdesigns beantwortet werden. Anhand von Daten des European Social Survey (ESS) wird untersucht, inwiefern ein Migrationshintergrund das Ausmaß und die Art der Partizipation beeinflusst und inwiefern die Entscheidung, ob und wie ZuwanderInnen in ihren Aufenthaltsländern politisch aktiv werden, von ihrem Bildungsniveau, ihrer Herkunft, ihrer Aufenthaltsdauer und ihrer Staatsbürgerschaft beeinflusst wird. Dafür werden im ersten Schritt die (konventionellen und unkonventionellen) Partizipationsniveaus der ZuwanderInnen mit jenen der Mehrheitsbevölkerung verglichen und untersucht, inwiefern sich die Art und das Ausmaß der Partizipation innerhalb der Gruppe der ZuwanderInnen nach deren Bildung, Herkunft, Aufenthaltsdauer und Staatsbürgerschaft unterscheiden. Danach werden mithilfe einer Regressionsanalyse die Wirkungen des Migrationshintergrundes, des Bildungsniveaus, der Herkunft, der Aufenthaltsdauer und der Staatsbürgerschaft auf die (konventionelle und unkonventionelle) politische Partizipation analysiert.

Um die empirische Analyse der Faktoren, welche die Partizipationsmuster der ZuwanderInnen beeinflussen können, theoretisch einzubetten, wird das *Civic Voluntarism Model* (Brady et al. 1995; Verba et al. 1995) herangezogen. Der darin zentrale Ressourcenansatz erklärt die Differenzen in den Beteiligungsmöglichkeiten von BürgerInnen mit einer in unterschiedlichem Maße gegebenen Verfügbarkeit politisch relevanter Ressourcen, die sich nicht nur aus dem sozioökonomischen Status, sondern auch aus sozialen Institutionen ableiten können (vgl. Verba et al. 1993, 456f). Darüber hinausgehend werden mit dem politischen *Engagement* und den Rekrutierungsnetzwerken (*Recruitment*) (vgl. Verba et al. 1995, 269–273) auch subjektive

Einstellungen und Mobilisierungskontexte miteinbezogen, welche auf der individuellen Ebene als wichtige Einflussfaktoren für die politische Partizipation gelten (vgl. Hoecker 2006, 12f). Das Modell kann damit als ein „Gesamtmodell“ betrachtet werden, das verschiedene erklärende Faktoren des individuellen Partizipationsverhaltens miteinbezieht und ein breites Spektrum möglicher Prädiktoren der politischen Partizipation abdeckt (vgl. Vetter/Remer-Bollow 2017, 86; Eckstein et al. 2015, 46f). Für die vorliegende Arbeit bietet das CVM-Modell in mehrererlei Hinsicht einen geeigneten Rahmen: Zunächst können viele der Faktoren, welche in der Literatur als Gründe für die tendenziell niedrigeren Partizipationsniveaus der ZuwanderInnen genannt werden, entlang der drei Dimensionen des Modells verortet werden. Auch ist es mit diesem Erklärungsansatz möglich, die Bedeutung des Bildungsniveaus und die zahlreichen Mechanismen, mittels derer eine höhere Bildung die Partizipation von BürgerInnen fördern kann, zu konzeptualisieren. Schließlich ist das CVM-Modell auch für die Entwicklung des Regressionsmodells hilfreich: Aus dem Modell lassen sich jene Variablen ableiten, für die kontrolliert werden muss, um die genuine Wirkung des Migrationshintergrundes, des Bildungsniveaus und der verschiedenen migrationsspezifischen Variablen überprüfen zu können.

Der Hauptteil dieser Arbeit gliedert sich in zwei Abschnitte. Im theoretischen Teil wird zunächst (Kapitel 2) der politische Partizipationsbegriff definiert und die Unterscheidung der konventionellen und der unkonventionellen Beteiligung diskutiert, bevor entlang der zentralen Elemente des CVM-Modells ein Überblick über die erklärenden Faktoren des politischen Partizipationsverhaltens auf der individuellen Ebene gegeben wird. Auf diesen Grundlagen aufbauend wird danach (Kapitel 3) näher auf das politische Partizipationsverhalten der Gruppe der ZuwanderInnen im Besonderen eingegangen. In diesem Kapitel werden theoretische Annahmen und bisherige Forschungsergebnisse über die politische Partizipation von ZuwanderInnen- und Minderheitengruppen aus dem amerikanischen und dem europäischen Raum vorgestellt, um daraus die Hypothesen für die Untersuchung abzuleiten. Der Aufbau des dritten Kapitels orientiert sich – ebenso wie die danach folgenden Ergebniskapitel – an den drei Forschungsfragen: Es werden *erstens* die möglichen Unterschiede zwischen den ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung, *zweitens* die Rolle des Bildungsniveaus und *drittens* die Unterschiede innerhalb der Gruppe der ZuwanderInnen nach deren Herkunft, Aufenthaltsdauer und Staatsbürgerschaft thematisiert. Im empirischen Teil der Arbeit sollen die im dritten Kapitel formulierten Hypothesen überprüft werden. Dafür wird zunächst (Kapitel 4) das Forschungsdesign erläutert. Danach (Kapitel 5) werden die politischen Partizipationsmuster der (Gruppen der) ZuwanderInnen im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung deskriptiv

dargestellt und schließlich (Kapitel 6) die Ergebnisse der Regressionsanalysen präsentiert. Abschließend (Kapitel 7) werden die zentralen Erkenntnisse der Analysen vor dem Hintergrund der Literatur diskutiert und die Forschungsfragen beantwortet.

I. THEORETISCHER TEIL

2. Konzeptualisierung und Erklärungsansätze politischer Partizipation

Um die politische Partizipation zu untersuchen und zu analysieren, wie und warum BürgerInnen politisch aktiv werden, muss das Phänomen der Beteiligung in der empirischen Partizipationsforschung definiert und theoretisch fundiert konzeptualisiert werden (vgl. Vetter/Remer-Bollow 2017, 55). Ebendas ist das Ziel dieses Kapitels. Zunächst wird das Verständnis der (konventionellen und unkonventionellen) politischen Partizipation erläutert, welches der vorliegenden Arbeit zu Grunde liegt. Danach werden anhand des *Civic Voluntarism Models* mehrere Bündel verschiedener Faktoren vorgestellt, welche die politische Partizipation auf der individuellen Ebene beeinflussen und erklären können, ob und wie BürgerInnen politisch aktiv werden. Dies soll eine theoretische Grundlage schaffen, um im folgenden Kapitel 3 die politische Beteiligung der ZuwanderInnen im Speziellen zu thematisieren und Annahmen über deren Partizipationsverhalten zu formulieren.

2.1. Was ist politische Partizipation?

Die Darstellung der historischen Entwicklung und die umfassende Auseinandersetzung mit der Vielfalt von Definitionen und Systematisierungen des politischen Partizipationsbegriffs würden bei weitem über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen. Im Folgenden wird daher nur auf jene Aspekte eingegangen, die für das Verständnis der politischen Partizipation dieser Arbeit und die angestrebte Auseinandersetzung mit der politischen Partizipation von ZuwanderInnen von Bedeutung sind. Dafür wird zunächst der Begriff der politischen Partizipation definiert und danach gezeigt, dass es sich dabei um ein mehrdimensionales Konzept handelt, welches bei weitem über die auf den Wahlprozess und Parteien bezogene Beteiligung hinausgeht. Im Anschluss daran wird die Unterscheidung konventioneller und unkonventioneller Partizipationsformen vorgestellt und für diese Arbeit definiert, bevor abschließend einige Charakteristiken der unkonventionellen Partizipationsformen hervorgehoben werden.

2.1.1. Definition des politischen Partizipationsbegriffs

„Political participation refers to those activities by private citizens that are more or less directly aimed at influencing the selection of government personnel and/or the actions they take” (Verba/Nie 1972, 2)

Mit diesem Verständnis nimmt die vorliegende Arbeit eine „klassische“ Definition (vgl. Teorell/Torcal/et al. 2007, 335) der politischen Partizipation zum Ausgangspunkt, welche auf Verba et al. und deren Pionierstudien im Rahmen des *Cross-National Program in Political and*

Social Change (Verba/Nie 1972; Verba et al. 1978) zurückgeht. Die Definition spricht vier Merkmale an, die in der empirischen Partizipationsforschung noch heute als zentrale definitorische Elemente der politischen Beteiligung gelten: Bei der politischen Partizipation handelt es sich demnach erstens um *Aktivitäten*, die zweitens *freiwillig* und drittens von *BürgerInnen* ausgeführt werden (vgl. Lüdemann 2001, 43; van Deth 2014, 351f; Vetter/Remer-Bollow 2017, 58f). Als viertes wichtiges Merkmal politischer Partizipation verweisen schließlich zahlreiche AutorInnen auf das damit verfolgte *Ziel der politischen Einflussnahme* (vgl. ebd., 59). Indem sie die politische Partizipation als aktives Handeln (*activities*) definieren, grenzen Verba et al. den Begriff von anderen Konstrukten wie den politischen Einstellungen oder dem politischen Interesse von BürgerInnen ab (vgl. Verba et al. 1978, 47). Wesentlich ist auch, dass jene, die sich politisch beteiligen, dies in ihrer Rolle als BürgerInnen bzw. als „Privatpersonen“ – nicht etwa als PolitikerInnen oder als professionelle LobbyistInnen – tun (vgl. van Deth 2014, 351f).

Bei der genannten Definition handelt es sich insofern um ein breites Verständnis, als politische Partizipation damit bei weitem über die Stimmabgabe bei einer Wahl hinausgeht: „We are interested in a wide variety of ways in which citizens participate in relation to varied issues” (Verba et al. 1978, 46). Eine Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist die Definition der politischen Sphäre, auf die sich der Versuch der Einflussnahme bezieht. Der Gegenstand der politischen Partizipation wird in gängigen Definitionen höchst unterschiedlich abgesteckt: Interpretationsansätze reichen heute von politischen Entscheidungen und Prozessen über politische AkteurInnen bzw. das politische System bis hin zum „gesellschaftlichen Ganzen“ (vgl. de Nève/Olteanu 2013, 13). Die zunehmende Vielfalt der zur Verfügung stehenden Partizipationsmöglichkeiten bringt konzeptionelle Herausforderungen mit sich:

“The continuous expansion of the modes of participation has confronted many researchers with the dilemma of using either a dated conceptualization excluding many new modes of political participation or stretching their concepts to cover almost everything” (van Deth 2014, 351).

Verba et al. legten ihren Fokus noch auf jene Handlungsformen, die versuchen, *Regierungsentscheidungen* zu beeinflussen (vgl. Verba/Nie 1972; Verba et al. 1978). Teorell et al. schlagen vor, diesen Fokus zu erweitern, indem sie die politische Partizipation als den Versuch, politische *Outcomes* zu beeinflussen, verstehen (vgl. Teorell/Torcal/et al. 2007, 335–337). Entscheidend sei, dass BürgerInnen mit ihren Handlungen versuchen, Einfluss auf Entscheidungen über die Vorgabe von Werten für die Gesellschaft (*authoritative allocation of values for society*) zu nehmen (vgl. ebd., 336). Politische Aktivitäten beziehen sich somit nicht nur auf politische AmtsinhaberInnen und Regierungsentscheidungen, sondern können sich auch

an AkteurInnen aus dem privaten Sektor richten. Von politischer Partizipation kann auch dann gesprochen werden, wenn BürgerInnen zum Beispiel versuchen, die Produktionsverfahren großer Firmen zu beeinflussen, indem sie bestimmte Produkte bewusst kaufen oder boykottieren (vgl. ebd., 335–337). Dieses erweiterte Verständnis wird auch der vorliegenden Arbeit zugrunde gelegt: Als politische Partizipation gelten damit jene *Aktivitäten*, mit denen (*private*) *BürgerInnen* versuchen, politische *Outcomes* zu beeinflussen.

2.1.2. Entwicklung und Erweiterung des politischen Partizipationsbegriffs

Der soeben definierte politische Partizipationsbegriff wird in der aktuellen empirischen Partizipationsforschung als ein mehrdimensionales Phänomen betrachtet: Dieses umfasst verschiedene Partizipationsformen, welche bei weitem über die institutionalisierte Sphäre der Politik hinausgehen und sich auch qualitativ voneinander unterscheiden (vgl. Vetter/Remer-Bollow 2017, 56–58). Maßgeblich geprägt wurde dieses Verständnis von den wegweisenden Untersuchungen im Rahmen des *Cross National Program in Political and Social Change* (Verba/Nie 1972; Verba et al. 1978) und der *Political Action Studie* (Barnes/Kaase 1979b). Sie gelten als die zwei einflussreichsten vergleichenden Analysen politischer Partizipation der 1970er Jahre (vgl. Teorell/Torcal/et al. 2007, 335). Die Erkenntnisse dieser beiden Studien sind für das in der vorliegenden Arbeit vertretene Verständnis der politischen Partizipation zentral und sollen daher kurz vorgestellt werden.

Der Fokus der empirischen Partizipationsforschung, deren Anfänge in den 1930er bzw. 1940er Jahren verortet werden können, lag zu Beginn auf der Wahlforschung und damit auf den Motiven für die Wahlbeteiligung und die Wahlentscheidungen von BürgerInnen (vgl. Stark 2019, 53–59; Vetter/Remer-Bollow 2017, 56f). In den ersten Studien, die über die Stimmabgabe bei Wahlen hinausgehend auch andere Beteiligungsformen miteinbezogen, wurde die politische Beteiligung noch als „[...] eindimensionales, auf Wahlen bezogenes Konstrukt betrachtet, bei dem sich die Individuen ausschließlich im Hinblick auf die quantitative Nutzung voneinander unterscheiden“ (ebd., 56).

Einen entscheidenden Perspektivenwechsel brachte in dieser Hinsicht ein Forschungsprojekt im Rahmen des *Cross National Program in Political and Social Change*¹⁵ (Verba/Nie 1972; Verba et al. 1978). In ihrer vergleichenden Untersuchung der politischen Beteiligung in sieben Ländern¹⁶ unterschieden Verba et al. mit der Beteiligung an Wahlen, der Unterstützung

¹⁵ Diesem Forschungsprojekt entstammt auch die in Kapitel 2.1.1 zum Ausgangspunkt genommene Definition politischer Partizipation.

¹⁶ Untersucht wurden Österreich, Indien, Japan, die Niederlande, Nigeria, die USA und Jugoslawien (vgl. Verba et al. 1978, 19f).

politischer Kampagnen, Gemeinschaftsaktivitäten (*communal activities*) und dem Kontakt mit gewählten AmtsinhaberInnen bzw. PolitikerInnen insgesamt vier verschiedene Modi der politischen Partizipation (vgl. ebd., 53–56). Die AutorInnen argumentierten, dass sich diese Modi anhand verschiedener Dimensionen voneinander unterscheiden, weil sie zum Beispiel mehr oder weniger Kooperation oder Initiative seitens der BürgerInnen erfordern oder weil auf jeweils unterschiedliche Art Einfluss genommen wird (vgl. ebd., 55). Damit wurden verschiedene Beteiligungsformen erstmals qualitativ voneinander unterschieden und entlang verschiedener Kriterien voneinander abgegrenzt (vgl. Vetter/Remer-Bollow 2017, 57). Dies stellte für die Entwicklung der empirischen Partizipationsforschung einen wichtigen Schritt dar: „Now the action repertoire available to citizens was made explicitly multidimensional and entailed non-electoral paths of influence as well, including efforts to affect the ‚actions‘ taken by elected officials“ (Teorell/Torcal/et al. 2007, 335).

Während die Untersuchung von Verba et al. noch auf die Aktivitäten im institutionalisierten politischen Prozess beschränkt blieb, wurden in der *Political Action* Studie eines Forscherteams rund um Barnes und Kaase (1979) erstmals auch sogenannte „unkonventionelle“ Beteiligungsformen systematisch analysiert (vgl. Hoecker 2006, 16f). Die Studie wurde vor dem Hintergrund zahlreicher Protestbewegungen in der westlichen Welt veröffentlicht (vgl. Kaase 2007, 789). Die AutorInnen der *Political Action* Studie kritisierten, dass die empirische Partizipationsforschung dem „Protestverhalten“ bzw. direkten politischen Handlungsformen bis dahin keine ausreichende Beachtung geschenkt habe (vgl. Barnes/Kaase 1979a, 14–17). Für ihre Untersuchung definierten sie unkonventionelle politische Handlungen als jenes Verhalten, das nicht zu den „norms of law and custom that regulate political participation under a particular regime“ (Kaase/Marsh 1979a, 41) passt und grenzten diese von der „konventionellen“ Partizipation ab. Im Rahmen der Studie wurden zahlreiche Partizipationsformen miteinbezogen und dem unkonventionellen Beteiligungsspektrum sowohl legale als auch illegale Aktivitäten zugerechnet (siehe Tabelle 1). Damit wurde der Blick der empirischen Partizipationsforschung auf soziale Bewegungen und die sogenannte Protestpolitik ausgeweitet, wodurch sich neue Möglichkeiten für breitere Definitionen der politischen Beteiligung eröffneten (vgl. Kaase 2007, 789; Theocharis/van Deth 2018, 142f).

Tabelle 1. Konventionelle und unkonventionelle Beteiligungsformen in der Political Action Studie

Konventionell	Unkonventionell ¹⁷
<ul style="list-style-type: none"> • In der Zeitung über Politik lesen • Mit anderen über Politik diskutieren • FreundInnen überzeugen, eine bestimmte Wahlentscheidung zu treffen • Mit anderen in einer Gemeinschaft zusammenarbeiten, um ein lokales Problem zu lösen • Teilnahme an politischen Veranstaltungen oder Kundgebungen • Kontaktaufnahme mit politischen AmtsinhaberInnen • Mitarbeit für eine politische Partei oder eine/n KandidatIn 	<ul style="list-style-type: none"> • Petition • Genehmigte Demonstration • Boykott • Verweigerung einer Mietzahlung • Inoffizieller Streik • Gebäudebesetzung • Beschädigung von Eigentum • Aufmalen von Sprüchen (<i>painting slogans</i>) • Verkehrsblockaden • Gewaltanwendung (<i>personal violence</i>)

(vgl. Evans/Hildebrandt 1979, 540–555)

2.1.3. Unterscheidung konventioneller und unkonventioneller Formen

Mit der Unterscheidung konventioneller und unkonventioneller politischer Handlungen legte die *Political Action Studie* den Grundstein für eine der gängigsten Klassifikationen der politischen Partizipation, die in der Literatur nach wie vor weit verbreitet ist (vgl. Sabucedo/Arce 1991, 94; Vetter/Remer-Bollow 2017, 153f). Als „konventionell“ galten im damaligen Verständnis jene Partizipationsformen, die institutionell vorgesehen und gesellschaftlich *anerkannt* sind (vgl. ebd., 153), die also in einer bestimmten Kultur und zu einem bestimmten Zeitpunkt als „normal“ bzw. „legitim“ erachtet werden (vgl. Milbrath/Goel 1977, 20). Aufgrund der damit verbundenen historischen Relativität der Begriffe stehen manche AutorInnen der dichotomen Unterscheidung zwischen konventionell und unkonventionell in der Literatur kritisch gegenüber (vgl. Teorell/Torcal/et al. 2007, 343). Sie betonen, dass viele der Handlungen, die im Rahmen der *Political Action Studie* als unkonventionell klassifiziert wurden, mittlerweile weit verbreitet und akzeptiert seien und damit ihre unkonventionelle Konnotation verloren hätten (vgl. Hoecker 2006, 10; Hooghe/Marien 2013, 133f; Linssen et al. 2014, 234). Dies bedeutet nicht, dass die Unterscheidung der konventionellen und der unkonventionellen Partizipation unbrauchbar geworden wäre. Die unkonventionelle Beteiligung wird heute jedoch in der Regel nicht an einer mangelnden Legitimität oder einer geringen gesellschaftlichen Akzeptanz bestimmter Partizipationsformen festgemacht, sondern

¹⁷ Während für die konventionelle Beteiligung die Häufigkeit der tatsächlichen Nutzung verschiedener Formen betrachtet wurde, entwickelten die StudienautorInnen für unkonventionelle Partizipationsformen eine Maßzahl des Protestpotenzials (*protest potential*), für die das Ausmaß der Zustimmung (*approval*), die Nutzungsabsicht (*behavioral intentions*) und die Bewertung der Effektivität (*effectiveness*) der verschiedenen unkonventionellen politischen Handlungen miteinbezogen wurden (vgl. Evans/Hildebrandt 1979, 540–555)

dient vielmehr als ein „[...]“ Sammelbegriff für all diejenigen Formen von Beteiligung, die nicht durch Akteure und Institutionen der repräsentativen Demokratie bereitgestellt werden, sondern die als Eliten herausfordernde Formen politische Entscheidungen zu beeinflussen versuchen“ (Vetter/Remer-Bollow 2017, 154).

Als „konventionell“ gelten in jüngeren Untersuchungen jene „traditionell institutionalisierten“ politischen Handlungen, die innerhalb der etablierten Strukturen des politischen Systems verortet sind und sich zumeist auf den Wahlprozess und Parteien beziehen (vgl. de Rooij 2011, 457; van Der Meer/van Ingen 2009, 286). Abgesehen von der Stimmabgabe bei der Wahl umfasst das Repertoire konventioneller Partizipationsformen damit zum Beispiel die Kontaktaufnahme mit PolitikerInnen, die Mitgliedschaft in Parteien und jegliche auf Wahlen und Wahlkämpfe bezogene Aktivitäten (vgl. Linssen et al. 2014, 34).

Unkonventionelle Formen versuchen im Unterschied dazu, den politischen Prozess „von außen“ (vgl. van Der Meer/van Ingen 2009, 286) bzw. „in relativer Distanz zu parteibezogenen politischen Institutionen“ (Hajdar/Becker 2007, 413) zu beeinflussen. Es handelt sich also um jene Formen, die *nicht* in den etablierten Institutionen und Strukturen des politischen Systems eingebettet (vgl. Linssen et al. 2014, 34). Die Dimension der unkonventionellen Beteiligung kann sowohl legale auch illegale Formen umfassen (vgl. Hoecker 2006, 10f). Beispiele für friedliche unkonventionelle Partizipationsformen sind die Teilnahme an genehmigten Demonstrationen, die Beteiligung an einer Unterschriftensammlung und das politisch motivierte Konsumverhalten (Boykottieren oder bewusstes Kaufen bestimmter Produkte), welche in zahlreichen Studien unter den Begriffen der „unkonventionellen“ (vgl. de Rooij 2011; Stockemer 2014; Linssen et al. 2014) oder der „nicht-institutionalisierten“ (*non-institutionalised*) (vgl. Hooghe/Marien 2013; Just/Anderson 2012) Partizipation zusammengefasst werden. Auch internetbasierte Partizipationsmöglichkeiten können der nicht-institutionalisierten Beteiligung zugerechnet werden (vgl. Marien et al. 2010).

Mit den Begriffspaaren der konventionellen und der unkonventionellen bzw. der institutionalisierten und der nicht-institutionalisierten Partizipation werden in vielen Untersuchungen sowohl theoretisch als auch im Hinblick auf die bei der Operationalisierung berücksichtigten Items dieselben Dimensionen umschrieben (vgl. Linssen et al. 2014, 33f). Im Rahmen der vorliegenden Arbeit werden diese Bezeichnungen daher synonym verwendet. In die empirischen Analysen werden vier konventionelle und vier legale unkonventionelle Formen

miteinbezogen¹⁸: Dem Spektrum der konventionellen bzw. der institutionalisierten Beteiligungsmöglichkeiten werden die Kontaktaufnahme mit einer/einem PolitikerIn, die Mitarbeit in einer politischen Partei oder einer anderen Organisation sowie die Unterstützung einer politischen Kampagne durch das Tragen eines Abzeichens oder Aufklebers zugerechnet. Als unkonventionelle bzw. nicht-institutionalisierte Formen gelten die Teilnahme an einer genehmigten Demonstration, der Boykott bestimmter Produkte, die Beteiligung an einer Petition und das Posten bzw. Teilen politischer Inhalte im Internet.

2.1.4. Charakterisierung unkonventioneller Formen

Weil unkonventionelle politische Handlungen per Definition abseits der institutionalisierten Sphäre der Politik gesetzt werden und nicht auf den Wahlprozess bezogen sind, sind sie im Vergleich zur konventionellen Beteiligung weniger formalisiert und mit einem geringeren Maß an Routine verbunden (vgl. Just/Anderson 2012, 488). Unkonventionelle Formen können in vielen Fällen als spontanere, episodischere Handlungsformen charakterisiert werden, die eher von ad hoc gebildeten Gruppen als von bürokratischen Organisationen ausgehen (vgl. ebd.; Inglehart 1990, 339). Mithilfe unkonventioneller Formen kann Einfluss auf spezifische politische Entscheidungen genommen werden (vgl. ebd., 339). Häufig handelt es sich um problemspezifische Aktivitäten, die auf bestimmte Themen bezogen (*issue specific*) oder an bestimmten Zielen orientiert sind (vgl. Hajdar/Becker 2007, 413; Hooghe/Marien 2013, 134).

Als wichtiges Charakteristikum der unkonventionellen Beteiligung kann des Weiteren festgehalten werden, dass diese als „[...] stärker protestorientiert [...], verstärkt demonstrativ, provokativ und herausfordernd“ gelten (Hajdar/Becker 2007, 413) und mit einer die Regierung herausfordernden Haltung assoziiert werden (vgl. Uslaner 2009, 6). Die Nutzung unkonventioneller Formen wurde schon in der *Political Action* Studie mit einer kritischen Bewertung des politischen Systems in Verbindung gebracht (vgl. Barnes et al. 1979, 437–444). Zahlreiche jüngere Studien belegen, dass ein wachsendes Misstrauen in die Regierung (vgl. Bernhagen/Marsh 2007, 62–64), eine sinkende politische Zufriedenheit (vgl. Smith 2009, 502–512) und eine zunehmende Unzufriedenheit mit der Regierung (vgl. Bilodeau 2008, 988–994; Stockemer 2014, 207–209) die Wahrscheinlichkeit, dass BürgerInnen unkonventionelle Formen nutzen, erhöhen. Dies kann damit begründet werden, dass jene BürgerInnen, die mit dem politischen System unzufrieden sind, konventionelle Handlungsformen als weniger

¹⁸ Die Operationalisierung der konventionellen und der unkonventionellen politischen Partizipation für die empirische Analyse wird in Kapitel 4.2.1 erläutert.

effizient erachten oder das politische System „herausfordern“ möchten (vgl. Bernhagen/Marsh 2007, 54–56; Linssen et al. 2014, 32; Melo/Stockemer 2014, 42; Stockemer 2014, 204).

2.2. Wer beteiligt sich?

Wie bereits einleitend erwähnt wurde, werden politische Beteiligungsmöglichkeiten von Individuen und Gruppen von BürgerInnen in höchst unterschiedlichem Maße genutzt (vgl. Verba et al. 1995, 10f; Vetter/Remer-Bollow 2017, 79). Fragt man nach den Faktoren, welche die Partizipationsmuster und die Partizipationsniveaus in einer Gesellschaft erklären können, dann gibt es in der Literatur eine Vielzahl von Theorien und Erklärungsansätzen (vgl. ebd., 64–87). Der Fokus der vorliegenden Arbeit liegt auf der Mikroebene: Im Unterschied zu Studien, welche Partizipationsniveaus zum Beispiel ländervergleichend analysieren oder den Einfluss verschiedener Makro-Indikatoren auf die politische Partizipation in bestimmten Ländern oder Regionen untersuchen (vgl. Filetti/Janmaat 2018; Förster/Kaukal 2016; Lancee/van de Werfhorst 2012; Solt 2008; Bernhagen/Marsh 2007) wird hinterfragt, was das politische Partizipationsverhalten auf der *individuellen* Ebene erklären kann (vgl. Vetter/Remer-Bollow 2017, 66–68). Um eine Grundlage für die in den nächsten Kapiteln folgende theoretische und empirische Auseinandersetzung mit der politischen Partizipation von (Gruppen von) ZuwanderInnen zu schaffen, wird im Folgenden das *Civic Voluntarism Model* (kurz CVM-Modell) vorgestellt. Dieses Modell erhebt den Anspruch, ein „model of the way in which people come to be politically active“ darzustellen (Verba et al. 1995, 25) und zählt heute zu den einflussreichsten Erklärungsansätzen der politischen Partizipation (vgl. Stark 2019, 118; Vetter/Remer-Bollow 2017, 82–86).

2.2.1. Der sozioökonomische Status als Ausgangspunkt

Die demographischen Charakteristiken und der sozioökonomische Status (kurz SES für *Socioeconomic Status*) werden in der empirischen Partizipationsforschung seit jeher zum Ausgangspunkt genommen, um zu erklären, ob und in welchem Ausmaß BürgerInnen politisch aktiv werden (vgl. Leighley 1995, 183f; Ramakrishnan 2005, 39–45). Soziale Charakteristiken werden mit einer in unterschiedlichem Maße gegebenen Verfügbarkeit von Ressourcen und mit spezifischen Kontexten assoziiert, die sich wiederum auf die Beteiligungsmöglichkeiten der BürgerInnen auswirken (vgl. Teorell/Sum/et al. 2007, 392).

Das sogenannte sozioökonomische „Standardmodell“ operationalisiert den sozioökonomischen Status von BürgerInnen anhand des Bildungsniveaus, des Beschäftigungsstatus und des Einkommens und postuliert, dass diese drei Faktoren einen maßgeblichen Einfluss auf die politische Partizipation haben (vgl. Stark 2019, 92). Die frühe Wahlforschung brachte die

Beteiligung schon in den 1940er und 1950er Jahren mit dem sozioökonomischen Status in Zusammenhang (vgl. Kock 2014, 35–39). Später konnte die Grundannahme, dass sich ein höheres Bildungsniveau, eine bessere berufliche Position und ein höheres Einkommen positiv auf die politische Partizipation auswirken auch für die Nutzung konventioneller und unkonventioneller Partizipationsformen nachgewiesen werden (vgl. Hoecker 2006, 12f; Stark 2019, 92f).

Das SES-Modell gilt in der Literatur als „broadly accepted“ (Leighley 1995, 186) und als ein „powerful predictor“ (Verba et al. 1995, 281) der politischen Partizipation. Eine theoretische Schwäche des Modells liegt jedoch darin, dass es den Mechanismus zwischen dem sozialen Status und der politischen Handlung nicht klar spezifiziert (vgl. ebd., 280–282). Zahlreiche AutorInnen betonen, dass der festgestellte Zusammenhang zwischen den SES-Variablen auf der einen und der Partizipation auf der anderen Seite (auch) in indirekten Wirkungen über andere Faktoren begründet liege (vgl. Stark 2019, 93). Den Status-Variablen wird ein Einfluss auf die Einstellungen, Normen, Überzeugungen und Fähigkeiten von BürgerInnen nachgesagt, welche jene BürgerInnen mit einem höheren sozioökonomischen Status für die politische Partizipation prädisponieren und auf diese Weise den Zusammenhang zwischen den SES-Variablen und der Beteiligung medieren (vgl. Leighley 1995, 183f; Milbrath/Goel 1977, 86f).

2.2.2. *Die Elemente des Civic Voluntarism Models*

Das CVM-Modell greift die Annahmen über den Einfluss des sozioökonomischen Status auf, geht jedoch über einen Erklärungsansatz anhand der SES-Variablen hinaus (vgl. Verba et al. 1995, 19–21). An den Anfang ihrer theoretischen Überlegungen stellen Verba et al. die Frage, warum BürgerInnen sich *nicht* politisch beteiligen sollten:

„In thinking about why some people are active while others are not, we find it helpful to invert the usual question and to ask instead why people do not take part in politics. Three answers immediately suggest themselves: because they can't; because they don't want to; or because nobody asked” (ebd., 15).

In ihrem Modell werden alle drei der in dieser Antwort angesprochenen Gründe berücksichtigt: Dass BürgerInnen *nicht* politisch aktiv werden, sei *erstens* auf einen Mangel an den dafür erforderlichen Ressourcen („sie können nicht“), *zweitens* auf ein geringes politisches *Engagement* („sie wollen nicht“) sowie *drittens* auf ein fehlendes *Recruitment* bzw. die Isolierung von Rekrutierungsnetzwerken, die BürgerInnen mobilisieren („sie wurden nicht gefragt“), zurückzuführen (vgl. ebd., 15f). Anhand von Daten der *Citizen Participation Study* zeigen die AutorInnen in ihrem Werk *Voice and Equality* (1995), dass alle drei dieser Elemente wichtig sind, um zu erklären, ob und wie BürgerInnen politisch aktiv werden. Dem erklärenden

Faktor der Ressourcen wird dabei eine besonders große Bedeutung zugeschrieben (vgl. Verba et al. 1995). Der theoretische Rahmen wurde später auch in Studien, die sich mit der unkonventionellen Partizipation (vgl. de Rooij 2011) oder der bürgerliche Beteiligung (*civic engagement*) im weiteren Sinne (vgl. Eckstein et al. 2015) beschäftigen, aufgegriffen. Die Relevanz der erklärenden Faktoren des CVM-Modells ist also keineswegs auf bestimmte Partizipationsformen oder auf die institutionalisierte Sphäre der Politik beschränkt.

2.2.2.1. „Because they can't“: Ressourcen

Das CVM-Modell betont drei Arten von Ressourcen, welche die politische Partizipation von BürgerInnen fördern können: Diese sind die Zeit, das Geld, und die sogenannten *Civic Skills*¹⁹. So sei es ohne Geld zum Beispiel nicht möglich, eine Kampagne finanziell zu unterstützen oder für einen politischen Zweck zu spenden (vgl. Verba et al. 1995, 288f). Des Weiteren könne man zum Beispiel nicht mit politischen AmtsinhaberInnen Kontakt aufnehmen oder sich für Kampagnen engagieren, wenn die (Frei-)Zeit dafür fehle (vgl. ebd.). Unter *Civic Skills* verstehen Verba et al. jene kommunikativen und organisatorischen Fähigkeiten (*communications and organizational abilities*), welche für politische Aktivitäten essentiell sind (vgl. Brady et al. 1995, 273). Sie stellen sicher, dass BürgerInnen die Ressourcen der Zeit und des Geldes im politischen Leben effektiv einsetzen können (vgl. Verba et al. 1995, 304). Es sei zu erwarten, dass BürgerInnen sich stärker und erfolgreicher beteiligen, wenn sie sich zum Beispiel gut ausdrücken und gut schreiben können oder es ihnen leicht fällt, Treffen zu organisieren und an diesen teilzunehmen (vgl. ebd.).

BürgerInnen eignen sich ihre *Civic Skills* im Laufe des gesamten Lebenszyklus – angefangen in der frühen Kindheit, insbesondere in der Schule, aber auch im Erwachsenenalter – an (vgl. ebd., 304f). In diesem Zusammenhang heben Verba et al. die in vielerlei Hinsicht zentrale Rolle der Bildung für die politische Beteiligung hervor:

„Education enhances participation more or less directly by developing skills that are relevant to politics – the ability to speak and write, the knowledge of how to cope in an organizational setting. Education also affects participation by imparting information about government and politics, and by encouraging attitudes such as a sense of civic responsibility or political efficacy that predispose an individual to political involvement. In addition, education affects activity indirectly: those who have high levels of education are much more likely to command jobs that are lucrative and [...] to have opportunities to exercise leadership and to develop politically relevant skills at work, in church, and in voluntary associations“ (ebd., 305).

¹⁹ Die *Civic Skills* können zum Beispiel als „Bürgerkompetenzen“ (vgl. Stark 2019, 93) übersetzt werden. Im Rahmen dieser Arbeit wird der englische Begriff übernommen.

Die AutorInnen sprechen hier mehrere Mechanismen an, mittels derer die Bildung – über die damit vermittelten Fähigkeiten, aber auch über die Einstellungen und den sozioökonomischen Status – BürgerInnen zur politischen Partizipation befähigen kann. Diese werden in Kapitel 3.2.1 genauer erläutert. Die Aneignung von *Civic Skills* bleibt aus der Perspektive des *Civic Voluntarism Models* jedoch nicht auf die (Schul-)Bildung beschränkt: Politisch relevante Fähigkeiten können auch im Erwachsenenalter im Rahmen *nicht*-politischer Institutionen erlernt, angewandt und verbessert werden (vgl. Verba et al. 1978, 309–313). Insbesondere der Arbeitsplatz, aber auch nicht-politische freiwillige Organisationen und die Kirche bieten den BürgerInnen umfangreiche Möglichkeiten, sich *Civic Skills* anzueignen oder diese zu verbessern (vgl. ebd.).

„Beyond SES“: Ressourcen und partizipatorische Ungleichheit

Der soeben vorgestellte ressourcenbasierte Erklärungsansatz des CVM-Modells geht in zwei wichtigen Aspekten über das sozioökonomische „Standardmodell“ hinaus: *Erstens* wird argumentiert, dass sich die Verfügbarkeit politisch relevanter Ressourcen nicht *nur* aus dem sozioökonomischen Status ableitet, wenngleich insbesondere das Geld²⁰, aber auch der Besitz von *Civic Skills*²¹ eng mit diesem verknüpft sind (vgl. Brady et al. 1995, 271–276). *Zweitens* wird betont, dass verschiedene Partizipationsformen jeweils unterschiedliche Ressourcen erfordern: Während es zum Beispiel Zeit und *Civic Skills* braucht, um Kontakt mit einer/einem politischen AmtsinhaberIn aufzunehmen oder sich im Wahlkampf zu engagieren, hängt die Möglichkeit, einen finanziellen Beitrag für einen politischen Zweck zu leisten, primär von der Verfügbarkeit des dafür erforderlichen Geldes ab (vgl. Verba et al. 1995, 37–48). Mithilfe des Ressourcenansatzes kann also theoretisch begründet werden, warum Individuen und gesellschaftliche Gruppen sich in unterschiedlichem Maße und auf unterschiedliche Art und Weise am politischen Geschehen beteiligen (vgl. Brady et al. 1995, 271). Weil viele Ressourcen entlang „typischer Linien sozialer Ungleichheit“ verteilt sind, kommt es durch die Ressourcenabhängigkeit zu einer „[...] sozialen Verzerrung bei der Häufigkeit und Intensität politischer Partizipation [...]“ (Vetter/Remer-Bollow 2017, 84). Es wird angenommen, dass Partizipationsformen, die ein höheres Ausmaß an Fähigkeiten, Zeit, Energie und Ressourcen

²⁰ Die Verfügbarkeit des Geldes hängt stark vom sozioökonomischen Status ab, weil Personen mit einem höheren Einkommen mehr Geld in die Beteiligung investieren können und gut Gebildete und Personen in besseren Berufen über einen überproportionalen Anteil des Wohlstandes verfügen (vgl. Brady et al. 1995, 274f).

²¹ Personen in einer besseren sozioökonomischen Position verfügen mit größerer Wahrscheinlichkeit über *Civic Skills*, weil sie besser gebildet sind und sich ihnen auch im Erwachsenenalter – insbesondere am Arbeitsplatz – mehr Möglichkeiten bieten, ihre Fähigkeiten anzuwenden und weiterzuentwickeln (vgl. ebd., 271–276; Verba et al. 1995, 332f). Weil *Civic Skills* auch in anderen Kontexten gefördert werden können, sind jedoch nicht alle Möglichkeiten, diese Fähigkeiten zu entwickeln, vom sozioökonomischen Status abhängig (vgl. ebd., 332f).

erfordern, von verschiedenen Gruppen „ungleicher“ genutzt werden (vgl. Marien et al. 2010, 191).

In der Literatur ist in diesem Zusammenhang umstritten, ob die Beteiligung außerhalb der institutionalisierten Sphäre der Politik mehr oder weniger kosten- und ressourcenintensiv ist und inwiefern sich dies in einer ungleichen Nutzung der nicht-institutionalisierten Formen widerspiegelt (vgl. ebd., 188f). Auf der einen Seite wird argumentiert, dass manche dieser Formen weniger Einsatz und zeitliches Engagement erfordern, weil sie zumeist unregelmäßig gesetzt werden und einen weniger verbindlichen Charakter aufweisen (vgl. ebd., 188). Die Beteiligung an einer Unterschriftensammlung scheint zum Beispiel mit geringeren Eintrittskosten verbunden als die Mitarbeit in einer politischen Partei (vgl. Stolle/Hooghe 2011, 123). Andere sehen die Beteiligung außerhalb der institutionalisierten Sphäre hingegen mit höheren Kosten verknüpft, weil sie teilweise mehr Aufwand und/oder Kooperation erfordern und möglicherweise gesellschaftlich weniger anerkannt seien (Just/Anderson 2012, 488). Auch wird argumentiert, dass gerade die unkonventionellen Formen ein besonders hohes Ausmaß an Fähigkeiten und Ressourcen erfordern, weil das Fehlen eines institutionellen Rahmens kompensiert werden muss (vgl. Stolle/Hooghe 2011, 122).

2.2.2.2. „Because they don't want to“: Engagement

Politische Partizipation ist freiwillig. Dass BürgerInnen sich politisch beteiligen, setzt daher auch voraus, dass sie dies *wollen*. Verba et al. fassen die psychologischen Einstellungen gegenüber der Politik, die sich schon in früheren Studien als wichtige Stimuli des politischen Handelns erwiesen, unter dem Begriff des politischen *Engagements*²² zusammen (vgl. Verba et al. 1995, 435–348)²³. Damit werden sozialpsychologische Ansätze der Einstellungs- und Verhaltensforschung in das CVM-Modell integriert (vgl. Vetter/Remer-Bollow 2017, 84). Das *Engagement* stellt aus Sicht des CVM-Modells einen *zusätzlichen* erklärenden Faktor dar, der auf der Verfügbarkeit politisch relevanter Ressourcen aufbaut: Es wird angenommen, dass Personen sich mit größerer Wahrscheinlichkeit dazu entscheiden, ihre Ressourcen für die politische Partizipation einzusetzen, wenn ihnen die Politik wichtig ist, wenn sie über die Politik informiert sind und wenn sie daran glauben, diese beeinflussen zu können (vgl. Verba et al. 1995, 334–343).

²² In der deutschsprachigen Literatur wird in diesem Zusammenhang zum Beispiel von Motiven, Einstellungen und Orientierungen gesprochen (vgl. Vetter/Remer-Bollow 2017, 84f). Im Rahmen dieser Arbeit wird der englische Begriff des *Engagements* übernommen.

²³ Die AutorInnen beziehen vier solcher Faktoren in ihre Analyse mit ein: Diese sind erstens das politische Interesse, zweitens die politische *Efficacy*, drittens das politische Wissen bzw. die politische Information sowie viertens die Stärke der Identifikation mit einer Partei (vgl. Verba et al., 1995, S. 345–348).

Das politische Interesse gilt in diesem Zusammenhang als wichtiger Indikator dafür, ob Personen „[...] politische Belange wichtig genug sind, um sich darüber zu informieren oder eventuell dafür aktiv zu werden“ (Müssig/Worbs 2012, 21). Auch der sogenannten politischen *Efficacy*²⁴ wird eine große Bedeutung zugeschrieben: Mit ihr ist die „Kontroll- bzw. Wirksamkeitsüberzeugung bezüglich politischen Handelns“ (Hajdar/Becker 2007, 415) angesprochen, die im CVM-Modell (vgl. Verba et al. 1995, 343–347) und später in zahlreichen anderen Untersuchungen (vgl. de Rooij 2011, 461f; Eckstein et al. 2015, 46–49; Müssig/Worbs 2012, 21–25) unter dem Begriff des politischen *Engagements* gefasst wird. Die politische *Efficacy* bezeichnet das subjektive Gefühl der BürgerInnen, dass „[...] politische und soziale Veränderung durch individuelles Handeln beeinflusst werden können [...]“ (Stark 2019, 101). Dabei lassen sich zwei Dimensionen unterscheiden: Bei der *internalen* politische Wirksamkeitsüberzeugung handelt es sich um die subjektive Einschätzung der eigenen Kompetenzen und Fähigkeiten (vgl. Müssig/Worbs 2012, 23). Es geht also darum, wie BürgerInnen ihre eigenen „Instrumente“ zur politischen Teilhabe wahrnehmen (vgl. Hajdar/Becker 2007, 415) und ob sie sich persönlich zutrauen, effektiv am politischen Prozess teilzunehmen (vgl. Stark 2019, 101). Im Unterschied dazu bezieht sich die *externale* politische Wirksamkeitsüberzeugung auf die Wahrnehmung des politischen Systems: Die zentrale Frage ist hierbei, ob BürgerInnen glauben, dass die politischen Eliten verantwortlich handeln und auf Versuche, ihre politische Entscheidungen zu beeinflussen, reagieren (vgl. Hajdar/Becker 2007, 415; Stark 2019, 101).

2.2.2.3. „Because nobody asked“: Recruitment

Neben den für die Partizipation erforderlichen Ressourcen und den politischen Einstellungen der BürgerInnen ist auch ihre Rekrutierung und Mobilisierung ein wichtiger Einflussfaktor: „Those who have both the motivation and the capacity to become active are more likely to do so if they are asked“ (Verba et al. 1995, 3). Verba et al. schreiben nicht-politischen Institutionen – dazu gehören der Arbeitsplatz, Freiwilligenorganisationen und die Kirche – für die politische Partizipation eine wichtige Rolle zu: Diese bieten nicht nur einen Rahmen für das Erlernen von *Civic Skills*, sondern sind auch Orte, an denen BürgerInnen politisch rekrutiert werden und an denen ihr politisches *Engagement* gestärkt wird (vgl. ebd., 369).

Neben der Beteiligung in nicht-politischen Institutionen sind für die politische Rekrutierung auch die sozialen Netzwerke und Interaktionen in einem weiteren Sinne von großer Bedeutung (vgl. Eckstein et al. 2015, 46). Ein zentrales Konzept ist in diesem Zusammenhang jenes des

²⁴ Dieser Begriff kann zum Beispiel als „Wirksamkeitsüberzeugung“ (vgl. Hajdar/Becker 2007, 415) übersetzt werden. Im Rahmen dieser Arbeit wird der englische Begriff übernommen.

sozialen Kapitals (vgl. Vetter/Remer-Bollow 2017, 85f). Im Hinblick auf die gesamtgesellschaftliche Ebene werden mit diesem Begriff der Zusammenhalt, das Vertrauen und die Netzwerke des bürgerlichen Engagements angesprochen (vgl. Stolle 2007, 656f). Putnam sah im sozialen Kapital einen „key to making democracy work“ (Putnam 1993, 185) und postulierte mit der seitdem viel diskutierten *Bowling Alone* These, dass ein Rückgang sozialen Kapitals bzw. die Erosion sozialer Beziehungen und Bindungen (*ties*) in der amerikanischen Gesellschaft zu einer sinkenden (politischen) Beteiligung geführt habe (vgl. Stolle/Hooghe 2005, 151–153; Stolle 2007, 660–664). Auf der individuellen Ebene kann das soziale Kapital im Sinne einer sozialen Einbindung über zivilgesellschaftliche Assoziationen und (informelle) soziale Netzwerke verstanden werden (vgl. Vetter/Remer-Bollow 2017, 85f): AutorInnen bringen nicht nur die Beteiligung in nicht-politischen und freiwilligen Organisationen, sondern auch starke informelle Netzwerke und soziale Bindungen in der Gemeinschaft mit einer stärkeren politischen Partizipation in Zusammenhang (vgl. Bevelander/Pendakur 2009, 1406–1410; Teorell 2003, 49–53; Ayala 2000, 109–111; Ruedin 2011, 16–19).

3. Politische Partizipation von ZuwanderInnen: Theorie und Stand der Forschung

Im Folgenden sollen ausgehend von den theoretischen Annahmen und Ergebnissen früherer Studien Erwartungen über die politische Partizipation der ZuwanderInnen formuliert werden. Die Struktur des Kapitels orientiert sich an den drei Forschungsfragen: Es werden zunächst mögliche Unterschiede zwischen den ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung diskutiert, danach die Rolle des Bildungsniveaus für die politische Partizipation thematisiert und abschließend innerhalb der Gruppe der ZuwanderInnen nach deren Herkunft, Aufenthaltsdauer und Staatsbürgerschaft differenziert.

3.1. Migrationshintergrund und politische Partizipation

Der ersten Forschungsfrage entsprechend liegt der Fokus dieses Abschnitts auf der Frage, wie sich das politische Partizipationsverhalten von ZuwanderInnen im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung charakterisieren lässt. Dabei sind zunächst Befunde über das *Ausmaß* der Beteiligung von Interesse: Kapitel 3.1.1 befasst sich mit den möglichen Gründen für die in der Literatur vielfach angenommenen niedrigeren Partizipationsniveaus von ZuwanderInnen- und Minderheitengruppen auf, bevor in Kapitel 3.1.2 empirische Belege früherer Studien vorgelegt werden. Im Anschluss daran (Kapitel 3.1.3) wird nach der *Art* der Partizipation differenziert und hinterfragt, ob und inwiefern ZuwanderInnen in Relation zur Mehrheitsbevölkerung spezifische Präferenzen für konventionelle oder unkonventionelle Partizipationsformen haben könnten.

3.1.1. Warum werden ZuwanderInnen (nicht) politisch aktiv?

Dass ZuwanderInnen und Angehörige von Minderheitengruppen sich seltener politisch beteiligen als die Mehrheitsbevölkerung, wird in der Literatur auf eine Vielzahl an Gründen zurückgeführt (vgl. Quintelier 2009, 919). Weil viele dieser Erklärungsversuche auf den sozioökonomischen Status und die Verfügbarkeit von Ressourcen, das politische *Engagement* und/oder die politische Rekrutierung Bezug nehmen, werden sie entlang der drei zentralen Elemente des *Civic Voluntarism Models* vorgestellt.

3.1.1.1. „Because they can’t“: Ressourcen

Das geringere Ausmaß ihrer politischen Beteiligung wird in der Literatur vielfach damit begründet, dass ZuwanderInnen und Angehörige von Minderheitengruppen überproportional stark in sozioökonomisch schwächeren Schichten der Gesellschaft vertreten sind (vgl. Chui et al. 1991, 377; de Rooij 2011, 458; Martinez 2005, 137f; Quintelier 2009, 919). Aufgrund ihres

insgesamt tendenziell niedrigeren Status werden ZuwanderInnen schlechtere Voraussetzungen für die politische Beteiligung zugeschrieben (vgl. Wiedemann 2006, 269). Der ZuwanderInnenstatus im Aufenthaltsland wird mit einem Mangel an (sozialen und politischen) Ressourcen in Verbindung gebracht, was im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung niedrigere Partizipationsniveaus zur Folge habe (vgl. Pettinicchio/de Vries 2017, 524).

Anhand ihres Ressourcenmodells führen Verba et al. die Unterschiede in den Partizipationsniveaus verschiedener ethnischer Minderheitengruppen in den USA darauf zurück, dass diese Gruppen in unterschiedlichem Maße über politisch relevante Ressourcen verfügen (vgl. Verba et al. 1993; Verba et al. 1995, 445–448). Über die Wirkung des sozioökonomischen Status hinausgehend argumentieren die AutorInnen, dass sich die für die Partizipation erforderlichen Ressourcen im Fall von Minderheitengruppen auch aus Aspekten, die direkt mit deren ethnischer Zugehörigkeit zusammenhängen, ableiten können: Insbesondere die Sprache und die Religionszugehörigkeit seien für die *Civic Skills* und die Einbindung in nicht-politische Organisationen – und damit wiederum für die politische Partizipation – von Bedeutung (vgl. Verba et al. 1993, 458–495). Die Beteiligung ethnischer Minderheitengruppen in den USA ist in einem anderen Kontext zu sehen als jene der ZuwanderInnen in europäischen Ländern. Es erscheint jedoch naheliegend, dass auch ein ZuwanderInnenstatus im europäischen Raum die Verfügbarkeit der für die Beteiligung erforderlichen Ressourcen beeinflussen kann. So betonen AutorInnen, dass die politische Partizipation von ZuwanderInnen im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung durch linguistische Barrieren und fehlende Informationen (vgl. Armony et al. 2004, 32) sowie auch durch eine mangelnde Kenntnis politischer Normen und Werte (vgl. Chui et al. 1991, 376) erschwert werden könne. Während die meisten Einheimischen sich bestimmte für die Beteiligung erforderliche Grundkenntnisse schon im jungen Alter aneignen, verfügen nicht alle ZuwanderInnen über die Sprachkenntnisse und das Verständnis für das politische System ihres Gastlandes, die es braucht, um politisch aktiv zu werden (vgl. de Rooij 2011, 458).

3.1.1.2. „Because they don't want to“: Engagement

Das politische Interesse und die politische *Efficacy*, welche in einem engen Zusammenhang mit dem politischen Wissen stehen, gelten auch für ZuwanderInnen und Minderheitengruppen als wichtige Wegbereiter der politischen Partizipation (vgl. Leighley/Vedlitz 1999, 1094f & 1102–1104; Reichert 2017, 2). Die niedrigeren Partizipationsniveaus dieser Gruppen werden daher auch damit begründet, dass sie – im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung – ein geringeres Interesse an der Politik ihres Aufenthaltslandes (vgl. Adamson 2006, 19f) und ein schwächer ausgeprägtes Gefühl der politischen *Efficacy* (vgl. Martinez 2005, 137f) haben.

Dass ZuwanderInnen- und Minderheitengruppen ein geringeres politisches *Engagement* nachgesagt wird, hängt wiederum mit ihrem Status als tendenziell marginalisierte Gruppen zusammen. Marginalisierte Gruppen können einen „[...] tremendous disconnect between political action and their personal well-being“ (ebd., 137) wahrnehmen, was sich negativ auf das Gefühl der politischen *Efficacy* auswirken kann. Auch wird argumentiert, dass die Wahrnehmung einer politischen Marginalisierung in einer Dimension – etwa in Form des Ausschlusses vom Wahlrecht – auch das Engagement in anderen Bereichen – also zum Beispiel das politische Interesse oder die nicht-elektorale Beteiligung – verringern kann (vgl. Müssig/Worbs 2012, 16f). Dass sie politisch tendenziell weniger repräsentiert sind, gilt als weiterer Grund dafür, dass Minderheitengruppen seltener politisch aktiv werden (vgl. Quintelier 2009, 919). Diese (geringere) Repräsentation kann an den von Angehörigen einer Minderheitengruppe besetzten politischen Ämtern, aber auch an der Vertretung ihrer spezifischen Interessen festgemacht werden (vgl. Purdam et al. 2002, 27f). Gefühle von *Disengagement* und *Alienation* können auch durch eine kollektiv wahrgenommene (gesellschaftliche) Exklusion im Aufenthaltsland, etwa infolge von Rassismus, gestärkt werden (vgl. ebd., 16f). Im Fall von neu angekommenen ZuwanderInnen wird schließlich auch argumentiert, dass die politische Integration im Gastland für sie anfangs allein schon deshalb keine persönliche Priorität darstelle, weil sie mit der Migration einen Unruhe stiftenden Prozess hinter sich haben und sich in einem neuen Umfeld etablieren müssen (vgl. Chui et al. 1991, 378; Voicu/Comşa 2014, 1574). Von ZuwanderInnen wird also ein im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung insgesamt schwächeres politisches *Engagement* und infolgedessen ein geringeres Partizipationsniveau erwartet (vgl. de Rooij 2011, 458).

3.1.1.3. „Because nobody asked“: Recruitment

ZuwanderInnen gelten nicht nur im Hinblick auf ihren sozioökonomischen Status als tendenziell benachteiligte Gruppe. Ihre niedrigeren Partizipationsniveaus werden auch darauf zurückgeführt, dass sie über ein geringeres „soziales Kapital“ verfügen (vgl. Bilodeau 2008, 978; Quintelier 2009, 919). Es wird davon ausgegangen, dass die persönlichen Kontakte und die sozialen Bindungen in der Gemeinschaft (vgl. Ruedin 2011, 16–19) sowie auch die Eingliederung in soziale Netzwerke in Form des *Associational Life* (vgl. Gidengil/Stolle 2009, 753–755; Jacobs/Tillie 2004, 419) für die politische Beteiligung von ZuwanderInnen eine besonders große Rolle spielen. Das soziale Kapital und die soziale Einbindung werden als wichtige Ressourcen gesehen, welche die Bereitschaft von ZuwanderInnen, sich politisch zu beteiligen, positiv beeinflussen können (vgl. Rosenberger et al. 2008, 80). So kommt zum Beispiel eine qualitative Analyse von Kosic zum Ergebnis, dass Personen mit einem

Migrationshintergrund die Bereitschaft, sich an bürgerschaftlichen Aktivitäten zu beteiligen, in hohem Maße aus ihrem sozialen Netzwerk beziehen: Ermutigung und Zuspruch aus dem persönlichen Umfeld sind eine wichtige Motivation, selbst aktiv zu werden (vgl. Kosic 2007, 14f). Des Weiteren zeigen zahlreiche Studien, dass die (politische) Beteiligung von ZuwanderInnen in besonders hohem Maße von deren Rekrutierungsnetzwerken beeinflusst wird (vgl. de Rooij 2011, 469f; Eckstein et al. 2015, 55–58). Der Beteiligung in verschiedenen Arten von Organisationen wird in diesem Zusammenhang eine wichtige integrative Funktion zugeschrieben (vgl. Pilati/Morales 2016, 2809f).

3.1.1.4. Rahmenbedingungen im Aufenthaltsland

Neben den Elementen des CVM-Modells auf der individuellen Ebene gelten auch die Rahmenbedingungen und Strukturen im Gastland als wichtige Einflussfaktoren: Es wird angenommen, dass die politische Partizipation von ZuwanderInnen in bedeutendem Maße davon beeinflusst wird, welche Möglichkeiten ihnen im Aufenthaltsland zur Verfügung stehen (vgl. Zani/Barrett 2012, 5). Mit dem Begriff der sogenannten *Political Opportunity Structures* werden unter anderem die Rechte und die legalen Status verschiedener MigrantInnengruppen und deren Repräsentation in öffentlichen Institutionen sowie auch die Politiken und die öffentliche Kultur gegenüber MigrantInnen angesprochen, welche deren politische Handlungsstrategien prägen (vgl. Martiniello et al. 2006, 66). AutorInnen betonen im Hinblick auf die Bedingungen in Aufenthaltsländern verschiedene Aspekte, welche die politische Partizipation von ZuwanderInnen beeinflussen können: Dazu gehören zum Beispiel lokale Politiken (vgl. Adamson 2006, 36–42), das „Meinungsklima“ gegenüber ZuwanderInnen (vgl. Just/Anderson 2014, 952–954) sowie auch die Frage, inwiefern es einem Gastland gelingt, ZuwanderInnen in den politischen Prozess zu integrieren (vgl. Bilodeau 2008, 996). Auf die Makroebene und Unterschiede in den Rahmenbedingungen verschiedener Aufenthaltsländer kann im Rahmen dieser Arbeit nicht vertiefend eingegangen werden. Es kann jedoch festgehalten werden, dass die politischen Handlungen von MigrantInnen – selbst wenn nicht-elektorale Formen formal gesehen allen offenstehen – auch von ihren *tatsächlichen* Möglichkeiten im Gastland eingeschränkt werden können (vgl. Kissau 2012, 1384).

3.1.2. Partizipationsniveaus der ZuwanderInnen: Ergebnisse der empirischen Forschung

Wenig überraschend erscheint angesichts der genannten Faktoren der zentrale Befund der Literatur, dass die politischen Partizipationsniveaus von ZuwanderInnen- und ethnischen Minderheitengruppen im Durchschnitt geringer sind als jene der Mehrheitsbevölkerung (vgl. Quintelier 2009, 919; Ruedin 2011, 6). Eine Vielzahl an Studien zeigt, dass Personen mit einem

Migrationshintergrund und Angehörige von Minderheitengruppen sich im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung seltener an Wahlen beteiligen (vgl. Morad 2014; van Heelsum 2001; Maxwell 2010; Purdam et al. 2002) und auch nicht-elektorale Partizipationsformen seltener nutzen (vgl. Müssig/Worbs 2012, 16f; Pettinicchio/de Vries 2017).

Wenn Untersuchungen über die deskriptive Ebene hinausgehen und für sozioökonomische Merkmale kontrollieren, dann führt dies in der Regel dazu, dass sich die Unterschiede zwischen den ZuwanderInnen und den Einheimischen verringern (vgl. Bilodeau 2008, 984–987). Dasselbe gilt auch für die Unterschiede zwischen den Partizipationsniveaus verschiedener ethnischer Minderheitengruppen, welche in zahlreichen US-amerikanischen Studien auf eine in unterschiedlichem Maße gegebene Verfügbarkeit sozioökonomischer Ressourcen zurückgeführt werden (vgl. Ramakrishnan 2005, 156–160; Leighley/Vedlitz 1999; Verba et al. 1993). Mehrere AutorInnen gehen von besonders geringen Unterschieden zwischen den Partizipationsniveaus *junger* ZuwanderInnen und *Jugendlichen* der Mehrheitsbevölkerung aus, wenn diese aus ähnlichen sozioökonomischen Hintergründen kommen (vgl. Jensen 2010, 427–429). So zeigen Lopez & Marcelo, dass sich die Partizipationsniveaus junger ZuwanderInnen nur noch geringfügig von jenen junger Einheimischer unterscheiden, wenn man für deren demographische Merkmale kontrolliert (vgl. Lopez/Marcelo 2008, 72f). Im europäischen Raum kommen zwei Analysen der politischen Partizipation in Belgien, Deutschland und der Türkei zum Ergebnis, dass die durchschnittlichen Partizipationsniveaus von Jugendlichen mit einem Migrationshintergrund sogar höher als jene ihrer *Peers* in der Mehrheitsbevölkerung, wenn für ihren sozioökonomischen Hintergrund kontrolliert wird (vgl. Jugert et al. 2013, 127–129; Eckstein et al. 2015, 50–53).

Zahlreiche Untersuchungen legen jedoch nahe, dass ein Migrationshintergrund auch über sozioökonomische Faktoren hinausgehend mit einer systematisch geringeren Partizipationswahrscheinlichkeit zusammenhängt. Im amerikanischen Kontext zeigt zum Beispiel Martínez, dass *Latinos* sich in den USA mit signifikant geringerer Wahrscheinlichkeit an nicht-elektoralen Partizipationsformen beteiligen als nicht-*Latinos* (vgl. Martínez 2005, 140–144). Auch in europäischen Ländern stellen AutorInnen fest, dass ZuwanderInnen nicht-elektorale Partizipationsformen im Allgemeinen (vgl. de Rooij 2011, 465–467) sowie institutionalisierte und nicht-institutionalisierte Formen im Besonderen (vgl. Just/Anderson 2012, 494–496) mit signifikant geringerer Wahrscheinlichkeit nutzen als die Mehrheitsbevölkerung. Pettinicchio & de Vries belegen anhand mehrerer Befragungswellen des European Social Survey, dass ZuwanderInnen verschiedene nicht-elektorale

Partizipationsformen auch dann noch seltener nutzen, wenn für biographische Unterschiede kontrolliert wird (vgl. Pettinicchio/de Vries 2017, 539–544).

In Kapitel 3.1.1 wurde herausgearbeitet, dass es eine Vielzahl an Faktoren gibt, die ZuwanderInnen im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung in ihren Beteiligungsmöglichkeiten einschränken oder ihre *Bereitschaft* zur Beteiligung verringern können. Auch über mögliche Unterschiede in der sozioökonomischen Ressourcenausstattung hinausgehend deuten bisherige Studien auf einen systematischen Zusammenhang zwischen einem Migrationshintergrund auf der einen und einer geringeren (konventionellen wie auch unkonventionellen) politischen Partizipation auf der anderen Seite hin. Als erste Forschungshypothese kann daher angenommen werden, dass ZuwanderInnen sich in ihren Aufenthaltsländern mit geringerer Wahrscheinlichkeit politisch beteiligen als die Mehrheitsbevölkerung.

H₁: ZuwanderInnen nutzen (konventionelle und unkonventionelle) politische Partizipationsformen mit geringerer Wahrscheinlichkeit als die Mehrheitsbevölkerung.

3.1.3. Differenzierung nach Art der Partizipation

Nachdem nun als erste Erwartung eine im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung insgesamt geringere Beteiligungswahrscheinlichkeit der ZuwanderInnen postuliert wurde, stellt sich die Frage, ob sich der Zusammenhang zwischen dem Migrationshintergrund und der politischen Partizipation abhängig von der Art der Beteiligung unterscheidet. Welche Partizipationsformen bevorzugen ZuwanderInnen, *wenn* sie sich entscheiden, sich zu beteiligen? Sind die Unterschiede im Ausmaß der Beteiligung zwischen den ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung für eine Art der Partizipation stärker ausgeprägt als für die andere? Die bisherige Forschung liefert auf diese Frage noch keine eindeutige Antwort. Bisher ist wenig darüber bekannt, was ZuwanderInnen zur Entscheidung für eine bestimmte Partizipationsform bewegt und inwiefern sich die Partizipationsmuster der ZuwanderInnen von jenen der Mehrheitsbevölkerung unterscheiden (vgl. de Rooij 2011, 455f).

Die Formulierung von Erwartungen hinsichtlich der konventionellen im Vergleich zur unkonventionellen Partizipation von ZuwanderInnen wird auch dadurch erschwert, dass die damit angesprochenen Repertoires an Beteiligungsmöglichkeiten durchaus heterogen sind. Verschiedene unkonventionelle Formen können sich im Hinblick auf ihre Kostenintensivität bzw. den für die Beteiligung erforderlichen Aufwand an Zeit, Energie und Engagement voneinander unterscheiden (vgl. ebd., 456–461). Auch können sie ein unterschiedliches Ausmaß an Risiken mit sich bringen und als unterschiedlich „störend“ (*disruptive*) oder provokativ (*confrontational*) empfunden werden (vgl. Pettinicchio/de Vries 2017, 527–530).

Dementsprechend schwierig gestaltet es sich, „die“ unkonventionelle Beteiligung zu charakterisieren²⁵ oder Thesen über die Nutzung „der“ unkonventionellen Partizipationsformen aufzustellen (vgl. Marien et al. 2010, 188f). Aus der Literatur lassen sich jedoch einige Argumente ableiten, die dafür sprechen, dass ZuwanderInnen Partizipationsformen *außerhalb* der institutionalisierten Sphäre bevorzugen und in ihrer unkonventionellen Beteiligung daher weniger stark hinter der Mehrheitsbevölkerung zurückbleiben als hinsichtlich ihrer Nutzung der konventionellen Formen.

Dies kann zunächst damit begründet werden, dass ZuwanderInnen als eine sozioökonomisch tendenziell schwächere Gruppe gelten und ihnen ein geringeres politisches *Engagement* nachgesagt wird (siehe Kapitel 3.1.1). Unkonventionelle Formen können gerade für Personen aus benachteiligten Gruppen, die sich tendenziell vom politischen Establishment entfremdet fühlen oder konventionelle Beteiligungsmöglichkeiten als weniger zugänglich empfinden, ein wichtiges „Ventil“ sein, um sich bei den politischen EntscheidungsträgerInnen Gehör zu verschaffen (vgl. Just/Anderson 2014, 942). Die Entscheidung für oder gegen eine bestimmte Art der Beteiligung kann maßgeblich davon beeinflusst werden, ob Angehörige von Minderheitengruppen diese als effektiv einschätzen oder nicht (vgl. Pachi/Barrett 2012, 356–358). Wenn also ZuwanderInnen institutionalisierte Partizipationsformen als weniger effektiv erachten, dann kann angenommen werden, dass sie sich gerade aufgrund ihres oftmals fragileren sozialen und rechtlichen Status tendenziell häufiger auf unkonventionellem Weg beteiligen (vgl. Pettinicchio/de Vries 2017, 626f). Pettinicchio & de Vries bringen dies überspitzt auf den Punkt:

„Simply put, why would individuals who are excluded from political institutions (whether informally or statutorily) prefer forms of political participation that rely on their institutionality to be effective?“ (ebd., 627).

Reichert argumentiert, dass die gesellschaftliche Benachteiligung von MigrantInnen zu einem Misstrauen in etablierte Institutionen und damit zu einem Rückzug aus der konventionellen Politik führen könne (vgl. Reichert 2017, 13). Im Vergleich zu systembezogenen (*system-directed*) Handlungsformen, die eine Interaktion mit den bürokratischen Regierungsinstitutionen erfordern, sieht Junn direkte (*direct*) Partizipationsformen mit geringeren strukturellen und institutionellen Hürden verknüpft (vgl. Junn 1999, 1423f). Auch Martínez betont die Bedeutung unkonventioneller Beteiligungsformen für Minderheiten und marginalisierte Gruppen: Angesichts ihrer geringeren Beteiligungswahrscheinlichkeit in der

²⁵ Einige Merkmale, die den unkonventionellen im Vergleich zu den konventionellen Formen zugeschrieben werden können, wurden in Kapitel 2.1.4 erläutert.

konventionellen Sphäre sei denkbar, dass sie sich vermehrt für unkonventionelle Strategien und Protestformen entscheiden (vgl. Martinez 2005, 137f).

Unkonventionelle Partizipationsformen können für ZuwanderInnen auch deshalb attraktiver sein, weil sie im Vergleich zur institutionalisierten Beteiligung das Potenzial haben, auf spezifische Themen aufmerksam zu machen, die (insbesondere) für ZuwanderInnen relevant sind. So argumentieren Eckstein et al., dass Beteiligungsformen wie die Teilnahme an Demonstrationen besser geeignet seien, um auf die Rechte oder Probleme von ZuwanderInnen aufmerksam zu machen, als dies etwa für die Mitgliedschaft in einer politischen Organisation der Fall sei (vgl. Eckstein et al. 2015, 55). Auch Pilati und Morales betonen den Unterschied zwischen politischen „Mainstream“-Handlungen auf der einen und migrationsbezogenen (*immigration-related*) politischen Handlungen auf der anderen Seite: Während erstere die breite Bevölkerung betreffen, stehen bei letzteren jene Themen im Vordergrund, die primär für Personen mit einem Migrationshintergrund oder ethnische Minderheiten relevant sind (vgl. Pilati/Morales 2016, 2797). Jensen leitet aus den Ergebnisse mehrerer Studien in den USA die Annahme ab, dass *junge* ZuwanderInnen sich eher an jenen Aktivitäten beteiligen, die (vor allem) für ZuwanderInnen relevant sind, während konventionelle politische Handlungsformen eher von *Jugendlichen* der Mehrheitsbevölkerung genutzt werden (vgl. Jensen 2010, 427–429).

Die Ergebnisse früherer Untersuchungen unterstützen die Annahme, dass das unkonventionelle Partizipationsniveau der ZuwanderInnen näher an jenem der Mehrheitsbevölkerung liegt als das konventionelle: In einer Untersuchung von de Rooij ist der Effekt eines Migrationshintergrundes auf die Partizipationswahrscheinlichkeit für die *unkonventionelle* Beteiligung stärker als für die Nutzung nicht-elektoraler Partizipationsformen im Allgemeinen (vgl. de Rooij 2011, 466–468). Just und Anderson zeigen in einer deskriptiven Gegenüberstellung, dass die Unterschiede im Ausmaß der Beteiligung zwischen ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung für institutionalisierte Partizipationsformen größer sind als für nicht-institutionalisierte²⁶ (vgl. Just/Anderson 2014, 943). Junn kommt zum Ergebnis, dass die Partizipationsniveaus der ethnischen Minderheitengruppen afroamerikanischer, lateinamerikanischer und asiatischer Herkunft für direkte

²⁶ Die AutorInnen beziehen jeweils drei institutionalisierte (Kontaktaufnahme mit einer/einem PolitikerIn, Mitarbeit in einer Partei und Mitarbeit in einer anderen Organisation) und drei nicht-institutionalisierte (Beteiligung an einer Unterschriftensammlung, Teilnahme an einer Demonstration und Produktboykott) Beteiligungsformen mit ein. Sie zeigen, dass ZuwanderInnen im Durchschnitt 0,42 nicht-institutionalisierte und 0,24 institutionalisierte Formen nutzen, wohingegen Angehörige der Mehrheitsbevölkerung durchschnittlich von 0,45 nicht-institutionalisierte und von 0,34 institutionalisierte Formen Gebrauch machen (vgl. Just/Anderson 2014, 943).

Handlungsformen deutlich näher an jenen der weißen Bevölkerung liegen als für die systembezogenen (vgl. Junn 1999, 1423f).

Insbesondere die Teilnahme an Demonstrationen gilt für ZuwanderInnen und Minderheiten als wichtige Partizipationsmöglichkeit. Okamoto und Ebert argumentieren, dass ZuwanderInnen und ethnische Minderheiten aufgrund ihres sozialen Status und ihrer Position außerhalb der „Machtstruktur“ (*power structure*) gelernt hätten, sich zu organisieren und an Protesten teilzunehmen, um auf jene Themen, die sie betreffen, aufmerksam zu machen (vgl. Okamoto/Ebert 2010, 530). Dieser Annahme entsprechend zeigen mehrere Studien in den USA, dass ethnische Minderheiten sich häufig – teilweise sogar häufiger als die Mehrheitsbevölkerung – an Demonstrationen beteiligen (vgl. Martinez 2005, 137f). Bilodeau kommt zum Schluss, dass die Unterschiede zwischen den ZuwanderInnen und den Einheimischen in Australien und Kanada für die Beteiligung an Demonstrationen deutlich geringer sind als für andere (unkonventionelle) Formen²⁷ (vgl. Bilodeau 2008, 984–989). Pettinicchio und de Vries zeigen, dass ZuwanderInnen, die über die Staatsbürgerschaft ihres Aufenthaltslandes verfügen, sich in europäischen Ländern sogar mit größerer Wahrscheinlichkeit an Demonstrationen beteiligen als die Mehrheitsbevölkerung (vgl. Pettinicchio/de Vries 2017, 540–543).

Auch neue, technologiebasierte Beteiligungsmöglichkeiten können für die politische Integration der oftmals marginalisierten ZuwanderInnen in ihren Aufenthaltsländern eine wichtige Rolle spielen (vgl. Kissau 2012, 1381f). Das Internet eröffnet Angehörigen von Minderheitengruppen neue Möglichkeiten, um auf Nischen-Themen, die auf der Agenda des politischen Mainstreams vernachlässigt werden, aufmerksam zu machen und sich am politischen Diskurs zu beteiligen (vgl. Spaiser 2012, 116). Online-Aktivitäten gelten vor allem für junge Personen als zugänglich und erfordern im Vergleich zur Offline-Partizipation meist weniger Aufwand und Ressourcen (vgl. Jugert et al. 2013, 124).

Zusammenfassend kann unkonventionellen Beteiligungsformen im Gesamten sowie der Teilnahme an Demonstration und der Online-Partizipation im Besonderen für die Partizipation von ZuwanderInnen und Minderheiten im Vergleich zur institutionalisierten Beteiligung ein großes Potenzial zugeschrieben werden. Partizipationsformen abseits der institutionalisierten Sphäre der Politik erfordern weniger Interaktion mit den Institutionen des politischen Systems

²⁷ In Kanada ist der Anteil jener, die sich *nicht* an einer Demonstration beteiligt haben, in der Gruppe der ZuwanderInnen nur vier Prozentpunkte größer als in der lokalen Bevölkerung (83% der ZuwanderInnen und 79% der lokalen Bevölkerung haben *nicht* demonstriert) (vgl. Bilodeau 2008, 984). In Australien unterscheiden sich die Anteile um drei Prozentpunkte: 86% der ZuwanderInnen und 83% der lokalen Bevölkerung an, an *keiner* Demonstration teilgenommen zu haben (vgl. ebd., 989).

des Aufenthaltslandes und ermöglichen es, auf (spezifische) Anliegen von Minderheiten aufmerksam zu machen. Am Ende von Kapitel 3.1.2 wurde die Annahme (Hypothese 1) aufgestellt, dass ZuwanderInnen sich – sowohl auf konventionellem als auch auf unkonventionellem Weg – mit geringerer Wahrscheinlichkeit politisch beteiligen als die Mehrheitsbevölkerung. Geht es nun darum, welche Partizipationsformen die ZuwanderInnen bevorzugen, wenn sie politisch aktiv werden, dann kann angenommen werden, dass die Beteiligung außerhalb der institutionalisierten Sphäre für ZuwanderInnen attraktiver ist. Als Subhypothese wird daher postuliert, dass die Unterschiede zwischen den Partizipationsniveaus der ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung für konventionelle Beteiligungsformen größer sind als für unkonventionelle:

H_{1.1}: Im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung nutzen ZuwanderInnen eher unkonventionelle als konventionelle politische Partizipationsformen.

3.2. Bildung und politische Partizipation

Die Bildung gilt in der Literatur als eine der wichtigsten, wenn nicht *die* wichtigste Determinante der politischen Partizipation (vgl. Marien et al. 2010, 192). AutorInnen sprechen im Hinblick auf den Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau und dem politischen Handeln von einem „Standardbefund“ (Hajdar/Becker 2007, 414) und von einem der „most consistently documented relationships“ (Berinsky/Lenz 2011, 357) der Partizipationsforschung. Ein gewisses Maß an Bildung wird als Voraussetzung dafür gesehen, dass BürgerInnen sich im gesellschaftlichen und politischen Leben engagieren (vgl. Melo/Stockemer 2014, 40f). Zahlreiche Studien belegen, dass höher gebildete BürgerInnen mit größerer Wahrscheinlichkeit zur Wahl gehen und sich auch auf nicht-elektoralen Weg eher beteiligen als jene mit niedrigeren Bildungsniveaus (vgl. Bovens/Wille 2010, 396–399; Gallego 2007, 15–21; Hajdar/Becker 2007, 425–436; Schäfer 2010, 136–143).

Wie bereits in Kapitel 2.2 angesprochen wurde, kann der Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau und der politischen Partizipation mit verschiedenen Mechanismen begründet werden: Die Bildung vermittelt nicht nur die aus der Sicht des CVM-Modells zentralen *Civic Skills*, sondern kann die politische Beteiligung auch über ihren Einfluss auf die Verfügbarkeit anderer Ressourcen oder die politischen Einstellungen fördern (vgl. Verba et al. 1995, 305). Dabei kann zwischen *direkten* und *indirekten* – also über den Einfluss auf andere Faktoren vermittelten – Wirkungen des Bildungsniveaus unterschieden werden (vgl. Walter/Rosenberger 2007, 8). Bevor die Bedeutung der Bildung speziell für die Gruppe der ZuwanderInnen diskutiert wird (Kapitel 3.2.3), wird im Folgenden zunächst dargelegt, *wie* die Bildung die

politische Beteiligung beeinflusst (Kapitel 3.2.1) und inwiefern sie auch – oder sogar insbesondere – für die unkonventionelle Partizipation von Bedeutung ist (Kapitel 3.2.2).

3.2.1. Direkte und indirekte Effekte des Bildungsniveaus

Auf *direktem* Weg kann die Bildung die politische Beteiligung fördern, indem sie die dafür erforderlichen Fähigkeiten (*Civic Skills*) zur Verfügung stellt (vgl. Verba et al. 1995, 305). Walter und Rosenberger bezeichnen diese Wirkung mit dem Begriff der kognitiven Mobilisierung:

„Cognitively mobilized citizens are equipped with the main skills, resources and abilities necessary to process complex information, to understand the rules and idiosyncrasies of the political system and to recognize their own political interests and preferences”
(Walter/Rosenberger 2007, 11).

Die Bildung kann in dieser Hinsicht als *Humanvermögen* verstanden werden, welches BürgerInnen den Zugang zur Politik über kognitive Fähigkeiten und Reflexions- und Handlungskompetenzen erleichtert (vgl. Hajdar/Becker 2007, 414f). Ein höheres Bildungsniveau erleichtert es BürgerInnen, sich mit politischen Prozessen auseinanderzusetzen und komplexe politische und wirtschaftliche Szenarien zu verstehen – die Bildung fördert das kritische Denken, was wiederum die elektorale und die nicht-elektorale Partizipation begünstigt (vgl. Melo/Stockemer 2014, 40f; Hajdar/Becker 2007, 414). Niedrig gebildeten BürgerInnen fällt es hingegen schwerer, sich mit der Politik auseinanderzusetzen und politisch aktiv zu werden (vgl. Tillie 2004, 535f). Der mit den im Zuge der Bildung vermittelten Fähigkeiten angesprochene Wirkungszusammenhang zwischen der Bildung und der Beteiligung entspricht den Annahmen des sogenannten *Absolute Education Models*: Ein mehr an Bildung führt in diesem Verständnis unabhängig vom (zum Umfeld relativen) Status zu einer stärkeren politischen Beteiligung (vgl. Persson 2015, 690f).

Der starke Einfluss der Bildung auf die politische Partizipation kann jedoch nicht ausschließlich auf das Wissen und die Fähigkeiten zurückgeführt werden, die mit einem höheren Bildungsniveau einhergehen. Das Bildungsniveau hat auch einen wichtigen Einfluss auf die Beschäftigungsmöglichkeiten, die gesellschaftliche Position und die sozialen Netzwerke von BürgerInnen, welche wiederum für deren Beteiligungsmuster entscheidend sind (vgl. Barrett/Brunton-Smith 2014, 11f). Manche AutorInnen argumentieren sogar, dass die Bildung kaum kausale Effekte auf die Beteiligung habe, sondern vielmehr als ein „Proxy“ für andere Charakteristiken und Erfahrungen (vgl. Berinsky/Lenz 2011; Kam/Palmer 2008) oder den sozialen Status (vgl. Persson 2013) zu sehen sei.

Walter und Rosenberger unterscheiden neben dem direkten Einfluss des Bildungsniveaus auf die kognitiven Fähigkeiten vier weitere Mechanismen, mittels derer die Bildung die politische Beteiligung auf *indirektem* Weg fördern kann: Diese betreffen erstens die materiellen Ressourcen, zweitens das soziale Kapital, drittens die Einstellungen sowie viertens die Wertorientierungen von BürgerInnen (vgl. Walter/Rosenberger 2007, 11–29).

In der Literatur wird vielfach betont, dass verschiedene strukturelle Faktoren, welche die Beteiligung beeinflussen, miteinander verknüpft sind (vgl. Gallego 2007, 11f). Als zentrale SES-Variable hängt das formale Bildungsniveau eng mit anderen Statusvariablen zusammen (vgl. Walter/Rosenberger 2007, 12). Personen mit einem höheren Bildungsniveau befinden sich in der Regel in einer vorteilhafteren Position, sich politisch relevante Ressourcen anzueignen (vgl. Verba et al. 1993, 456f). Formal anerkannte Bildungserfolge können in diesem Zusammenhang als *Humankapital* betrachtet werden, das die Arbeitsmarktposition und das Einkommen – und damit die soziale Lage – entscheidend beeinflusst, was wiederum Auswirkungen auf das politische Verhalten der BürgerInnen hat (vgl. Hajdar/Becker 2007, 414f). Das *Relative Education Model* rückt ebendiese indirekten, über den sozialen Status vermittelten, Bildungseffekte in den Fokus: Bildung stellt in diesem Sinne ein „positionales Gut“ (*positional good*) dar, dessen Wirkung in Relation zum gesellschaftlichen Umfeld zu sehen ist (vgl. Persson 2015, 692f).

Das Bildungsniveau beeinflusst nicht nur die Verfügbarkeit materieller Ressourcen, sondern kann auch die sozialen Netzwerke von BürgerInnen stärken (vgl. Barrett/Brunton-Smith 2014, 11) und die Entwicklung sozialen Kapitals fördern (vgl. Walter/Rosenberger 2007, 13). Die Bildung und das soziale Kapital von BürgerInnen stehen in einem engen, wechselseitig interdependenten Verhältnis zueinander (vgl. ebd.). Ein indirekter Effekt der Bildung auf die politische Partizipation ergibt sich somit auch daraus, dass sie die sozialen Netzwerke von BürgerInnen stärkt und deren Wahrscheinlichkeit, politisch mobilisiert zu werden, erhöht (vgl. Marien et al. 2010, 192).

Auch die politisch relevanten Einstellungen und Orientierungen von BürgerInnen werden entscheidend von deren Bildungsniveau beeinflusst (vgl. Walter/Rosenberger 2007, 13f). Ein höheres Bildungsniveau wird mit einem gesteigerten politischen Interesse (vgl. Wiedemann 2006, 269) und mit einer stärkeren internalen und externalen *Efficacy* (vgl. Hajdar/Becker 2007, 415f) in Zusammenhang gebracht, welche die politische Partizipation maßgeblich beeinflussen können (siehe Kapitel 2.2.2).

Schließlich wird auch argumentiert, dass mit der (formalen) Bildung bestimmte Werte vermittelt werden, die das Partizipationsverhalten von BürgerInnen prägen können. Walter & Rosenberger betonen die Rolle postmaterialistischer Werte, welche vom Bildungsniveau gefördert werden und auch in schulischen Curricula eine zunehmend große Bedeutung haben (vgl. Walter/Rosenberger 2007, 13–31). Der Schule wird dabei nicht nur eine wissensvermittelnde, sondern auch eine sozialisierende Rolle zugeschrieben: Sie kann die Beteiligung durch Elemente des Lehrplans, aber auch durch pädagogische Ansätze und eine partizipative Kultur – die zum Beispiel mit der Wahl von SchülerInnenvertretungen zum Ausdruck gebracht werden kann – fördern (vgl. Barrett/Brunton-Smith 2014, 11; Quintelier 2010, 137–141).

3.2.2. Bedeutung der Bildung für die unkonventionelle Partizipation

Starke Bildungseffekte werden in der Literatur nicht nur für die konventionelle, sondern auch für die unkonventionelle Beteiligung angenommen (vgl. Hajdar/Becker 2007, 414). Mittlerweile wurde vielfach belegt, dass eine höhere Bildung auch die Nutzung unkonventioneller Formen positiv beeinflusst (vgl. Ejrnæs 2017, 439–442; Melo/Stockemer 2014, 47f; Stockemer 2014, 207; Walter/Rosenberger 2007, 18–20). Für Hajdar und Becker erweisen sich Hochgebildete als die „Träger unkonventioneller Partizipationsformen“ (Hajdar/Becker 2007, 430). Stolle und Hooghe kommen zum Schluss, dass niedrig Gebildete von neu aufkommenden Beteiligungsmöglichkeiten außerhalb der institutionalisierten Sphäre der Politik ebenso ausgeschlossen bleiben wie von konventionellen Formen (vgl. Stolle/Hooghe 2011, 138). Studien zeigen, dass Hochgebildete sich mit deutlich größerer Wahrscheinlichkeit für ein politisch motiviertes Konsumverhalten²⁸ entscheiden (vgl. Newman/Bartels 2011, 808–813) und das Internet häufiger für politisch oder sozial relevante Zwecke nutzen (vgl. Marien et al. 2010, 192–197; Bovens/Wille 2010, 398f) als BürgerInnen mit niedrigeren Bildungsniveaus. Auch im Hinblick auf die Teilnahme an Demonstrationen wird höher Gebildeten durchwegs eine stärkere Beteiligung attestiert, wenngleich der „Bildungseffekt“ hier tendenziell schwächer ausgeprägt zu sein scheint als für andere Formen (vgl. Rucht 2007, 719f; van Aelst/Walgrave 2001, 466–469; Vetter/Remer-Bollow 2017, 164).

Während manche „traditionellen“ Ungleichheitsmuster der Partizipation abseits der institutionalisierten Sphäre weniger stark ausgeprägt zu sein scheinen als im Hinblick auf die

²⁸ In der zitierten Studie von Newman und Bartels wurden sowohl der Produktboykott als auch das Kaufen bestimmter Produkte aus politischen, umweltbezogenen, sozialen und ethischen Gründen miteinbezogen (vgl. Newman/Bartels 2011, 808–813).

konventionelle Partizipation²⁹, gibt es also keine Anzeichen dafür, dass dies auch für die Unterschiede nach dem Bildungsniveau der Fall wäre. Die positiven Wirkungen des Bildungsniveaus für die unkonventionelle Beteiligung erscheinen im Zeitverlauf seit den 1970er Jahren relativ stabil (vgl. Hajdar/Becker 2007, 430–436; Stolle/Hooghe 2011, 132–134). Dies kann einerseits damit begründet werden, dass die in Kapitel 3.2.1 dargestellten theoretischen Mechanismen, mittels derer ein höheres Bildungsniveau als *Humanvermögen* und als *Humankapital* sowie auch über die politischen Einstellungen zu einer stärkeren Beteiligung führen kann, auch auf „neuere“, unkonventionelle Formen anwendbar sind (vgl. Hajdar/Becker 2007, 414–416).

Darüber hinausgehend argumentieren manche AutorInnen, dass die unkonventionelle Partizipation sogar noch stärker von der Bildung der BürgerInnen determiniert werden könne als die konventionelle (vgl. Inglehart 1990, 339f; Marien et al. 2010, 204–206; Stolle/Hooghe 2011, 121–125). In einer 25 Länder umfassenden Studie von Marien et al. erweist sich das formale Bildungsniveau für die Nutzung nicht-institutionalisierter Partizipationsformen als noch stärkerer Prädiktor als für die institutionalisierte Beteiligung (vgl. Marien et al. 2010, 199–206). Dies kann einerseits damit begründet werden, dass BürgerInnen über ein hohes Maß an Wissen und Fähigkeiten verfügen müssen, um den bei den unkonventionellen Beteiligungsformen per Definition fehlenden institutionellen Rahmen zu kompensieren (vgl. Stolle/Hooghe 2011, 122). Andererseits fördern das politische Wissen und die kognitiven Fähigkeiten auch das Verständnis für jene Fragestellungen, die mithilfe von Produktboykotten, Petitionen oder Demonstrationen thematisiert werden (vgl. Marien et al. 2010, 193; Stolle/Hooghe 2011, 122). Ein höheres Bildungsniveau kann das Bewusstsein für soziale und politische Probleme stärken und die Bereitschaft, Verantwortung für gesellschaftspolitische Probleme zu übernehmen, erhöhen, wodurch sich die Wahrscheinlichkeit des themenbezogenen (*issue-based*) politischen Engagements erhöht (vgl. Newman/Bartels 2011, 807f). Auch die Online-Partizipation erfordert ein hohes Ausmaß an Wissen und Fähigkeiten, weil BürgerInnen die große Menge der im Internet verfügbaren politischen Informationen verarbeiten und einordnen müssen (vgl. Marien et al. 2010, 192f).

3.2.3. Bedeutung der Bildung für die politische Partizipation von ZuwanderInnen

Verba et al. gehen davon aus, dass die zentralen Elemente ihres CVM-Modells nicht nur in Bezug auf die politische Partizipation der Gesamtbevölkerung relevant sind, sondern auch

²⁹ Wie bereits in Kapitel 1.3. angesprochen wurde, deuten Untersuchungen darauf hin, dass manche „traditionellen“ Ungleichheiten im Partizipationsverhalten für die unkonventionelle Beteiligung weniger stark ausgeprägt sind, weil diese vermehrt auch von Frauen und jüngeren Kohorten – welche im Hinblick auf die konventionelle Partizipation als tendenziell beteiligungsschwache Gruppen gelten – genutzt werden (vgl. Gallego 2007, 12; Marien et al. 2010; Stolle/Hooghe 2011).

innerhalb gesellschaftlicher Gruppen erklären können, ob und wie BürgerInnen politisch aktiv werden (vgl. Verba et al. 1995, 445–449)³⁰. Dieser Logik folgend ist anzunehmen, dass die politische Partizipation von ZuwanderInnen ebenso wie jene von BürgerInnen im Allgemeinen von der Verfügbarkeit politisch relevanter Ressourcen und damit von ihrem Bildungsniveau beeinflusst wird (siehe Kapitel 2.2.2). Zahlreiche AutorInnen betonen, dass die Bildung für die gesellschaftliche Integration (vgl. Jacobs et al. 2006, 159) und für die (politische) Partizipation (vgl. Adamson 2006, 43; Kosic 2007, 26) von Personen mit einem Migrationshintergrund eine wesentliche Rolle spielt.

Über die in Kapitel 3.2.1 dargelegten direkten und indirekten Effekte des Bildungsniveaus hinausgehend kann die Bedeutung der Bildung auch mit spezifischen Wirkungen begründet werden, die nur oder insbesondere für ZuwanderInnen wichtig sind. So ist die Bildung für Personen mit einem Migrationshintergrund zum Beispiel eng mit jenen Fähigkeiten und Kenntnissen verknüpft ist, die es braucht, um in verschiedenen Arten von zivilgesellschaftlichen Organisationen des Aufenthaltslandes teilnehmen zu können (vgl. ebd., 8f). Des Weiteren können Bildungserfolge das Selbstbewusstsein und die Anerkennung in der Gesellschaft des Aufenthaltslandes stärken: “Education [...] may be more important for migrants, who use their educational achievements as a source of self-confidence and means of recognition by host society civic actors“ (Huddleston 2017, 28). Mit einem zunehmenden Bildungsniveau verbessern sich also die gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten der ZuwanderInnen, wodurch sich die Wahrscheinlichkeit, dass sie politisch aktiv werden, erhöht (vgl. Kosic 2007, 26).

Die Bildung stellt ZuwanderInnen darüber hinaus auch wichtiges *Bridging Capital* wie die Sprachkenntnisse und ein allgemeines Wissen über das Leben im Gastland zur Verfügung, welches für ihre Beteiligung von großer Bedeutung ist (vgl. Jacobs et al. 2006, 159). Sie kann als Anreiz für die politische Beteiligung im Aufenthaltsland gesehen werden und das Verständnis für demokratische Werte und Ideale stärken (vgl. Atger 2009, 5f). Auch partizipationsrelevante Einstellungen wie das politische Interesse, das Gefühl der politischen *Efficacy* und die Bewertung des politischen Systems des Aufenthaltslandes werden mit dem

³⁰ Im Rahmen ihrer Untersuchung zeigen die AutorInnen, dass viele der erklärenden Faktoren des CVM-Modells auch dann einen signifikanten Einfluss auf das Ausmaß der politischen Beteiligung haben, wenn nur Teile der Bevölkerung – etwa nur Männer oder Frauen, einzelne ethnische Minderheitengruppen oder von Armut Betroffene – in die Analyse miteinbezogen werden. Die Bildung und die Verfügbarkeit von *Civic Skills* erweisen sich ebenso wie das Einkommen, die Rekrutierungsnetzwerke und die politische Einstellungen in den meisten gesellschaftlichen Subgruppen als signifikante Prädiktoren der politischen Partizipation (vgl. Verba et al. 1995, 445–450).

Bildungsniveau von Zugewanderten in Zusammenhang gebracht (vgl. Bueker 2006, 131; Garcia 1987, 385f).

Wie bereits in Kapitel 3.1.1 erläutert wurde, kann die Beteiligung von ZuwanderInnen im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung dadurch erschwert werden, dass ihnen das für die Partizipation erforderliche Mindestmaß an Sprachkenntnissen und das Grundverständnis für das Wahl- und Parteiensystem des Aufenthaltslandes fehlen (vgl. de Rooij 2011, 458). Gerade neu angekommenen ZuwanderInnen fehlen direkte Erfahrungen mit dem politischen System ihres Aufenthaltslandes und damit jene kognitiven „Abkürzungen“ (*cognitive shortcuts*), auf die sich die Mehrheit der Bevölkerung berufen kann, wenn zum Beispiel eine Wahlentscheidung zu treffen ist (vgl. White et al. 2008, 277). Vor diesem Hintergrund ist den mit einer höheren Bildung einhergehenden Kenntnissen und Fähigkeiten für die politische Partizipation der ZuwanderInnen eine (besonders) große Bedeutung zuzuschreiben. Es kann angenommen werden, dass die Bildung – wenn es um konventionelle, auf das Wahlen- und Parteiensystem des Aufenthaltslandes bezogene Formen geht – für die politische Beteiligung der ZuwanderInnen sogar noch wichtiger sein könnte als für die Mehrheitsbevölkerung.

Zu beachten ist, dass die Wirkung der Bildung im Fall von Minderheiten- und ZuwanderInnengruppen auch davon beeinflusst werden kann, in welchem Kontext sie erworben wurde: Manche AutorInnen betonen die Unterschiede in der Wirkung von Bildung aus dem Herkunftsland auf der einen und im „neuen“ Aufenthaltsland erworbener Bildung auf der anderen Seite (vgl. Atger 2009, 6). Damit ist der Unterschied zwischen der Bildung als *Niveau* und der Bildung als *Kontext* angesprochen (vgl. Lien et al. 2004, 147). So argumentiert Tam Cho, dass nicht (nur) die höhere Bildung als solche die Beteiligungswahrscheinlichkeit erhöhe, sondern vielmehr der Sozialisationsprozess, der damit verbunden sei (vgl. Tam Cho 1999, 1143f). Liegen Bildungseffekte darin begründet, dass sie mit dem politischen System vertraut machen, dann können diese Wirkungen für ZuwanderInnen geringer sein, wenn sie sich ihre Bildung außerhalb des Aufenthaltslandes angeeignet haben (vgl. Bilodeau 2008, 995). Empirisch gestützt wird diese Annahme von Lien et al., die zum Ergebnis kommen, dass eine außerhalb der USA erworbene Bildung die Beteiligungswahrscheinlichkeit asiatischer Minderheiten verringert (vgl. Lien et al. 2004, 157f).

Zahlreichen Analysen, in denen die Bildung als Kontrollvariable miteinbezogen wird, stellen auch für ZuwanderInnen und Minderheitengruppen signifikante Zusammenhänge zwischen dem formalen Bildungsniveau auf der einen und der Wahlbeteiligung (vgl. Ramakrishnan/Espenshade 2001, 882–884; White et al. 2008, 276) bzw. der nicht-elektoralen

politischen Partizipation (vgl. Barreto/Muñoz 2003, 442; Gherghina 2013, 17f; Martinez 2005, 145) auf der anderen Seite fest. Untersuchungen auf Basis früherer Befragungswellen des ESS kommen zum Ergebnis, dass die Partizipationswahrscheinlichkeit von ZuwanderInnen mit einem höheren Bildungsniveau (vgl. Just/Anderson 2012, 497; vgl. Just/Anderson 2014, 947–952) bzw. mit einer steigenden Anzahl abgeschlossener Bildungsjahre (vgl. de Rooij 2011, 466–468) zunimmt. Dieser Effekt wird sowohl für institutionalisierte als auch für nicht-institutionalisierte Beteiligungsformen beobachtet (vgl. Just/Anderson 2012, 497). Bilodeau findet hingegen weder in Kanada noch in Australien einen signifikanten Zusammenhang zwischen dem formalen Bildungsniveau und der Wahrscheinlichkeit der Protestbeteiligung³¹ von ZuwanderInnen (vgl. Bilodeau 2008, 985–995).

Im US-amerikanischen Raum gibt es eine Reihe von Untersuchungen, welche die Verallgemeinerbarkeit von SES-Modellen für Minderheiten hinterfragen und die Wirkung der Bildung und anderer Statusvariablen für verschiedene Minderheitengruppen miteinander vergleichen (vgl. Ramakrishnan 2005, 40). Sie kommen zum Schluss, dass das Bildungsniveau für die Partizipation verschiedener ethnischer Gruppen unterschiedlich starke (vgl. Leighley/Vedlitz 1999, 1102f; Ramakrishnan 2005, 48–50) und für die Gruppe der asiatischen Minderheit in manchen Fällen sogar gar keine statistisch signifikanten Effekte hat (vgl. Tam Cho 1999, 1152f; Lien 1994, 249–251). Vor dem Hintergrund der Ergebnisse dieser Studien kann festgehalten werden, dass die formale Bildung mit wenigen Ausnahmen auch für verschiedene ethnische Minderheitengruppen einen wesentlichen Prädiktor des politischen Partizipationsverhaltens darstellt, dass sie jedoch für verschiedene Gruppen durchaus differenzierte Effekte haben kann (vgl. Ramakrishnan 2005, 39–41). Die Stärke des Bildungseffekts kann sich auch abhängig von der Art der Beteiligung unterscheiden: Junn zeigt, dass das Bildungsniveau für die systembezogene Partizipation verschiedener ethnischer Gruppen stärkere Effekte hat als für direkte Handlungsformen (vgl. Junn 1999, 1430–1432).

3.2.4. Ableitung der Hypothesen

Zusammenfassend kann vor dem Hintergrund der bisherigen Erkenntnisse über die Zusammenhänge zwischen der Bildung und der politischen Partizipation für BürgerInnen im Allgemeinen und für ZuwanderInnen im Besonderen festgehalten werden, dass das formale Bildungsniveau einen wesentlichen Einfluss darauf hat, ob und in welchem Ausmaß Personen politisch aktiv werden. Dies kann teilweise auf den mit einem höheren Bildungsniveau assoziierten tendenziell höheren sozioökonomischen Status und auf indirekte Effekte über die

³¹ Im Rahmen dieser Untersuchung werden neben legalen Protestformen wie der Petition, legalen Demonstrationen und dem Produktboykott auch inoffizielle Streiks und Gebäudebesetzungen miteinbezogen (vgl. Bilodeau 2008, 984–989).

politischen Einstellungen, Wertorientierungen und sozialen Netzwerke von BürgerInnen zurückgeführt werden. Der Zusammenhang zwischen der Bildung und der politischen Partizipation liegt jedoch ganz entscheidend auch in dem Wissen und in den Fähigkeiten begründet, welche im Rahmen der (formalen) Bildung erworben werden (siehe Kapitel 3.2.1). Die im Kapitel 3.2.3 diskutierten theoretischen Argumente und empirischen Befunde deuten durchwegs darauf hin, dass das Bildungsniveau auch in der Gruppe der ZuwanderInnen einen entscheidenden Einfluss auf die politische Beteiligung hat und dass dies sowohl für konventionelle als auch für unkonventionelle Partizipationsformen gilt.

H₂: Je höher das Bildungsniveau von ZuwanderInnen ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie (konventionelle und unkonventionelle) politische Partizipationsformen nutzen.

Für die Mehrheitsbevölkerung erfordern unkonventionelle Partizipationsformen im Vergleich zur konventionellen Beteiligung ein hohes, wenn nicht sogar noch höheres Maß an kognitiven Fähigkeiten. Im Hinblick auf die Partizipation der allgemeinen Bevölkerung argumentieren AutorInnen daher, dass Bildungsunterschiede für die unkonventionelle im Vergleich zur konventionellen Partizipation zumindest ebenso stark, wenn nicht sogar noch stärker, ausgeprägt sind (siehe Kapitel 3.2.2). Für ZuwanderInnen erscheint jedoch jegliche Art der Beteiligung im Aufenthaltsland ein hohes Ausmaß an politischem Wissen und kognitiven Fähigkeiten zu erfordern: Für sie ist die Bildung eng mit jenen Sprachkenntnissen und mit dem Wissen über das politische System ihres Aufenthaltslandes verknüpft, welche sich die meisten Einheimischen bereits im Zuge früherer Sozialisationsprozesse aneignen. Für die konventionelle Beteiligung kann daher angenommen werden, dass das Bildungsniveau für ZuwanderInnen eine noch stärkere Wirkung hat als dies für die Mehrheitsbevölkerung der Fall ist. In Bezug auf die *unkonventionelle* Partizipation wird postuliert, dass der Zusammenhang zwischen der Bildung und der Beteiligung in der Gruppe der ZuwanderInnen ebenso stark ist wie in der Mehrheitsbevölkerung.

H_{3,1}: Der positive Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau auf der einen und der konventionellen politischen Partizipation auf der anderen Seite ist für ZuwanderInnen stärker als für die Mehrheitsbevölkerung.

H_{3,2}: Der positive Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau auf der einen und der unkonventionellen politischen Partizipation auf der anderen Seite unterscheidet sich für ZuwanderInnen nicht von jenem für die Mehrheitsbevölkerung.

3.3. Migrationspezifische Variablen und politische Partizipation

Neben den „traditionellen“ Variablen, welche die Beteiligung von BürgerInnen im Allgemeinen erklären können, erscheinen für die politische Partizipation der ZuwanderInnen auch migrationspezifische Faktoren relevant (vgl. Zapata-Barrero et al. 2013, 3f). „Die“ Gruppe der Personen mit einem Migrationshintergrund ist in ihrer politischen Partizipation keineswegs homogen (vgl. Müssig/Worbs 2012, 18). Im Folgenden werden theoretische Annahmen und empirische Forschungsergebnisse über den Einfluss der Herkunft, der Aufenthaltsdauer und der Staatsbürgerschaft vorgestellt, um davon ausgehend Hypothesen zur dritten Forschungsfrage abzuleiten.

3.3.1. Bedeutung der Herkunft

Zahlreiche AutorInnen kommen zum Schluss, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Herkunftsland bzw. den (politischen) Erfahrungen, die ZuwanderInnen vor ihrer Migration sammeln, auf der einen und ihren politischen Einstellungen und Verhaltensweisen auf der anderen Seite gibt (vgl. Bilodeau et al. 2010, 143; Bueker 2006, 133f). Die *Translation Hypothesis* begründet dies damit, dass ZuwanderInnen ihr politisches Wissen abhängig von ihrer Herkunft in unterschiedlichem Maße im neuen politischen Umfeld anwenden können (vgl. ebd., 105). Dem liegt die weit verbreitete Annahme zugrunde, dass die Einstellungen und die Verhaltensweisen von BürgerInnen vom Kontext ihrer politischen Sozialisation beeinflusst werden: „That people are socialised to politics and tend to develop attitudes that reflect the prevailing norms and reality of the political system in which they were socialised is far from being a new argument in sociology and political science“ (Bilodeau 2008, 976). Thesen über den Einfluss des Herkunftslandes auf die politische Partizipation sind also in einem engen Zusammenhang mit Annahmen über die politische (Re-) Sozialisation von ZuwanderInnen zu sehen (vgl. Zapata-Barrero et al. 2013, 4). Die Frage nach der Stabilität bzw. der Anpassungsfähigkeit der im Rahmen früherer Sozialisationsprozesse gefestigten politischen Werte und Überzeugungen ist in der Literatur umstritten (vgl. Bilodeau et al. 2010, 142f). Auf ZuwanderInnen umgelegt wirft dies die Frage auf, wie groß der Stellenwert der im bzw. vom Herkunftsland geprägten politischen Einstellungen und Verhaltensweisen für die spätere Beteiligung im Aufenthaltsland ist (vgl. ebd., 143).

Geht es um die Wirkung der vor der Migration gesammelten Erfahrungen, dann gelten die Demokratiequalität und das Ausmaß der Unterdrückung im politischen System des Herkunftslandes als wichtige Einflussfaktoren. Die Hürden, die mit der politischen Beteiligung in westlichen Demokratien verknüpft sind, werden für ZuwanderInnen aus demokratischen

Ländern geringer eingeschätzt als für jene aus weniger demokratischen Ländern (vgl. Just/Anderson 2012, 489). Bueker argumentiert, dass frühere demokratische Erfahrungen die Beteiligung am Wahlprozess begünstigen können, weil ZuwanderInnen das damit einhergehende politische Wissen in ihrem neuen Umfeld nutzen können (vgl. Bueker 2006, 105). Eine Herkunft aus weniger demokratischen bzw. autoritären Regimen gilt im Gegensatz dazu als Hemmnis der Partizipation, weil MigrantInnen mit einem solchen Hintergrund erst zu einem späteren Zeitpunkt ihres Lebens mit demokratischen Normen und Praktiken konfrontiert werden (vgl. Bilodeau et al. 2010, 141). Aufgrund ihrer geringeren Erfahrungen mit dem demokratischen Prozess werden ihnen ein schwächeres Gefühl bürgerschaftlichen Verantwortungsbewusstseins (*civic responsibility*) und ein geringeres Maß des für die Beteiligung in liberalen Demokratien erforderlichen Wissens nachgesagt (vgl. Just/Anderson 2012, 489). Auch die Wahrscheinlichkeit der politischen Beteiligung außerhalb der institutionalisierten Sphäre kann durch den Hintergrund aus einem repressiven Regime sinken, weil ZuwanderInnen aus diesen Ländern möglicherweise größere Bedenken haben, sich öffentlich gegen die Regierung auszusprechen oder im Herkunftsland keine Protestkultur (*habit of protesting*) entwickelt haben (vgl. Bilodeau 2008, 979).

Der aktuelle Stand der Forschung legt nahe, dass das Herkunftsland zumindest *einen* wesentlichen determinierenden Faktor für die politische Partizipation von ZuwanderInnen im Aufenthaltsland darstellt. So kommt Bueker zum Schluss, dass das Herkunftsland ein signifikanter Prädiktor der Einbürgerung und der Wahlbeteiligung von ZuwanderInnen ist (vgl. Bueker 2006, 133f). Bilodeau stellt fest, dass Erfahrungen politischer Repression einen starken, systematischen und anhaltenden Einfluss auf die Protestbeteiligung³² von ZuwanderInnen in Kanada und Australien haben (vgl. Bilodeau 2008, 996): Je größer das Ausmaß der Repression im Herkunftsland, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass ZuwanderInnen sich im Aufenthaltsland an Protestformen beteiligen – dieser Effekt kann auch dann noch beobachtet werden, wenn ZuwanderInnen bereits seit mehreren Jahrzehnten in ihrem Aufenthaltsland leben (vgl. ebd., 991–994). Für konventionelle, auf den Wahlprozess bezogene Beteiligungsformen³³ finden Bilodeau et al. in einer späteren Untersuchung keinen solchen Zusammenhang: Wenn für sozioökonomische Charakteristiken kontrolliert wird, hat ein Hintergrund aus einem autoritären Regime keinen systematischen Einfluss mehr auf die

³² Bilodeau fasst unter dem Begriff der Protestpolitik verschiedene legale und illegale unkonventionelle Partizipationsformen zusammen, darunter die Beteiligung an Petitionen, die Teilnahme an Demonstrationen, der Produktboykott, die Gebäudebesetzung und Streiks (vgl. ebd.).

³³ Im Rahmen dieser Untersuchung werden vier Formen betrachtet und zwar erstens die Diskussion über Wahlabsichten, zweitens die Arbeit für eine Partei oder eine/n KandidatIn, drittens die Teilnahme an politischen Treffen und viertens die finanzielle Unterstützung einer Partei oder einer/eines KandidatIn (vgl. Bilodeau et al. 2010, 150).

Beteiligung (vgl. Bilodeau et al. 2010, 150–154). Signifikante Effekte haben die Erfahrungen aus einem autoritären Regime dieser Studie zufolge jedoch für die Zustimmung zur Demokratie: Je autoritärer der Hintergrund der ZuwanderInnen, desto geringer ihre Unterstützung für die demokratische Herrschaftsform (vgl. ebd., 146–150). De Rooij unterscheidet verschiedene Herkunftsregionen und zeigt, dass die Partizipationsniveaus von ZuwanderInnen aus nicht-westlichen Herkunftsländern sich deutlich stärker von jenen der Mehrheitsbevölkerung unterscheiden als jene westlicher ZuwanderInnen: ZuwanderInnen nicht-westlicher Herkunft machen mit deutlich geringerer Wahrscheinlichkeit von nicht-elektoralen Partizipationsformen im Allgemeinen und von unkonventionellen Formen im Besonderen Gebrauch als jene aus westlichen Herkunftsländern (vgl. de Rooij 2011, 466–469).

Die skizzierten Ergebnisse stützen die zu Beginn dieses Abschnitts dargelegte Annahme (*Translation Hypothesis*), dass die „Prägung des Herkunftslandes auch im Aufnahmeland fortwirkt,“ weil „[...] neue politische Eindrücke im Raster des bereits Gelernten und Erfahrenen bewertet, eingeordnet und verarbeitet werden“ (Müssig/Worbs 2012, 19f). Ramakrishnan und Espenshade argumentieren, dass ein solcher Effekt nicht auf ZuwanderInnen erster Generation beschränkt bleiben muss, sondern – wenngleich in abgeschwächter Form – auch in der zweiten Generation zu erwarten sei: Dies begründen sie damit, dass Kindheitserfahrungen und Eindrücke politischer Aktivitäten sowie Diskussionen mit den Eltern einen prägenden Einfluss auf die spätere politische Partizipation haben (vgl. Ramakrishnan/Espenshade 2001, 877f). Für die hier durchgeführte Untersuchung der Partizipation in westlichen, liberalen Demokratien kann somit angenommen werden, dass ZuwanderInnen aus westlichen Herkunftsländern sich stärker politisch beteiligen als jene aus anderen Regionen, weil sie ihre früheren Erfahrungen und Kenntnisse am einfachsten auf das neue politische Umfeld übertragen können.

H_{4.1}: Wenn ZuwanderInnen einen Migrationshintergrund aus einem westlichen Herkunftsland haben, dann nutzen sie (konventionelle und unkonventionelle) politische Partizipationsformen mit größerer Wahrscheinlichkeit als ZuwanderInnen aus anderen Herkunftsländern.

Differenzierung der „nicht-westlichen“ Herkunft

Die (Arbeits-)Migration von „Ost“ nach „West“ stellt eine wichtige Dimension der Wanderungsbewegungen innerhalb Europas dar (vgl. Favell 2008; Engbersen et al. 2013; IOM Global Migration Data Analysis Centre 2019). Ein nicht unbedeutender Anteil der ZuwanderInnen in den etablierten Demokratien West- und Südeuropas kommt aus dem zentral- und osteuropäischen Raum (vgl. Herwig 2017, 129–132). Damit sind insbesondere jene postsozialistischen Länder angesprochen, die nach dem Fall der Sowjetunion ihre

Unabhängigkeit erlangten und von denen heute einige Mitglieder der Europäischen Union sind³⁴ (vgl. Jungerstam-Mulders 2006, 1–3). Nach dem Fall der Sowjetunion kam es in diesen Ländern zu einem umfassenden Wandel, der alle Sphären umfasste und der einen in dieser Form einzigartigen Transformationsprozess darstellte (vgl. Kornai 2006, 217f). Der ostmitteleuropäische Raum gilt nach wie vor als eine von einer „regionalen Besonderheit“ (Segert 2008, 12) geprägte Region, die sich in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht vom Rest Europas unterscheidet (vgl. Górný 2017, 477f). Zahlreiche Studien haben sich mit den politischen Systemen der „neuen“, postsozialistischen Demokratien auseinandergesetzt und – unter anderem im Hinblick auf die Wahl- und Parteiensysteme in diesen Ländern – Unterschiede zu den „etablierten“ westeuropäischen Demokratien herausgearbeitet (vgl. Bos/Segert 2008; Jungerstam-Mulders 2006). Für die hier angedachte Untersuchung erscheint es daher von großem Interesse, nicht einfach zwischen ZuwanderInnen aus westlichen und nicht-westlichen Ländern zu unterscheiden, sondern die Partizipation der Personen mit einem Migrationshintergrund aus dem zentral- und osteuropäischen Raum als eigene Gruppe zu untersuchen.

Verglichen mit dem Westen werden in den jungen Demokratien Ostmitteleuropas in der Literatur für alle Arten der Beteiligung niedrigere Partizipationsniveaus festgestellt (vgl. Bernhagen/Marsh 2007, 44f; Smith 2009, 488). Als mögliche Ursachen dieser geringeren Beteiligung gelten unter anderem die Folgen wirtschaftlich-struktureller Veränderungsprozesse sowie auch die politische Kultur und die schwache Zivilgesellschaft in diesen Ländern (vgl. Bernhagen/Marsh 2007, 50f). Niedrige Niveaus sozialen Kapitals und die in den vormals nicht-demokratischen Systemen angelegten anti-demokratischen Normen und Einstellungen gelten als Elemente des sozialistischen Erbes, welche die politischen Partizipationsniveaus verringern (vgl. Letki 2003, 23f). Im Hinblick auf die Bevölkerung wird auf ein nach 1989 sinkendes Vertrauen in die politischen Institutionen, eine geringe Parteiidentifikation und eine gewisse Anti-Parteien-Haltung (*anti-party sentiment*) verwiesen (vgl. Frič 2004, 228).

Das geringe Vertrauen in die politischen Parteien äußert sich in einer niedrigen Wahlbeteiligung sowie niedrigen Partizipationsniveaus in Bezug auf Parteimitgliedschaften und andere Aktivitäten, die mit Parteien assoziiert werden (vgl. de Nève 2008, 289–293; Lewis 2001, 556–558). Auch außerhalb der institutionalisierten Sphäre der Politik sind die Partizipationsniveaus in Osteuropa deutlich niedriger als im Westen: Während die Teilnahme an Protestaktivitäten in

³⁴ Die Tschechische Republik, Estland, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, die Slowakei und Slowenien traten der EU im Jahr 2004, Bulgarien und Rumänien im Jahr 2007 bei (vgl. European Commission 2017). Die EU-Osterweiterung und die damit einhergehende Personenfreizügigkeit führten zu einer gesteigerten Mobilität aus den Ländern Ostmitteleuropas nach West- und Südeuropa (vgl. Favell 2008, 701–713).

Westeuropa in den 1990er Jahren zunahm, ging sie in den osteuropäischen Ländern zurück, wodurch sich die Kluft zwischen Ost und West noch vergrößerte (vgl. Bernhagen/Marsh 2007, 46–50). Ejrnæs spricht von einem Teufelskreis: Die mangelnde *Responsiveness* von Regierungsinstitutionen habe in vielen postkommunistischen Ländern die Entfremdung der BürgerInnen vom Staat und damit eine Schwächung der Zivilgesellschaft zur Folge, was wiederum dazu führe, dass BürgerInnen sich nicht mehr auf demokratischem Weg beteiligen können oder wollen (vgl. Ejrnæs 2017, 443).

Die umfassende Auseinandersetzung mit den demokratischen Konsolidierungsprozessen im ostmitteleuropäischen Raum würde bei weitem über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen. Vor dem Hintergrund der hier dargestellten Untersuchungsergebnisse kann aber festgehalten werden, dass sich nach wie vor deutliche Unterschiede zwischen Ost und West zeigen. ZuwanderInnen aus dem Zentral- und osteuropäischen Raum stehen ebenso wie jene aus nicht-europäischen, nicht-westlichen Ländern vor der Herausforderung, ihre bisherigen Erfahrungen in einem politischen System anzuwenden, welches sich deutlich von jenem ihres Herkunftslandes unterscheidet. Diese Unterschiede sind nicht nur in den politischen Institutionen und dem Parteiensystem, sondern auch in der politischen Kultur und der Stärke der Zivilgesellschaft zu verorten. Es kann daher angenommen werden, dass eine Herkunft aus einem osteuropäischen Land ebenso wie ein Hintergrund aus nicht-europäischen, nicht-westlichen Regionen, mit einer im Vergleich zu westlichen ZuwanderInnen geringeren Partizipationswahrscheinlichkeit zusammenhängt.

H_{4,2}: Wenn ZuwanderInnen einen Migrationshintergrund aus einem osteuropäischen Herkunftsland haben, dann nutzen sie (konventionelle und unkonventionelle) politische Partizipationsformen mit geringerer Wahrscheinlichkeit als ZuwanderInnen aus westlichen Herkunftsländern.

H_{4,3}: Wenn ZuwanderInnen einen Migrationshintergrund aus einem nicht-europäischen, nicht-westlichen Herkunftsland haben, dann nutzen sie (konventionelle und unkonventionelle) politische Partizipationsformen mit geringerer Wahrscheinlichkeit als ZuwanderInnen aus westlichen Herkunftsländern.

3.3.2. Bedeutung der Aufenthaltsdauer

Ein weiterer Aspekt, dem für das politische Partizipationsverhalten in einem neuen politischen Umfeld eine große Bedeutung zugeschrieben wird, ist der Faktor „Zeit“ (vgl. White et al. 2008, 270). Zahlreiche Untersuchungen bringen eine längere Aufenthaltsdauer mit einer zunehmenden politischen Integration und einer stärkeren politischen Beteiligung in Zusammenhang (vgl. Armony et al. 2004, 30; Voicu/Comşa 2014, 1574). Die *Theory of Exposure* führt dies darauf zurück, dass ZuwanderInnen sich durch den Kontakt mit dem

politischen System ihres neuen Aufenthaltslandes zunehmend an dieses anpassen (vgl. White et al. 2008, 269). Es wird argumentiert, dass ZuwanderInnen ihre Fähigkeiten und Kompetenzen für das politische Engagement im Aufenthaltsland mit zunehmender Aufenthaltsdauer und der damit längeren *Exposure* kontinuierlich erweitern können (vgl. Just/Anderson 2012, 496). Der Kontakt mit den politischen Institutionen der Gastgesellschaft führe über Lernprozesse dazu, dass sich die Einstellungen und Verhaltensweisen von ZuwanderInnen an jene der Mehrheitsbevölkerung angleichen (vgl. Voicu/Comşa 2014, 1575). Dem liegt die Annahme zugrunde, dass jene Werte und Einstellungen, die sich im Zuge früher Sozialisationsprozesse herausbilden, an neue Kontexte angepasst werden können – (politische) Institutionen können dabei als Modelle dienen und auch im Erwachsenenalter noch verinnerlicht werden (vgl. ebd.). Dies muss nicht als Widerspruch zur *Translation Hypothesis* gesehen werden, legt dem im vorigen Abschnitt postulierten Fortwirken der Erfahrungen aus dem Herkunftsland jedoch eine gewisse zeitliche Begrenzung bzw. zumindest eine mit der Zeit sinkende Bedeutung nahe (vgl. Müssig/Worbs 2012, 20).

Unabhängig von den auf das politische System bezogenen Lernprozessen gibt es auch andere Gründe, die für eine mit zunehmender Aufenthaltsdauer zunehmende Beteiligung sprechen. So argumentieren Ramakrishnan und Espenshade, dass die im Zuge eines längeren Aufenthalts stärker werdende Bindung an das Gastland die politische Partizipation ebenso fördere wie die Verbesserung der Sprachkenntnisse (vgl. Ramakrishnan/Espenshade 2001, 877). Hinzu kommt, dass gerade „neue“ ZuwanderInnen mit der noch nicht lange zurückliegenden Migration oftmals einen aufwändigen Prozess hinter sich haben, der in verschiedenen Lebensbereichen – etwa im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation oder die sozialen Netzwerke – mit einer gewissen Unruhe einhergeht (vgl. Chui et al. 1991, 378; Voicu/Comşa 2014, 1574). Unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem sozioökonomischen Status müssen ZuwanderInnen sich in einem neuen Umfeld etablieren, was dazu führen kann, dass sie der Politik ihres neuen Aufenthaltslandes anfangs eine geringe Priorität zuschreiben (vgl. Chui et al. 1991, 378). Müssig und Worbs sprechen von einer „Orientierungsphase“, die es brauche, bevor Personen mit einem Migrationshintergrund beginnen, sich mit dem politischen System des Aufenthaltslandes auseinanderzusetzen und sich darin zurechtzufinden (vgl. Müssig/Worbs 2012, 41).

Untersuchungen in Kanada (vgl. Chui et al. 1991, 384f; White et al. 2008, 275f) und den USA (vgl. Bueker 2006, 132; Wong 2006, 110–115) finden – über verschiedene Minderheiten- und Herkunftsgruppen hinweg – statistisch signifikante Zusammenhänge zwischen der Aufenthaltsdauer und der Wahlbeteiligung von Zugewanderten. Für die Partizipation abseits

von Wahlen sind die Ergebnisse bisheriger Studien weniger konsistent: Chui et al. zeigen nur für die Wahlbeteiligung, nicht aber für die Parteimitgliedschaft, das Engagement für eine Kampagne oder die Kontaktaufnahme mit PolitikerInnen einen systematischen Zusammenhang zwischen der Aufenthaltsdauer und der Stärke der Partizipation (vgl. Chui et al. 1991, 386–388). Auch andere Untersuchungen kommen zum Ergebnis, dass der positive Einfluss der Aufenthaltsdauer auf die nicht-elektorale Beteiligung von ZuwanderInnen statistisch nicht signifikant ist (vgl. Barreto/Muñoz 2003, 442f; Bilodeau 2008, 986–993). Auf Basis nationaler Umfragedaten kommt Wong hingegen zum Schluss, dass die nicht-elektorale Partizipation von Minderheiten mit einem lateinamerikanischen oder asiatischen Hintergrund mit der Dauer ihres Aufenthalts in den USA signifikant zunimmt (vgl. Wong 2006, 212–215).

Auch im europäischen Raum finden AutorInnen Zusammenhänge zwischen einer längeren Aufenthaltsdauer auf der einen und einer größeren Partizipationswahrscheinlichkeit auf der anderen Seite. Die Aufenthaltsdauer von ZuwanderInnen erweist sich in mehreren Untersuchungen als wichtiger erklärender Faktor für die (elektorale und nicht-elektorale) politische Partizipation von Personen mit einem Migrationshintergrund (vgl. de Rooij 2011, 465–468; Gherghina 2013, 16–18). Just & Anderson kommen zum Ergebnis, dass ZuwanderInnen mit einer kürzeren Aufenthaltsdauer – unabhängig davon, ob sie über die Staatsbürgerschaft des Aufenthaltslandes verfügen oder nicht – weniger Partizipationsformen nutzen als jene, die bereits seit längerer Zeit in ihrem Gastland leben (vgl. Just/Anderson 2012, 495f). Von den in diesem Abschnitt dargestellten theoretischen Annahmen und Forschungsergebnissen ausgehend kann daher postuliert werden, dass die Beteiligungswahrscheinlichkeit von ZuwanderInnen mit zunehmender Aufenthaltsdauer steigt.

H₅: Je länger ZuwanderInnen in ihrem Aufenthaltsland leben, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie (konventionelle und unkonventionelle) politische Partizipationsformen nutzen.

3.3.3. Bedeutung der Staatsbürgerschaft

Mit der Staatsbürgerschaft als rechtlichem Status werden BürgerInnen bestimmte Rechte und Pflichten übertragen werden (vgl. ebd., 486). Dies betrifft auch ihre (rechtlichen) Möglichkeiten, am politischen Willensbildungsprozess teilzunehmen (vgl. Paskeviciute/Anderson 2007, 2–4). Während eine Stimmabgabe bei Wahlen zumeist die Staatsbürgerschaft voraussetzt, stehen andere Partizipationsformen formal gesehen in der Regel auch den Nicht-StaatsbürgerInnen offen (vgl. de Rooij 2011, 460). Dennoch wird der Staatsbürgerschaft auch für die nicht-elektorale Partizipation eine wichtige Rolle zugeschrieben (vgl. ebd.; Paskeviciute/Anderson 2007, 2–7). Just und Anderson sehen in der

Staatsbürgerschaft eine wichtige Ressource, welche die politische Partizipation – auch über die Beteiligung an Wahlen hinausgehend – fördern kann (vgl. Just/Anderson 2012, 486f). Sie gilt als komplexes Konstrukt, das weit über die damit verknüpften Rechte hinausgeht:

„Citizenship is a complex and multidimensional concept. It consists of legal, cultural, social, and political elements, and provides citizens with defined rights and obligations, a sense of identity, and social bonds [...]“ (Armony et al. 2004, 19).

Der Status als StaatsbürgerIn des Aufenthaltslandes kann die politische Partizipation von ZuwanderInnen in verschiedener Hinsicht begünstigen. Zunächst können die mit der Staatsbürgerschaft übertragenen Rechte und der damit einhergehende Schutz die Kosten und die Risiken der politischen Beteiligung verringern (vgl. Just/Anderson 2012, 486f). Verschiedene nicht-elektorale Partizipationsformen wie zum Beispiel die Teilnahme an einer Demonstration bergen für Nicht-StaatsbürgerInnen ein höheres Risiko als für StaatsbürgerInnen (vgl. ebd.). Nicht-StaatsbürgerInnen nehmen ihre eigene Position vor den Behörden des Aufenthaltslandes möglicherweise als verletzlicher wahr, was ihre Bereitschaft, die Autoritäten „herauszufordern“ und sich an politischen Protestaktivitäten zu beteiligen, verringern kann (vgl. Bilodeau 2008, 997). Darüber hinausgehend wird argumentiert, dass StaatsbürgerInnen im Vergleich zu Nicht-StaatsbürgerInnen ein stärkeres Zugehörigkeitsgefühl zur Gastgesellschaft und eine stärkere Anteilnahme an der Politik ihres Aufenthaltslandes entwickeln (vgl. de Rooij 2011, 460). Wenn Nicht-StaatsbürgerInnen sich nicht an Wahlen beteiligen dürfen, kann dies ihre Bereitschaft, überhaupt politisch aktiv zu werden, schwächen (vgl. Müssig/Worbs 2012, 37). Neben dem instrumentellen Effekt im Sinne der mit der Staatsbürgerschaft verbundenen Rechte und Möglichkeiten hat die potenziell beteiligungsfördernde Wirkung der Staatsbürgerschaft also auch eine wichtige psychologische Dimension (vgl. Just/Anderson 2012, 486f).

Die Einbürgerung wird schließlich auch mit einem Sozialisationsprozess und einer verstärkten Interaktion mit den Behörden in Verbindung gebracht (vgl. Paskeviciute/Anderson 2007, 2). Um die Staatsbürgerschaft ihres Aufenthaltslandes zu erlangen, müssen ZuwanderInnen sich mit dem politischen System und der demokratischen Ordnung ihres Aufenthaltslandes sowie auch mit ihren Rechten und Pflichten als BürgerInnen auseinandersetzen (vgl. Just/Anderson 2012, 486f). Im Zuge dieser Auseinandersetzung kann es zu einer Internalisierung der demokratischen Werte einer „aktiven Bürgerschaft“ (*active citizenship*) kommen (vgl. ebd., 487). Das Erlangen der Staatsbürgerschaft kann darüber hinaus auch einen motivierenden Faktor darstellen, sich zumindest in der Zeit unmittelbar nach der Einbürgerung aktiv zu beteiligen (vgl. Paskeviciute/Anderson 2007, 5).

Die dargelegten Argumente hinsichtlich der möglichen Wirkungen der Staatsbürgerschaft legen nahe, dass jene ZuwanderInnen, die StaatsbürgerInnen ihres Aufenthaltslandes sind, eher politisch aktiv werden als Nicht-StaatsbürgerInnen. Dieser Annahme entsprechend belegen zahlreiche Untersuchungen, dass sowohl institutionalisierte als auch nicht-institutionalisierte Partizipationsformen von Nicht-StaatsbürgerInnen deutlich seltener genutzt werden als von StaatsbürgerInnen mit einem Migrationshintergrund (vgl. Just/Anderson 2012, 493f; Müssig/Worbs 2012, 37f; Pettinicchio/de Vries 2017, 539–541).

Geht es darum, aus den unterschiedlichen Partizipationsniveaus von StaatsbürgerInnen und Nicht-StaatsbürgerInnen Schlussfolgerungen über die *Wirkung* der Staatsbürgerschaft abzuleiten, ist jedoch Vorsicht geboten. *Erstens* warnen AutorInnen vor einer Interpretation als Kausalzusammenhang, weil durchaus denkbar ist, dass nicht nur die Staatsbürgerschaft die Partizipation fördert, sondern umgekehrt auch ein stärkeres politisches Engagement die Wahrscheinlichkeit der Einbürgerung erhöhen kann (vgl. Lien et al. 2004, 144). Die Einbürgerung kann einen gewissen Selektionsprozess darstellen: ZuwanderInnen, die sich für eine Einbürgerung entscheiden, zeichnen sich möglicherweise durch bestimmte Eigenschaften oder ein stärkeres Zugehörigkeitsgefühl zum Gastland aus, welche auch die politische Partizipation fördern (vgl. Paskeviciute/Anderson 2007, 5). Damit zusammenhängend wird *zweitens* betont, dass die Staatsbürgerschaft mit anderen individuellen Merkmalen wie zum Beispiel dem politischen Wissen und der Mitgliedschaft in Organisationen korrelieren kann, welche wiederum die politische Partizipation beeinflussen können (vgl. Lien et al. 2004, 166f). *Drittens* kommen AutorInnen zum Schluss, dass die Wirkung der Staatsbürgerschaft auch mit anderen Faktoren – etwa den Erfahrungen, die ZuwanderInnen im Herkunfts- und Gastland gemacht haben, oder der Dauer ihres Aufenthalts im Gastland – zusammenhängen kann und daher nicht isoliert betrachtet werden sollte (vgl. Just/Anderson 2012, 496f; Paskeviciute/Anderson 2007, 1f).

Studien, die den Einfluss der Staatsbürgerschaft mithilfe multivariater Analysen untersuchen, kommen zu differenzierten und teils widersprüchlichen Schlussfolgerungen. Für Paskeviciute und Anderson erweist sich die Staatsbürgerschaft als „[...] avenue that fosters good citizenship behaviour [...]“ (ebd., 21). Die AutorInnen zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit der politischen Partizipation³⁵ steigt, wenn ZuwanderInnen über die Staatsbürgerschaft ihres Gastlandes

³⁵ Die AutorInnen beziehen die Kontaktaufnahme mit PolitikerInnen, die Mitarbeit in einer politischen Partei oder anderen Gruppierung, das Tragen eines Abzeichens für eine politische Kampagne, die Teilnahme an einer Unterschriftensammlung, das politisch motivierte Konsumverhalten, die Geldspende für politische Zwecke und die Beteiligung an einer (legalen oder illegalen) Demonstration mit ein und unterscheiden nicht zwischen konventionellen und unkonventionellen Formen (vgl. Paskeviciute & Anderson, 2007, S. 10f).

verfügen und dass dieser Effekt auch dann noch zu beobachten ist, wenn für die Erfahrungen der ZuwanderInnen im Herkunfts- und Aufenthaltsland kontrolliert wird (vgl. ebd., 17–21). Auch eine Untersuchung von Martínez kommt zum Ergebnis, dass ZuwanderInnen mit einem lateinamerikanischen Hintergrund sich mit signifikant größerer Wahrscheinlichkeit politisch beteiligen, wenn sie über die US-Staatsbürgerschaft verfügen (vgl. Martínez 2005, 144–146). Andere Studien finden hingegen keinen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen der (US-)Staatsbürgerschaft auf der einen und der nicht-elektoralen Beteiligung von mexikanischen (vgl. Barreto/Muñoz 2003, 441–443) bzw. asiatischen (vgl. Lien et al. 2004, 157–167) ZuwanderInnen auf der anderen Seite.

Zwei Untersuchungen auf Basis früherer ESS-Wellen legen nahe, dass die Staatsbürgerschaft für verschiedene ZuwanderInnengruppen und abhängig von der Art der Beteiligung unterschiedlich starke Effekte haben kann. So kommt de Rooij zum Schluss, dass die Staatsbürgerschaft des Aufenthaltslandes die Wahrscheinlichkeit, dass ZuwanderInnen unkonventionelle Partizipationsformen nutzen, signifikant erhöht – der zu beobachtende Effekt ist für ZuwanderInnen aus nicht-westlichen Herkunftsländern jedoch stärker als für jene westlicher Herkunft (vgl. de Rooij 2011, 468–470). Just und Anderson zeigen, dass der positive Einfluss der Staatsbürgerschaft auf die nicht-elektorale Beteiligung für ZuwanderInnen aus Herkunftsländern mit einem hohen Demokratieniveau systematisch geringer ist als für ZuwanderInnen mit einem Hintergrund aus weniger demokratischen Regimen (vgl. Just/Anderson 2012, 496–498). Als besonders wirkungsstark erweist sich die Staatsbürgerschaft im Rahmen dieser Analyse für die nicht-institutionalisierte Partizipation, wohingegen der Zusammenhang, wenn nur institutionalisierte Beteiligungsformen miteinbezogen werden, nicht mehr signifikant ist (vgl. ebd.).

Vor diesem Hintergrund ist festzuhalten, dass die bisherigen Befunde über die Wirkung der Staatsbürgerschaft auf die politische Partizipation von ZuwanderInnen keineswegs eindeutig sind. Frühere Studien deuten aber mehrheitlich darauf hin, dass StaatsbürgerInnen nicht-elektorale Partizipationsformen häufiger und mit größerer Wahrscheinlichkeit nutzen als Nicht-StaatsbürgerInnen. Dies kann auf die mit diesem Status einhergehenden Rechte und Sicherheiten, aber auch auf die psychologischen Aspekte der Staatsbürgerschaft und des Einbürgerungsprozesses zurückgeführt werden.

H₆: Wenn ZuwanderInnen über die Staatsbürgerschaft ihres Aufenthaltslandes verfügen, dann nutzen sie (konventionelle und unkonventionelle) politische Partizipationsformen mit größerer Wahrscheinlichkeit als Nicht-StaatsbürgerInnen.

II. EMPIRISCHER TEIL

4. Forschungsdesign

Die im vorangegangenen Kapitel aufgestellten Hypothesen werden im nun folgenden empirischen Teil dieser Arbeit mithilfe eines quantitativen Forschungsdesigns überprüft. Zunächst gilt es, deskriptiv zu untersuchen, wie sich die Partizipationsmuster der ZuwanderInnen im Vergleich zu jenen der Mehrheitsbevölkerung charakterisieren lassen (Forschungsfrage 1) und wie sie sich innerhalb der Gruppe der ZuwanderInnen nach deren Bildungsniveau (Forschungsfrage 2) sowie nach Aufenthaltsdauer, Staatsbürgerschaft und Herkunft (Forschungsfrage 3) unterscheiden. Im zweiten Schritt soll mithilfe einer Regressionsanalyse überprüft werden, ob es statistisch signifikante Zusammenhänge zwischen dem Migrationshintergrund (Forschungsfrage 1), dem Bildungsniveau (Forschungsfrage 2) und den migrationspezifischen Variablen (Forschungsfrage 3) auf der einen und der politischen Partizipation auf der anderen Seite gibt. Im Folgenden werden der in der vorliegenden Arbeit Datensatz vorgestellt und das darin enthaltene Sample der ZuwanderInnen beschrieben sowie die Operationalisierung der für die Untersuchung relevanten Variablen und die methodische Vorgehensweise erläutert.

4.1. Daten

Eine gute Datengrundlage für die hier angedachte Analyse bietet der European Social Survey (ESS), der seit 2002 in zweijährigen Abständen erhoben wird (vgl. European Social Survey 2019). Der ESS zeichnet sich durch hohe Standards bei der Datenerhebung und durch qualitativ hochwertige und über Länder hinweg vergleichbare Daten aus (vgl. Just/Anderson 2012, 490). Der Datensatz ist für diese Untersuchung gut geeignet, weil er alle für das Forschungsinteresse relevanten Informationen über die Befragten zur Verfügung stellt und eine ausreichend hohe Fallzahl an ZuwanderInnen beinhaltet (siehe Kapitel 4.3). Ein Kernmodul der Befragung gibt Aufschluss über die (elektorale und nicht-elektorale) politische Partizipation, das politische Interesse und die soziopolitischen Einstellungen der Befragten. Umfangreiche Informationen über die Geburtsländer der Befragten und ihrer Eltern sowie auch über die Staatsbürgerschaft und die Aufenthaltsdauer von Personen mit einem Migrationshintergrund ermöglichen eine ausreichende Differenzierung innerhalb der Gruppe der ZuwanderInnen (vgl. European Social Survey 2016).

Für die hier vorgestellte Analyse wird die aktuellste verfügbare Befragungswelle des ESS (Runde 8, Version 2.0³⁶) herangezogen. Die Daten wurden im Zeitraum von Herbst 2016 bis Frühling 2017 in 23 Ländern erhoben³⁷. Dem Forschungsinteresse dieser Arbeit entsprechend wird der Datensatz auf eine Auswahl 15 „westlicher“ Demokratien des europäischen Raumes eingeschränkt: Diese sind Österreich, Belgien, die Schweiz, Deutschland, Spanien, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Island, Italien, die Niederlande, Norwegen, Portugal und Schweden. Die jungen Demokratien des zentral- und osteuropäischen Raums werden nicht in die Analyse miteinbezogen. Die Fallzahl beläuft sich damit auf insgesamt 28,375 Personen³⁸. Just und Anderson belegten mithilfe von Eurostat-Daten, dass die Anteile der im Ausland geborenen Personen im ESS-Datensatz sehr nahe an den Zahlen offizieller Statistiken liegen und dass das Sample der ZuwanderInnen im Datensatz auch im Hinblick auf deren Herkunftsländer repräsentativ für die Bevölkerungsgruppe der ZuwanderInnen in den untersuchten Ländern ist (vgl. Just/Anderson 2014, 944f).

4.2. Operationalisierung

Im Folgenden werden die abhängigen und unabhängigen Variablen der im Kapitel 3 formulierten Hypothesen operationalisiert und die Auswahl und Messung der Kontrollvariablen dargelegt. Eine Übersicht aller Variablen und der dazugehörigen Fragestellungen aus dem ESS-Fragebogen befindet sich im Anhang (siehe 9.1 *Operationalisierung*).

4.2.1. Abhängige Variable: Politische Partizipation

Im Rahmen dieser Analyse werden insgesamt acht nicht-elektorale politische Partizipationsformen betrachtet, wobei zwischen der konventionellen und der unkonventionellen Beteiligung unterschieden wird. Die vorgenommene Einteilung (siehe Tabelle 2. Klassifikation konventioneller und unkonventioneller Partizipationsformen auf Basis der ESS-Befragungstabelle 2) wurde in Kapitel 2.1 theoretisch begründet und stimmt mit der Unterscheidung konventioneller und unkonventioneller (vgl. de Rooij 2011) bzw.

³⁶ Diese Version des Datensatzes wurde am 30.05.2018 veröffentlicht. Die verwendeten Daten stehen als offener Datensatz unter <https://www.europeansocialsurvey.org/data/> zur Verfügung.

³⁷ Die achte Befragungswelle enthält Daten aus den folgenden Ländern: Österreich, Belgien, die Tschechische Republik, Estland, Finnland, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Island, Irland, Israel, Italien, Litauen, die Niederlande, Norwegen, Polen, Portugal, Russland, Slowenien, Spanien, Schweden, die Schweiz und Großbritannien. Detaillierte Informationen über die Stichprobenziehung und den Ablauf der Erhebungen in den einzelnen Ländern können dem *Data Documentation Report* (European Social Survey 2017) entnommen werden, der unter <https://www.europeansocialsurvey.org/data/> zur Verfügung steht.

³⁸ Eine Übersicht mit der Anzahl der Befragten je Land befindet sich im Anhang (siehe Tabelle 10).

institutionalisierter und nicht-institutionalisierter (vgl. Hooghe/Marion 2013) Partizipationsformen früherer Untersuchungen auf Basis des ESS³⁹ überein.

Tabelle 2. Klassifikation konventioneller und unkonventioneller Partizipationsformen auf Basis der ESS-Befragung

Konventionell	Unkonventionell
<ul style="list-style-type: none"> • Eine/n PolitikerIn oder eine/n VertreterIn der Bundesregierung, der Landesregierung oder der Gemeindeverwaltung kontaktiert (<i>Kontakt</i>) • In einer politischen Partei oder Gruppierung mitgearbeitet (<i>Partei</i>) • In irgendeiner anderen Organisation oder Vereinigung mitgearbeitet (<i>Organisation</i>) • Ein Abzeichen oder einen Aufkleber für eine politische Kampagne getragen oder irgendwo befestigt (<i>Abzeichen</i>) 	<ul style="list-style-type: none"> • Sich an einer Unterschriftensammlung beteiligt (<i>Petition</i>) • An einer genehmigten öffentlichen Demonstration teilgenommen (<i>Demonstration</i>) • Bestimmte Produkte boykottiert (<i>Boykott</i>) • Etwas über Politik im Internet gepostet oder geteilt, zum Beispiel auf Blogs, per E-Mail oder in sozialen Medien wie Facebook oder Twitter (<i>Online</i>)

Die hier angeführten Umschreibungen der Partizipationsformen entsprechen den Formulierungen der in Österreich verwendeten Fassung des ESS-Fragebogens (vgl. European Social Survey 2016). Im Folgenden werden die kursiv gedruckten Begriffe verwendet.

Um das konventionelle und/oder unkonventionelle Partizipationsniveau der Befragten zu messen, werden drei additive Indizes gebildet. Sie drücken aus, wie viele der Handlungen ein/e Befragte/r während den letzten 12 Monaten zumindest einmal gesetzt hat:

- (1) *Alle Formen*: Anzahl aller genutzten politischen Partizipationsformen auf einer Skala von 0 „keine dieser Formen genutzt“ bis 8 „jede dieser Formen mindestens einmal genutzt“
- (2) *Konventionell*: Anzahl der genutzten konventionellen Partizipationsformen (Kontakt, Partei, Organisation, Abzeichen) auf einer Skala von 0 „keine dieser Formen genutzt“ bis 4 „jede dieser Formen mindestens einmal genutzt“
- (3) *Unkonventionell*: Anzahl der genutzten unkonventionellen Partizipationsformen (Petition, Demonstration, Boykott, Online) auf einer Skala von 0 „keine dieser Formen genutzt“ bis 4 „jede dieser Formen mindestens einmal genutzt“

Der Vorteil dieser Indexbildung ist, dass die abhängigen Variablen nicht einfach zwischen „partizipiert“ und „nicht partizipiert“ unterscheiden, sondern Aufschluss über das konventionelle und/oder unkonventionelle Partizipationsniveau der Befragten bzw. die Anzahl der (zumindest einmal) genutzten Partizipationsformen geben. So wird einer Verzerrung der Ergebnisse entgegengewirkt, falls zum Beispiel eine Form sehr häufig verwendet, die anderen Formen jedoch kaum genutzt werden.

³⁹ Die Online-Partizipation wurde im Rahmen der Untersuchungen von de Rooij und Hooghe & Marion noch nicht miteinbezogen.

Um sicherzustellen, dass die Zusammenfassung der Items zu konventionellen und unkonventionellen Partizipationsformen der Struktur der Daten entspricht, wurde eine Hauptkomponentenanalyse durchgeführt. In diesem Verfahren werden die Messwerte der befragten Personen für die verschiedenen beobachteten Variablen (in diesem Fall die Partizipationsformen) auf Faktoren zurückgeführt, um die Zusammenhänge zwischen einzelnen Variablen zu systematisieren (vgl. Wolf/Best 2010, 334). Die Faktorladungen der Items der verschiedenen Partizipationsformen für die im Zuge der Hauptkomponentenanalyse⁴⁰ extrahierten Faktoren (siehe Tabelle 3) unterstützen die theoriegeleitete Unterscheidung zwischen konventioneller und unkonventioneller Beteiligung: Das Unterzeichnen einer Petition, die Teilnahme an einer Demonstration, der Produktboykott und die Online-Beteiligung laden stärker auf den ersten Faktor („Unkonventionell“). Die Kontaktaufnahme, die Mitarbeit in einer Partei, die Mitarbeit in einer anderen Organisation und das Tragen eines Abzeichens oder Aufklebers laden stärker auf den zweiten Faktor („Konventionell“). Auch im Zuge einer konfirmatorischen Faktorenanalyse⁴¹ laden die Items mit annehmbaren Faktorladungen auf die entsprechenden Konstrukte.

Tabelle 3. Politische Partizipationsformen: Ergebnisse der Hauptkomponentenanalyse

	Konventionell	Unkonventionell
Kontakt	0.67	
Partei	0.74	
Organisation	0.61	
Abzeichen	0.46	
Petition		0.72
Demonstration		0.49
Boykott		0.7
Online		0.65
Erklärte Varianz	21.22%	23.21%

Es werden die rotierten Faktorladungen⁴² (Varimax-Rotation) für die Faktoren dargestellt, die im Zuge der Hauptkomponentenanalyse (pcf, minimaler Eigenwert 1) extrahiert wurden. $KMO^{43} = 0.8$, $n = 28,048$. Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder.

⁴⁰ Für die Analyse wurde der pcf-Befehl in Stata verwendet, der eine Faktorenanalyse durchführt und die Schätzwerte so reskaliert, dass sie einer Hauptkomponentenanalyse entsprechen (vgl. Mooi et al. 2018, 273f).

⁴¹ Es wurde ein Strukturgleichungsmodell mit dem sem-Befehl in Stata berechnet, wobei die beiden Faktoren „Konventionell“ und „Unkonventionell“ als latente Variablen spezifiziert wurden. Mit standardisierten Koeffizienten im Bereich von ,45 bis ,63 zeigten sich in diesem Verfahren etwas geringere, aber dennoch annehmbare Werte für die Faktorladungen. Die Ergebnisse dieser Analyse befinden sich im Anhang (siehe Tabelle 9).

⁴² In der Literatur gilt eine Faktorladung von mindestens 0,5 als häufig genannter Richtwert, wobei in manchen Fällen auch zu höheren (0,6) oder niedrigeren (0,3) Schwellen geraten wird (vgl. Mooi et al. 2018, 282; Wolf/Best 2010, 346).

⁴³ Für das Kaiser-Meyer-Olkin (KMO) Kriterium gilt ein Wert über 0,6 als Richtwert für eine geeignete Korrelationsmatrix (vgl. Wolf/Best 2010, 341).

4.2.2. Unabhängige Variable: Bildungsniveau

Den formulierten Forschungsfragen und Hypothesen entsprechend wird die Bildung im Rahmen dieser Arbeit als formales Bildungsniveau operationalisiert. Dafür wird der höchste erreichte Bildungsabschluss der Befragten anhand der ESS-Version der International Standard Classification of Education (ISCED) klassifiziert. Dieser Klassifikationsrahmen ermöglicht es, die Bildungsniveaus von ZuwanderInnen und Einheimischen über alle Länder hinweg einzuordnen und auf dieser Basis Personengruppen mit „niedriger“, „mittlerer“ und „hoher“ Bildung zusammenzufassen.

Die länderübergreifend vergleichbare Messung von Bildungserfolgen stellt aufgrund der großen Unterschiede zwischen nationalen Bildungssystemen eine große Herausforderung dar (vgl. Schneider/Kogan 2008, 14). Die ISCED-Klassifikation ist ein internationaler Bezugsrahmen, der Bildungsprogramme und die darin erworbenen Qualifikationen nach Niveau (*level*) und Bereich (*field*) einteilt (vgl. Eurostat 2018). Sie wird in zahlreichen internationalen Statistiken und Datensätzen genutzt (vgl. Schneider 2016, 38). Die ISCED-Niveaus stellen ein geordnetes Set übergeordneter Kategorien dar, mit denen Bildungsprogramme in einer vertikalen Hierarchie von „grundlegend“ (*foundational*) bis „komplex“ (*complex*) verortet werden (vgl. UNESCO Institute for Statistics 2012, 6–13). In der aktuellsten Version der Klassifikation (ISCED 2011) werden neun Stufen der höchsten abgeschlossenen Bildung unterschieden⁴⁴ (vgl. Schneider 2016, 38–44).

Der ESS stellt seit der fünften Befragungswelle eine geringfügig adaptierte Version der ISCED-Klassifikation zur Verfügung. Diese orientiert sich an den ISCED-Stufen, bezieht neben dem Bildungsniveau jedoch auch Informationen über die *Art* des Bildungsprogramms mit ein, um den analytischen Wert der Bildungsvariable zu verbessern (vgl. European Social Survey 2018, 4). ES-ISCED unterscheidet sieben verschiedene Bildungsniveaus (siehe Tabelle 4). Der wichtigste Unterschied zur „klassischen“ ISCED-Einteilung betrifft die stärkere Differenzierung im Bereich der höheren Sekundärbildung, mit der Bildungsprogramme danach unterschieden werden, ob sie Personen für die Tertiärbildung oder für den Arbeitsmarkt vorbereiten (vgl. Schneider 2016, 46). Zwischen allgemeiner und berufsbildender Bildung gibt es deutliche Unterschiede, welche für die Klassifikation nationaler Bildungsprogramme in

⁴⁴ ISCED 2011 unterscheidet folgende formalen Bildungsabschlüsse: Elementarbereich/*less than primary education* (ISCED 0), Primarbereich/*primary education* (ISCED 1), Sekundarbereich I/*lower secondary education* (ISCED 2), Sekundarbereich II/*upper secondary education* (ISCED 3), postsekundärer, nicht tertiärer Bereich/*post-secondary non-tertiary education* (ISCED 4), kurzes tertiäres Bildungsprogramm/*short-cycle tertiary education* (ISCED 5), Bachelor- bzw. gleichwertiges Bildungsprogramm/*Bachelor's or equivalent level* (ISCED 6), Master- bzw. gleichwertiges Bildungsprogramm/*Master's or equivalent level* (ISCED 7) und Promotion bzw. gleichwertiges Programm/*Doctoral or equivalent level* (ISCED 8) (vgl. UNESCO Institute for Statistics 2012, 21; Euroguidance Österreich 2014).

manchen Ländern – etwa im deutschsprachigen Raum – große Relevanz haben (vgl. Körner et al. 2005, 158; Schneeberger 2010, 11–15; Schneider 2016, 46). Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, die ESS-Version des ISCED-Klassifikationsrahmens heranzuziehen, die der horizontalen Differenzierung von Bildungsprogrammen Rechnung trägt.

Zusammenfassung der Bildungsgruppen

Wo Bildungseffekte untersucht werden, wird häufig zwischen Personengruppen mit „niedriger“, „mittlerer“ und „hoher“ Bildung unterschieden (vgl. Gesthuizen et al. 2012; Larsen/Pedersen 2017; Marien et al. 2010; Stolle/Hooghe 2011). Diese Kategorien ermöglichen eine klare und übersichtliche Gegenüberstellung des Partizipationsverhaltens verschiedener Bildungsgruppen (vgl. Marien et al. 2010, 196). Für die Datenanalyse ist die Zusammenfassung zu breiteren Kategorien auch angesichts der Fallzahlen sinnvoll: Differenziert man eine höhere Anzahl verschiedener Bildungsgruppen, sinkt naturgemäß die Anzahl der Befragten in den einzelnen Kategorien, was gerade für die ohnehin relativ kleine Gruppe der ZuwanderInnen die Aussagekraft der Ergebnisse verringern kann. Die Bildungsgruppen werden für diese Untersuchung so definiert, dass Personen, deren höchster formaler Bildungsabschluss nicht über die untere Sekundarstufe hinausgeht, als niedrig gebildet gelten und dass für ein hohes Bildungsniveau ein Abschluss im Tertiärbereich erreicht werden muss (siehe Tabelle 4)⁴⁵.

Tabelle 4. Übersicht der Bildungsniveaus und -gruppen (ES-ISCED)

Bildungsniveau (ES-ISCED)		Bildung (Gruppen)
ES-ISCED I	<i>Less than lower secondary</i>	niedrig
ES-ISCED II	<i>Lower secondary</i>	
ES-ISCED IIIb	<i>Lower tier upper secondary</i>	mittel
ES-ISCED IIIa	<i>Upper tier upper secondary</i>	
ES-ISCED IV	<i>Advanced vocational, sub-degree</i>	
ES-ISCED V1	<i>Lower tertiary education (BA level)</i>	hoch
ES-ISCED V2	<i>Higher tertiary education (>= MA level)</i>	

⁴⁵ Die „klassischen“ ISCED-Stufen werden in der Regel so zusammengefasst, dass Personen, deren höchster Bildungsabschluss nicht über den unteren Sekundärbereich hinausgeht (ISCED 0-2) als „niedrig“ gebildet gelten und dass für ein „hohes“ Bildungsniveau ein Abschluss im Tertiärbereich erreicht muss (ISCED 5-8) (vgl. Eurostat 2018; Gesthuizen et al. 2012, 596). Diese Einteilung lässt sich nicht direkt auf die ES-ISCED-Klassifikation übertragen, weil deren Kategorie IV (*advanced vocational, sub-degree*) sowohl Bildungsabschlüsse, die nach ISCED 2011 der Kategorie 4 – und damit dem „mittleren“ Bildungsniveau – zugerechnet werden, als auch Abschlüsse, die als ISCED-Niveau 5 – und damit als „hohes“ Bildungsniveau – klassifiziert werden, umfasst (vgl. European Social Survey 2018, 5). Da es sich bei den Bildungsniveaus in der ES-ISCED Kategorie IV ausschließlich um Abschlüsse unter dem Bachelor-Niveau handelt, wird diese Kategorie in dieser Arbeit dem „mittleren“ Bildungsniveau zugerechnet. Für diese etwas höher angesetzte Schwelle eines „hohen“ Bildungsniveaus spricht auch die Verteilung des Samples auf die verschiedenen Bildungsgruppen: Würde man bereits ab ES-ISCED Stufe IV von einem hohen Bildungsniveau sprechen, wären fast 40% der Befragten im ESS-Datensatz hoch gebildet.

4.2.2. *Unabhängige Variablen: Herkunft, Aufenthaltsdauer & Staatsbürgerschaft*

Für die unabhängige Variable der **Herkunft** werden ZuwanderInnen anhand ihres Geburtslandes bzw. – im Fall der Zugewanderten zweiter Generation – anhand des Geburtslandes ihrer Mutter in drei Gruppen zusammengefasst: Den in Kapitel 3 formulierten Hypothesen entsprechend werden westliche⁴⁶ und osteuropäische⁴⁷ Herkunftsländer von „anderen“ (nicht-europäischen, nicht-westlichen) Herkunftsländern unterschieden. Die **Aufenthaltsdauer** der ZuwanderInnen wird ausgehend von dem Jahr, in dem die/der Befragte zum ersten Mal in das Aufenthaltsland gezogen ist, berechnet und in fünf Kategorien zusammengefasst⁴⁸:

- (1) weniger als sechs Jahre Aufenthalt im Gastland
- (2) sechs bis zehn Jahre Aufenthalt im Gastland
- (3) elf bis 20 Jahre Aufenthalt im Gastland
- (4) 21 bis 30 Jahre Aufenthalt im Gastland
- (5) mehr als 30 Jahre Aufenthalt im Gastland

Zuletzt wird mit einer Dummyvariable abgebildet, ob ZuwanderInnen über die **Staatsbürgerschaft** ihres Aufenthaltslandes verfügen (1) oder nicht (0).

4.2.3. *Kontrollvariablen*

4.2.3.1. *Demographische Merkmale und sozioökonomischer Status*

Als wichtige Kontrollvariablen werden zunächst das Geschlecht und das Alter der befragten Personen herangezogen. Im Hinblick auf das **Geschlecht** galt es lange als eine „certified truth“ (Kaase 2007, 788), dass Männer politisch aktiver sind als Frauen (vgl. ebd.). Mittlerweile deuten Studien jedoch darauf hin, dass Frauen sich mit annähernd gleich großer Wahrscheinlichkeit an Wahlen beteiligen wie Männer und dass sich die geschlechterspezifischen Unterschiede bei der Nutzung unkonventioneller Formen deutlich verringern oder sogar umkehren können (vgl. ebd., 788f; Marien et al. 2010, 193f; Ramakrishnan/Espenshade 2001, 873). Das Geschlecht der Befragten wird mit einer Dummyvariable (männlich = 1) operationalisiert. In Bezug auf das **Alter** geht man in der Literatur davon aus, dass Menschen sich mit zunehmendem Alter eher an Wahlen beteiligen und dass junge Menschen konventionelle Partizipationsformen besonders selten nutzen (vgl. Melo/Stockemer 2014, 33f). Untersuchungen deuten jedoch darauf hin, dass unkonventionelle

⁴⁶ Dies sind alle Länder, die laut der Einteilung geographischer Regionen der Statistischen Datenbank der Vereinten Nationen (vgl. UN Statistics Division 2019) zu Nord-, West- oder Südeuropa, zu Nordamerika oder zu Australien und Neuseeland gehören (siehe Anhang 9.1 *Operationalisierung*).

⁴⁷ Diese sind Albanien, die Tschechische Republik, Estland, Weißrussland, Bosnien & Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Ungarn, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldau, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakei, Slowenien, Ukraine und Kosovo.

⁴⁸ Zugewanderte der zweiten Generation werden der Kategorie mit der längsten Aufenthaltsdauer zugerechnet.

Formen im Unterschied dazu für jüngere Personen attraktiver sein können (vgl. Marien et al. 2010; Melo/Stockemer 2014; Stolle/Hooghe 2011). Für die Operationalisierung des Alters werden die Befragten in Kohorten zusammengefasst:

- (1) 15 bis 24 Jahre alt
- (2) 25 bis 34 Jahre alt
- (3) 35 bis 44 Jahre alt
- (4) 45 bis 54 Jahre alt
- (5) 55 bis 64 Jahre alt
- (6) 65 Jahre alt oder älter

Das **Einkommen** stellt als zentrales Element des sozioökonomischen Status der Befragten eine weitere wichtige Kontrollvariable dar. Im CVM-Modell wird anhand des Einkommens operationalisiert, wie viel Geld BürgerInnen in verschiedene Formen der politischen Partizipation investieren können (vgl. Brady et al. 1995, 271–273). Auch wird argumentiert, dass Personen in einer finanziell stabilen Situation eher über die Zeit und die Ressourcen verfügen, sich politisch zu beteiligen (vgl. Melo/Stockemer 2014, 40). Im Rahmen dieser sondern die subjektive Einschätzung der Einkommenssituation⁴⁹ (Beurteilung der derzeitigen Einkommenssituation des Haushalts) herangezogen, welche auf einer vierstufigen Skala abgefragt wurde: *Mit dem gegenwärtigen Einkommen kann ich bzw. können wir...*

- (1) ... nur sehr schwer zurechtkommen
- (2) ... nur schwer zurechtkommen
- (3) ... zurecht kommen
- (4) ... bequem leben

Schließlich wird auch der **Beschäftigungsstatus** als Kontrollvariable herangezogen (vgl. Just/Anderson 2012; Pettinicchio/de Vries 2017; Pilati/Morales 2016). Dabei werden fünf Gruppen unterschieden:

- (1) Personen in bezahlter Beschäftigung (Referenzgruppe)
- (2) Personen in Ausbildung
- (3) Arbeitslose
- (4) PensionistInnen
- (5) Sonstige

4.2.3.2. Recruitment

Die im ESS verfügbaren Informationen über die Befragten reichen nicht aus, um deren Einbindung in Organisationen und Assoziationen sowie ihre sozialen Netzwerke vollständig zu

⁴⁹ Mit einer „objektiven“ Operationalisierung der Einkommensvariable im Sinne des tatsächlich zur Verfügung stehenden Einkommens wäre eine relativ große Anzahl von Fällen verloren gegangen: 702 der 3902 ZuwanderInnen und 3914 der 24,468 Einheimischen haben keine Angabe zu ihrem Haushaltseinkommen gemacht.

operationalisieren. Es kann jedoch für einige Faktoren kontrolliert werden, welche die Chancen der politischen Rekrutierung bzw. Mobilisierung erhöhen. Zunächst können die persönlichen Beziehungen zu Bekannten, FreundInnen und Verwandten ein zentrales Element der politischen Rekrutierung darstellen (vgl. Verba et al. 1995, 17). Daher wird *erstens* die **Häufigkeit privater Treffen mit FreundInnen, Verwandten oder ArbeitskollegInnen**⁵⁰ herangezogen, welche auf einer siebenstufigen Skala mit Ausprägungen von 1 („nie“) bis 7 („jeden Tag“) gemessen wird. *Zweitens* wird – ebenso wie in zahlreichen anderen Studien (vgl. Just/Anderson 2012; White et al. 2008) – dafür kontrolliert, ob Personen in einem **urbanen Wohnort**⁵¹ leben oder nicht. Das Leben im urbanen Raum wird in der Literatur – im Vergleich zu ländlichen Gebieten – mit einer stärkeren Einbindung in politisch relevante Kommunikationsnetzwerke (vgl. ebd. Adamson 2006, 15f) sowie einem breiteren verfügbaren Spektrum an Organisationen (vgl. de Rooij 2011, 461) in Zusammenhang gebracht. Daher wird angenommen, dass ein urbaner Wohnort die Chance der politischen Rekrutierung erhöhen kann. *Drittens* kann eine **Gewerkschaftsmitgliedschaft** die sozialen Netzwerke von BürgerInnen stärken und dadurch ihre politische Partizipation fördern (vgl. Huddleston 2017, 14f; Müssig/Worbs 2012, 16). *Viertens* gilt der **Familienstand** als Indikator für die soziale Einbindung (*social incorporation*): Eine stärkere (Wahl-)Beteiligung verheirateter Personen wird in der Literatur damit begründet, dass ein/e EhepartnerIn jenen, die sonst eher nicht partizipieren würden, einen „slight push to go to the polls“ geben kann (Ramakrishnan 2005, 56). Ob Personen in einem urbanen Wohnort leben, ob sie Gewerkschaftsmitglied waren bzw. sind und ob sie verheiratet sind bzw. in einer eingetragenen Partnerschaft leben wird jeweils mit einer Dummyvariablen (ja = 1) erfasst.

4.2.3.3. *Engagement*

Wie bereits in Kapitel 2.2 erläutert wurde, gelten das politische Interesse und die politische *Efficacy* als wesentliche Determinanten der politischen Partizipation. Sie stellen wichtige Bindeglieder in der Beziehung zwischen der Bildung und der politischen Partizipation dar (vgl. Hajdar/Becker 2007, 414–417). Das **politische Interesse** wird auf einer vierstufigen Skala von 1 „überhaupt nicht interessiert“ bis 4 „sehr interessiert“ gemessen. Bei der *Efficacy* wird zwischen der internalen und der externalen Dimension unterschieden: Während die interne *Efficacy* nach dem Selbstvertrauen in die eigene politische Handlungsfähigkeit fragt, betrifft

⁵⁰ Diese ESS-Variable wird in mehreren Studien genutzt, um die soziale Verbundenheit (*social connectedness*) (vgl. Just/Anderson 2012, 493–497) bzw. die Rekrutierungsnetzwerke (*recruitment networks*) (vgl. de Rooij 2011, 461f) oder die informellen Netzwerke (*informal networks*) (vgl. Hooghe/Marien 2013, 140f) von Befragten zu messen.

⁵¹ Als urbane Wohnorte gelten die Großstadt, der Vorort oder der Randbezirk einer großen Stadt sowie die Stadt oder Kleinstadt.

die externe *Efficacy* die Einschätzung, ob dieses Handeln im politischen System einen Unterschied machen bzw. eine Wirkung erzielen kann (vgl. Barnes et al. 1979, 432). Die Variablen der internalen und externalen *Efficacy* basieren auf jeweils zwei Items⁵² und nehmen Ausprägungen von 1 bis 5 an, wobei höhere Werte ein stärkeres Gefühl der Wirksamkeitsüberzeugung anzeigen. Eine Reliabilitätsschätzung über Alpha nach Cronbach⁵³ bestätigte mit Werten von $\alpha = 0,81$ für die Items der internalen und $\alpha = 0,79$ für die Items der externalen Wirksamkeitsüberzeugung die interne Konsistenz der beiden Konstrukte.

Internale *Efficacy*:

- (1) *Wie fähig fühlen Sie sich, eine aktive Rolle in einer Gruppe zu übernehmen, die sich für politische Themen engagiert?*
- (2) *Wie sehr vertrauen Sie Ihren eigenen Fähigkeiten, sich am politischen Geschehen zu beteiligen?*

Externale *Efficacy*

- (1) *Aus Ihrer Sicht: In welchem Maße gibt das politische System in [Land] Menschen wie Ihnen eine Mitsprachemöglichkeit bei dem, was die Regierung tut?*
- (2) *Was meinen Sie: In welchem Maße gibt das politische System in [Land] Menschen wie Ihnen die Möglichkeit, die Politik zu beeinflussen?*

Schließlich wird auch für die **Regierungszufriedenheit** kontrolliert, die auf einer Skala von 0 „äußerst unzufrieden“ bis 10 „äußerst zufrieden“ gemessen wird. Es wird angenommen, dass Personen mit geringerer Zufriedenheit wahrscheinlicher von unkonventionellen Partizipationsformen Gebrauch machen, weil ein Gefühl der Unzufriedenheit den Wunsch nach Veränderung verstärken und konventionelle Formen weniger effizient erscheinen lassen kann (vgl. Stockemer 2014, 209).

4.3. Definition und Zusammensetzung der Gruppe der ZuwanderInnen

Die Gruppe der ZuwanderInnen wird für diese Untersuchung anhand des Geburtslandes der Befragten definiert: Als ZuwanderInnen gelten in erster Näherung alle jene, die nicht in ihrem Aufenthaltsland geboren wurden – sie können als ZuwanderInnen „erster Generation“ bezeichnet werden. Diese Gruppe wird um die ZuwanderInnen „zweiter Generation“ erweitert, die zwar selbst bereits in ihrem Aufenthaltsland geboren sind, deren *beide* Elternteile jedoch im Ausland geboren wurden⁵⁴. Die beiden angesprochenen Personengruppen werden für die

⁵² Es wurde jeweils der Durchschnittswert der beiden Items gebildet.

⁵³ Cronbach's Alpha nimmt Werte von 0 bis 1 an, wobei Werte von mindestens 0,7 bzw. manchmal auch 0,8 als zufriedenstellende Maßzahlen für die Skalenreliabilität gelten (vgl. Aichholzer 2017, 92–98; Mooi et al. 2018, 289).

⁵⁴ Die Erweiterung um die Zugewanderten der zweiten Generation ermöglicht es, die Fallzahl der ZuwanderInnen im Datensatz zu erhöhen, ohne dabei die Gruppe der ZuwanderInnen zu offen zu definieren. Um sicherzustellen, dass diese

folgenden empirischen Analysen zur Gesamtgruppe der „ZuwanderInnen“ bzw. der „Personen mit Migrationshintergrund“⁵⁵ zusammengefasst, was den Definitionen der Statistik Austria (vgl. Statistik Austria 2018) und der *Recommendations for the 2020 censuses of population and housing* (vgl. UNECE 2015, 136) entspricht. Mit dieser Definition umfasst die Gruppe der ZuwanderInnen im Datensatz insgesamt 3,902 Personen⁵⁶, was 13,8% des gesamten Samples (N = 28,375) entspricht. Alle übrigen Befragten (24,468 Personen bzw. 86,2% des Samples) haben keinen Migrationshintergrund und werden in dieser Arbeit als „Einheimische“ bzw. als Angehörige der „Mehrheitsbevölkerung“⁵⁷ bezeichnet.

Tabelle 5. Zusammensetzung der Gruppe der ZuwanderInnen nach Herkunft, Aufenthaltsdauer und Staatsbürgerschaft

	N	%
Herkunft		
Westen	1,127	32.9%
Osteuropa	902	26.3%
Andere	1,401	40.8%
Aufenthaltsdauer		
< 6 Jahre	348	9.4%
6-10 Jahre	437	11.8%
11-20 Jahre	929	25.2%
21-30 Jahre	438	11.9%
> 30 Jahre	907	24.6%
2. Generation*	632	17.1%
Staatsbürgerschaft (SB)		
SB	2,224	57.2%
Nicht-SB	1,666	42.8%

* Die ZuwanderInnen zweiter Generation werden in den empirischen Analysen der Kategorie mit der längsten Aufenthaltsdauer (> 30 Jahre) zugerechnet. Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder, nur ZuwanderInnen.

Die Tabelle 5 gibt einen Überblick über die Zusammensetzung der ZuwanderInnengruppe im Datensatz. Der größte Anteil (40,8%) der ZuwanderInnen kommt aus einem nicht-westlichen, nicht-europäischen Land. Westliche ZuRegresswanderInnen machen knapp ein Drittel, jene aus

Definition nicht zu einer Verzerrung der Ergebnisse führte, wurden die Regressionsmodelle auch für eine eingeschränkte (nur ZuwanderInnen der ersten Generation, N = 3,270) und für eine nochmals erweiterte (auch Personen, die eine ausländische Mutter, aber einen im Aufenthaltsland geborenen Vater haben, N = 4567) ZuwanderInnengruppe berechnet. Die Ergebnisse erwiesen sich dabei als weitgehend robust (siehe Kapitel 6.4 und Anhang 9.4.2 *Robustheit der Ergebnisse*).

⁵⁵ Die Begriffe der *ZuwanderInnen* und der *Personen mit Migrationshintergrund* werden im Folgenden synonym verwendet.

⁵⁶ Diese Gruppe setzt sich aus 3,270 (83,8%) Zugewanderten „erster Generation“ und 632 (16,2%) Zugewanderten „zweiter Generation“ zusammen. Die relativ geringe Anzahl der ZuwanderInnen „zweiter Generation“ kann auf die strenge Definition des Migrationshintergrundes zweiter Generation zurückgeführt werden, weil nur Personen miteinbezogen werden, deren beide Elternteile im Ausland geboren wurden.

⁵⁷ Die Begriffe *Einheimische* und *Mehrheitsbevölkerung* werden im Folgenden synonym verwendet.

osteuropäischen Ländern etwa ein Viertel des Samples aus⁵⁸. Auffallend ist, dass viele der ZuwanderInnen bereits seit (sehr) langer Zeit in ihrem neuen Aufenthaltsland leben: Mehr als die Hälfte hat eine Aufenthaltsdauer von über 20 Jahren auf, wohingegen die ersten beiden Aufenthaltskategorien (maximal fünf und sechs bis zehn Jahre) insgesamt nur gut ein Fünftel (21,2%) des Samples ausmachen. Mit 57,2% ist die Gruppe der StaatsbürgerInnen innerhalb der Gruppe der ZuwanderInnen im Datensatz größer als jene der Nicht-StaatsbürgerInnen.

Ein Blick auf die durchschnittlichen Bildungsniveaus der ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung (siehe Tabelle 6) zeigt, dass die Gesamtgruppe der ZuwanderInnen sich *nicht* als eine insgesamt sozioökonomisch schwächere Gruppe charakterisieren lässt: Im Vergleich zu den Einheimischen leben ZuwanderInnen zwar in einer durchschnittlich schlechteren Einkommenssituation⁵⁹, verfügen im Durchschnitt insgesamt jedoch über ein etwas höheres Bildungsniveau als die Mehrheitsbevölkerung⁶⁰.

Tabelle 6. Bildungsniveaus nach Migrationshintergrund, Herkunft und Staatsbürgerschaft

	Bildung (ES-ISCED)		Bildung (Gruppen)						
	\emptyset	SD	niedrig		mittel		hoch		N
			N	%	N	%	N	%	
Migrationshintergrund									
ZuwanderInnen	4.12	1.97	1014	26.4%	1682	43.7%	1151	29.9%	3847
Mehrheitsbevölkerung	3.86	1.91	7065	29.0%	11534	47.4%	5740	23.6%	24339
ZuwanderInnen nach Herkunft									
Westen	4.31	2	260	23.3%	475	42.6%	381	34.1%	1116
Osteuropa	3.99	1.83	212	23.8%	469	52.7%	209	23.5%	890
Andere	3.89	2	444	32.3%	559	40.7%	371	27.0%	1374
ZuwanderInnen nach Staatsbürgerschaft (SB)									
SB	4.11	1.93	543	24.7%	1031	46.9%	623	28.4%	2197
Nicht-SB	4.14	2.03	465	28.4%	649	39.6%	526	32.1%	1640

In der Spalte ‚Bildung (ES-ISCED)‘ sind der Durchschnittswert (\emptyset) und die Standardabweichung (SD) der jeweiligen Gruppen auf der siebenstufigen ES-ISCED-Skala angeführt.

Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder.

4.4. Methode

Die in Kapitel 3 formulierten Hypothesen werden im Rahmen dieser Arbeit mithilfe einer Regressionsanalyse überprüft. Als Analyseverfahren wird die multiple lineare Regression (OLS) herangezogen, welche den Zusammenhang zwischen einer abhängigen Variablen und mehreren

⁵⁸ Eine Übersicht über die in den Herkunftskategorien vertretenen Länder befindet sich im Anhang (siehe Tabelle 11, Tabelle 12 und Tabelle 13).

⁵⁹ Der Durchschnittswert auf der vierstufigen Skala der subjektiven Einkommenssituation liegt für die ZuwanderInnen bei 3,04 und für die Mehrheitsbevölkerung bei 3,24. Eine Gegenüberstellung der soziodemographischen Merkmale der ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung befindet sich im Anhang (siehe Tabelle 14).

⁶⁰ Eurostat-Daten belegen, dass dies auch in der tatsächlichen Bevölkerung der Fall ist: In der Gruppe der Personen, die nicht in ihrem Aufenthaltsland geboren wurden, war der Anteil jener mit einem tertiären Bildungsabschluss im Jahr 2016 um knapp zwei Prozentpunkte höher als in der Gruppe der Mehrheitsbevölkerung (vgl. Eurostat 2017).

unabhängigen Variablen beschreibt (vgl. Kohler/Kreuter 2017, 267). Die Regressionskoeffizienten werden unter Kontrolle für die anderen unabhängigen Variablen geschätzt und geben die durchschnittliche Veränderung der abhängigen Variable an, wenn man die jeweilige unabhängige Variable um eine Einheit verändert (vgl. ebd., 284).

Um dem Forschungsinteresse entsprechend nach Art der Beteiligung zu differenzieren, werden die Regressionsmodelle für drei verschiedene abhängige Variablen berechnet: Mit jedem der schrittweise erweiterten Modelle werden sowohl das gesamte Partizipationsniveau (alle zur Verfügung stehenden Formen) als auch die konventionellen und unkonventionellen Partizipationsniveaus geschätzt. Die Indizes „Alle Formen“, „Konventionell“ und „Unkonventionell“ bilden die Anzahl der genutzten konventionellen und/oder unkonventionellen Partizipationsformen auf Skalen von 0 bis 4 bzw. von 0 bis 8 ab. Damit ist das Kriterium metrisch skaliert abhänger Variablen erfüllt, welches eine Voraussetzung für die lineare Regressionsanalyse darstellt (vgl. Wolf/Best 2010, 608). Alle im Folgenden dargestellten Ergebnisse der deskriptiven Auswertungen und der Regressionsanalysen basieren auf gewichteten Daten⁶¹.

⁶¹ Für die Gewichtung der Daten wurden die vom ESS zur Verfügung gestellten *Post-stratification weights* verwendet. Diese sollen nicht nur den länderspezifischen Unterschieden in den Inklusionswahrscheinlichkeiten (*inclusion probabilities*) Rechnung tragen, sondern auch mögliche Verzerrungen durch Fehler bei der Stichprobenziehung (*sampling errors*) oder Stichprobenausfälle (*non-response errors*) reduzieren (vgl. European Social Survey 2014, 1f).

5. Ergebnisse der deskriptiven Analysen

Im Folgenden soll ein deskriptiver Überblick über die politische Partizipation der (Gruppen der) ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung gegeben werden. Dafür werden zunächst (Forschungsfrage 1) die ZuwanderInnen und die Mehrheitsbevölkerung miteinander verglichen. Danach wird (Forschungsfrage 2) untersucht, inwiefern niedrig, mittel und hoch gebildete ZuwanderInnen sich im Hinblick auf ihre Partizipationsniveaus voneinander unterscheiden. Des Weiteren wird die Beteiligung differenziert nach Bildung *und* Migrationshintergrund analysiert, um die Bildungsunterschiede innerhalb der Gruppe der ZuwanderInnen in Relation zu jenen in der Mehrheitsbevölkerung zu setzen. Abschließend werden (Forschungsfrage 3) die politischen Partizipationsniveaus der ZuwanderInnen differenziert nach deren Herkunft, Aufenthaltsdauer und Staatsbürgerschaft betrachtet.

Dem Forschungsinteresse entsprechend wird im Rahmen der deskriptiven Analysen nach der Art der Beteiligung differenziert: Es werden jeweils das Partizipationsniveau im Gesamten (alle Partizipationsformen) sowie die Nutzung nur der konventionellen bzw. nur der unkonventionellen Formen untersucht. Um die Art und das Ausmaß der politischen Partizipation der verschiedenen Gruppen darzustellen, werden zwei verschiedene Kennzahlen herangezogen: *Erstens* zeigen die Mittelwerte der drei Partizipationsindizes⁶², wie viele verschiedene konventionelle und/oder unkonventionelle Partizipationsformen die Angehörigen einer Personengruppe im Durchschnitt zumindest einmal genutzt haben. Zusätzlich zu diesen durchschnittlichen Partizipationsniveaus werden *zweitens* auch die Anteile der Personen innerhalb einer Gruppe, die im vergangenen Jahr zumindest eine (konventionelle oder unkonventionelle) Partizipationsform genutzt haben, betrachtet. Diese Anteile geben Aufschluss darüber, wie viele Personen innerhalb einer Gruppe überhaupt politisch aktiv waren bzw. wie viele sich – im Umkehrschluss – überhaupt nicht beteiligt haben.

5.1. Politische Partizipation der ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung im Vergleich

In diesem Abschnitt wird das politische Partizipationsverhalten der ZuwanderInnen mit jenem der Mehrheitsbevölkerung verglichen. Um einen ersten Überblick über die Nutzung der einzelnen Partizipationsformen zu geben, werden zunächst die Partizipationsniveaus für jede

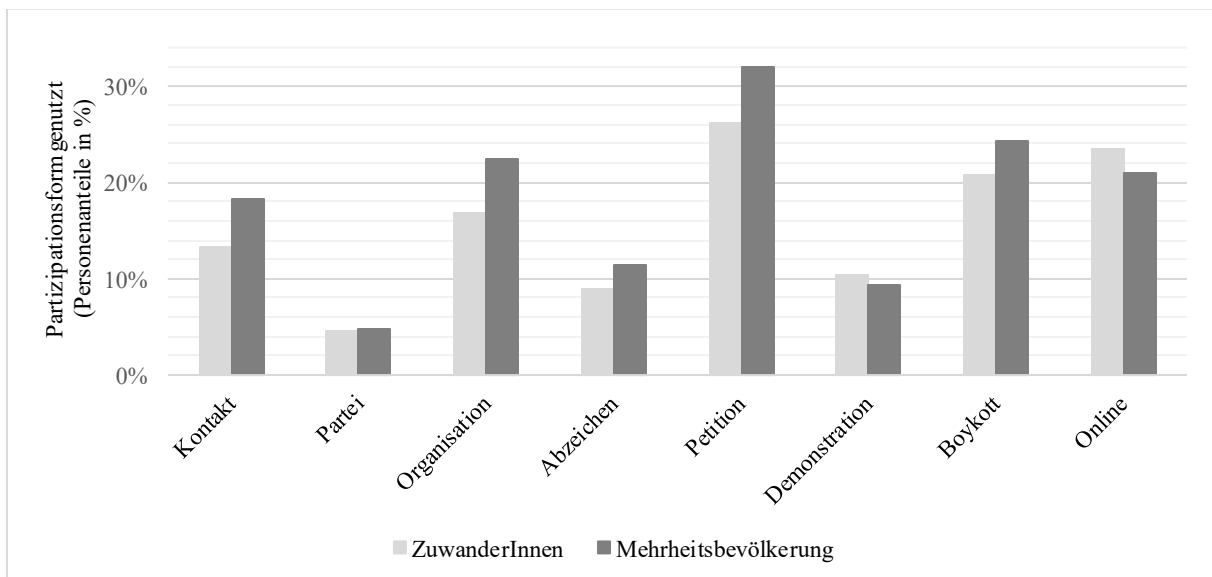
⁶² Diese bilden die Anzahl aller genutzten Partizipationsformen (Skala von 0 bis 8) bzw. die Anzahl der genutzten konventionellen oder unkonventionellen Partizipationsformen (Skalen jeweils von 0 bis 4) ab.

der acht Formen gegenübergestellt und erst danach die Durchschnittswerte für die gesamte, die konventionelle und die unkonventionelle Partizipation betrachtet.

5.1.1. Nutzung der politischen Partizipationsformen

Die Abbildung 1 zeigt die Anteile der ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung, welche die einzelnen Partizipationsformen in den vergangenen 12 Monaten zumindest einmal genutzt haben⁶³. Dabei fallen zunächst die insgesamt geringen Partizipationsniveaus der Befragten auf: In beiden Gruppen und für jede der Beteiligungsformen sind die Personen, die sich politisch beteiligt haben, gegenüber jenen, die die entsprechende Form nicht genutzt haben, deutlich in der Minderheit.

Abbildung 1. Nutzung politischer Partizipationsformen: ZuwanderInnen und Mehrheitsbevölkerung



Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

Reiht man die einzelnen Partizipationsformen nach der Häufigkeit ihrer Nutzung, dann ähnelt das Muster der ZuwanderInnen jenem der Mehrheitsbevölkerung. Die mit Abstand am häufigsten genutzte Partizipationsform ist in beiden Gruppen die Petition: 26,1% der ZuwanderInnen und 32,1% der Mehrheitsbevölkerung haben sich an einer Unterschriftensammlung beteiligt. Mit dem Produktboykott und der Online-Partizipation wurden zwei weitere unkonventionelle Partizipationsformen von jeweils mehr als einem Fünftel der Befragten genutzt. Während Einheimische häufiger Produkte boykottieren (24,3%) als politische Inhalte im Internet posten oder teilen (20,9%), ist das Partizipationsniveau der ZuwanderInnen für die Online-Partizipation (23,5%) höher als jenes für den Produktboykott

⁶³ Die Tabellen mit den Daten für diese und alle weiteren in diesem Kapitel enthaltenen grafischen Darstellungen können dem Anhang entnommen werden (siehe 9.3 *Ergebnisse der deskriptiven Analysen*).

(20,8%). Die von beiden Gruppen mit Abstand am seltensten genutzte unkonventionelle Beteiligungsform ist die Teilnahme an einer Demonstration.

Im Vergleich zu den unkonventionellen werden konventionelle Partizipationsformen sowohl von den ZuwanderInnen als auch von der Mehrheitsbevölkerung tendenziell seltener genutzt. Die von beiden Gruppen mit Abstand am häufigsten genutzte konventionelle Partizipationsform ist die Mitarbeit in einer Organisation: 22,3% der Einheimischen und 16,8% der ZuwanderInnen geben an, sich auf diesem Weg beteiligt zu haben. Dem folgen – für die ZuwanderInnen und die Mehrheitsbevölkerung in derselben Reihenfolge – die Kontaktaufnahme mit einer/einem PolitikerIn und das Tragen eines Abzeichens oder eines Aufklebers für eine politische Kampagne. Die geringsten Partizipationsniveaus zeigen sich für die Mitarbeit in einer Partei oder einer politischen Gruppierung.

Vergleicht man die Partizipationsniveaus der ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung für die einzelnen Formen, dann zeigt sich, dass der Großteil der *institutionalisierten* Beteiligungsformen von den ZuwanderInnen deutlich seltener genutzt wird als von der Mehrheitsbevölkerung. Besonders stark ausgeprägte Unterschiede zwischen den beiden Gruppen zeigen sich im Hinblick auf die Kontaktaufnahme mit PolitikerInnen und die Mitarbeit in Organisationen oder Vereinigungen: Für diese Formen sind die Anteile jener, die sich politisch beteiligt haben, in der Gruppe der Personen mit einem Migrationshintergrund jeweils rund fünf Prozentpunkte geringer als in der Mehrheitsbevölkerung. Auch bei der Unterstützung einer politischen Kampagne durch das Tragen eines Abzeichens oder Aufklebers bleiben die ZuwanderInnen hinter der Mehrheitsbevölkerung zurück. Für die Mitarbeit in einer politischen Partei liegen die Partizipationsniveaus beider Gruppen mit knapp 5% auf einem annähernd gleichen, sehr niedrigen Niveau.

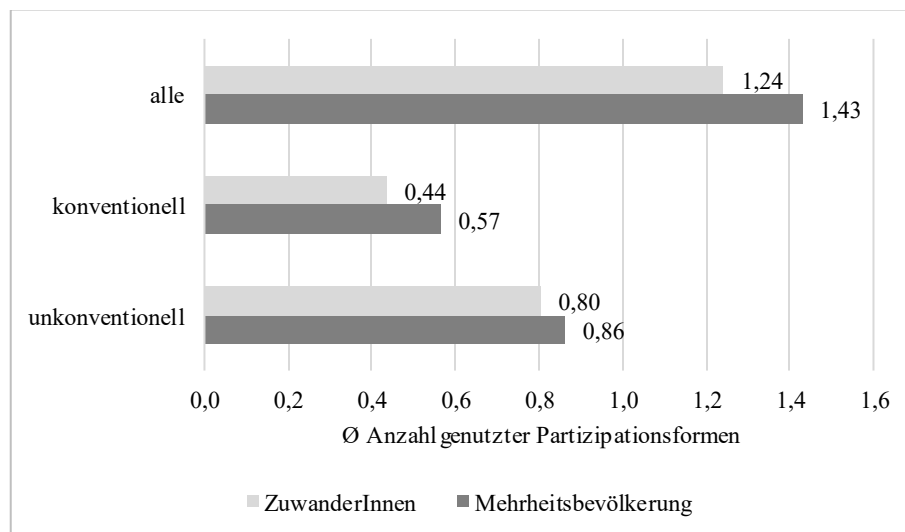
Ein weniger eindeutiges Bild der Unterschiede zwischen den ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung zeigt sich hinsichtlich der Nutzung der *unkonventionellen* Partizipationsformen. Beim Produktboykott und bei der Beteiligung an Unterschriftensammlungen bleiben die Personen mit einem Migrationshintergrund deutlich hinter den Einheimischen zurück. Die beiden anderen nicht-institutionalisierten Partizipationsformen werden von den ZuwanderInnen jedoch sogar häufiger genutzt als von der Mehrheitsbevölkerung: 23,5% der ZuwanderInnen, aber nur 20,9% der Einheimischen geben an, in den letzten 12 Monaten politische Inhalte im Internet gepostet oder geteilt zu haben. Der Anteil jener, die an einer öffentlich genehmigten Demonstration teilgenommen

haben, ist in der Gruppe der ZuwanderInnen (10,3%) um einen Prozentpunkt höher als in der Mehrheitsbevölkerung (9,3%).

5.1.2. Konventionelle und unkonventionelle Partizipation

Im vorigen Abschnitt hat sich gezeigt, dass ZuwanderInnen die meisten, aber nicht alle Partizipationsformen seltener nutzen als die Mehrheitsbevölkerung. Vergleicht man nun die Durchschnittswerte der Partizipationsindizes (Abbildung 2), dann bleiben die ZuwanderInnen um knapp 0,2 Formen hinter der Mehrheitsbevölkerung zurück: Während Personen mit einem Migrationshintergrund durchschnittlich von 1,24 der insgesamt acht zur Verfügung stehenden Partizipationsformen Gebrauch machen, liegt dieser Wert für die Mehrheitsbevölkerung bei 1,43 Formen. Auch wenn man jeweils nur die konventionellen oder die unkonventionellen Formen heranzieht, beteiligen die Personen mit einem Migrationshintergrund sich seltener als die Mehrheitsbevölkerung. Mit einer Differenz von 0,13 Formen ist der Unterschied zwischen den beiden Gruppen für die konventionelle Partizipation mehr als doppelt so groß wie für die unkonventionelle Partizipation (Differenz von 0,06 Formen).

Abbildung 2. Durchschnittliche Partizipationsniveaus: ZuwanderInnen und Mehrheitsbevölkerung

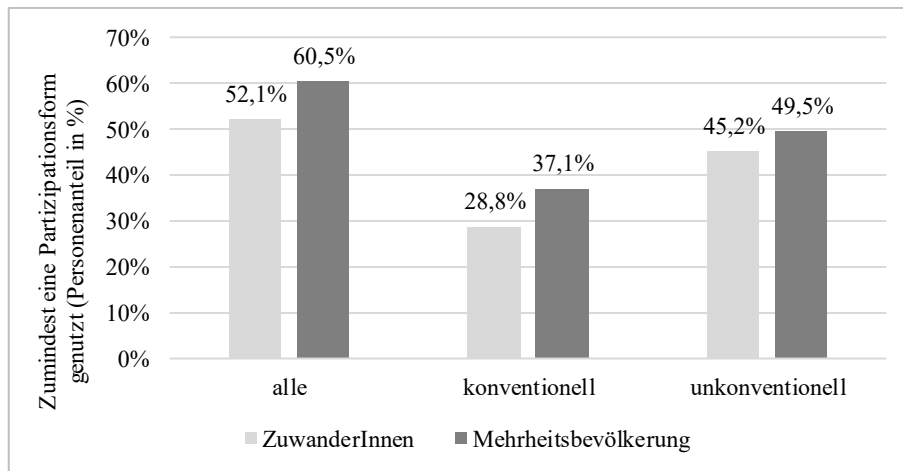


Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

Die Anteile der ZuwanderInnen und Einheimischen, die in den vergangenen 12 Monaten überhaupt (nicht) politisch aktiv waren (Abbildung 3) verdeutlichen, dass die Personen mit einem Migrationshintergrund sich insgesamt seltener beteiligen: 60,4% der Mehrheitsbevölkerung, aber nur 52,1% der ZuwanderInnen haben zumindest eine politische Partizipationsform genutzt. Der Personenanteil jener, die zumindest eine konventionelle Form genutzt haben, ist in der Gruppe der ZuwanderInnen rund 8 Prozentpunkte niedriger als in der

Mehrheitsbevölkerung. Für die unkonventionelle Partizipation ist diese Differenz mit rund 4 Prozentpunkten deutlich geringer.

Abbildung 3. Zumindest eine Partizipationsform genutzt: ZuwanderInnen und Mehrheitsbevölkerung



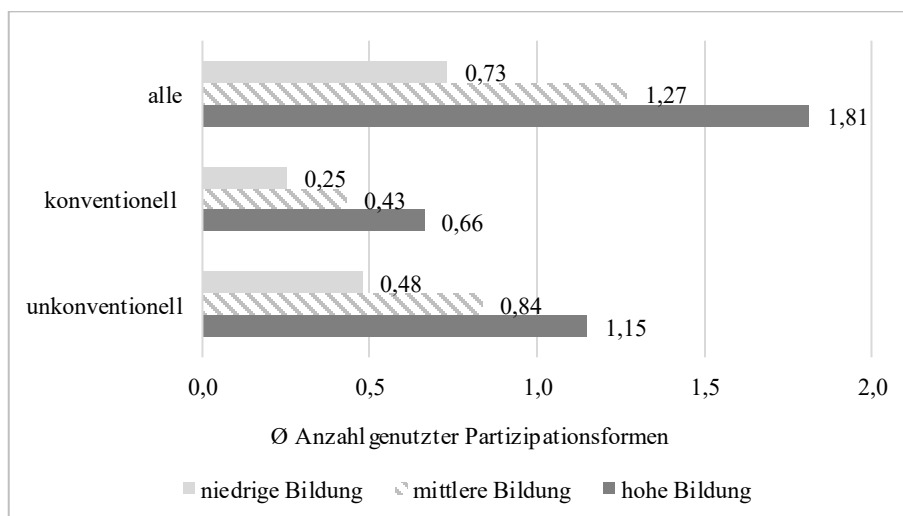
Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

5.2. Politische Partizipation nach Bildungsniveau

In diesem Abschnitt wird zunächst untersucht, inwiefern sich die politischen Partizipationsniveaus der Personen mit einem Migrationshintergrund nach deren formalem Bildungsniveau unterscheiden. In einem zweiten Schritt werden diese Bildungsunterschiede innerhalb der Gruppe der ZuwanderInnen in Relation zu jenen in der Mehrheitsbevölkerung gesetzt.

5.2.1. Bildungsunterschiede innerhalb der Gruppe der ZuwanderInnen

Abbildung 4. Durchschnittliche Partizipationsniveaus der ZuwanderInnen: Unterschiede nach Bildung

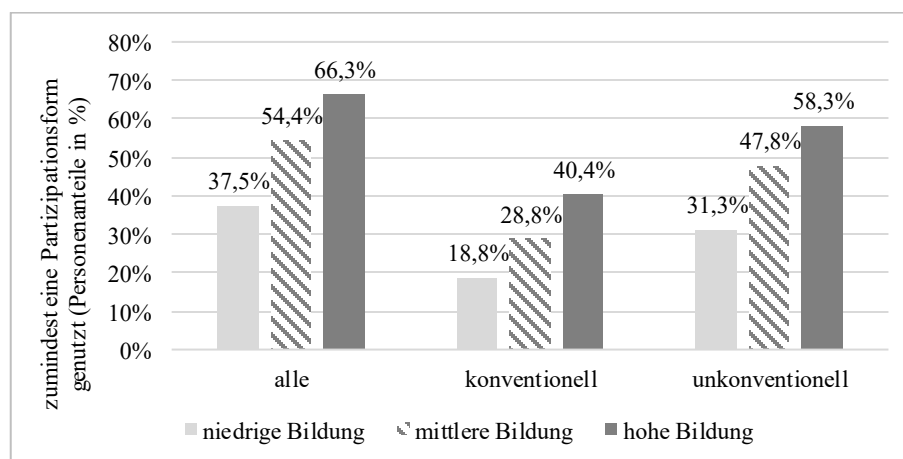


Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

Differenziert man ausgehend von der ES-ISCED-Klassifikation zwischen niedrig, mittel und hoch gebildeten ZuwanderInnen, dann zeigen sich hinsichtlich der durchschnittlichen Partizipationsniveaus dieser Gruppen (siehe Abbildung 4) große Unterschiede. Hochgebildete ZuwanderInnen nutzen durchschnittlich 1,81 und damit mehr als zwei Mal so viele Partizipationsformen wie jene mit einem niedrigen Bildungsniveau (0,73). Für die mittel gebildeten ZuwanderInnen liegt die Anzahl der durchschnittlich genutzten Partizipationsformen mit 1,27 fast genau zwischen den Werten dieser beiden Gruppen. Auch wenn man jeweils nur eine Art der Beteiligung betrachtet, bestätigt sich, dass die ZuwanderInnen mit höheren Bildungsniveaus sich häufiger beteiligen.

In Bezug auf das Ausmaß der Unterschiede zwischen den verschiedenen Bildungsgruppen zeigt sich, dass das durchschnittliche *konventionelle* Partizipationsniveau der mittel Gebildeten (0,43) näher an jenem der Personen mit einem niedrigen Bildungsniveau (0,25) als an jenem der Hochgebildeten (0,66) liegt. Für die *unkonventionelle* Partizipation ist der Unterschied zwischen der niedrig und der mittel gebildeten Personengruppe (Differenz von 0,36 Formen) größer als jener zwischen den mittel und den hoch gebildeten ZuwanderInnen (Differenz von 0,31 Formen). Für die unkonventionelle Partizipation kann demnach schon mit einem mittleren Bildungsniveau ein deutlicher Anstieg des politischen Partizipationsniveaus beobachtet werden, wohingegen sich im Hinblick auf die konventionelle Partizipation die hoch gebildete Gruppe deutlich von den beiden anderen Bildungsgruppen unterscheidet.

Abbildung 5. Zumindest eine Partizipationsform genutzt: Unterschiede nach Bildung (nur ZuwanderInnen)

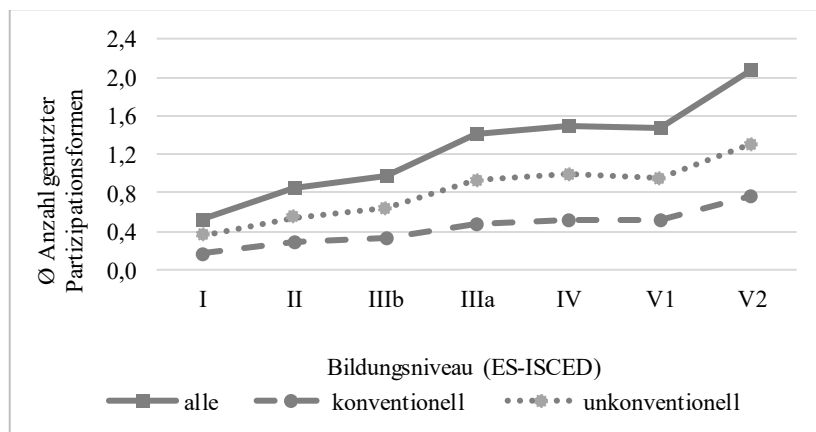


Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

Die überwiegende Mehrheit der niedrig gebildeten ZuwanderInnen wird überhaupt nicht politisch aktiv (siehe Abbildung 5): Nur etwas mehr als ein Drittel (37,5%) der Personen in dieser Gruppe gibt an, in den letzten 12 Monaten zumindest eine Partizipationsform genutzt zu haben. Konventionelle Formen werden von nicht einmal jeder/jedem fünften (18,8%) niedrig

gebildeten ZuwanderIn genutzt. In der Gruppe jener mit einem mittleren Bildungsniveau ist dieser Anteil mit 28,8% bereits um 10 Prozentpunkte größer, für die hoch gebildeten ZuwanderInnen steigt er auf 40,4%. Während sich fast 60% der Hochgebildeten und etwas weniger als der Hälfte (47,8%) der mittel Gebildeten zumindest einmal auf unkonventionellem Weg politisch beteiligt haben, werden nicht-institutionalisierte Formen von nicht einmal einem Drittel (31,3%) der ZuwanderInnen mit einem niedrigen Bildungsniveau genutzt.

Abbildung 6. Durchschnittliche Partizipationsniveaus der ZuwanderInnen: Unterschiede nach Bildungsniveau (ES-ISCED)



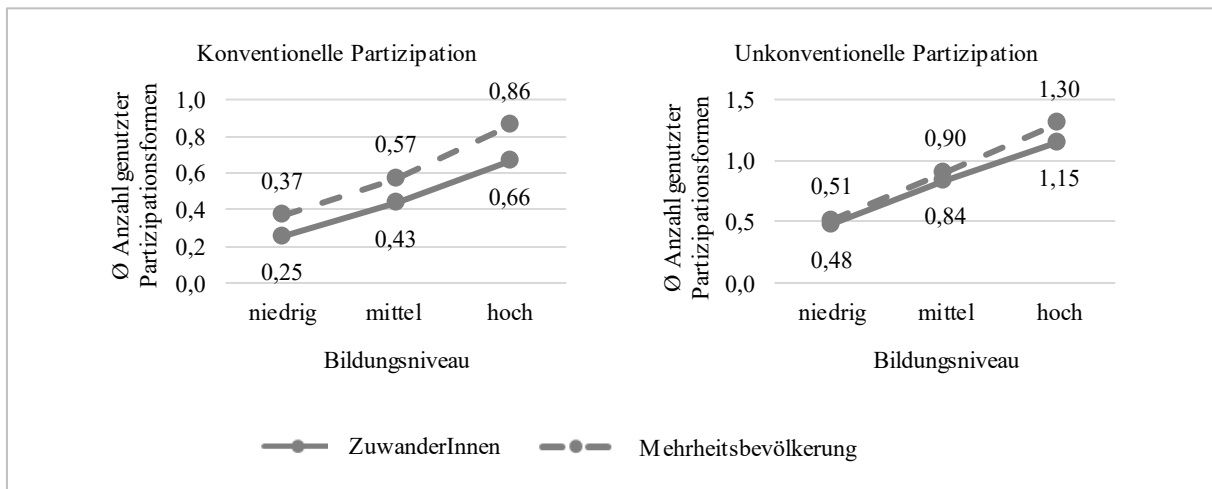
Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

Die Abbildung 6 zeigt, dass der festgestellte Trend einer mit höherer Bildung stärkeren Partizipation nicht nur für die zusammengefassten Gruppen der niedrig, mittel und hoch gebildeten ZuwanderInnen, sondern auch für die Bildungsstufen nach ES-ISCED⁶⁴ beobachtet werden kann. Ein formaler Bildungsabschluss ab ES-ISCED IIIa (*upper tier upper secondary*) geht im Vergleich zu den drei niedrigsten Bildungsniveaus (*less than lower secondary*, *lower secondary* und *lower tier upper secondary*) mit einem besonders deutlichen Anstieg der Anzahl durchschnittlich genutzter (konventioneller und unkonventioneller) Beteiligungsformen einher. Interessant ist, dass sich zwischen den ES-ISCED-Stufen IIIa, IV und V1 nur geringe Unterschiede zeigen, ZuwanderInnen mit dem höchsten Bildungsniveau (*higher tertiary education*, min. MA-Level) jedoch nochmals deutlich stärker partizipiert als alle anderen.

⁶⁴ Zu berücksichtigen sind bei der Interpretation der Partizipationsniveaus der sieben verschiedenen ES-ISCED-Kategorien die geringen Fallzahlen von nur noch jeweils 350 bis 700 ZuwanderInnen pro Bildungsgruppe.

5.2.2. Bildungsunterschiede: ZuwanderInnen und Mehrheitsbevölkerung im Vergleich

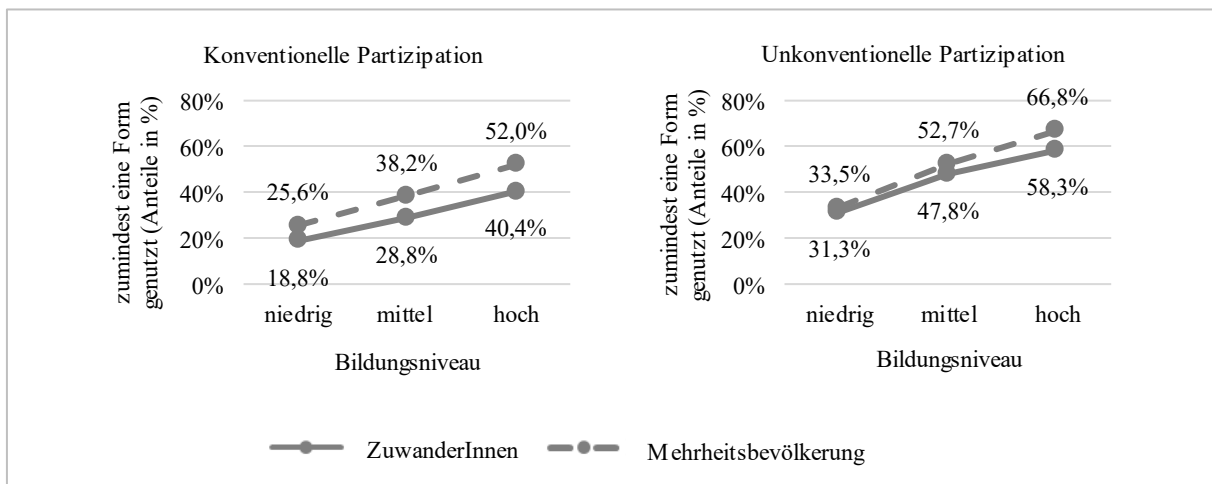
Abbildung 7. Durchschnittliche Partizipationsniveaus nach Bildung und Migrationshintergrund



Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

Um die innerhalb der Gruppe der ZuwanderInnen beobachteten Bildungsunterschiede mit jenen in der Mehrheitsbevölkerung zu vergleichen, differenzieren die Abbildung 7 und die Abbildung 8 nach Bildung *und* Migrationshintergrund. Die Darstellungen zeigen, dass ein höheres Bildungsniveau auch in der Mehrheitsbevölkerung mit einer stärkeren Beteiligung einhergeht. Den in Kapitel 5.1 dargestellten Ergebnissen entsprechend ist das Ausmaß der Beteiligung der verschiedenen ZuwanderInnengruppen jeweils etwas geringer als jenes der Einheimischen mit demselben Bildungsniveau. Die Linien zwischen den verschiedenen Bildungsgruppen verlaufen für die Personen mit und ohne Migrationshintergrund jedoch in allen Grafiken beinahe parallel zueinander. Dies deutet darauf hin, dass die Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen in der Gruppe der ZuwanderInnen und in der Mehrheitsbevölkerung ähnlich stark ausgeprägt sind.

Abbildung 8. Zumindest eine Partizipationsform genutzt: Unterschiede nach Bildung und Migrationshintergrund



Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

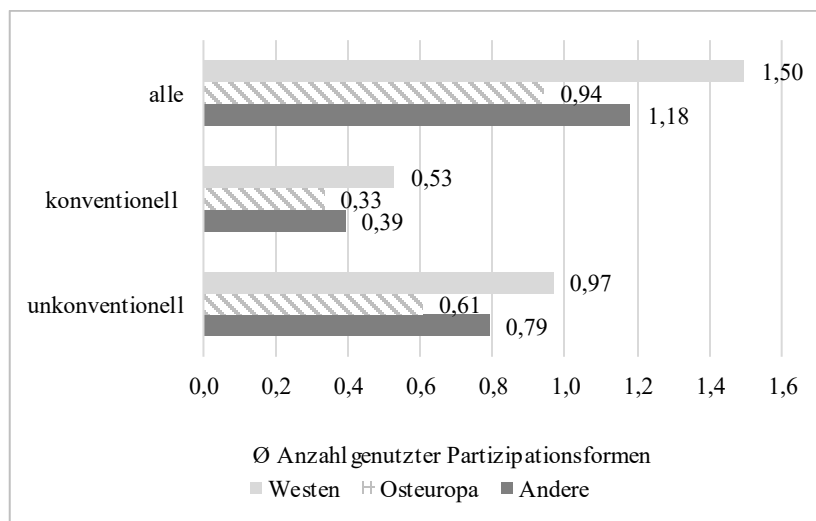
5.3. Politische Partizipation der Gruppen der ZuwanderInnen

Dem Erkenntnisinteresse der dritten Forschungsfrage entsprechend wird im Folgenden die (konventionelle und unkonventionelle) Beteiligung der ZuwanderInnen differenziert nach deren Herkunft, Aufenthaltsdauer und Staatsbürgerschaft betrachtet.

5.3.1. Unterschiede nach Herkunft

Westliche ZuwanderInnen erweisen sich im Vergleich zu jenen aus osteuropäischen und „anderen“ (d.h. nicht-westlichen, nicht-europäischen) Ländern als die mit Abstand politisch aktivste Gruppe. Wie in der Abbildung 9 dargestellt wird, machen die ZuwanderInnen aus westlichen Herkunftsländern im Durchschnitt von 1,5 Partizipationsformen Gebrauch und beteiligen sich damit sogar geringfügig häufiger als die Mehrheitsbevölkerung⁶⁵. OsteuropäerInnen nutzen sowohl die konventionellen als auch die unkonventionellen Partizipationsformen am seltensten und bleiben deutlich auch hinter den „anderen“ ZuwanderInnen zurück.

Abbildung 9. Durchschnittliche Partizipationsniveaus: Unterschiede nach Herkunft



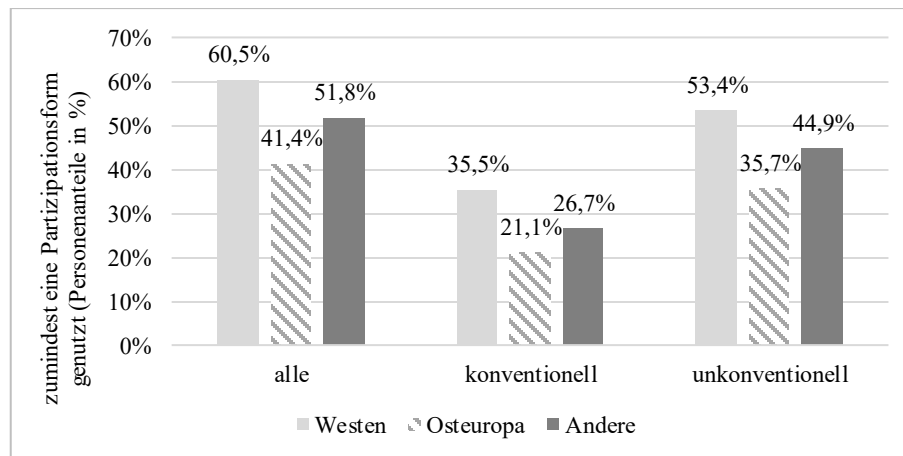
Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

Die angesprochenen Unterschiede zwischen den Herkunftsgruppen zeigen sich auch in Bezug auf die Personenanteile, die von zumindest einer Partizipationsform Gebrauch gemacht haben (Abbildung 10): 60,5% der westlichen, aber nur 41,4% der osteuropäischen ZuwanderInnen geben an, sich in den vergangenen 12 Monaten zumindest einmal politisch beteiligt zu haben. Diese Unterschiede können auch beobachtet werden, wenn nach Art der Beteiligung differenziert wird: 35,5% der westlichen, aber nur 21,1% der osteuropäischen und 26,7% der „anderen“ ZuwanderInnen haben sich innerhalb der institutionalisierten Sphäre beteiligt. Mehr

⁶⁵ Einheimische nutzen im Schnitt 1,43 Formen (siehe Kapitel 5.1).

als die Hälfte (53,4%) der westlichen, aber nur etwas mehr als ein Drittel (35,7%) der osteuropäischen und knapp 45% der „anderen“ ZuwanderInnen haben zumindest eine nicht-institutionalisierte Partizipationsform genutzt.

Abbildung 10. Zumindest eine Partizipationsform genutzt: Unterschiede nach Herkunft

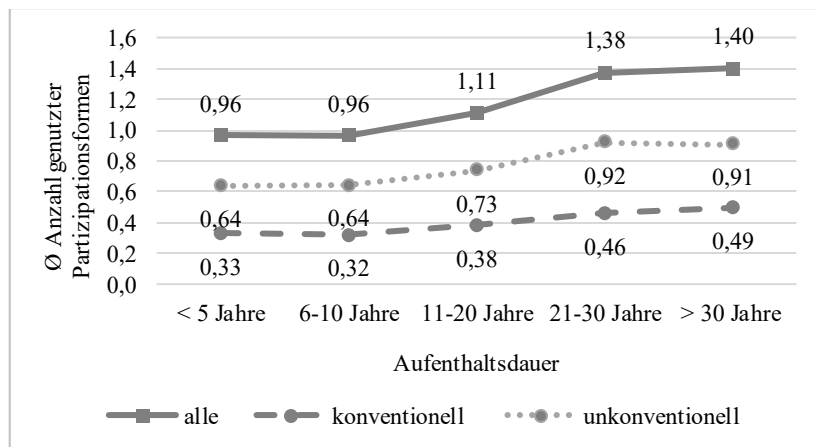


Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

5.3.2. Unterschiede nach Aufenthaltsdauer

Hinsichtlich der Dauer des Aufenthalts werden im Rahmen dieser Arbeit fünf Kategorien unterschieden, wobei die ZuwanderInnen der zweiten Generation der Gruppe mit der längsten Aufenthaltsdauer zugerechnet werden. Vergleicht man die durchschnittlichen Partizipationsniveaus dieser Gruppen (Abbildung 11), dann bestätigt sich die Erwartung, dass jene mit einer längeren Aufenthaltsdauer tendenziell häufiger politisch aktiv sind. Dieser Trend kann jedoch erst ab einer Aufenthaltsdauer von mindestens zehn Jahren beobachtet werden: Die durchschnittlichen Partizipationsniveaus der beiden Gruppen, die seit maximal fünf bzw. seit sechs bis zehn Jahren in ihrem Aufenthaltsland leben, sind beinahe identisch. Im Vergleich zu diesen beiden Gruppen nutzen ZuwanderInnen, die bereits elf bis 20 Jahre in ihrem Aufenthaltsland verbracht haben, die politischen Partizipationsformen etwas häufiger. Die deutlichsten Unterschiede in der Häufigkeit der politischen Beteiligung können zwischen ZuwanderInnen, die seit maximal 20 Jahren in ihrem Aufenthaltsland leben, auf der einen und jenen mit einer Aufenthaltsdauer von mehr als 20 Jahren auf der anderen Seite beobachtet werden. Die ZuwanderInnen mit einer Aufenthaltsdauer von 21 bis 30 Jahren machen im Durchschnitt von deutlich mehr Partizipationsformen Gebrauch als die ersten drei Gruppen – dies gilt insbesondere für die unkonventionelle Beteiligung. Für die ZuwanderInnen, die seit mehr als 30 Jahren in ihrem Aufenthaltsland leben oder bereits in diesem geboren wurden kann gegenüber jenen mit einer Aufenthaltsdauer von 21 bis 30 Jahren kaum noch eine weitere Zunahme der durchschnittlichen Partizipation mehr beobachtet werden.

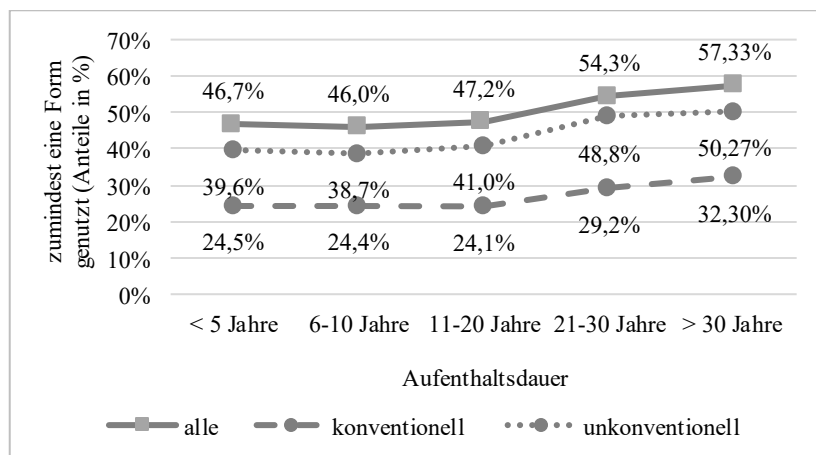
Abbildung 11. Durchschnittliche Partizipationsniveaus: Unterschiede nach Aufenthaltsdauer



Zugewanderte der zweiten Generation sind der Kategorie mit der längsten Aufenthaltsdauer (>30 Jahre) zugerechnet. Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

Betrachtet man die Anteile der Personen, die zumindest eine Partizipationsform genutzt haben (Abbildung 12), dann kann erst für die Gruppen mit einer Aufenthaltsdauer von mehr als 20 Jahren ein im Vergleich zu den ZuwanderInnen mit kürzerer Aufenthaltsdauer deutlich stärkeres Ausmaß der Beteiligung beobachtet werden. Während innerhalb der Gruppen, die seit bis zu 20 Jahren in ihrem Aufenthaltsland leben, jeweils zwischen 46% und 48% der ZuwanderInnen zumindest einmal politisch aktiv waren, haben 54,3% jener mit einer Aufenthaltsdauer von 21 bis 30 Jahren und 57,3% jener mit der längsten Aufenthaltsdauer von zumindest einer Partizipationsform Gebrauch gemacht. Anders als bei den durchschnittlichen Partizipationsniveaus sind die Anteile der (konventionell und/oder unkonventionell) politisch „Aktiven“ in der Gruppe der ZuwanderInnen mit der längsten Aufenthaltsdauer nochmals etwas höher als jene der ZuwanderInnen, die 21 bis 30 Jahre in ihrem Aufenthaltsland verbracht haben.

Abbildung 12. Zumindest eine Partizipationsform genutzt: Unterschiede nach Aufenthaltsdauer

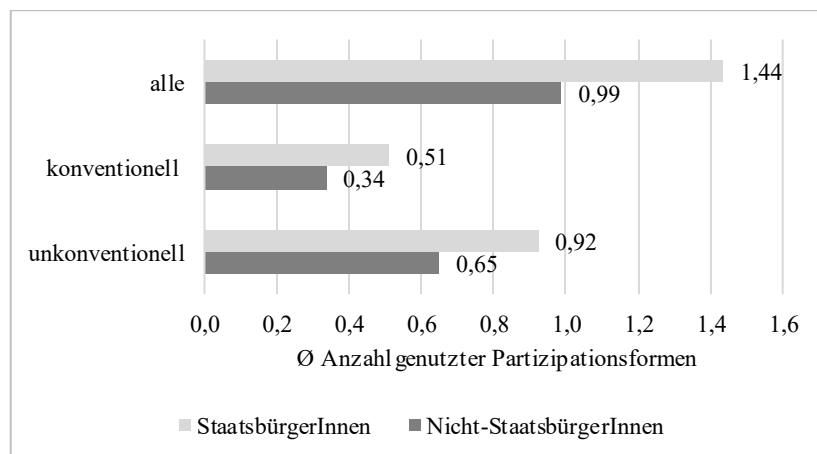


Zugewanderte der zweiten Generation sind der Kategorie mit der längsten Aufenthaltsdauer (>30 Jahre) zugerechnet. Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

5.3.3. Unterschiede nach Staatsbürgerschaft

Die Abbildung 13 zeigt, dass das durchschnittliche Partizipationsniveau der Nicht-StaatsbürgerInnen mit 0,99 Formen um fast 0,5 Formen niedriger ist als jenes der ZuwanderInnen, die über die Staatsbürgerschaft ihres Aufenthaltslandes verfügen. Auch nach der Art der Partizipation differenziert beteiligen die StaatsbürgerInnen sich deutlich häufiger als die Nicht-StaatsbürgerInnen. Dementsprechend sind auch die Anteile jener Personen, die in den vergangenen 12 Monaten keine einzige (konventionelle oder unkonventionelle) Partizipationsform genutzt haben, in der Gruppe der Nicht-StaatsbürgerInnen deutlich größer: 58,4% der StaatsbürgerInnen, aber nur 43,9% der Nicht-StaatsbürgerInnen haben sich in den vergangenen 12 Monaten zumindest einmal politisch beteiligt. Mit 50,8% ist der Anteil der Personen, die zumindest eine unkonventionelle Form genutzt haben, in der Gruppe der StaatsbürgerInnen mit einem Migrationshintergrund sogar etwas höher als in der Mehrheitsbevölkerung⁶⁶. Von den Nicht-StaatsbürgerInnen haben sich hingegen nur 38% auf unkonventionellem Weg beteiligt.

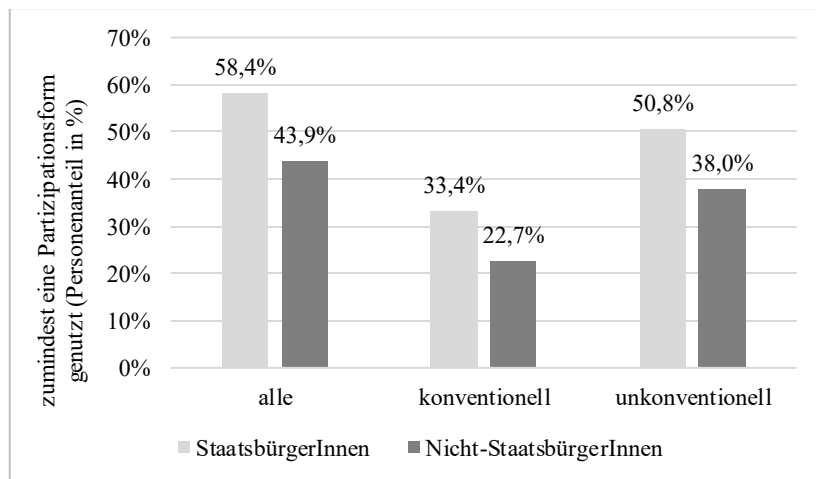
Abbildung 13. Durchschnittliche Partizipationsniveaus: StaatsbürgerInnen und Nicht-StaatsbürgerInnen



Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

⁶⁶ In der Mehrheitsbevölkerung liegt der Anteil der Personen, die zumindest eine unkonventionelle Form genutzt haben bei 49,5% (siehe Kapitel 5.1).

Abbildung 14. Zumindest eine Partizipationsform genutzt: StaatsbürgerInnen und Nicht-StaatsbürgerInnen



Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

5.4. Zusammenfassung der deskriptiven Ergebnisse

Die deskriptiven Analysen haben gezeigt, dass es sowohl zwischen den ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung als auch innerhalb der Gruppe der ZuwanderInnen deutliche Unterschiede in deren Partizipationsverhalten gibt. ZuwanderInnen werden seltener politisch aktiv und nutzen im Durchschnitt weniger Partizipationsformen als Einheimische, wobei diese Unterschiede für die konventionelle Beteiligung größer sind als für die unkonventionelle. In Relation zur Mehrheitsbevölkerung scheinen die Teilnahme an Demonstrationen und die Online-Partizipation für ZuwanderInnen besonders attraktiv zu sein.

Die mit Abstand größten Unterschiede in der Häufigkeit der politischen Partizipation zeigen sich, wenn man innerhalb der Gruppen der ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung nach deren Bildungsniveaus differenziert. Personen mit einer höheren formalen Bildung beteiligen sich deutlich stärker als jene mit niedrigen Bildungsabschlüssen – dies gilt für Personen mit und ohne Migrationshintergrund und sowohl für die konventionelle als auch für die unkonventionelle Partizipation. In der Gegenüberstellung der Mehrheitsbevölkerung und der ZuwanderInnen können hinsichtlich dieser Bildungsunterschiede keine eindeutigen Unterschiede zwischen den Einheimischen und den ZuwanderInnen festgestellt werden. Dies deutet darauf hin, dass die Bedeutung der Bildung für die Partizipation der ZuwanderInnen ähnlich groß sein könnte wie für jene der Mehrheitsbevölkerung.

Deutliche Unterschiede können auch beobachtet werden, wenn man nach der Herkunft, der Aufenthaltsdauer und der Staatsbürgerschaft der ZuwanderInnen differenziert. Mit Partizipationsniveaus, die nahe an jenen der Mehrheitsbevölkerung liegen, erweisen sich ZuwanderInnen aus westlichen Ländern und jene, die über die Staatsbürgerschaft ihres

Aufenthaltslandes verfügen, als besonders beteiligungsstarke ZuwanderInnengruppen. Hinsichtlich der Unterschiede nach Herkunft ist festzuhalten, dass OsteuropäerInnen nicht nur seltener partizipieren als westliche ZuwanderInnen, sondern in ihrer Beteiligung auch deutlich hinter den ZuwanderInnen aus „anderen“ (nicht-westlichen, nicht-europäischen) Ländern zurückbleiben. In Bezug auf die Partizipation der ZuwanderInnengruppen mit unterschiedlich langer Aufenthaltsdauer zeigt sich die Tendenz einer mit einem längeren Aufenthalt stärkeren Beteiligung. Allerdings kann kein eindeutiger kontinuierlicher Anstieg der Partizipation mit zunehmender Aufenthaltsdauer beobachtet werden: Deutlich häufiger als die Gruppen mit einem kürzeren Aufenthalt beteiligen sich erst jene ZuwanderInnen, die bereits seit mindestens zehn oder sogar 20 Jahren in ihrem Aufenthaltsland leben.

Viele der in diesem Kapitel dargestellten Ergebnisse passen zu den Thesen, die ausgehend von der Literatur formuliert wurden. Es handelt sich dabei jedoch nur um deskriptive Analysen, in denen nicht für andere die Beteiligung beeinflussende Merkmale und Faktoren kontrolliert wurde. Mithilfe mehrerer Regressionsmodelle wird nun im nächsten Schritt überprüft, ob die angesprochenen Unterschiede hinsichtlich der konventionellen und unkonventionellen Partizipationsniveaus tatsächlich auf statistisch signifikante Wirkungen des Migrationshintergrundes, des Bildungsniveaus, der Herkunft, der Aufenthaltsdauer und der Staatsbürgerschaft zurückgeführt werden können.

6. Ergebnisse der Regressionsanalysen

Die im vorangegangenen Kapitel festgestellten Unterschiede in der Art und im Ausmaß der Beteiligung können zumindest teilweise darauf zurückzuführen sein, dass die untersuchten Gruppen sich im Hinblick auf ihren sozioökonomischen Status, ihre Einstellungen und die Wahrscheinlichkeit ihrer politischen Rekrutierung voneinander unterscheiden. Ziel der multiplen linearen Regressionsanalyse ist es nun, zu überprüfen, ob es – selbst, wenn man für diese Faktoren kontrolliert – systematische Zusammenhänge zwischen dem Migrationshintergrund, dem Bildungsniveau und den migrationsspezifischen Variablen auf der einen und der politischen Beteiligung auf der anderen Seite gibt. Dafür werden die politische Partizipation im Gesamten sowie die Nutzung nur der konventionellen bzw. nur der unkonventionellen Partizipationsformen als abhängige Variablen herangezogen und die Partizipationsniveaus mithilfe von OLS-Modellen geschätzt⁶⁷. Ausgehend von einem Basismodell werden die Modelle schrittweise um weitere unabhängige Variablen erweitert und teilweise für die verschiedenen Gruppen Berechnungen durchgeführt, um die in Kapitel 3 abgeleiteten Hypothesen zu testen.

6.1. Migrationshintergrund und politische Partizipation

Der ersten Forschungsfrage entsprechend wird der Einfluss eines Migrationshintergrundes auf die politische Beteiligung in drei verschiedenen Modellen überprüft (siehe Regressionstabelle 1). Im ersten Modell wird die Nutzung aller acht Partizipationsformen als abhängige Variable herangezogen. Um möglichen Unterschieden nach Art der Beteiligung Rechnung zu tragen, wird in weiterer Folge und mit derselben Auswahl unabhängiger Variablen die Nutzung nur der konventionellen bzw. nur der unkonventionellen Partizipationsformen geschätzt. Das Bildungsniveau der Befragten wird in diesen Modellen noch *nicht* als Kontrollvariable miteinbezogen. Diese Variable wird erst im folgenden Abschnitt (Kapitel 6.2) in das Regressionsmodell eingeführt, wenn der Einfluss der Bildung auf die politische Partizipation der ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung untersucht wird. Dennoch konnte für den Index aller Partizipationsformen bereits mit diesem Modell eine erklärte Varianz von 27,8% (korrigiertes R^2) erreicht werden, was für die gute Erklärungskraft des Modells spricht.

⁶⁷ Bei der Interpretation der Höhe der Regressionskoeffizienten sind die unterschiedlichen Skalenniveaus der abhängigen Variablen zu beachten: Während der Index der Nutzung aller Partizipationsformen Ausprägungen von 0 bis 8 annimmt, reichen die Skalen für die Nutzung konventioneller bzw. unkonventioneller Formen jeweils nur von 0 bis 4.

Regressionstabelle 1. Gesamte, konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation in Abhängigkeit von Migrationshintergrund und Kontrollvariablen (OLS-Regression)

	Alle Formen		Konventionell		Unkonventionell	
Migrationshintergrund	-0.0363	(0.237)	-0.0419*	(0.010)	0.00558	(0.789)
Geschlecht (männlich)	-0.210***	(0.000)	-0.0203	(0.075)	-0.189***	(0.000)
Alter	-0.0466***	(0.000)	0.0281***	(0.000)	-0.0747***	(0.000)
Einkommen	0.00765	(0.576)	-0.00777	(0.326)	0.0154	(0.092)
In bezahlter Arbeit	0	(.)	0	(.)	0	(.)
In Ausbildung	0.0164	(0.701)	0.0476*	(0.045)	-0.0312	(0.297)
Arbeitslos	0.0373	(0.327)	0.0234	(0.284)	0.0139	(0.603)
Pensioniert	-0.201***	(0.000)	-0.0746***	(0.000)	-0.126***	(0.000)
andere Beschäftigung	-0.0924*	(0.010)	-0.0124	(0.539)	-0.0800***	(0.001)
Verheiratet	-0.0162	(0.446)	0.0359**	(0.003)	-0.0521***	(0.000)
Soziale Treffen	0.102***	(0.000)	0.0657***	(0.000)	0.0363***	(0.000)
Urbaner Wohnort	0.0289	(0.145)	-0.0834***	(0.000)	0.112***	(0.000)
Gewerkschaftsmitglied	0.489***	(0.000)	0.227***	(0.000)	0.262***	(0.000)
Politisches Interesse	0.374***	(0.000)	0.119***	(0.000)	0.255***	(0.000)
Internale Efficacy	0.496***	(0.000)	0.249***	(0.000)	0.247***	(0.000)
Externale Efficacy	0.135***	(0.000)	0.0676***	(0.000)	0.0676***	(0.000)
Regierungszufriedenheit	-0.0941***	(0.000)	-0.0203***	(0.000)	-0.0738***	(0.000)
(Konstante)	-0.916***	(0.000)	-0.806***	(0.000)	-0.110*	(0.014)
Korrigiertes R ²	0.278		0.189		0.233	
N	26390		26390		26390	

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

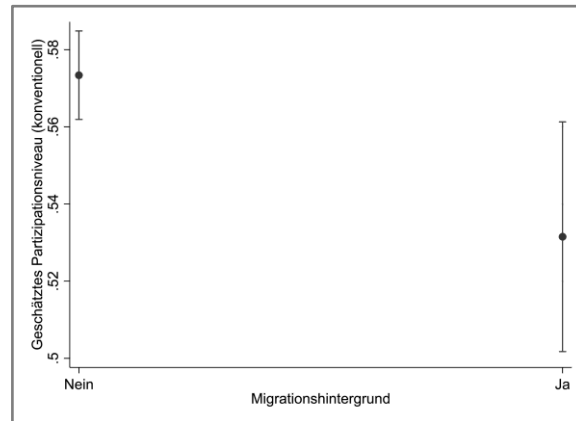
Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

Die deskriptiven Analysen (siehe Kapitel 5.1) haben ergeben, dass ZuwanderInnen sich im Durchschnitt sowohl auf konventionellem als auch auf unkonventionellem Weg seltener beteiligen als die Mehrheitsbevölkerung. Auch sind die Anteile jener, die in den vergangenen 12 Monaten keine einzige (konventionelle und/oder unkonventionelle) Partizipationsform genutzt haben, in der Gruppe der ZuwanderInnen deutlich größer als in der Mehrheitsbevölkerung. Die Ergebnisse der Regressionsanalyse zeigen jedoch nur für die konventionelle Beteiligung einen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen dem Migrationshintergrund und der politischen Partizipation. An dem negativen Regressionskoeffizienten von $-.042^*$ ist abzulesen, dass ZuwanderInnen seltener von konventionellen Beteiligungsformen Gebrauch machen als die Mehrheitsbevölkerung. Für eine/n ZuwanderIn beträgt die geschätzte Anzahl der durchschnittlich genutzten konventionellen Partizipationsformen (*Marginal Effects*) 0,53 Formen (siehe Abbildung 15). Im Vergleich dazu liegt dieser Wert für eine Person ohne Migrationshintergrund – wenn alle anderen Variablen konstant gehalten werden – bei 0,57 Formen auf der 5-stufigen Skala des Partizipationsindex. Der geringe Unterschied zwischen diesen beiden Werten und die sich beinahe überlappenden Konfidenzintervalle⁶⁸ der geschätzten Partizipation der beiden Gruppen

⁶⁸ Konfidenzintervalle für die geschätzten Werte: 0,502 bis 0,561 für ZuwanderInnen und 0,562 bis 0,585 für Einheimische.

verdeutlichen jedoch, dass der Migrationshintergrund nur einen geringen Einfluss auf das Ausmaß der politischen Partizipation hat.

Abbildung 15. Marginale Effekte des Migrationshintergrundes für die konventionelle Partizipation



Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

Überhaupt keinen statistisch signifikanten Effekt hat der Migrationshintergrund für die Partizipation außerhalb der institutionalisierten Sphäre der Politik. Auch wenn der Index aller acht zur Verfügung stehenden Partizipationsformen als abhängige Variable herangezogen wird, ist der Zusammenhang zwischen dem Migrationshintergrund und der Beteiligung statistisch nicht signifikant.

Die Erwartung, dass ZuwanderInnen sich mit geringerer Wahrscheinlichkeit politisch beteiligen als die Mehrheitsbevölkerung (Hypothese 1), wird somit nur für die konventionelle Partizipation, nicht aber für die Nutzung der unkonventionellen Formen oder für die politische Partizipation im Gesamten bestätigt. Dies stützt zugleich die Annahme, dass unkonventionelle Partizipationsformen für ZuwanderInnen in Relation zur Mehrheitsbevölkerung attraktiver sind als konventionelle (Hypothese 1.1): Während Personen mit einem Migrationshintergrund konventionelle Formen mit geringerer Wahrscheinlichkeit nutzen, unterscheidet sich die Wahrscheinlichkeit, dass ZuwanderInnen sich auf unkonventionellem Weg beteiligen, nicht von jener der Mehrheitsbevölkerung.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die multivariaten Analysen eine deutlich geringere Wirkung des Migrationshintergrundes feststellen als erwartet. Während sich in den deskriptiven Analysen für beide Arten der Beteiligung deutliche Unterschiede zwischen den ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung andeuteten, gibt es hinsichtlich der von den Regressionsmodellen geschätzten Partizipationsniveaus nur äußerst geringe (für die konventionelle Beteiligung) bzw. gar keine (für die unkonventionelle Beteiligung) statistisch signifikanten Unterschiede zwischen den Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Wird

also für die demographischen Merkmale, den sozioökonomischen Status, die Wahrscheinlichkeit der Rekrutierung und die politisch relevanten Einstellungen von BürgerInnen kontrolliert, dann unterscheiden sich die ZuwanderInnen kaum noch von der Mehrheitsbevölkerung. Dies deutet darauf hin, dass ein großer Teil der Unterschiede zwischen den beiden Gruppen nicht auf den Migrationshintergrund als solchen, sondern vielmehr auf Unterschiede bzw. tendenzielle Benachteiligungen von ZuwanderInnen in anderen Dimensionen zurückzuführen ist⁶⁹.

Wirkungen der Kontrollvariablen

Im Hinblick auf die soziodemographischen Kontrollvariablen zeigen die Ergebnisse der Regressionsanalysen, dass Frauen sich insgesamt – und insbesondere auf unkonventionelle m Weg – mit größerer Wahrscheinlichkeit politisch beteiligen als Männer. Für die unkonventionelle Partizipation bestätigt sich damit die Annahme aus der Literatur, dass nicht-institutionalisierte Beteiligungsformen von Frauen tendenziell häufiger genutzt werden als institutionalisierte (vgl. Marien et al. 2010, 193f). Dass es bei der Nutzung konventioneller Formen keine statistisch signifikanten geschlechterspezifischen Unterschiede gibt, ist überraschend, weil Männer im Hinblick auf die nicht-ektorale konventionelle Partizipation in der Regel als beteiligungsstärkere Gruppe gelten (vgl. Kaase 2007, 788; Teorell/Sum/et al. 2007, 393).

Überraschend ist auf den ersten Blick auch, dass die Partizipationswahrscheinlichkeit mit zunehmendem Alter sinkt, dass jüngere Personen sich also mit tendenziell größerer Wahrscheinlichkeit beteiligen. Differenziert man aber nach der Art der Beteiligung, dann zeigt sich, dass die Wirkung des Alters für die Nutzung der konventionellen und der unkonventionellen Formen in entgegengesetzte Richtungen geht: Mit zunehmendem Alter steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Personen sich auf konventionellem Weg beteiligen. Nicht-institutionalisierte Beteiligungsformen werden hingegen mit größerer Wahrscheinlichkeit von jüngeren Kohorten genutzt. Die Ergebnisse für die Wirkungen des Geschlechts und des Alters entsprechen damit den Erkenntnissen früherer Studien, die zum Schluss kommen, dass sich die „traditionellen“ alters- und geschlechterspezifischen Ungleichheiten im Partizipationsverhalten (Männer partizipieren häufiger als Frauen, Ältere partizipieren häufiger als Junge) für neue, unkonventionelle Beteiligungsformen verringern oder sogar umkehren können (vgl. Marien et al. 2010; Stolle/Hooghe 2011).

⁶⁹ Diese Beobachtung wird in Kapitel 7 *Diskussion & Schluss* aufgegriffen und diskutiert.

Die Einkommensvariable zeigt in den Regressionsmodellen keine statistisch signifikanten Effekte. Dies widerspricht den Überlegungen des *Civic Voluntarism Models*, welches das Geld als eine wichtige, beteiligungsfördernde Ressource konzeptualisiert (vgl. Verba et al. 1995, 289–303). Dies könnte einerseits mit der Operationalisierung des Einkommens als die *subjektiv* empfundene Einkommenssituation zusammenhängen. Zu bedenken ist jedoch auch, dass das CVM-Modell davon ausgeht, dass unterschiedliche Partizipationsformen unterschiedliche Ressourcen erfordern (vgl. ebd., 37–48). Das Ausbleiben signifikanter Effekte des Einkommens kann also andererseits auch darauf zurückzuführen sein, dass das Geld für die Nutzung des breiten Spektrums der im Rahmen dieser Analyse berücksichtigten Partizipationsformen eine geringere Bedeutung spielt als dies etwa für die finanzielle Unterstützung politischer Kampagnen oder die Spende für politische Zwecke der Fall wäre. Der Beschäftigungsstatus der BürgerInnen hat nur in den wenigsten Fällen einen signifikanten Einfluss auf deren Beteiligung. Die Gruppe der PensionistInnen nutzt alle Arten der Beteiligung mit geringerer Wahrscheinlichkeit als erwerbstätige Personen. Arbeitslose haben im Vergleich zur bezahlt beschäftigten Referenzgruppe keine geringere Partizipationswahrscheinlichkeit.

Die Variablen, mit denen für die Wahrscheinlichkeit der politischen Rekrutierung kontrolliert wird, zeigen im Modell in weiten Teilen die erwarteten Effekte. Sozial stärker vernetzte Personen und Gewerkschaftsmitglieder beteiligen sich mit deutlich größerer Wahrscheinlichkeit am politischen Willensbildungsprozess. Weniger eindeutig sind die Effekte des Familienstandes und des urbanen Wohnortes: Verheiratete haben im Vergleich zu Unverheirateten nur in Bezug auf konventionelle Beteiligungsformen eine höhere Partizipationswahrscheinlichkeit; unkonventionelle Formen werden hingegen mit größerer Wahrscheinlichkeit von ledigen Personen genutzt. Ein urbaner Wohnort steht nur im Hinblick auf die unkonventionelle Partizipation in einem positiven Zusammenhang mit der politischen Beteiligung.

Die politisch relevanten Einstellungen haben allesamt und über alle Modelle hinweg hochsignifikante Effekte auf das Ausmaß der politischen Beteiligung. Mit einem wachsenden politischen Interesse und mit zunehmender (internaler und externaler) *Efficacy* steigt – unabhängig von der Art der Beteiligung – die Wahrscheinlichkeit, dass BürgerInnen politisch aktiv werden. Personen, die mit der Regierung unzufrieden sind, beteiligen sich eher als jene mit einer höheren Regierungszufriedenheit. Dies kann damit begründet werden, dass ein Gefühl der Unzufriedenheit den Wunsch nach Veränderung hervorrufen und damit die Beteiligung fördern kann (vgl. Melo/Stockemer 2014, 42). Dass dieser Effekt für die unkonventionelle Partizipation deutlich stärker ist als für die konventionelle, unterstützt die Erkenntnisse früherer

Untersuchungen, die insbesondere die Beteiligung außerhalb der institutionalisierten Sphäre der Politik mit einer kritischen Haltung gegenüber der Regierung in Zusammenhang bringen (vgl. Bilodeau 2008, 988–994; Stockemer 2014, 207–209).

6.2. Bildung und politische Partizipation

Wenn man die im vorangegangenen Abschnitt dargestellten Regressionsmodelle um die Variable des formalen Bildungsniveaus erweitert, dann zeigt sich für die Gesamtheit aller Befragten im Datensatz für alle Arten der Beteiligung ein hochsignifikanter ($p < 0.001$) positiver Zusammenhang zwischen der Bildung und der politischen Partizipation⁷⁰. Die erklärte Varianz der Modelle wird durch den Einbezug der Bildungsvariablen deutlich erhöht⁷¹. Dies zeigt, dass der Bildung für die Erklärung der politischen Beteiligung eine große Bedeutung zukommt. Um die Wirkung des Bildungsniveaus der zweiten Forschungsfrage entsprechend für die Gruppe der ZuwanderInnen zu untersuchen und mit der Mehrheitsbevölkerung zu vergleichen, wird im Folgenden jeweils nur eine dieser Gruppen in die Regressionsanalysen miteinbezogen. Zunächst wird der Einfluss des Bildungsniveaus auf die politische Partizipation der ZuwanderInnen (Hypothese 2) analysiert. Danach wird untersucht, ob und inwiefern sich dieser Wirkungszusammenhang zwischen den ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung unterscheidet (Hypothesen 3.1 und 3.2).

6.2.1. Bildungseffekte für ZuwanderInnen

Die An den Ergebnissen der Regressionsanalyse ist abzulesen, dass das Ausmaß der politischen Beteiligung der ZuwanderInnen im Gesamten (alle Formen) in hohem, statistisch signifikantem Maße von deren formalem Bildungsniveau beeinflusst wird. Schon ein mittleres Bildungsniveau geht im Vergleich zur niedriggebildeten Referenzgruppe mit einer deutlich größeren Partizipationswahrscheinlichkeit einher. Mit einem hohen Bildungsniveau steigt die geschätzte Anzahl aller genutzten politischen Partizipationsformen um mehr als einen halben Punkt (0,54) auf der neunstufigen Skala. Bedenkt man, dass die Gruppe aller ZuwanderInnen im Durchschnitt nur 1,24 Partizipationsformen nutzt, dann ist dies ein sehr beträchtlicher Anstieg.

⁷⁰ Mit der Gruppe der niedrig Gebildeten als Referenz betragen die Regressionskoeffizienten für ein mittleres Bildungsniveau 0.194*** (alle Formen), 0.048*** (konventionell) und 0.146*** (unkonventionell). Für ein hohes Bildungsniveau erhöhen sich die entsprechenden Werte nochmals deutlich auf 0.495*** (alle Formen), 0.173*** (konventionell) und 0.322*** (unkonventionell). Diese Werte gehen aus den Regressionstabellen in diesem Kapitel nicht hervor, weil hier nur noch die Ergebnisse der separaten Berechnungen für ZuwanderInnen und Einheimische dargestellt werden. Die Ergebnisse des um die unabhängige Variable des Bildungsniveaus erweiterten Modells für den gesamten Datensatz können dem Anhang entnommen werden (siehe Regressionstabelle 6).

⁷¹ Für das Modell, in dem die Nutzung aller Partizipationsformen als abhängige Variable herangezogen wird, erhöht sich das korrigierte R^2 von 27,8 auf 28,7. Differenziert nach Art der Beteiligung steigt die erklärte Varianz für die konventionelle Partizipation von 18,9 auf 19,3 und für die unkonventionelle Partizipation von 23,3 auf 24,2.

Regressionstabelle 2 zeigt die Ergebnisse der um das formale Bildungsniveau erweiterten Modelle nur für die Gruppe der ZuwanderInnen. Um Unterschiede nach der Art der Beteiligung sichtbar zu machen, wird auch hier nicht nur das gesamte Partizipationsniveau (alle Formen) geschätzt, sondern auch zwischen der konventionellen und der unkonventionellen Beteiligung unterschieden.

An den Ergebnissen der Regressionsanalyse ist abzulesen, dass das Ausmaß der politischen Beteiligung der ZuwanderInnen im Gesamten (alle Formen) in hohem, statistisch signifikantem Maße von deren formalem Bildungsniveau beeinflusst wird. Schon ein mittleres Bildungsniveau geht im Vergleich zur niedriggebildeten Referenzgruppe mit einer deutlich größeren Partizipationswahrscheinlichkeit einher. Mit einem hohen Bildungsniveau steigt die geschätzte Anzahl aller genutzten politischen Partizipationsformen um mehr als einen halben Punkt (0,54) auf der neunstufigen Skala. Bedenkt man, dass die Gruppe aller ZuwanderInnen im Durchschnitt nur 1,24 Partizipationsformen nutzt, dann ist dies ein sehr beträchtlicher Anstieg.

Regressionstabelle 2. Gesamte, konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen in Abhängigkeit von Bildungsniveau und Kontrollvariablen (OLS-Regression)

	Alle Formen		Konventionell		Unkonventionell	
niedrige Bildung	0	(.)	0	(.)	0	(.)
mittlere Bildung	0.226***	(0.001)	0.0728*	(0.034)	0.154***	(0.001)
hohe Bildung	0.544***	(0.000)	0.222***	(0.000)	0.323***	(0.000)
Geschlecht (männlich)	-0.0327	(0.561)	0.0321	(0.291)	-0.0648	(0.088)
Alter	-0.0129	(0.607)	0.0313*	(0.018)	-0.0442*	(0.011)
Einkommen	0.0109	(0.766)	-0.0252	(0.228)	0.0361	(0.132)
In bezahlter Arbeit	0	(.)	0	(.)	0	(.)
In Ausbildung	0.210	(0.071)	0.120*	(0.049)	0.0905	(0.265)
Arbeitslos	-0.0718	(0.419)	0.0198	(0.679)	-0.0916	(0.140)
Pensioniert	-0.172	(0.099)	-0.0561	(0.341)	-0.116	(0.083)
andere Beschäftigung	0.0335	(0.695)	0.0375	(0.376)	-0.00404	(0.949)
Verheiratet	-0.0966	(0.101)	-0.0144	(0.646)	-0.0822*	(0.040)
Soziale Treffen	0.113***	(0.000)	0.0553***	(0.000)	0.0576***	(0.000)
Urbaner Wohnort	0.0128	(0.842)	-0.0437	(0.194)	0.0565	(0.180)
Gewerkschaftsmitglied	0.421***	(0.000)	0.195***	(0.000)	0.226***	(0.000)
Politisches Interesse	0.377***	(0.000)	0.131***	(0.000)	0.246***	(0.000)
Internale Efficacy	0.388***	(0.000)	0.188***	(0.000)	0.200***	(0.000)
Externale Efficacy	0.0985**	(0.006)	0.0495**	(0.010)	0.0490*	(0.035)
Regierungszufriedenheit	-0.118***	(0.000)	-0.0323***	(0.000)	-0.0854***	(0.000)
(Konstante)	-0.969***	(0.000)	-0.669***	(0.000)	-0.300*	(0.018)
Korrigiertes R ²	0.272		0.186		0.228	
N	3367		3367		3367	

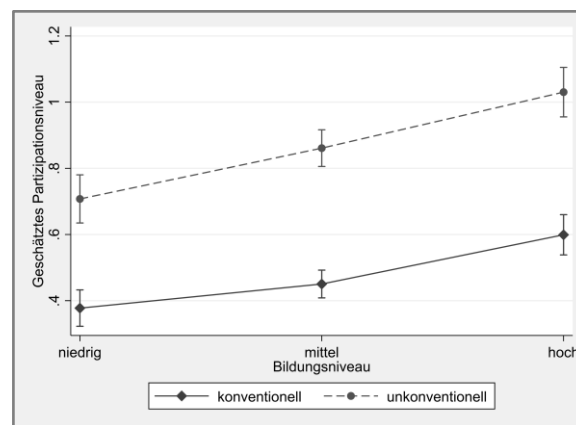
* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder, nur ZuwanderInnen. Gewichtete Daten.

Differenziert nach Art der Beteiligung zeigen die durchwegs signifikant positiven Regressionskoeffizienten für die Bildungsvariable, dass sich mit einem steigenden

Bildungsniveau die Wahrscheinlichkeiten der konventionellen und der unkonventionellen Partizipation erhöhen. Dies verdeutlichen auch die geschätzten Partizipationsniveaus (*Marginal Effects*) der verschiedenen Bildungsgruppen (siehe Abbildung 16). Für die konventionelle Beteiligung ist die Wirkung eines mittleren Bildungsniveaus mit einem Regressionskoeffizienten von 0.07* eher gering und erst ab dem 5%-Niveau statistisch signifikant. Die Wirkung eines hohen Bildungsabschlusses ist im Vergleich dazu deutlich stärker und hoch signifikant (0.22***). Der wesentlich größere, beteiligungsfördernde Einfluss der Bildung wird im Fall der konventionellen Partizipation also erst mit einem hohen formalen Bildungsabschluss erzielt. Im Hinblick auf die Nutzung der Partizipationsformen außerhalb der institutionalisierten Sphäre erhöht sich die geschätzte Partizipation schon mit einem mittleren Bildungsniveau um 0,12 Formen auf der fünfstufigen Skala. Für jene mit einem hohen Bildungsabschluss steigt dieser Wert gegenüber der niedriggebildeten Referenzgruppe um 0,32 unkonventionelle Formen.

Abbildung 16. Marginale Effekte des Bildungsniveaus für die konventionelle und unkonventionelle Partizipation der ZuwanderInnen



Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

Vergleicht man die Werte der Regressionskoeffizienten zwischen dem zweiten und dem dritten Modell und damit die Wirkung des Bildungsniveaus nach Art der Partizipation, dann ist diese für die unkonventionelle Partizipation stärker als für die konventionelle. Damit kann in der Gruppe der ZuwanderInnen jene Tendenz beobachtet werden, die von mehreren AutorInnen im Hinblick auf die Gesamtbevölkerung postuliert wird: Die nicht-institutionalisierte Partizipation erfordert seitens der BürgerInnen ein besonders hohes Maß an Bildung und kognitiven Fähigkeiten, sodass die Unterschiede in den Partizipationsniveaus verschiedener Bildungsgruppen auch für unkonventionelle Formen bestehen bleiben oder sogar noch verstärkt werden (vgl. Hajdar/Becker 2007; Marien et al. 2010; Stolle/Hooghe 2011).

Insgesamt kann vor dem Hintergrund der Ergebnisse aller drei Modelle festgehalten werden, dass die Beteiligungswahrscheinlichkeit der ZuwanderInnen in hohem, statistisch signifikantem Maße von deren formalem Bildungsniveau beeinflusst wird. Dies gilt für die politische Partizipation im Allgemeinen ebenso wie für die Nutzung nur der konventionellen bzw. nur der unkonventionellen Formen. Damit bestätigt sich die Annahme, dass ein steigendes Bildungsniveau die Wahrscheinlichkeit, dass ZuwanderInnen sich politisch beteiligen, erhöht (Hypothese 2).

Wirkungen der Kontrollvariablen

Im Hinblick auf die Wirkung des Alters ist in der Gruppe der ZuwanderInnen jene Tendenz zu beobachten, die auch für das gesamte Sample (siehe Kapitel 6.1) festgestellt wurde: Mit zunehmendem Alter machen Personen häufiger von konventionellen, jedoch seltener von unkonventionellen Partizipationsformen Gebrauch. Interessant ist, dass sich in der Gruppe der ZuwanderInnen keinerlei statisch signifikante Zusammenhänge zwischen dem Geschlecht und der Partizipation zeigen. Die Ergebnisse deuten damit weder auf „traditionelle“ Geschlechterungleichheiten in der (institutionalisierten) Beteiligung, noch auf eine mögliche Umkehr dieser Ungleichheiten zugunsten beteiligungsstärkerer Frauen in der nicht-institutionalisierten Sphäre der Politik hin. Auch andere AutorInnen finden Anzeichen dafür, dass das Geschlecht als Determinante der politischen Partizipation von ZuwanderInnen eine untergeordnete Rolle spielt; die geschlechterspezifischen Unterschiede im Partizipationsverhalten von MigrantInnen wurden bisher jedoch nur unzureichend erforscht (vgl. Huddleston 2017, 28).

Die Kontrollvariablen des politischen Interesses, der (internalen und externalen) *Efficacy* und der Regierungszufriedenheit zeigen auch für die Gruppe der ZuwanderInnen für alle Arten der Beteiligung starke, signifikante Effekte. Dass diese Einstellungen auch für die Partizipation der ZuwanderInnen von Bedeutung sind, passt zu jenen Argumenten aus der Literatur, welche die (niedrigen) Partizipationsniveaus von ZuwanderInnen und Minderheitengruppen unter anderem auf ein geringeres politisches *Engagement* zurückführen (vgl. Adamson 2006, 19f; Leighley/Vedlitz 1999, 1094f; Martinez 2005, 137f). Ein über alle Partizipationsformen hinweg starker positiver Zusammenhang zeigt sich auch zwischen der Häufigkeit sozialer Treffen und der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft auf der einen und der Partizipation der ZuwanderInnen auf der anderen Seite. Dies entspricht den Ergebnissen zahlreicher Studien, die zum Schluss kommen, dass die Verfügbarkeit „sozialen Kapitals“ für die politische Mobilisierung von ZuwanderInnen eine wesentliche Rolle spielt (vgl. Bilodeau 2008, 978; Quintelier 2009, 919). Im Unterschied zu den Berechnungen für den gesamten Datensatz

(Kapitel 6.1) zeigen sich keine positiven Zusammenhänge zwischen dem Familienstand (Dummy „verheiratet“) und der konventionellen oder zwischen einem urbanen Wohnort und der unkonventionellen Beteiligung. Dies deutet darauf hin, dass die politische Rekrutierung der Personen mit einem Migrationshintergrund (auch) anderen Logiken folgt als jene der Mehrheitsbevölkerung: Für die Mobilisierung von ZuwanderInnen könnten weitere Mechanismen wie zum Beispiel die Einbindung in ethnischen Organisationen (vgl. Tillie 2004, 354–356) oder die Teilhabe am kulturellen Leben des Aufenthaltslandes (vgl. Kosic 2007, 14f) eine Rolle spielen, welche mit den im Rahmen dieser Analyse miteinbezogenen Variablen nicht erfasst werden. Auch im Hinblick auf die übrigen Kontrollvariablen zeigen sich für die Gruppe der ZuwanderInnen kaum bzw. keine statistisch signifikanten Effekte.

6.2.2. Bildungseffekte: ZuwanderInnen und Mehrheitsbevölkerung im Vergleich

Regressionstabelle 3. Konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen (MIG) und der Mehrheitsbevölkerung (MB) in Abhängigkeit von Bildungsniveau und Kontrollvariablen (OLS-Regression)

	Konventionell				Unkonventionell			
	MIG		MB		MIG		MB	
	0	(.)	0	(.)	0	(.)	0	(.)
niedrige Bildung								
mittlere Bildung	0.0728*	(0.034)	0.0415**	(0.005)	0.154***	(0.001)	0.143***	(0.000)
hohe Bildung	0.222***	(0.000)	0.161***	(0.000)	0.323***	(0.000)	0.320***	(0.000)
Geschlecht (männlich)	0.0321	(0.291)	-0.0152	(0.218)	-0.0648	(0.088)	-0.185***	(0.000)
Alter	0.0313*	(0.018)	0.0329***	(0.000)	-0.0442*	(0.011)	-0.0689***	(0.000)
Einkommen	-0.0252	(0.228)	-0.0190*	(0.029)	0.0361	(0.132)	-0.0199*	(0.047)
In bezahlter Arbeit	0	(.)	0	(.)	0	(.)	0	(.)
In Ausbildung	0.120*	(0.049)	0.0880***	(0.001)	0.0905	(0.265)	0.0553	(0.092)
Arbeitslos	0.0198	(0.679)	0.0473	(0.055)	-0.0916	(0.140)	0.0867**	(0.003)
Pensioniert	-0.0561	(0.341)	-0.0564**	(0.004)	-0.116	(0.083)	-0.0834***	(0.000)
andere Beschäftigung	0.0375	(0.376)	0.00372	(0.870)	-0.00404	(0.949)	-0.0414	(0.118)
Verheiratet	-0.0144	(0.646)	0.0393**	(0.002)	-0.0822*	(0.040)	-0.0507***	(0.001)
Soziale Treffen	0.0553***	(0.000)	0.0678***	(0.000)	0.0576***	(0.000)	0.0336***	(0.000)
Urbaner Wohnort	-0.0437	(0.194)	-0.101***	(0.000)	0.0565	(0.180)	0.100***	(0.000)
Gewerkschaftsmitglied	0.195***	(0.000)	0.223***	(0.000)	0.226***	(0.000)	0.249***	(0.000)
Politisches Interesse	0.131***	(0.000)	0.106***	(0.000)	0.246***	(0.000)	0.237***	(0.000)
Internale Efficacy	0.188***	(0.000)	0.247***	(0.000)	0.200***	(0.000)	0.232***	(0.000)
Externale Efficacy	0.0495**	(0.010)	0.0646***	(0.000)	0.0490*	(0.035)	0.0594***	(0.000)
Regierungszufriedenheit	-0.0323***	(0.000)	-0.0180***	(0.000)	-0.0854***	(0.000)	-0.0704***	(0.000)
(Konstante)	-0.669***	(0.000)	-0.826***	(0.000)	-0.300*	(0.018)	-0.0779	(0.108)
Korrigiertes R ²	0.186		0.193		0.228		0.245	
N	3367		22911		3367		22911	

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

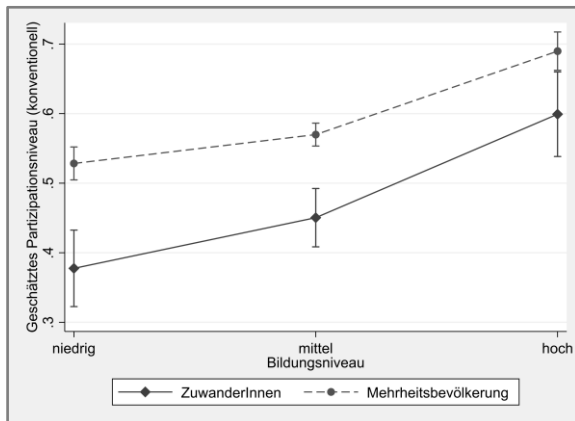
Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

Nachdem im vorangegangenen Abschnitt ein starker positiver Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau und der politischen Partizipation der ZuwanderInnen festgestellt wurde, soll nun untersucht werden, ob und inwiefern sich die Wirkung der Bildung zwischen den ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung unterscheidet. Um die Hypothesen 3.1 und 3.2 zu überprüfen, werden die Regressionsmodelle für die konventionelle und die unkonventionelle

politische Partizipation aus dem vorigen Abschnitt herangezogen und die Ergebnisse für ZuwanderInnen und Einheimische miteinander verglichen (siehe Regressionstabelle 3)⁷².

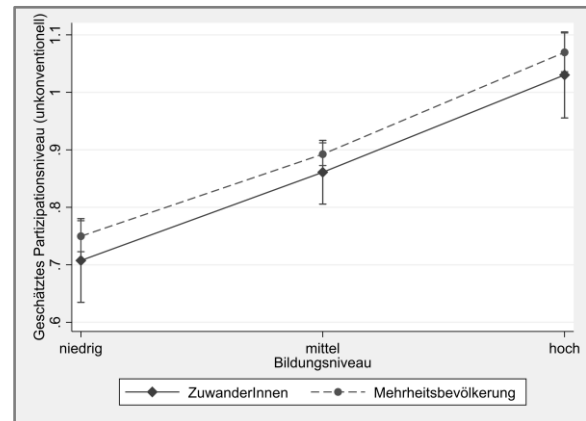
Wie erwartet gibt es in der Mehrheitsbevölkerung – ebenso wie in der Gruppe der ZuwanderInnen – einen hochsignifikanten, positiven Zusammenhang zwischen der Bildung und der politischen Partizipation. Vergleicht man die Werte der Regressionskoeffizienten für die beiden Gruppen, dann sind diese für ZuwanderInnen geringfügig höher. Dies deutet darauf hin, dass der Einfluss des Bildungsniveaus auf die politische Beteiligung der Personen mit einem Migrationshintergrund im Vergleich zu jenem für die Mehrheitsbevölkerung ebenso groß bzw. tendenziell sogar etwas größer ist. Um diese Vermutung statistisch zu testen, wurde im nächsten Schritt überprüft, ob es einen Interaktionseffekt zwischen dem Migrationshintergrund und dem Bildungsniveau gibt. Interaktionsterme zwischen diesen beiden Variablen zeigten in den Modellen für den gesamten Datensatz jedoch weder für die konventionelle oder die unkonventionelle Partizipation noch für die Nutzung aller Partizipationsformen statistisch signifikante Effekte⁷³. Die Stärke der Wirkung des Bildungsniveaus wird also nicht systematisch davon beeinflusst, ob Personen einen Migrationshintergrund haben oder nicht.

Abbildung 17. Marginale Effekte des Bildungsniveaus für die konventionelle Partizipation der ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung



Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

Abbildung 18. Marginale Effekte des Bildungsniveaus für die unkonventionelle Partizipation der ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung



Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten

⁷² Es werden die Modelle dargestellt, für die jeweils nur die Nutzung der konventionellen bzw. der unkonventionellen Partizipationsformen als abhängige Variable herangezogen wurden. Eine Gegenüberstellung der politischen Partizipation (alle Formen) befindet sich im Anhang (siehe Regressionstabelle 7).

⁷³ Hierfür wurden die Modelle, mit denen in Kapitel 6.1 die Nutzung aller bzw. nur der konventionellen oder nur unkonventionellen Partizipationsformen für den gesamten Datensatz geschätzt wurde, herangezogen und *erstens* die Interaktion des Migrationshintergrundes mit dem Bildungsniveau in Gruppen (niedrig, mittel, hoch) als kategoriale Variable sowie *zweitens* die Interaktion des Migrationshintergrundes mit der „Ausgangvariable“ des formalen Bildungsniveaus auf der siebenstufigen Skala der ES-ISCED-Stufen als stetige Variable überprüft. Diese Interaktionsterme haben in allen Modellen minimal positive, jedoch selbst auf dem 10%-Niveau statistisch nicht signifikante Effekte. Die Ergebnisse können dem Anhang entnommen werden (siehe Regressionstabelle 8 und Regressionstabelle 9).

Die marginalen Effekte der Bildungsvariablen verdeutlichen die Unterschiede in den Partizipationsniveaus der niedrig, mittel und hoch gebildeten ZuwanderInnen und Einheimischen. Für die *konventionelle* Partizipation (siehe Abbildung 17) deutet sich eine mit steigender Bildung schrittweise Annäherung der ZuwanderInnen an die Partizipationsniveaus der Mehrheitsbevölkerung an: Niedrig bzw. mittel gebildete ZuwanderInnen nutzen institutionalisierte Formen in deutlich geringerem Ausmaß als Einheimische mit dem jeweils gleichen Bildungsniveau. Dass die Konfidenzintervalle relativ weit auseinanderliegen, zeigt, dass diese Unterschiede zwischen den ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung statistisch signifikant sind. Vergleicht man hingegen die Partizipationsniveaus der ZuwanderInnen und der Einheimischen mit den höchsten Bildungsniveaus, dann kommt es beinahe zu einer Überschneidung der Konfidenzintervalle der geschätzten Werte⁷⁴. Mit einer Differenz von 0,22 Formen ist der Unterschied zwischen den Niedrig- und den Hochgebildeten in der Gruppe der ZuwanderInnen etwas größer als in der Mehrheitsbevölkerung (Differenz von 0,16 Formen).

Betrachtet man die Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen für die *unkonventionelle* Partizipation (siehe Abbildung 18), dann zeigt sich für die ZuwanderInnen und die Einheimischen ein beinahe identisches Bild. Die Linien zwischen den Bildungsgruppen verlaufen fast parallel, wobei die Partizipationsniveaus der Bildungsgruppen der ZuwanderInnen jeweils etwas (aber – den Ergebnissen aus Abschnitt 6.1 entsprechend – nicht in statistisch signifikantem Ausmaß) niedriger sind als jene der Vergleichsgruppen der Mehrheitsbevölkerung. Auch die Unterschiede zwischen den Personen mit den höchsten und den niedrigsten Bildungsniveaus sind für ZuwanderInnen und Einheimische beinahe identisch⁷⁵.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass das formale Bildungsniveau sowohl für ZuwanderInnen als auch für Angehörige der Mehrheitsbevölkerung einen wichtigen Prädiktor des politischen Partizipationsverhaltens darstellt, dass sich die Wirkung des Bildungsniveaus für die beiden Gruppen jedoch nicht signifikant voneinander unterscheidet. Für die unkonventionelle Beteiligung bestätigt sich damit die Annahme, dass die Wirkung des

⁷⁴ Die geschätzten konventionellen Partizipationsniveaus liegen für ZuwanderInnen mit niedrigem Bildungsniveau bei 0,38 (Konfidenzintervall: 0,32 bis 0,43), für mittel gebildete ZuwanderInnen bei 0,45 (Konfidenzintervall: 0,41 bis 0,49) und für hoch gebildete ZuwanderInnen bei 0,6 (Konfidenzintervall: 0,54 bis 0,66).

In der Mehrheitsbevölkerung liegen die geschätzten Werte für Niedriggebildete bei 0,53 (Konfidenzintervall: 0,5 bis 0,55), für mittel Gebildete bei 0,57 (Konfidenzintervall: 0,55 bis 0,59) und für jene mit einem hohen Bildungsniveau bei 0,69 (Konfidenzintervall: 0,66 bis 0,72).

⁷⁵ Die geschätzten Werte für Personen mit hohem Bildungsniveau sind sowohl in der Gruppe der ZuwanderInnen (niedrig: 0,71; hoch: 1,03) als auch in der Mehrheitsbevölkerung (niedrig: 0,74; hoch: 1,07) jeweils um 0,32 Formen höher als für niedrig gebildete Personen der jeweiligen Gruppe.

Bildungsniveaus in der Gruppe der ZuwanderInnen ebenso stark ist wie in der Mehrheitsbevölkerung (Hypothese 3.2). Keine Bestätigung findet die Erwartung, dass der Einfluss des Bildungsniveaus auf die konventionelle Partizipation in der Gruppe der ZuwanderInnen stärker ist als in der Mehrheitsbevölkerung (Hypothese 3.1): Die Wahrscheinlichkeit, dass ZuwanderInnen konventionelle Formen nutzen, steigt ebenso wie jene der Mehrheitsbevölkerung mit einem zunehmenden Bildungsniveau. Die Stärke der Wirkung des Bildungsniveaus wird jedoch nicht in statistisch signifikantem Ausmaß davon beeinflusst, ob Personen einen Migrationshintergrund haben oder nicht.

Hinsichtlich der Bedeutung des formalen Bildungsniveaus für die *konventionelle* Beteiligung von ZuwanderInnen liefern die Analysen zwei wichtige Erkenntnisse. *Erstens* deuten die Regressionsergebnisse darauf hin, dass die wesentlich substanziellere, beteiligungsfördernde Wirkung der Bildung für diese Art der Partizipation erst durch einen hohen formalen Bildungsabschluss erzielt wird. *Zweitens* ist der Unterschied der geschätzten Partizipationsniveaus der Niedrig- und Hochgebildeten in der Gruppe der ZuwanderInnen tendenziell etwas größer als in der Mehrheitsbevölkerung. Beide diese Beobachtungen unterstützen die Annahme, dass die politische Partizipation in der institutionalisierten Sphäre des Gastlandes – also die Kontaktaufnahme mit PolitikerInnen, die Mitarbeit in einer Partei oder einer Organisation, oder die Unterstützung einer Kampagne – für Personen mit einem Migrationshintergrund ein besonders hohes Ausmaß an Bildung und kognitiven Fähigkeiten erfordert.

6.3. Migrationsspezifische Variablen und politische Partizipation

Um die dritte Forschungsfrage zu beantworten, soll abschließend überprüft werden, inwiefern die politische Partizipation von ZuwanderInnen systematisch mit deren Herkunft, Aufenthaltsdauer und Staatsbürgerschaft zusammenhängt. Dafür werden die Regressionsmodelle um die migrationsspezifischen Variablen erweitert. In den entsprechenden Regressionsanalysen zeigte sich, dass sich die Wirkungen der migrationsspezifischen Variablen für die konventionelle im Vergleich zur unkonventionellen Partizipation deutlich voneinander unterscheiden und dass die Variablen für die politische Partizipation im Gesamten kaum statistisch signifikante Effekte haben. Es erscheint daher zielführend, die Wirkung der Herkunft, der Aufenthaltsdauer und der Staatsbürgerschaft differenziert nach Art der Beteiligung darzustellen und zu interpretieren. Im Folgenden stehen daher die Modelle, für die jeweils nur die Nutzung der konventionellen bzw. der unkonventionellen Formen als abhängige Variable herangezogen wird, im Fokus⁷⁶. Den abgeleiteten Hypothesen entsprechend wird der Einfluss dieser Variablen schrittweise überprüft: Zunächst wird das Modell aus dem vorangegangenen Abschnitt (Modell 1) um die Herkunft, die Aufenthaltsdauer und die Staatsbürgerschaft der ZuwanderInnen erweitert (Modell 2). Im dritten Modell wird anstelle der Herkunftsvariablen mit den drei verschiedenen Gruppen die Wirkung eines Hintergrundes aus einem westlichen Herkunftsland im Vergleich zu allen anderen Herkunftsländern überprüft. Schließlich wird (Modell 4) mithilfe von Interaktionstermen untersucht, ob und inwiefern die Wirkungen der Aufenthaltsdauer und der Staatsbürgerschaft davon beeinflusst werden, ob ZuwanderInnen aus einem westlichen Herkunftsland kommen oder nicht.

⁷⁶ Die Ergebnisse der Regressionsanalysen, in denen die gesamte politische Partizipation (alle Formen) als abhängige Variable herangezogen wird, können dem Anhang entnommen werden (siehe Regressionstabelle 10).

6.3.1. Konventionelle Partizipation

Regressionstabelle 4. Konventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen in Abhängigkeit von migrationsspezifischen Variablen, Bildungsniveau und Kontrollvariablen (OLS-Regression)

	Modell 1		Modell 2		Modell 3		Modell 4	
niedrige Bildung	0	(.)	0	(.)	0	(.)	0	(.)
mittlere Bildung	0.0728*	(0.034)	0.0653	(0.070)	0.0633	(0.076)	0.0638	(0.074)
hohe Bildung	0.222***	(0.000)	0.218***	(0.000)	0.218***	(0.000)	0.217***	(0.000)
Geschlecht (männlich)	0.0321	(0.291)	0.0353	(0.289)	0.0367	(0.266)	0.0357	(0.281)
Alter	0.0313*	(0.018)	0.0230	(0.128)	0.0230	(0.129)	0.0213	(0.160)
Einkommen	-0.0252	(0.228)	-0.0220	(0.318)	-0.0225	(0.309)	-0.0221	(0.320)
In bezahlter Arbeit	0	(.)	0	(.)	0	(.)	0	(.)
In Ausbildung	0.120*	(0.049)	0.0976	(0.151)	0.0999	(0.143)	0.105	(0.126)
Arbeitslos	0.0198	(0.679)	0.0104	(0.836)	0.0118	(0.813)	0.0139	(0.780)
Pensioniert	-0.0561	(0.341)	-0.0544	(0.377)	-0.0565	(0.359)	-0.0571	(0.354)
andere Beschäftigung	0.0375	(0.376)	0.0381	(0.405)	0.0396	(0.382)	0.0391	(0.388)
Verheiratet	-0.0144	(0.646)	-0.0177	(0.598)	-0.0173	(0.607)	-0.0171	(0.611)
Soziale Treffen	0.0553***	(0.000)	0.0543***	(0.000)	0.0545***	(0.000)	0.0551***	(0.000)
Urbaner Wohnort	-0.0437	(0.194)	-0.0359	(0.330)	-0.0351	(0.339)	-0.0361	(0.325)
Gewerkschaftsmitglied	0.195***	(0.000)	0.160***	(0.000)	0.160***	(0.000)	0.159***	(0.000)
Politisches Interesse	0.131***	(0.000)	0.130***	(0.000)	0.131***	(0.000)	0.133***	(0.000)
Internale Efficacy	0.188***	(0.000)	0.170***	(0.000)	0.169***	(0.000)	0.169***	(0.000)
Externale Efficacy	0.0495**	(0.010)	0.0471*	(0.022)	0.0471*	(0.022)	0.0463*	(0.024)
Regierungszufriedenheit	-0.0323***	(0.000)	-0.0343***	(0.000)	-0.0345***	(0.000)	-0.0345***	(0.000)
Westen			0	(.)				
Osteuropa			-0.0592	(0.168)				
Andere			-0.0386	(0.340)				
Aufenthaltsdauer			-0.000167	(0.991)	0.0000767	(0.996)	0.0324	(0.167)
Staatsbürgerschaft			0.0214	(0.566)	0.0241	(0.515)		
Westliches Herkunftsland					0.0468	(0.204)		
nicht-westlich							0.0677	(0.515)
nicht-SB							0	(.)
SB							-0.0550	(0.381)
nicht-westlich # nicht-SB							0	(.)
nicht-westlich # SB							0.123	(0.105)
nicht-westlich # Aufenthaltsdauer							-0.0484	(0.084)
(Konstante)	-0.669***	(0.000)	-0.573***	(0.000)	-0.621***	(0.000)	-0.658***	(0.000)
Korrigiertes R ²	0.186		0.176		0.176		0.177	
N	3367		2886		2886		2886	

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder, nur ZuwanderInnen. Gewichtete Daten.

Die deskriptiven Analysen zeigten entlang der Dimensionen der Herkunft, der Aufenthaltsdauer und der Staatsbürgerschaft deutliche Unterschiede im Ausmaß der konventionellen Partizipation: Im Durchschnitt werden institutionalisierte Formen innerhalb der Gruppe der ZuwanderInnen häufiger von jenen aus westlichen Herkunftsländern, von jenen mit einer längeren Aufenthaltsdauer sowie jenen, die über die Staatsbürgerschaft des Aufenthaltslandes verfügen, genutzt. Die OLS-Regression (siehe Regressionstabelle 4) kommt jedoch zum Ergebnis, dass die politische Partizipation innerhalb der institutionalisierten Sphäre von keiner der migrationsspezifischen Variablen in statistisch signifikantem Maße ($p < 0.05$) beeinflusst wird. Das Herkunftsland, die Aufenthaltsdauer und die Frage, ob ZuwanderInnen über die

Staatsbürgerschaft ihres Gastlandes verfügen, können demnach nicht erklären, ob und in welchem Ausmaß ZuwanderInnen sich auf konventionellem Weg beteiligen. Die Werte des korrigierten R^2 zeigen, dass diese Variablen die erklärte Varianz des Modells sogar geringfügig senken. Für die Nutzung der konventionellen Partizipationsformen wird somit keine der Annahmen über die Wirkungen der migrationsspezifischen Variablen (Hypothesen 4-6) bestätigt.

Das Ausbleiben statistisch signifikanter Effekte kann teilweise auf methodische Limitationen dieser Analysen zurückzuführen sein, die mit der relativ geringen Fallzahl der ZuwanderInnen und deren insgesamt sehr niedrigem Partizipationsniveau auf dem fünfstufigen Index der abhängigen Variable einhergehen (siehe dazu Kapitel 6.5). Die Ergebnisse deuten jedoch auch darauf hin, dass die vermeintlichen Wirkungen der migrationsspezifischen Variablen eigentlich auf Unterschiede in anderen Dimensionen zurückzuführen sein könnten: So zeigen viele der Kontrollvariablen, mit denen das politische *Engagement* und die Wahrscheinlichkeit der politischen Rekrutierung operationalisiert wurden, auch in diesem Modell statistisch signifikante Effekte. Diese Variablen können maßgeblich davon beeinflusst werden, woher ZuwanderInnen kommen, wie lange sie bereits im Gastland leben und ob sie StaatsbürgerInnen ihres Aufenthaltslandes sind oder nicht. Auf diesem Weg ist also ein indirekter Einfluss der migrationsspezifischen Faktoren auf das konventionelle Partizipationsniveau verschiedener Gruppen von ZuwanderInnen denkbar. Des Weiteren legen die Ergebnisse der Regressionsanalysen nahe, dass es noch andere Faktoren geben muss, die darüber entscheiden, ob ZuwanderInnen in der institutionalisierten Sphäre der Politik ihres Aufenthaltslands politisch aktiv werden oder nicht.

6.3.2. Unkonventionelle Partizipation

Regressionstabelle 5. Unkonventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen in Abhängigkeit von migrationsspezifischen Variablen, Bildungsniveau und Kontrollvariablen (OLS-Regression)

	Modell 1		Modell 2		Modell 3		Modell 4	
niedrige Bildung	0	(.)	0	(.)	0	(.)	0	(.)
mittlere Bildung	0.154***	(0.001)	0.141**	(0.004)	0.131**	(0.007)	0.129**	(0.008)
hohe Bildung	0.323***	(0.000)	0.327***	(0.000)	0.325***	(0.000)	0.317***	(0.000)
Geschlecht (männlich)	-0.0648	(0.088)	-0.0536	(0.203)	-0.0463	(0.270)	-0.0526	(0.208)
Alter	-0.0442*	(0.011)	-0.0679***	(0.001)	-0.0680***	(0.001)	-0.0675***	(0.001)
Einkommen	0.0361	(0.132)	0.0203	(0.458)	0.0181	(0.510)	0.0137	(0.616)
In bezahlter Arbeit	0	(.)	0	(.)	0	(.)	0	(.)
In Ausbildung	0.0905	(0.265)	0.143	(0.128)	0.155	(0.100)	0.142	(0.133)
Arbeitslos	-0.0916	(0.140)	-0.102	(0.136)	-0.0948	(0.166)	-0.0967	(0.158)
Pensioniert	-0.116	(0.083)	-0.126	(0.076)	-0.137	(0.054)	-0.134	(0.058)
andere Beschäftigung	-0.00404	(0.949)	-0.0314	(0.629)	-0.0232	(0.720)	-0.0226	(0.728)
Verheiratet	-0.0822*	(0.040)	-0.0666	(0.129)	-0.0644	(0.142)	-0.0647	(0.139)
Soziale Treffen	0.0576***	(0.000)	0.0520***	(0.000)	0.0529***	(0.000)	0.0529***	(0.000)
Urbaner Wohnort	0.0565	(0.180)	0.0694	(0.126)	0.0735	(0.105)	0.0706	(0.117)
Gewerkschaftsmitglied	0.226***	(0.000)	0.198***	(0.000)	0.196***	(0.000)	0.193***	(0.000)
Politisches Interesse	0.246***	(0.000)	0.246***	(0.000)	0.248***	(0.000)	0.245***	(0.000)
Internale Efficacy	0.200***	(0.000)	0.189***	(0.000)	0.187***	(0.000)	0.184***	(0.000)
Externale Efficacy	0.0490*	(0.035)	0.0418	(0.102)	0.0420	(0.101)	0.0441	(0.085)
Regierungszufriedenheit	-0.0854***	(0.000)	-0.0773***	(0.000)	-0.0779***	(0.000)	-0.0773***	(0.000)
Westen			0	(.)				
Osteuropa			-0.192***	(0.001)				
Andere			-0.0860	(0.110)				
Aufenthaltsdauer			0.0449*	(0.027)	0.0461*	(0.023)	0.00115	(0.972)
Staatsbürgerschaft			-0.00178	(0.972)	0.0122	(0.809)		
Westliches Herkunftsland					0.128**	(0.009)		
nicht-westlich							-0.479**	(0.001)
nicht-SB							0	(.)
SB							-0.106	(0.202)
nicht-westlich # nicht-SB							0	(.)
nicht-westlich # SB							0.181	(0.080)
nicht-westlich # Aufenthaltsdauer							0.0620	(0.123)
(Konstante)	-0.300*	(0.018)	-0.230	(0.148)	-0.367*	(0.011)	0.0378	(0.846)
Korrigiertes R ²	0.228		0.229		0.228		0.231	
N	3367		2886		2886		2886	

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder, nur ZuwanderInnen. Gewichtete Daten.

Im Unterschied zur konventionellen Partizipation gibt es für die unkonventionelle Partizipation (siehe Regressionstabelle 5) teilweise statistisch signifikante Zusammenhänge zwischen den migrationsspezifischen Variablen und der Beteiligung: Die Regressionsanalyse zeigt, dass die Herkunft und die Aufenthaltsdauer einen statistisch signifikanten Einfluss darauf haben, ob und in welchem Ausmaß ZuwanderInnen sich an Unterschriftensammlungen und Demonstrationen beteiligen, Produkte boykottieren und online partizipieren.

6.3.2.1. Herkunft

ZuwanderInnen aus osteuropäischen Ländern nutzen unkonventionelle politische Partizipationsformen mit geringerer Wahrscheinlichkeit als die Referenzgruppe der westeuropäischen ZuwanderInnen (-0.192***). Dies entspricht den Ergebnissen der deskriptiven Analysen, die zum Schluss kamen, dass die Gruppe der OsteuropäerInnen politische Beteiligungsformen mit Abstand am seltensten nutzt. Für eine/n osteuropäische/n ZuwanderIn sinkt das geschätzte Partizipationsniveau im Vergleich zu einer/einem westlichen ZuwanderIn um knapp 0,2 Formen auf der 5-stufigen Skala. Für ZuwanderInnen aus anderen Ländern deuten die negativen Regressionskoeffizienten zwar ebenfalls auf eine im Vergleich zu ZuwanderInnen mit westlichem Hintergrund tendenziell geringere Beteiligungswahrscheinlichkeit hin. Die Wirkung eines „anderen“ Herkunftslandes ist jedoch in keinem der Modelle statistisch signifikant. Die Abbildung 19 zeigt, dass sich das Konfidenzintervall des geschätzten Partizipationsniveaus dieser Gruppe mit den Konfidenzintervallen sowohl der westlichen als auch der osteuropäischen ZuwanderInnen überschneidet⁷⁷. ZuwanderInnen mit einem Hintergrund aus einem nicht-westlichen, nicht-europäischen Herkunftsland weisen also zu keiner der beiden anderen Herkunftsgruppen statistisch signifikante Unterschiede auf.

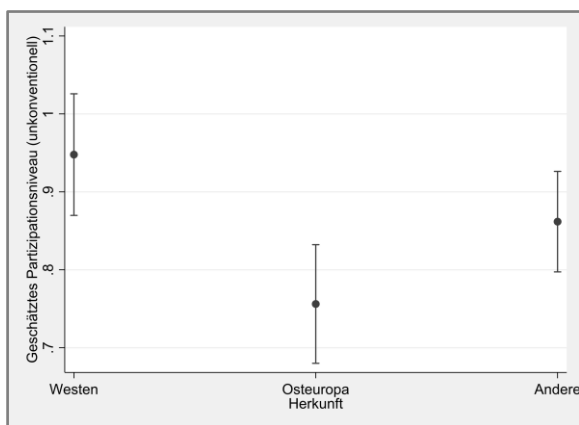
Die Referenzgruppe der westlichen ZuwanderInnen erweist sich – ebenso wie im deskriptiven Vergleich – auch in der multivariaten Analyse als die beteiligungsstärkste Gruppe. Als Alternative zur kategorialen Herkunftsvariable wird im dritten Modell die Wirkung einer Dummyvariable getestet, die abbildet, ob eine ZuwanderIn aus einem westlichen Land kommt (1) oder nicht (0). Der signifikante positive Regressionskoeffizient (0.128**) für die Dummyvariable westlicher Herkunft im dritten Modell zeigt, dass ein Migrationshintergrund aus einem westlichen Land die unkonventionelle Beteiligungswahrscheinlichkeit gegenüber allen anderen Herkunftsregionen deutlich erhöht. Für ZuwanderInnen aus westlichen Ländern liegt der geschätzte Wert auf dem fünfstufigen Partizipationsindex bei 0,95 und damit um 0,13 Formen höher als jener der nicht-westlichen ZuwanderInnen (0,82) (siehe Abbildung 20).

Für die Nutzung der nicht-institutionalisierten Partizipationsformen bestätigt sich also die Erwartung, dass ein Hintergrund aus einem westlichen Herkunftsland auch dann noch mit einer stärkeren Beteiligung einhergeht, wenn man für Faktoren wie den sozioökonomischen Status und politische Einstellungen sowie auch die Aufenthaltsdauer und die Staatsbürgerschaft der

⁷⁷ Die geschätzten unkonventionellen Partizipationsniveaus liegen für westliche ZuwanderInnen bei 0,95 (Konfidenzintervall: 0,87 bis 1,03), für osteuropäische ZuwanderInnen bei 0,76 (Konfidenzintervall: 0,68 bis 0,83) und für ZuwanderInnen aus anderen Herkunftsländern bei 0,86 (Konfidenzintervall: 0,8 bis 0,93).

ZuwanderInnen kontrolliert (Hypothese 4.1). Dies stützt die Annahme, dass ZuwanderInnen sich stärker auf unkonventionellem Weg beteiligen, wenn sich die politischen Systeme ihres Herkunfts- und Aufenthaltslandes ähneln und sie frühere politische Erfahrungen auf ihr neues Umfeld anwenden können. Ebenso bestätigen die Ergebnisse, dass OsteuropäerInnen sich mit signifikant geringerer Wahrscheinlichkeit beteiligen (Hypothese 4.2). Für die Herkunft aus einem „anderen“ (nicht-westlichen, nicht-europäischen) Land zeigt sich jedoch entgegen der Erwartung (Hypothese 4.3) auch für diese Art der Beteiligung kein statistisch signifikanter Zusammenhang. Dies passt zu dem Ergebnis der deskriptiven Analysen, die zeigten, dass die Partizipationsniveaus der ZuwanderInnen aus nicht-westlichen, nicht-europäischen Ländern näher an jenen der westlichen ZuwanderInnen liegen als die der OsteuropäerInnen und könnte auf die Heterogenität der Ländergruppe zurückzuführen sein.

Abbildung 19. Marginale Effekte der Herkunftsgruppen für die unkonventionelle Partizipation der ZuwanderInnen



Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder.
Gewichtete Daten.

Abbildung 20. Marginale Effekte einer westlichen Herkunft für die unkonventionelle Partizipation der ZuwanderInnen



Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder.
Gewichtete Daten.

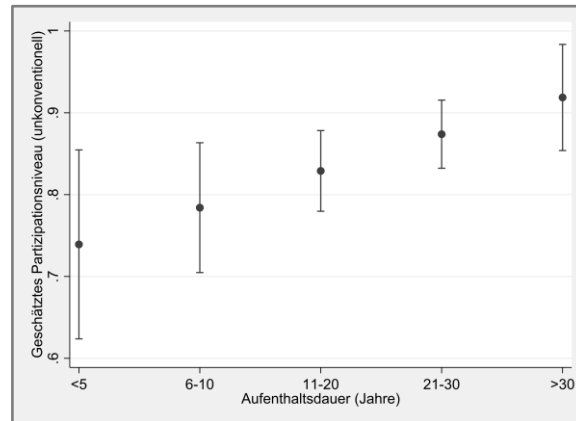
6.3.2.2. Aufenthaltsdauer

Der signifikante ($p < 0,05$) positive Zusammenhang zwischen der Aufenthaltsdauer und der unkonventionellen Partizipation zeigt, dass ZuwanderInnen sich mit zunehmender Aufenthaltsdauer tendenziell stärker beteiligen. Mit einem Regressionskoeffizienten von $0,045^*$ ist die Wirkung der Aufenthaltsdauer jedoch relativ gering. Es gibt nur geringe Unterschiede zwischen den einzelnen Aufenthaltskategorien (siehe Abbildung 21).

Aufgrund der Breite der Konfidenzintervalle der geschätzten Werte unterscheidet sich erst die Gruppe mit der längsten Aufenthaltsdauer von mehr als 30 Jahren in statistisch signifikantem Maße von der Referenzgruppe jener ZuwanderInnen, die seit maximal 5 Jahren im Gastland leben. Dies kann auf die geringen Fallzahlen in den einzelnen Aufenthaltskategorien zurückgeführt werden. Der beteiligungsfördernde Effekt der Aufenthaltsdauer ist zwar relativ

schwach, die Ergebnisse bestätigen jedoch die Tendenz einer mit zunehmender Aufenthaltsdauer stärkeren unkonventionellen Partizipation (Hypothese 5).

Abbildung 21. Marginale Effekte der Aufenthaltsdauer für die unkonventionelle Partizipation der ZuwanderInnen



Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

6.3.2.3. Staatsbürgerschaft

Ob ZuwanderInnen über die Staatsbürgerschaft ihres Aufenthaltslandes verfügen oder nicht, hat auch für die nicht-institutionalisierte Partizipation keinen statistisch signifikanten Einfluss auf das Partizipationsniveau. Obwohl StaatsbürgerInnen sich in den deskriptiven Analysen im Vergleich zu Nicht-StaatsbürgerInnen als die eindeutig beteiligungsstärkere Gruppe erwiesen, findet die Annahme, dass die Staatsbürgerschaft des Aufenthaltslandes die Partizipationswahrscheinlichkeit erhöht (Hypothese 6), auch für die unkonventionelle Beteiligung keine Bestätigung. Kontrolliert man für sozioökonomische Faktoren, politisch relevante Einstellungen und die Wahrscheinlichkeit der politischen Rekrutierung, dann gibt es keinen statistisch signifikanten Unterschied zwischen StaatsbürgerInnen und Nicht-StaatsbürgerInnen. Dies legt nahe, dass die Staatsbürgerschaft eine Art „Proxy“ für andere Merkmale und Erfahrungen darstellt, welche wiederum die politische Partizipation beeinflussen⁷⁸.

6.3.3. Interaktionseffekte zwischen den migrationspezifischen Variablen

Manche der in Kapitel 3.3 vorgestellten Argumente und Studienergebnisse deuten darauf hin, dass die Aufenthaltsdauer und die Staatsbürgerschaft des Aufenthaltslandes je nach Herkunft der ZuwanderInnen eine unterschiedlich große Bedeutung für deren politische Partizipation haben könnten. Vor dem Hintergrund der festgestellten Unterschiede in den Partizipationsniveaus der westlichen im Vergleich zu den nicht-westlichen ZuwanderInnen

⁷⁸ Diese Annahme wird in Kapitel 7 *Diskussion & Schluss* genauer erläutert.

wurde daher im letzten Schritt überprüft, ob es Interaktionseffekte zwischen einer (nicht-) westlichen Herkunft auf der einen und den anderen migrationspezifischen Variablen auf der anderen Seite gibt. Entsprechende Interaktionsterme (Modell 4) zeigen jedoch weder für die konventionelle, noch für die unkonventionelle Partizipation der ZuwanderInnen statistisch signifikante Effekte. Die Wirkung der Aufenthaltsdauer und der Staatsbürgerschaft wird also nicht systematisch davon beeinflusst, ob ZuwanderInnen aus einem westlichen oder einem nicht-westlichen Herkunftsland kommen.

6.4. Robustheit der Ergebnisse

Um eine Verzerrung der Ergebnisse durch die Zusammenfassung der Bildungs- bzw. Aufenthaltsgruppen auszuschließen, wurden die Wirkungen des Bildungsniveaus und der Aufenthaltsdauer auch mit alternativen Operationalisierungen getestet. Wird der höchste erreichte formale Bildungsabschluss auf einer siebenstufigen Skala nach ES-ISCED gemessen, bestätigen sich die in Kapitel 6.2 beschriebenen Effekte: Das Bildungsniveau hat auch mit dieser Operationalisierung in allen Modellen einen hoch signifikanten, positiven Einfluss auf die Partizipationswahrscheinlichkeit. Ebenso wie für die Variable mit den drei Bildungskategorien ist diese Wirkung für unkonventionelle Formen etwas stärker als für die konventionelle Beteiligung. Für die Gruppe der ZuwanderInnen nehmen die Regressionskoeffizienten geringfügig höhere Werte an als für die Mehrheitsbevölkerung, es gibt allerdings keine statistisch signifikanten Interaktionseffekte zwischen der Bildung und dem Migrationshintergrund⁷⁹.

Für die Aufenthaltsdauer kommen die Regressionsanalysen auch, wenn man die tatsächliche Anzahl der Jahre des Aufenthalts im Gastland heranzieht, zum Ergebnis, dass sich die Wahrscheinlichkeit der unkonventionellen Beteiligung mit einem längeren Aufenthalt in sehr geringem, aber statistisch signifikantem Maße (0.003*) erhöht. Berechnet man die Wirkung der verschiedenen Aufenthaltskategorien im Vergleich zur Referenzgruppe der ZuwanderInnen mit der kürzesten Aufenthaltsdauer (max. 5 Jahre), dann zeigt sich für jene mit der längsten Aufenthaltsdauer (mehr als 30 Jahre) ein statistisch signifikant höheres Ausmaß der unkonventionellen Beteiligung (0.184*). Eine Aufenthaltsdauer von mindestens 20 Jahren hat keinen statistisch signifikanten Einfluss auf die Beteiligungswahrscheinlichkeit der ZuwanderInnen. Die Modelle zur Schätzung nur der konventionellen Beteiligung bzw. der Nutzung aller Partizipationsformen zeigen auch mit den genannten alternativen

⁷⁹ Die Ergebnisse der Regressionsanalysen mit der alternativen Operationalisierung des Bildungsniveaus können dem Anhang entnommen werden (siehe Regressionstabelle 9, Regressionstabelle 11 und Regressionstabelle 12).

Operationalisierungen keine statistisch signifikanten Zusammenhänge zwischen der Aufenthaltsdauer und der Partizipation. Dies bestätigt die in Kapitel 6.3 beschriebenen Ergebnisse, dass die erwartete Wirkung der Aufenthaltsdauer nur im Fall der unkonventionellen Partizipation und selbst dann nur in sehr geringem Ausmaß festgestellt werden kann⁸⁰.

Wird die Definition der Gruppe der ZuwanderInnen eingeschränkt oder ausgeweitet, erweisen sich die Ergebnisse der Regressionsanalysen als weitgehend robust⁸¹. Die in Kapitel 6.2 beschriebenen Bildungseffekte können auch dann beobachtet werden, wenn man nur die ZuwanderInnen erster Generation in die Analysen miteinbezieht oder die Gruppe der ZuwanderInnen um jene, die eine ausländische Mutter, aber einen im Aufenthaltsland geborenen Vater haben, erweitert. Auch die migrationsspezifischen Variablen haben für diese anders definierten Gruppen der ZuwanderInnen weitestgehend dieselben Effekte. Während eine Herkunft aus einem nicht-westlichen, nicht-europäischen Land in den in Kapitel 6.3 dargestellten Modellen keine signifikanten Effekte zeigte, ist die Wirkung dieser Variable auf die (unkonventionelle) Partizipation der eingeschränkten bzw. ausgeweiteten Gruppen in manchen Fällen statistisch signifikant⁸². Werden die Modelle differenziert nach Herkunft nur für westliche bzw. nicht-westliche ZuwanderInnen berechnet⁸³, dann ist der (schwache) Zusammenhang zwischen der Aufenthaltsdauer und der unkonventionellen Beteiligung nur für jene nicht-westlicher Herkunft statistisch signifikant. Die Staatsbürgerschaft hat auch dann keinen signifikanten Einfluss auf die (konventionelle und/oder unkonventionelle) Beteiligung, wenn nur die Partizipation der westlichen bzw. der nicht-westlichen ZuwanderInnen geschätzt wird.

6.5. Limitationen

Bevor im folgenden Kapitel ein abschließender Überblick über die Ergebnisse gegeben und die Forschungsfragen beantwortet werden können, soll an dieser Stelle auf einige (methodische) Limitationen der vorliegenden Arbeit hingewiesen werden. Dies betrifft *erstens* die Fallzahlen:

⁸⁰ Die Ergebnisse der Regressionsanalysen mit den alternativen Operationalisierungen der Aufenthaltsdauer können dem Anhang entnommen werden (siehe Regressionstabelle 13, Regressionstabelle 14 und Regressionstabelle 15).

⁸¹ Die Ergebnisse dieser Analysen können dem Anhang entnommen werden (siehe Regressionstabelle 16 und Regressionstabelle 18 für die ZuwanderInnen erster Generation sowie Regressionstabelle 17 und Regressionstabelle 19 für die erweiterte Gruppe der ZuwanderInnen).

⁸² In den Regressionsanalysen in Kapitel 6.3 hat ein „anderes“ Herkunftsland für keine Art der Beteiligung einen statistisch signifikanten Einfluss auf die Partizipationswahrscheinlichkeit. Werden nur die ZuwanderInnen erster Generation miteinbezogen, dann zeigt sich hingegen, dass ein Hintergrund aus einem nicht-westlichen, nicht-europäischen Land die Wahrscheinlichkeit, dass ZuwanderInnen sich auf unkonventionellem Weg beteiligen, signifikant verringert (-0.119*). Für die erweiterte Gruppe der ZuwanderInnen ist der negative Zusammenhang zwischen der nicht-westlichen, nicht-europäischen Herkunft und der politischen Partizipation sowohl für die Nutzung aller (-0.144*) als auch für die Nutzung nur der unkonventionellen (-0.109*) Formen statistisch signifikant.

⁸³ Die Ergebnisse der nach Herkunft differenzierten Regressionsanalysen können dem Anhang entnommen werden (siehe Regressionstabelle 20 und Regressionstabelle 21).

Im Unterschied zu früheren Untersuchungen anhand von ESS-Daten wurde für diese Analyse nur eine Erhebungswelle herangezogen und die Länderauswahl auf den Raum 15 westlicher liberaler Demokratien eingeschränkt. Während die gesamte Anzahl der Beobachtungen mit 28,375 RespondentInnen immer noch hoch ist, ist die Anzahl der ZuwanderInnen im Datensatz ($N = 3,902$) naturgemäß deutlich geringer. Wird dann innerhalb dieser Gruppe weiter differenziert, dann sind die einzelnen (z.B. Bildungs- oder Aufenthalts-) Kategorien nur noch mit relativ geringen Fallzahlen besetzt, was breite Konfidenzintervalle zur Folge hat und die statistische Signifikanz der Effekte verringern kann.

Zweitens ist die Operationalisierung der abhängigen Variablen zu beachten. Die Zusammenfassung der konventionellen, institutionalisierten Beteiligung auf der einen und der unkonventionellen, nicht-institutionalisierten Formen auf der anderen Seite wurde theoretisch begründet und mithilfe einer Faktorenanalyse bestätigt. Durch die additive Indexbildung konnte über eine dichotome Unterscheidung von „beteiligt“ und „nicht beteiligt“ hinausgegangen und das Partizipationsniveau im Sinne der Anzahl der genutzten Partizipationsformen abgebildet werden. Die deskriptive Gegenüberstellung der Partizipationsniveaus für die einzelnen Formen zeigt aber, dass nicht alle Formen gleichermaßen genutzt werden und dass die Unterschiede zwischen den ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung unterschiedlich stark ausgeprägt sind. Dies betrifft vor allem die unkonventionelle Partizipation, wo ZuwanderInnen einzelne Formen sogar häufiger nutzen als die Mehrheitsbevölkerung. Die Ergebnisse der Regressionsanalysen geben Aufschluss über den Einfluss der Variablen auf das konventionelle und/oder unkonventionelle Partizipationsniveau. Wenn eine Variable nur für manche der in den Indizes zusammengefassten Formen signifikante Effekte hat oder ihre Wirkungen für verschiedene Formen sogar in entgegengesetzte Richtungen deuten, kann dies dazu führen, dass das Regressionsmodell für diese Variable insgesamt keine (signifikanten) Effekte feststellt.

Drittens gilt es bei der Interpretation der Effektstärken und der Signifikanzen die insgesamt (sehr) niedrigen Partizipationsniveaus der Befragten zu berücksichtigen. Dies betrifft insbesondere die konventionelle Partizipation: Die Gesamtgruppe der ZuwanderInnen hat durchschnittlich nur 0,44 dieser Formen genutzt, für die Mehrheitsbevölkerung liegt der Mittelwert auf dem fünfstufigen Index bei 0,57 (siehe Kapitel 5.1). Die Regressionskoeffizienten werden demnach selbst für die Variablen mit relativ starken Wirkungen eher geringe Werte annehmen.

Viertens ist schließlich hervorzuheben, dass im Rahmen dieser Untersuchung mit den Daten mehrerer Länder gearbeitet, jedoch nicht auf die Makroebene Bezug genommen wurde. Mit der

Einschränkung auf 15 westliche liberale Demokratien im europäischen Raum wurde die Analyse eine tendenziell homogene Ländergruppe angestrebt. Dennoch steht außer Zweifel, dass sich die Rahmenbedingungen der politischen Partizipation von ZuwanderInnen zwischen diesen Ländern voneinander unterscheiden und Personen mit einem Migrationshintergrund mit aufenthaltsländerspezifischen Erfahrungen und Situationen konfrontiert sein können (vgl. Martiniello 2005, 16–18).

7. Diskussion & Schluss

Diese Arbeit hat sich mit der nicht-elektoralen politischen Partizipation von ZuwanderInnen in westlichen Demokratien des europäischen Raums beschäftigt und dabei zwischen Beteiligungsformen innerhalb und außerhalb der institutionalisierten Sphäre der Politik differenziert. Ziel war es, herauszufinden, *wie* ZuwanderInnen sich – im Unterschied zur Mehrheitsbevölkerung – beteiligen und welche Faktoren ihre Entscheidung, ob und wie sie in ihren Aufenthaltsländern politisch aktiv werden, beeinflussen können. In diesem abschließenden Kapitel werden die zentralen Erkenntnisse dieser Arbeit entlang der eingangs formulierten Forschungsfragen zusammengefasst und mit der im theoretischen Teil vorgestellten Literatur in Bezug gesetzt. Des Weiteren sollen offengebliebene Fragen aufgezeigt und damit Anknüpfungspunkte für zukünftige Forschungsvorhaben dargelegt werden.

7.1. Migrationshintergrund und politische Partizipation

Forschungsfrage 1: Inwiefern unterscheidet sich die (konventionelle und unkonventionelle) politische Partizipation von ZuwanderInnen von jener der Mehrheitsbevölkerung?

Mit der ersten Forschungsfrage wurde danach gefragt, wie ZuwanderInnen sich im Ausmaß und in der Art ihrer Partizipation von der Mehrheitsbevölkerung unterscheiden bzw. inwiefern ein Migrationshintergrund die konventionelle und unkonventionelle Partizipation beeinflusst. Vor dem Hintergrund bisheriger Forschungsergebnisse wurde postuliert, dass ZuwanderInnen unabhängig von der Art der Beteiligung mit geringerer Wahrscheinlichkeit partizipieren als die Mehrheitsbevölkerung und dass sie, *wenn* sie sich politisch beteiligen, tendenziell eher von unkonventionellen als von konventionellen Formen Gebrauch machen.

Ein deskriptiver Vergleich der Partizipationsniveaus der ZuwanderInnen mit jenen der Mehrheitsbevölkerung zeigte diesen Annahmen entsprechend, dass ZuwanderInnen im Durchschnitt niedrigere konventionelle und unkonventionelle Partizipationsniveaus aufweisen und dass der Unterschied zu den Einheimischen für die Nutzung institutionalisierter Formen stärker ausgeprägt ist als für die Beteiligung außerhalb der institutionalisierten Sphäre der Politik. In der Regressionsanalyse zeigte sich allerdings, dass ein Migrationshintergrund nur die *konventionelle* Partizipationswahrscheinlichkeit signifikant verringert und dass selbst dieser Zusammenhang nur schwach ausgeprägt ist. Für die Nutzung nicht-institutionalisierter Formen kam die Regressionsanalyse zum Schluss, dass es zwischen den Personen mit und ohne Migrationshintergrund keine signifikanten Unterschiede gibt. Die Erwartung, dass

ZuwanderInnen sich mit geringerer Wahrscheinlichkeit politisch beteiligen als die Mehrheitsbevölkerung (Hypothese 1), wurde somit nur für die konventionelle, nicht aber für die unkonventionelle Beteiligung bestätigt.

Als wichtiges Ergebnis dieser Untersuchung kann somit festgehalten werden, dass ZuwanderInnen sich, wenn man für die zentralen erklärenden Faktoren des CVM-Modells kontrolliert, mit annähernd gleicher (im Fall der konventionellen) bzw. mit gleicher (im Fall der unkonventionellen) Wahrscheinlichkeit beteiligen wie die Mehrheitsbevölkerung. Ein bedeutender Anteil der Unterschiede zwischen den Partizipationsniveaus der beiden Gruppen scheint nicht auf den Migrationshintergrund als solchen, sondern vielmehr auf Unterschiede entlang anderer Dimensionen zurückzuführen zu sein. Dies entspricht den Erkenntnissen der Untersuchungen von Verba et al., die den Ressourcenansatz auf die Partizipation verschiedener ethnischer Gruppen in den USA anwenden und zeigen, dass sich die Partizipationsniveaus dieser Gruppen nicht mehr signifikant voneinander unterscheiden, wenn man für die Verfügbarkeit politisch relevanter Ressourcen kontrolliert (vgl. Verba et al. 1993). Auch unterstützt es die Argumente jener AutorInnen, die niedrigere Partizipationsniveaus von ZuwanderInnen und Minderheitengruppen auf sozioökonomische Benachteiligungen („they can’t“), ein geringeres *Engagement* („they don’t want to“) und/oder schwächere Rekrutierungsnetzwerke bzw. eine geringe Verfügbarkeit sozialen Kapitals („nobody asked“) zurückführen (siehe Kapitel 3.1). Der Migrationshintergrund kann in diesem Sinn eher als ein „Proxy“ für bestimmte Charakteristiken und Lebensumstände gesehen werden als dass er an sich eine starke Determinante der politischen Partizipationswahrscheinlichkeit darstellt. Dies ändert jedoch nichts daran, dass ZuwanderInnen sich – sowohl auf konventionellem als auch auf unkonventionellem Weg – deutlich *seltener* politisch beteiligen als Einheimische.

Dass es im Hinblick auf das unkonventionelle Partizipationsniveau gar keine signifikanten Unterschiede zwischen den ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung gibt, steht im Widerspruch zu den Erkenntnissen früherer Untersuchungen, die zum Schluss kommen, dass Zugewanderte auch nicht-elektorale Beteiligungsformen im Gesamten bzw. unkonventionelle Formen im Besonderen mit signifikant geringerer Wahrscheinlichkeit nutzen als die Mehrheitsbevölkerung (vgl. Bilodeau 2008; de Rooij 2011; Just/Anderson 2012). Eine mögliche Erklärung hierfür könnte sein, dass mit der im Rahmen dieser Untersuchung angewandten Operationalisierung der abhängigen Variablen – anders als etwa bei Bilodeau und de Rooij – nicht einfach zwischen „beteiligt“ (d.h. zumindest eine Form genutzt) und „nicht beteiligt“ unterschieden, sondern der Einfluss der unabhängigen Variablen auf das

Partizipations*niveau* (d.h. die Anzahl der genutzten Formen) untersucht wurde⁸⁴. Auch wurden nur legale unkonventionelle Formen betrachtet⁸⁵ und anders als in den angesprochenen Untersuchungen auch die Online-Beteiligung⁸⁶ miteinbezogen.

Zugleich bestätigt sich mit dem Ergebnis, dass der Migrationshintergrund *nur* die konventionelle, nicht aber die unkonventionelle Partizipationswahrscheinlichkeit signifikant verringert, die Annahme, dass ZuwanderInnen sich in Relation zur Mehrheitsbevölkerung eher auf unkonventionellem als auf konventionellem Weg beteiligen (Hypothese 1.1). Dies kann unter anderem damit begründet werden, dass unkonventionelle Beteiligungsmöglichkeiten mit geringeren strukturellen und institutionellen Hürden verknüpft sind und ein geringeres Ausmaß an Interaktion mit den Institutionen des Gastlandes erfordern (vgl. Junn 1999, 1423f). Die unkonventionelle Partizipation kann gerade für jene, die konventionelle Formen als weniger zugänglich empfinden, attraktiv sein (vgl. Just/Anderson 2014, 942) und bietet die Möglichkeit, auf (migrations-)spezifische Probleme aufmerksam zu machen (vgl. Eckstein et al. 2015, 55).

Wie bereits in Kapitel 6.4 angesprochen wurde, ist bei Schlussfolgerungen über „die“ unkonventionelle Partizipation der ZuwanderInnen im Vergleich zu den Einheimischen jedoch Vorsicht geboten: Die unkonventionelle Partizipation umfasst ein durchaus heterogenes Bündel an Formen, die sich nicht nur aufgrund des Grades ihrer Institutionalisierung voneinander unterscheiden, sondern zum Beispiel auch unterschiedlich kostenintensiv oder provokativ sein können (vgl. de Rooij 2011, 456–461; Pettinicchio/de Vries 2017, 527–530). Die Ergebnisse der deskriptiven Analysen deuteten an, dass die Lücken zwischen den Partizipationsniveaus der Personen mit und ohne Migrationshintergrund nicht für alle Formen gleich groß sind: Während der Anteil der Personen, die sich an einer Unterschriftensammlung beteiligen, in der Gruppe der ZuwanderInnen um sechs Prozentpunkte geringer ist als in der Mehrheitsbevölkerung, nutzen sie Demonstration und Partizipationsmöglichkeiten im Internet sogar häufiger als die Einheimischen. Die Regressionsanalysen erlauben keine Rückschlüsse auf die Wirkung eines Migrationshintergrundes auf die Wahrscheinlichkeit, dass BürgerInnen einzelne Partizipations*formen* (also zum Beispiel die Demonstration im Vergleich zur Petition) nutzen (siehe Kapitel 6.5). Hier eröffnen sich wichtige Anknüpfungspunkte für zukünftige

⁸⁴ Untersuchungsergebnisse von de Rooij (2011) deuten darauf hin, dass jene ZuwanderInnen, die bereits eine Form genutzt haben, mit größerer Wahrscheinlichkeit von weiteren Formen Gebrauch machen als dies in der Mehrheitsbevölkerung der Fall ist (vgl. de Rooij 2011, 462–464).

⁸⁵ In den Untersuchungen von Bilodeau (2008) und Just & Anderson (2012) werden auch illegale unkonventionelle Formen miteinbezogen. Diese könnten von ZuwanderInnen mit einem fragileren rechtlichen und sozialen Status als besonders riskant wahrgenommen und daher seltener genutzt werden (vgl. Pettinicchio/de Vries 2017, 524f).

⁸⁶ Die Online-Partizipation gilt gerade für Minderheitengruppen als wichtige Beteiligungsmöglichkeit (vgl. Kissau 2012, 1381f; Spaiser 2012, 116) und erwies sich in den deskriptiven Analysen als eine von der ZuwanderInnengruppe in Relation zur Mehrheitsbevölkerung besonders häufig genutzte Partizipationsform.

Untersuchungen: Forschungsinteresse könnte und sollte es sein, die Partizipationsniveaus der ZuwanderInnen für spezifische Partizipationsformen mit jenen der Mehrheitsbevölkerung in Bezug zu setzen und quantitativ zu analysieren, inwiefern ein Migrationshintergrund die Entscheidung für (oder gegen) bestimmte Formen beeinflussen kann. Ebenso wichtig erscheint es, mithilfe qualitativer Untersuchungsdesigns zu hinterfragen, welche Motive und Präferenzen den Entscheidungen der ZuwanderInnen für (oder gegen) bestimmte politische Handlungen in ihren Aufenthaltsländern zugrunde liegen.

Zwei unkonventionelle Handlungen erwiesen sich in den deskriptiven Analysen als von den ZuwanderInnen in Relation zur Mehrheitsbevölkerung besonders häufig genutzte Formen und verdienen daher besondere Aufmerksamkeit: Erstens gelten das Internet und soziale Medien in der Literatur mittlerweile als wichtige politische Beteiligungsmöglichkeiten (vgl. Theocharis 2015, 1–3). Gerade für die Partizipation von Minderheitengruppen kann dieser Partizipationsform ein großes Potenzial zugeschrieben werden, weil sie damit auf Nischenthemen oder (migrations-)spezifische Anliegen aufmerksam machen können, welche im politischen „Mainstream“ vernachlässigt würden (vgl. Spaiser 2012, 116). Zweitens können auch Demonstrationen eine wichtige Möglichkeit für ZuwanderInnen- und Minderheitengruppen sein, um bestimmte Anliegen und Forderungen zu artikulieren (vgl. Okamoto/Ebert 2010, 530). Zukünftige Studien sollten untersuchen, *wie* und für welche Zwecke diese Formen von ZuwanderInnen genutzt werden und *wer* sich innerhalb der Gruppe der ZuwanderInnen dafür entscheidet, auf diesen Wegen politisch aktiv zu werden.

7.2. Bildung und politische Partizipation

Forschungsfrage 2: Inwiefern hängt die (konventionelle und unkonventionelle) politische Partizipation von ZuwanderInnen mit deren Bildungsniveau zusammen?

Ein zweites Forschungsinteresse dieser Arbeit war die Frage, inwiefern die Nutzung politischer Partizipationsformen innerhalb der Gruppe der ZuwanderInnen nach deren Bildungsniveau stratifiziert ist. Die Ergebnisse der Analysen zeigten, dass die politische Partizipation der ZuwanderInnen in hohem Maße von deren Bildungsniveau beeinflusst wird, dass sich dieser Wirkungszusammenhang jedoch für keine Art der Beteiligung systematisch von jenem in der Mehrheitsbevölkerung unterscheidet.

Die Erwartung eines positiven Zusammenhangs zwischen einem höheren Bildungsniveau und einer stärkeren Partizipation (Hypothese 2) konnte sowohl für die konventionelle als auch für die unkonventionelle Partizipation bestätigt werden. Wie in Kapitel 3.2 ausführlich dargelegt wurde, kann dieser starke positive Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau auf der einen

und der politischen Beteiligung auf der anderen Seite auf zahlreiche Mechanismen zurückgeführt werden: Ein höheres Bildungsniveau geht nicht nur mit einem größeren Ausmaß an Wissen und Fähigkeiten einher, sondern kann sich auch über andere Faktoren wie den sozioökonomischen Status, das soziale Kapital und die politischen Einstellungen auf die Beteiligung von BürgerInnen auswirken (vgl. Walter/Rosenberger 2007, 11–14). Dass sich das Bildungsniveau auch in der Regressionsanalyse, in der für zahlreiche der angesprochenen mediiierenden Variablen kontrolliert wurde, als wirkungsstarke Determinante erwies, spricht dafür, dass es einen starken direkten Bildungseffekt im Sinne des *Absolute Education Models* gibt: Ein höheres Bildungsniveau vermittelt Wissen und Fähigkeiten, welche es BürgerInnen ermöglichen, politisch aktiv zu werden (vgl. Persson 2015, 690f; Walter/Rosenberger 2007, 11–14).

Dass die politische Partizipation nicht nur in der Gesamtbevölkerung, sondern auch innerhalb der Gruppe der ZuwanderInnen in hohem Maße nach deren Bildungsniveau stratifiziert ist, entspricht der Annahme aus der Literatur, dass die Faktoren des CVM-Modells auch *innerhalb* gesellschaftlicher Gruppen wichtige Determinanten der politischen Partizipation darstellen (vgl. Verba et al. 1995, 445–449). Die Gegenüberstellung der Regressionsmodelle für die beiden Gruppen zeigte, dass auch viele der anderen „traditionellen“ erklärenden Variablen – wie zum Beispiel die soziale Verbundenheit, das Gefühl der *Efficacy*, das politische Interesse und eine Unzufriedenheit mit der Regierung – in der Gruppe der ZuwanderInnen ähnliche Effekte haben wie in der Mehrheitsbevölkerung.

Für die *unkonventionelle* Partizipation bestätigte sich die Erwartung, dass die Wirkung des Bildungsniveaus für ZuwanderInnen ebenso stark ist wie für Einheimische (Hypothese 3.2). In beiden Gruppen zeigte die Bildungsvariable für die unkonventionelle Partizipation stärkere Effekte als für die konventionelle. Dies passt zu den Einschätzungen jener AutorInnen, die davon ausgehen, dass die Bildung für die Beteiligung außerhalb der institutionalisierten Sphäre der Politik besonders wichtig ist: Es erfordert ein hohes Ausmaß an Wissen und kognitiven Fähigkeiten, um das Fehlen eines „institutionellen Rahmens“ zu kompensieren (vgl. Stolle/Hooghe 2011, 122) und jenes Problembewusstsein für soziale und politische Fragen zu entwickeln, welches gerade für das themenspezifische Engagement in Form der Beteiligung an Demonstrationen, Petitionen und dergleichen von Bedeutung ist (vgl. Newman/Bartels 2011, 807f).

Nicht bestätigt wurde die Erwartung, dass die Bildung für die *konventionelle* Partizipation der ZuwanderInnen eine noch stärkere Wirkung hat als für jene der Einheimischen (Hypothese 3.1).

Obwohl sich keine statistisch Interaktionseffekte zwischen dem Migrationshintergrund und der Bildung zeigten, lieferten die Analyseergebnisse durchaus Anzeichen für differenzierte Effekte des Bildungsniveaus für die konventionelle Partizipation der ZuwanderInnen im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung: Erstens konnte beobachtet werden, dass die geschätzten Partizipationsniveaus der Niedrig- und der Hochgebildeten in der Gruppe der ZuwanderInnen weiter auseinanderliegen als in der Mehrheitsbevölkerung. Zweitens zeigten die Analysen, dass im Fall der konventionellen Beteiligung der ZuwanderInnen erst ein *hohes* Bildungsniveau eine starke, beteiligungsfördernde Wirkung hat, wohingegen ein mittleres Bildungsniveau die Partizipationswahrscheinlichkeit nur in geringerem Maße erhöht. Diese beiden Beobachtungen deuten darauf hin, dass die Möglichkeit, konventionelle Partizipationsformen im Aufenthaltsland zu nutzen, für ZuwanderInnen an ein besonders hohes Ausmaß an Bildung und kognitiven Fähigkeiten geknüpft ist. Durch die (hohe) Bildung können ZuwanderInnen die Sprachkenntnisse und das Wissen über das Wahl- und Parteiensystem ihres Aufenthaltslandes erlangen, welche für die Beteiligung innerhalb der institutionalisierten Sphäre der Politik zentral sind (vgl. de Rooij 2011, 458).

Über die einfache „Kontrolle“ für das Bildungsniveau hinausgehend wurde die Wirkung des Bildungsniveaus in dieser Arbeit hinterfragt und näher beleuchtet. Die Ergebnisse der Analysen unterstreichen die zentrale Rolle der Bildung für die Partizipation und damit auch für die politische Integration von ZuwanderInnen. Mehrere Aspekte, die im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht aufgegriffen werden konnten, verdienen die Aufmerksamkeit zukünftiger Untersuchungen: *Erstens* wurde zwar für medierende Faktoren zwischen der Bildung und der Partizipation kontrolliert, nicht aber die Interaktionen und Korrelationen zwischen diesen Variablen untersucht. *Zweitens* blieb die Untersuchung auf die Wirkung des *formalen* Bildungsniveaus beschränkt. Die (ES-)ISCED-Klassifikation bildet nur das *Bildungsniveau* im Sinne erfolgreich abgeschlossener Programme und Qualifikationen ab und kann damit nur als Annäherung an die Fähigkeiten, das Wissen und die Kompetenzen, die Personen zum Zeitpunkt eines Abschluss erlangt haben, verstanden werden (vgl. UNESCO Institute for Statistics 2012, 8). *Drittens* wurden die ZuwanderInnen und die Einheimischen hinsichtlich der Wirkung des Bildungsniveaus miteinander verglichen, in Bezug auf diese Fragestellung jedoch nicht innerhalb der Gruppe der ZuwanderInnen differenziert. Mithilfe von Datensätzen, die eine größere Fallzahl von ZuwanderInnen beinhalten und die eine über das Bildungsniveau hinausgehende Operationalisierung des (politischen) Wissens und der *Civic Skills* von BürgerInnen erlauben, könnten weitere Analysen sich zum Beispiel damit befassen, welche Bedeutung die Bildung für die politische Partizipation von ZuwanderInnen hat und inwiefern

sich dies abhängig vom Kontext, in dem sie sich ihre Bildung angeeignet haben, zwischen verschiedenen Gruppen von ZuwanderInnen unterscheidet.

Tabelle 7. Ergebnisübersicht: Hypothesen 1-3 (Migrationshintergrund & Bildung)

H ₁	ZuwanderInnen nutzen (konventionelle und unkonventionelle) politische Partizipationsformen mit geringerer Wahrscheinlichkeit als die Mehrheitsbevölkerung.	~
H _{1.1}	Im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung nutzen ZuwanderInnen eher unkonventionelle als konventionelle politische Partizipationsformen.	✓
H ₂	Je höher das Bildungsniveau von ZuwanderInnen ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie (konventionelle und unkonventionelle) politische Partizipationsformen nutzen.	✓
H _{3.1}	Der positive Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau auf der einen und der <i>konventionellen</i> politischen Partizipation auf der anderen Seite ist für ZuwanderInnen stärker als für die Mehrheitsbevölkerung.	✗
H _{3.2}	Der positive Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau auf der einen und der <i>unkonventionellen</i> politischen Partizipation auf der anderen Seite unterscheidet sich für ZuwanderInnen nicht von jenem für die Mehrheitsbevölkerung.	✓

7.3. Migrationspezifische Variablen und politische Partizipation

Forschungsfrage 3: Inwiefern hängt die (konventionelle und unkonventionelle) politische Partizipation von ZuwanderInnen mit deren Herkunftsland, Aufenthaltsdauer und Staatsbürgerschaft zusammen?

Als drittes Element des Erkenntnisinteresses wurden die Unterschiede innerhalb der Gruppe der ZuwanderInnen nach deren Herkunft, Aufenthaltsdauer und Staatsbürgerschaft hinterfragt. Die migrationsspezifischen Variablen zeigten insgesamt deutlich geringere Effekte als dies auf Basis theoretischer Überlegungen und bisheriger Forschungsergebnisse angenommen wurde. Zwar deuteten die deskriptiven Analysen, dass eine westliche Herkunft, eine längere Aufenthaltsdauer und die Staatsbürgerschaft des Aufenthaltslandes mit einer stärkeren konventionellen *und* unkonventionellen politischen Partizipation einhergehen. In den Regressionsanalysen zeigten diese Variablen jedoch nur teilweise die erwarteten Wirkungen (für die Nutzung unkonventioneller Formen) bzw. gar keine statistisch signifikanten Effekte (für die Nutzung konventioneller Formen). Ähnlich wie beim Vergleich der ZuwanderInnen mit der Mehrheitsbevölkerung wurde somit auch bei der Differenzierung innerhalb der Gruppe der ZuwanderInnen festgestellt, dass ein großer Teil der deskriptiv zu beobachtenden Unterschiede zwischen den Gruppen „verschwindet“, wenn man für andere, die Beteiligung beeinflussende, Faktoren kontrolliert. Interessant sind dabei die Unterschiede nach der Art der Partizipation: Während sich für die konventionelle Partizipation keine einzige der Erwartungen über die Wirkung der migrationsspezifischen Variablen bestätigte, zeigte sich die Nutzung der

unkonventionellen Formen sowohl von der Herkunft als auch von der Aufenthaltsdauer beeinflusst. Tabelle 8 fasst die Ergebnisse hinsichtlich der Hypothesen zusammen, wobei zwischen der konventionellen und der unkonventionellen Partizipation differenziert wird.

Tabelle 8. Ergebnisübersicht: Hypothesen 4-6 (migrationsspezifische Variablen)

		konventionell	unkonventionell
H _{4.1}	Wenn ZuwanderInnen einen Migrationshintergrund aus einem westlichen Herkunftsland haben, dann nutzen sie (konventionelle und unkonventionelle) politische Partizipationsformen mit größerer Wahrscheinlichkeit als ZuwanderInnen aus anderen Herkunftsländern.	X	✓
H _{4.2}	Wenn ZuwanderInnen einen Migrationshintergrund aus einem osteuropäischen Herkunftsland haben, dann nutzen sie (konventionelle und unkonventionelle) politische Partizipationsformen mit geringerer Wahrscheinlichkeit als ZuwanderInnen aus westlichen Herkunftsländern.	X	✓
H _{4.3}	Wenn ZuwanderInnen einen Migrationshintergrund aus einem nicht-europäischen, nicht-westlichen Herkunftsland haben, dann nutzen sie (konventionelle und unkonventionelle) politische Partizipationsformen mit geringerer Wahrscheinlichkeit als ZuwanderInnen aus westlichen Herkunftsländern.	X	X
H ₅	Je länger ZuwanderInnen in ihrem Aufenthaltsland leben, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie (konventionelle und unkonventionelle) politische Partizipationsformen nutzen.	X	✓
H ₆	Wenn ZuwanderInnen über die Staatsbürgerschaft ihres Aufenthaltslandes verfügen, dann nutzen sie (konventionelle und unkonventionelle) politische Partizipationsformen mit größerer Wahrscheinlichkeit als Nicht-StaatsbürgerInnen.	X	X

Die fehlende Signifikanz der Effekte der migrationsspezifischen Variablen kann teilweise den relativ geringen Fallzahlen und den insgesamt niedrigen Partizipationsniveaus der Gruppen der ZuwanderInnen verschuldet sein (siehe Kapitel 6.5). Sie ist jedoch auch ein Anzeichen dafür, dass die Herkunft, die Aufenthaltsdauer und die Staatsbürgerschaft in vielerlei Hinsicht auch „Proxies“ für die spezifische Situation der ZuwanderInnen in ihren Aufenthaltsländern darstellen. Gerade für die Staatsbürgerschaft geht man in der Literatur von starken Korrelationen mit anderen Faktoren aus, die sowohl die Eigenschaften und individuellen Merkmale der ZuwanderInnen als auch deren Erfahrungen in ihren Herkunfts- und Gastländern betreffen (vgl. Lien et al. 2004, 166f; Paskeviciute/Anderson 2007, 1–5). Auch für die Herkunft

und die Aufenthaltsdauer sind indirekte Effekte über andere Faktoren anzunehmen: So können vermeintliche Wirkungen des Herkunftslandes zum Beispiel auch darauf zurückzuführen sein, dass sich die Ausgangsposition im Aufenthaltsland je nach der Herkunft unterscheidet und dass verschiedene ZuwanderInnengruppen abhängig von ihrer Herkunft in unterschiedlichem Maße politisch mobilisiert werden (vgl. Bueker 2006, 103–109; Zapata-Barrero et al. 2013, 4f). Wenn StaatsbürgerInnen, Personen mit längerer Aufenthaltsdauer und jene westlicher Herkunft innerhalb der Gruppe der ZuwanderInnen tendenziell einen höheren sozioökonomischen Status haben, besser sozial vernetzt sind und/oder in ihren politischen Einstellungen eher der Mehrheitsbevölkerung ähneln, dann beteiligen sie sich zwar (deskriptiv) *häufiger*, nicht aber (in der Regressionsanalyse) mit höherer *Wahrscheinlichkeit*.

Als statistisch signifikant erwiesen sich die Unterschiede nach Herkunft und Aufenthaltsdauer für die *unkonventionelle* Partizipation. Besonders stark ausgeprägt waren die Differenzen zwischen den verschiedenen Herkunftsgruppen: Die deskriptiven Analysen zeigten, dass „westliche“ ZuwanderInnen unkonventionelle Formen sogar etwas häufiger nutzen als die Mehrheitsbevölkerung und dass die osteuropäischen ZuwanderInnen ein besonders geringes Partizipationsniveau haben. Den Erwartungen entsprechend erhöht ein westliches Herkunftsland die unkonventionelle Partizipationswahrscheinlichkeit (Hypothese 4.1), wohingegen ZuwanderInnen aus dem osteuropäischen Raum sich mit signifikant geringerer Wahrscheinlichkeit beteiligen (Hypothese 4.2). Diese Wirkungen der Herkunft sind auch dann noch signifikant, wenn man für den sozioökonomischen Status, die politischen Einstellungen und die Wahrscheinlichkeit der politischen Rekrutierung kontrolliert. Dies stützt die Annahme der *Translation Hypothesis*, welche davon ausgeht, dass es ZuwanderInnen leichter fällt sich zu beteiligen, wenn sie einen Hintergrund aus einem dem Aufenthaltsland ähnlichen politischen System haben, weil sie ihr politisches Wissen und frühere Erfahrungen dann besser in ihrem neuen politischen Umfeld anwenden können (vgl. Bueker 2006, 105; Müssig/Worbs 2012, 19f). Dies scheint gerade für die Entwicklung einer „Protestkultur“ (*habit of protesting*) wichtig zu sein (vgl. Bilodeau 2008, 979). Das niedrige Partizipationsniveau der osteuropäischen ZuwanderInnen deutet darüber hinaus darauf hin, dass die Unterscheidung zwischen „Ost“ und „West“ im Hinblick auf das politische Partizipationsverhalten auch 30 Jahre nach der Einleitung eines Systemwandels in den postsozialistischen Ländern noch relevant ist: Die im Ländervergleich west- und osteuropäischer Demokratien festgestellte Kluft im Ausmaß der Nutzung von Protestaktivitäten (vgl. Bernhagen/Marsh 2007, 46–50) kann auch auf der individuellen Ebene der ZuwanderInnen aus diesen Ländergruppen beobachtet werden. Das Ausbleiben statistisch signifikanter Effekte für den Hintergrund aus einem „anderen“ (nicht-

westlichen, nicht-europäischen) Herkunftsland könnte auf die große Heterogenität der in dieser Gruppe zusammengefassten Länder zurückzuführen sein.

Die unkonventionelle Partizipation der ZuwanderInnen wird nicht nur von ihrer Herkunft, sondern auch von der Dauer ihres Aufenthalts beeinflusst: Der Erwartung (Hypothese 5) entsprechend steigt die Beteiligungswahrscheinlichkeit mit zunehmender Aufenthaltsdauer. Die *Theory of Exposure* begründet diesen Zusammenhang mit Lernprozessen und einer zunehmenden „Anpassung“ an das Partizipationsverhalten der Mehrheitsbevölkerung (vgl. Voicu/Comşa 2014, 1575; White et al. 2008, 269). Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Annahmen der *Translation Hypothesis* und der *Theory of Exposure* nicht im Widerspruch zueinanderstehen, weil die Herkunft *und* die Aufenthaltsdauer signifikante Determinanten der unkonventionellen Partizipation sind. Sowohl die Erfahrungen, die vor der Migration gesammelt wurden, als auch die mit der zunehmenden Aufenthaltsdauer assoziierte Resozialisierung können die Beteiligung fördern. Offen bleibt die Frage, warum sich diese Annahmen nur für die unkonventionelle, nicht aber für die konventionelle Beteiligung bewahrheitet haben.

Im Rahmen dieser Analyse zeigten sich weder die konventionelle noch die unkonventionelle Partizipation in statistisch signifikantem Ausmaß von der Staatsbürgerschaft beeinflusst. Die Annahme, dass der rechtliche Status der Staatsbürgerschaft und die damit verbundenen psychologischen Wirkungen die Bereitschaft zur Beteiligung erhöhen (Hypothese 6), konnte somit für keine Art der Partizipation bestätigt werden. Das völlige Ausbleiben signifikanter Effekte dieser Variable widerspricht den Ergebnissen früherer Studien im europäischen Raum, welche zum Schluss kommen, dass StaatsbürgerInnen mit einem Migrationshintergrund nicht-elektorale politische Partizipationsformen mit signifikant größerer Wahrscheinlichkeit nutzen als Nicht-StaatsbürgerInnen (vgl. de Rooij 2011, 468–470; Just/Anderson 2012, 496–498; Paskeviciute/Anderson 2007, 17–21). Selbst für die Gruppe der ZuwanderInnen aus nicht-westlichen Ländern⁸⁷ konnte im Rahmen der vorliegenden Analysen kein signifikanter Zusammenhang zwischen der Staatsbürgerschaft und der Partizipation festgestellt werden. Dies könnte einerseits auf das umfangreiche Bündel an Kontrollvariablen, die im Rahmen der Analyse miteinbezogen wurden, zurückzuführen sein. Ein weiterer möglicher Erklärungsansatz für die fehlende statistische Signifikanz des Effekts der Staatsbürgerschaft ist die in Kapitel 4.3

⁸⁷ Frühere Studien deuten teilweise differenzierte Effekte der Staatsbürgerschaft an, welche für ZuwanderInnen aus nicht-westlichen oder weniger demokratischen Ländern besonders stark sind (vgl. de Rooij 2011, 468–470; Just/Anderson 2012, 496–498). In den Regressionsanalysen der vorliegenden Arbeit wurden auch für die nicht-westlichen ZuwanderInnen keine statistisch signifikanten Wirkungen der Staatsbürgerschaft festgestellt (siehe Kapitel 6.4 und Regressionstabelle 21 im Anhang).

dargestellte Zusammensetzung der Gruppe der ZuwanderInnen im Datensatz, welche mehrheitlich bereits seit über 20 Jahren in ihrem neuen Aufenthaltsland leben: Möglicherweise ist die Frage, ob ZuwanderInnen über die Staatsbürgerschaft ihres Aufenthaltslandes verfügen oder nicht, weniger relevant, wenn sie bereits mehrere Jahrzehnte in ihrem Aufenthaltsland verbracht haben.

Die vorliegende Arbeit hat gezeigt, dass die Herkunft, die Aufenthaltsdauer und die Staatsbürgerschaft innerhalb der Gruppe der ZuwanderInnen wichtige Dimensionen partizipatorischer Ungleichheiten darstellen, dass diese Unterschiede jedoch nur teilweise und nur für die unkonventionelle Partizipation über die zentralen erklärenden Faktoren des CVM-Modells hinausgehend statistisch signifikant sind. Die vertiefende Analyse des Einflusses dieser und anderer migrationsspezifischer Faktoren auf die politische Beteiligung erscheint vor diesem Hintergrund von großem Interesse. Zukünftige Studien könnten sich einerseits mit der Frage nach möglichen Differenzen in der Wirkung der migrationsspezifischen Variablen für verschiedene Arten oder Formen der Partizipation beschäftigen. Über die Effekte der einzelnen Variablen hinausgehend könnten Untersuchungen, denen Datensätze mit einer größeren Anzahl von ZuwanderInnen zur Verfügung stehen, andererseits auch das Zusammenspiel verschiedener migrationsspezifischer Faktoren⁸⁸ thematisieren und hinterfragen, inwiefern sich zum Beispiel der Einfluss der Aufenthaltsdauer abhängig von der Herkunft oder der Einfluss der Staatsbürgerschaft abhängig von der Aufenthaltsdauer unterscheidet.

Die schwachen Effekte der Variablen speziell für die konventionelle Partizipation werfen schließlich auch die Frage auf, welche (weiteren) Faktoren die Beteiligung von ZuwanderInnen in der institutionalisierten Sphäre der Politik erklären können: Welche ZuwanderInnen entscheiden sich dafür, sich im Aufenthaltsland für eine politische Partei oder eine Organisation zu engagieren, eine politische Kampagne zu unterstützen oder Kontakt mit PolitikerInnen aufzunehmen? Im Rahmen dieser Analyse wurden zahlreiche Kontrollvariablen miteinbezogen, jedoch bei weitem nicht das ganze Spektrum möglicher Einflussfaktoren abgedeckt. Auf der Mikroebene könnten zukünftige Forschungsvorhaben die Wirkungen weiterer migrationsspezifischer Variablen wie der Sprachkenntnisse oder der Erfahrungen von Diskriminierung für verschiedene Arten der Partizipation untersuchen oder eine umfassendere

⁸⁸ In den hier vorgestellten Analysen konnten keinerlei statistisch signifikante Interaktionseffekte der migrationsspezifischen Variablen festgestellt werden. Ein Indiz für mögliche differenzierte Wirkungen der migrationsspezifischen Faktoren lieferte jedoch die Überprüfung der Robustheit der Ergebnisse (siehe Kapitel Robustheit der Ergebnisse 6.4 und Anhang): In den Regressionsanalysen der unkonventionellen Partizipation zeigte sich bei der Differenzierung nach Herkunft, dass die Wirkung der Aufenthaltsdauer nur für nicht-westliche ZuwanderInnen statistisch signifikant ist. Dies deutet darauf hin, dass die mit der *Theory of Exposure* postulierte zunehmende Anpassung an das Gastland besonders dann relevant ist, wenn ZuwanderInnen aus einem Hintergrund stammen, der sich vom neuen politischen Umfeld unterscheidet.

Operationalisierung der Rekrutierungsnetzwerke⁸⁹ der BürgerInnen anstreben. Gerade für die konventionelle Partizipation, welche per Definition innerhalb der Institutionen des Aufenthaltslandes verortet ist, könnten auch Makro-Faktoren eine wesentliche Rolle spielen, deren Einfluss mit Mehrebenen-Analysen oder Ländervergleichen untersucht werden könnte.

7.4. Fazit

In den vergangenen Jahrzehnten hat die Nutzung unkonventioneller Partizipationsformen zugenommen (vgl. Bernhagen/Marsh 2007; Dalton 2008; Inglehart/Catterberg 2002; Linssen et al. 2014; Stolle/Hooghe 2011). Das Spektrum der Beteiligungsmöglichkeiten, welche BürgerInnen zur Verfügung stehen, wurde ausgeweitet und zunehmend ausdifferenziert (vgl. van Deth 2009, 141). Die Ergebnisse dieser Arbeit deuten darauf hin, dass unkonventionelle Formen nicht nur für die Gesamtbevölkerung, sondern auch für die Gruppe der ZuwanderInnen zu einem Teil des „normalen“ Beteiligungsrepertoires geworden sind. Für die Personen mit einem Migrationshintergrund kann diesen Formen sogar eine besondere Attraktivität zugeschrieben werden: In Relation zur Mehrheitsbevölkerung beteiligen ZuwanderInnen sich eher auf unkonventionellem als auf konventionellem Weg. Sie können Formen wie die Teilnahme an Demonstrationen oder die Online-Partizipation nutzen, um unabhängig von den bürokratischen Institutionen und dem Wahl- und Parteiensystem ihres Aufenthaltslandes auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen.

Die Feststellung eines Potenzials der unkonventionellen Partizipation für „die“ ZuwanderInnen ist jedoch nur eingeschränkt gültig. Denn gerade für die Nutzung dieser Formen zeigen sich innerhalb der Gruppe der ZuwanderInnen große Unterschiede: Es sind vor allem die hoch gebildeten ZuwanderInnen, jene aus westlichen Herkunftsländern und jene mit einer längeren Aufenthaltsdauer, die unkonventionelle Formen nutzen, um politisch aktiv zu werden. Im Hinblick auf die Faktoren, welche die Beteiligung der ZuwanderInnen beeinflussen können, wurde gezeigt, dass die konventionelle und die unkonventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen in hohem Maße nach deren Bildungsniveau stratifiziert sind und dass die „traditionellen“ erklärenden Variablen des CVM-Modells auch *innerhalb* der Gruppe der ZuwanderInnen relevant sind. Die damit angesprochenen Determinanten haben für Personen mit einem Migrationshintergrund ähnlich(e) (starke) Effekte wie für die Einheimischen. Migrationsspezifische Faktoren erweisen sich in manchen Fällen als signifikante

⁸⁹ Für die Beteiligung von ZuwanderInnen kann zum Beispiel die Einbindung in verschiedene Arten zivilgesellschaftlicher Organisationen eine wichtige Rolle spielen (vgl. Pilati/Morales 2016), welche anhand des ESS nicht operationalisiert werden konnte.

Determinanten der Partizipation, scheinen aber in vielerlei Hinsicht auch „Proxies“ für Unterschiede entlang anderer Dimensionen zu sein. Dies ändert allerdings nichts daran, dass sich die Partizipationsniveaus innerhalb der Gruppe der ZuwanderInnen sowohl für die konventionelle als auch für die unkonventionelle Partizipation nach Herkunft, Aufenthaltsdauer und Staatsbürgerschaft deutlich voneinander unterscheiden.

Die Hintergründe und Migrationsmotive von ZuwanderInnen in europäischen Ländern sind vielfältig: Mit der Mobilität von hoch- und niedrigqualifizierten Arbeitskräften aus dem zentral- und osteuropäischen Raum nach West- und Südeuropa, Migrationsströmen aus afrikanischen, lateinamerikanischen und asiatischen Ländern sowie Flüchtlingsbewegungen aus dem Nahen Osten und Nordafrika sind nur einige der Migrationswellen der vergangenen Jahrzehnte angesprochen (vgl. IOM Global Migration Data Analysis Centre 2019). Die Frage, ob und wie verschiedene Gruppen von ZuwanderInnen ihre Interessen und Forderungen artikulieren und sich an den demokratischen Entscheidungsprozessen in ihren neuen Aufenthaltsländern beteiligen (können), ist für die Repräsentation ihrer Interessen ebenso wie für ihre (politische) Integration entscheidend (vgl. de Rooij 2011, 456; Bilodeau 2008, 975f).

Indem verschiedene Arten der Partizipation unterschieden wurden und sowohl der Bezug zur Mehrheitsbevölkerung hergestellt als auch innerhalb der ZuwanderInnen differenziert wurde, hat diese Untersuchung versucht, zu einem besseren Verständnis der politischen Partizipationsmuster von (Gruppen von) ZuwanderInnen beizutragen. Die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit unterstreichen, dass die heterogene Gruppe der ZuwanderInnen in europäischen Ländern nicht einfach als eine im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung beteiligungsschwache Gruppe „abgestempelt“ werden darf. Es wurde gezeigt, dass es wichtig ist zu hinterfragen, *wie* Personen mit einem Migrationshintergrund sich politisch beteiligen und *warum*. Die in diesem letzten Kapitel aufgezeigten Anknüpfungspunkte verdeutlichen, dass es im Hinblick auf die Beteiligung der Gruppe(n) der ZuwanderInnen in europäischen Ländern noch zahlreiche offene Fragen gibt, deren Untersuchung mithilfe quantitativer wie auch qualitativer Analysen sowohl für die empirische Partizipationsforschung als auch für die Migrationsforschung von großem Interesse ist.

8. Literaturverzeichnis

- Adamson, Göran (2006). *Immigrants and Political Participation - Background, Theory and Empirical Suggestions*, London: London School of Economics and Political Science
- van Aelst, Peter/Walgrave, Stefaan (2001). Who is that (Wo)man in the Street? From the Normalization of Protest to the Normalization of the Protester, in: *European Journal of Political Research*, Vol. 39, 461–486
- Aichholzer, Julian (2017). *Einführung in lineare Strukturgleichungsmodelle mit Stata*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, abrufbar unter: <http://link.springer.com/10.1007/978-3-658-16670-0> (letzter Zugriff: 12.2.2019)
- Armony, Victor/Barriga, Martha/Schugurensky, Daniel (2004). Citizenship Learning and Political Participation: The Experience of Latin American Immigrants in Canada, in: *Canadian Journal of Latin American and Caribbean Studies*, Vol. 29(57–58), 17–38
- Atger, Anaïs Faure (2009). *Education and political participation of migrants and ethnic minorities in the EU: an overview of the literature*, Brussels: Centre for European Policy Studies
- Ayala, Louis J. (2000). Trained for Democracy: The Differing Effects of Voluntary and Involuntary Organizations on Political Participation, in: *Political Research Quarterly*, Vol. 53(1), 99–115
- Barnes, Samuel H./Farah, Max/Heunks, Felix (1979). Personal Dissatisfaction, in: Barnes, Samuel H./Kaase, Max (Hrsg.): *Political action: mass participation in five Western democracies*, Beverly Hills, Calif: Sage Publications, 381–447
- Barnes, Samuel H./Kaase, Max (1979a). Introduction, in: Barnes, Samuel H./Kaase, Max (Hrsg.): *Political action: mass participation in five Western democracies*, Beverly Hills, Calif: Sage Publications, 13–26
- Barnes, Samuel H./Kaase, Max (1979b). *Political action: mass participation in five Western democracies*, Beverly Hills, Calif: Sage Publications
- Barreto, Matt A./Muñoz, José A. (2003). Reexamining the „Politics of In-Between“: Political Participation Among Mexican Immigrants in the United States, in: *Hispanic Journal of Behavioral Sciences*, Vol. 25(4), 427–447
- Barrett, Martyn/Brunton-Smith, Ian (2014). Political and Civic Engagement and Participation: Towards an Integrative Perspective, in: *Journal of Civil Society*, Vol. 10(1), 5–28
- Beckman, Ludvig (2012). Is Residence Special? Democracy in the Age of Migration and Human Mobility, in: Beckman, Ludvig/Erman, Eva (Hrsg.): *Territories of Citizenship*, London: Palgrave Macmillan UK, 18–39, abrufbar unter: http://link.springer.com/10.1057/9781137031709_2 (letzter Zugriff: 12.7.2019)
- Berinsky, Adam J./Lenz, Gabriel S. (2011). Education and Political Participation: Exploring the Causal Link, in: *Political Behavior*, Vol. 33(3), 357–373
- Bernhagen, Patrick/Marsh, Michael (2007). Voting and Protesting: Explaining Citizen Participation in Old and New European Democracies, in: *Democratisation*, Vol. 14(1), 44–72

- Bevelander, Pieter/Pendakur, Ravi* (2009). Social capital and voting participation of immigrants and minorities in Canada, in: *Ethnic and Racial Studies*, Vol. 32(8), 1406–1430
- Bilodeau, Antoine* (2008). Immigrants' Voice through Protest Politics in Canada and Australia: Assessing the Impact of Pre-Migration Political Repression, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Vol. 34(6), 975–1002
- Bilodeau, Antoine/McAllister, Ian/Kanji, Mebs* (2010). Adaptation to Democracy among Immigrants in Australia, in: *International Political Science Review*, Vol. 31(2), 141–165
- Bos, Ellen/Segert, Dieter* (Hrsg.) (2008). Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen: Budrich
- Bovens, Mark/Wille, Anchrit* (2010). The education gap in participation and its political consequences, in: *Acta Politica*, Vol. 45(4), 393–422
- Brady, Henry E./Verba, Sidney/Schlozman, Kay Lehman* (1995). Beyond Ses: A Resource Model of Political Participation, in: *The American Political Science Review*, Vol. 89(2), 271–294
- Bueker, Catherine Simpson* (2006). Political Incorporation Among Immigrants from Ten Areas of Origin: The Persistence of Source Country Effects, in: *International Migration Review*, Vol. 39(1), 103–140
- Chui, Tina W. L./Curtis, James E./Lambert, Ronald D.* (1991). Immigrant Background and Political Participation: Examining Generational Patterns, in: *The Canadian Journal of Sociology*, Vol. 16(4), 375–396
- Dalton, Russell J.* (2008). Citizenship Norms and the Expansion of Political Participation, in: *Political Studies*, Vol. 56(1), 76–98
- van Der Meer, T.W.G. (Tom)/van Ingen, E.J. (Erik)* (2009). Schools of democracy? Disentangling the relationship between civic participation and political action in 17 European countries, in: *European Journal of Political Research*, Vol. 48(2), 281–308
- van Deth, Jan W.* (2014). A conceptual map of political participation, in: *Acta Politica*, Vol. 49(3), 349–367
- van Deth, Jan W.* (2009). Politische Partizipation, in: *Kaina, Viktoria/Römmele, Andrea* (Hrsg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch, Wiesbaden: VS für Sozialwissenschaften, 141–161
- Ebert, Kim/Okamoto, Dina G.* (2013). Social Citizenship, Integration and Collective Action: Immigrant Civic Engagement in the United States, in: *Social Forces*, Vol. 91(4), 1267–1292
- Eckstein, Katharina/Jugert, Philipp/Noack, Peter/Born, Michel/et al.* (2015). Comparing Correlates of Civic Engagement Between Immigrant and Majority Youth in Belgium, Germany, and Turkey, in: *Research in Human Development*, Vol. 12(1–2), 44–62

- Ejrnæs, Anders* (2017). Deprivation and non-institutional political participation: analysing the relationship between deprivation, institutional trust and political activism in Europe, in: *European Politics and Society*, Vol. 18(4), 428–445
- Engbersen, Godfried/Leerkes, Arjen/Grabowska-Lusinska, Izabela/Snel, Erik/et al.* (2013). On the Differential Attachments of Migrants from Central and Eastern Europe: A Typology of Labour Migration, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Vol. 39(6), 959–981
- Euroguidance Österreich* (2014). Internationale Standardklassifikation im Bildungswesen (ISCED), abrufbar unter: <https://www.bildungssystem.at/footer-boxen/isced-klassifikation/internationale-standardklassifikation-im-bildungswesen/>
- European Commission* (2017). European Neighbourhood Policy and Enlargement Negotiations. From 6 to 28 members, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/policy/from-6-to-28-members_en
- European Social Survey* (2019). About the European Social Survey European Research Infrastructure, abrufbar unter: <https://www.europeansocialsurvey.org/about/> (letzter Zugriff: 27.5.2019)
- European Social Survey* (2017). ESS Round 8 (2016/2017) Technical Report, London: ESS ERIC Headquarters c/o City University London
- European Social Survey* (2016). ESS Round 8 Source Questionnaire, London: ESS ERIC Headquarters c/o City University London
- European Social Survey* (2018). Version Notes, Appendix A1 Education, ESS - 2016, ed. 2.2,
- European Social Survey* (2014). Weighting European Social Survey Data, London: ESS ERIC Headquarters c/o City University London
- Eurostat* (2018). International Standard Classification of Education (ISCED), abrufbar unter: [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/International_Standard_Classification_of_Education_\(ISCED\)#Correspondence_between_ISCED_2011_and_ISCED_1997](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/International_Standard_Classification_of_Education_(ISCED)#Correspondence_between_ISCED_2011_and_ISCED_1997) (letzter Zugriff: 10.1.2019)
- Eurostat* (2017). People in the EU - statistics on origin of residents, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/People_in_the_EU_-_statistics_on_origin_of_residents#General_overview (letzter Zugriff: 27.5.2019)
- Evans, Samuel/Hildebrandt, Kai* (1979). Technical Appendix, in: *Barnes, Samuel H./Kaase, Max* (Hrsg.): *Political action: mass participation in five Western democracies*, Beverly Hills, Calif: Sage Publications, 537–592
- Favell, Adrian* (2008). The New Face of East–West Migration in Europe, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Vol. 34(5), 701–716
- Filetti, Andrea/Janmaat, Jan Gemen* (2018). Income inequality and economic downturn in Europe: a multilevel analysis of their consequences for political participation, in: *Acta Politica*, Vol. 53(3), 327–347

- Förster, André/Kaukal, Malte (2016). Unkonventionelle politische Partizipation in Deutschland: Haben Kontextfaktoren auf Kreisebene einen Einfluss?, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Vol. 57(3), 353–377
- Frič, Pavol (2004). Political Developments After 1989 and Their Impact On The Nonprofit Sector, in: Zimmer, Annette/Priller, Eckhard (Hrsg.): *Future of Civil Society*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 217–240, abrufbar unter: http://link.springer.com/10.1007/978-3-322-80980-3_13 (letzter Zugriff: 16.3.2019)
- Gallego, Aina (2007). Unequal Political Participation in Europe, in: *International Journal of Sociology*, Vol. 37(4), 10–25
- Garcia, John A. (1987). The Political Integration of Mexican Immigrants: Examining Some Political Orientations, in: *The International Migration Review*, Vol. 21(1), 372–389
- Gesthuizen, Maurice/Huijts, Tim/Kraaykamp, Gerbert (2012). Explaining health marginalisation of the lower educated: the role of cross-national variations in health expenditure and labour market conditions: Explaining health marginalisation of the lower educated, in: *Sociology of Health & Illness*, Vol. 34(4), 591–607
- Gherghina, Sergiu (2013). Different Countries, Similar Challenges? A Comparative Assessment of Immigrant Political Participation in Western Europe, in: Paper prepared for presentation at the 3rd Research Conference, Immigration, Incorporation, and Democracy. Vienna
- Gidengil, Elisabeth/Stolle, Dietlind (2009). The Role of Social Networks in Immigrant Women's Political Incorporation, in: *The International Migration Review*, Vol. 43(4), 727–763
- Górny, Agata (2017). Eastwards EU enlargements and migration transition in Central and Eastern Europe, in: *Geografie*, Vol. 122(4), 476–499
- Hajdar, Andreas/Becker, Rolf (2007). Unkonventionelle politische Partizipation im Zeitverlauf, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Vol. 59(3), 410–439
- van Heelsum, Anja (2001). Political Participation of Migrants in the Netherlands. Paper for the Metropolis Conference 26-30 November 2001 in Rotterdam, in: Metropolis Conference. Rotterdam: Institute for Migration and Ethnic Studies
- Herwig, Andreas (2017). Arbeitsmarktchancen von Migranten in Europa, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, abrufbar unter: <http://link.springer.com/10.1007/978-3-658-17117-9> (letzter Zugriff: 10.7.2019)
- Hoecker, Beate (2006). Politische Partizipation: systematische Einführung, in: Hoecker, Beate (Hrsg.): *Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest*, Opladen: Budrich Verlag, 3–20
- Hooghe, Marc/Marien, Sofie (2013). A Comparative Analysis of the Relation between Political Trust and Forms of Political Participation in Europe, in: *European Societies*, Vol. 15(1), 131–152
- Huddleston, Thomas (2017). Migrant political participation: a review of policies and integration results in the OSCE region, Research Paper, Warsaw: OSCE Office for

- Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR), abrufbar unter:
<https://www.osce.org/odihr/367936>
- Inglehart, Ronald* (1990). *Culture Shift in Advanced Industrial Society*, Princeton, New Jersey: Princeton University Press, abrufbar unter:
<https://www.degruyter.com/doi/book/10.23943/9780691186740> (letzter Zugriff: 5.5.2019)
- Inglehart, Ronald* (2007). Postmaterialist Values and the Shift from Survival to Self-Expression Values, in: *Dalton, Russell J./Klingemann, Hans D.* (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Political Behavior*, Oxford University Press, 223–239
- Inglehart, Ronald/Catterberg, Gabriela* (2002). Trends in Political Action: The Developmental Trend and the Post-Honeymoon Decline, in: *International Journal of Comparative Sociology*, Vol. 43(3–5), 300–316
- IOM Global Migration Data Analysis Centre* (2019). Migration Data Portal. The bigger picture, abrufbar unter: <https://migrationdataportal.org/regional-data-overview/europe#past-and-present-trends> (letzter Zugriff: 27.5.2019)
- Jacobs, Dirk/Phalet, Karen/Swyngedouw, Marc* (2006). Political Participation and Associational Life of Turkish Residents in the Capital of Europe, in: *Turkish Studies*, Vol. 7(1), 145–161
- Jacobs, Dirk/Tillie, Jean* (2004). Introduction: social capital and political integration of migrants, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Vol. 30(3), 419–427
- Jensen, Lene Arnett* (2010). Immigrant Youth in the United States: Coming of Age among Diverse Civic Cultures, in: *Sherrod, Lonnie R./Torney-Purta, Judith/Flanagan, Constance A.* (Hrsg.): *Handbook of Research on Civic Engagement in Youth*, New Jersey: John Wiley & Sons, Inc., 425–443
- Jugert, Philipp/Eckstein, Katharina/Noack, Peter/Kuhn, Alexandra/et al.* (2013). Offline and Online Civic Engagement Among Adolescents and Young Adults from Three Ethnic Groups, in: *Journal of Youth and Adolescence*, Vol. 42(1), 123–135
- Jungerstam-Mulders, Susanne* (2006). Parties and Party Systems in Post-Communist EU Member States: Comparative Aspects, in: *Jungerstam-Mulders, Susanne* (Hrsg.): *Post-communist EU member states: parties and party systems*, Aldershot; Burlington, VT: Ashgate, 1–22
- Junn, Jane* (1999). Participation in Liberal Democracy. The Political Assimilation of Immigrants and Ethnic Minorities in the United States, in: *American Behavioral Scientist*, Vol. 42(9), 1417–1438
- Just, Aida/Anderson, Christopher J.* (2012). Immigrants, Citizenship and Political Action in Europe, in: *British Journal of Political Science*, Vol. 42(03), 481–509
- Just, Aida/Anderson, Christopher J.* (2014). Opinion Climates and Immigrant Political Action: A Cross-National Study of 25 European Democracies, in: *Comparative Political Studies*, Vol. 47(7), 935–965
- Kaase, Max* (2007). Perspectives on Political Participation, in: *Dalton, Russell J./Klingemann, Hans-Dieter* (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Political Behavior*, Oxford University

- Press, 783–796, abrufbar unter:
<http://www.oxfordhandbooks.com/view/10.1093/oxfordhb/9780199270125.001.0001/oxfordhb-9780199270125> (letzter Zugriff: 30.4.2019)
- Kaase, Max/Marsh, Alan* (1979a). Political Action. A Theoretical Perspective, in: *Barnes, Samuel H./Kaase, Max* (Hrsg.): Political action: mass participation in five Western democracies, Beverly Hills, Calif: Sage Publications, 27–56
- Kaase, Max/Marsh, Alan* (1979b). Political Action Repertory. Changes Over Time and a New Typology, in: *Barnes, Samuel H./Kaase, Max* (Hrsg.): Political action: mass participation in five Western democracies, Beverly Hills, Calif: Sage Publications, 137–166
- Kam, Cindy D./Palmer, Carl L.* (2008). Reconsidering the Effects of Education on Political Participation, in: *The Journal of Politics*, Vol. 70(3), 612–631
- Kissau, Kathrin* (2012). Structuring Migrants’ Political Activities on the Internet: A Two-Dimensional Approach, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Vol. 38(9), 1381–1403
- Klarenbeek, Lea M./Weide, Marjukka* (2019). The participation paradox: demand for and fear of immigrant participation, in: *Critical Policy Studies*, 1–19
- Kock, Sonja* (2014). Ausstieg aus der Demokratie? eine empirische Untersuchung zur politischen Partizipation unter besonderer Berücksichtigung der Bevölkerung in ökonomisch benachteiligten Stadtvierteln. Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Sozialwissenschaften. Gießen: Justus-Liebig-Universität., abrufbar unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:hebis:26-opus-112069> (letzter Zugriff: 2.2.2019)
- Kohler, Ulrich/Kreuter, Frauke* (2017). Datenanalyse mit Stata: allgemeine Konzepte der Datenanalyse und ihre praktische Anwendung 5. aktualisierte Auflage., Berlin Boston: De Gruyter Oldenbourg
- Kornai, János* (2006). The great transformation of Central Eastern Europe. Success and disappointment, in: *Economics of Transition*, Vol. 14(2), 207–244
- Körner, Thomas/Meyer, Iris/Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H.P./Harkness, Janet A.* (Hrsg.) (2005). Harmonising socio-demographic information in household surveys of official statistics: experiences from the Federal Statistical Office Germany, in: Methodological aspects in cross-national research, ZUMA-Nachrichten Spezial. Mannheim: GESIS-ZUMA, Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, 149–162
- Kosic, Ankica* (2007). Motivation for civic participation of immigrants: the role of personal resources, social identities, and personal traits, POLITIS-Working paper, Oldenburg: Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
- Lancee, Bram/van de Werfhorst, Herman G.* (2012). Income inequality and participation: A comparison of 24 European countries, in: *Social Science Research*, Vol. 41, 1166–1178

- Larsen, Mona/Pedersen, Peder J. (2017). Labour force activity after 65: what explain recent trends in Denmark, Germany and Sweden?, in: *Journal for Labour Market Research*, Vol. 50(1), 15–27
- Leighley, Jan E. (1995). Attitudes, Opportunities and Incentives: A Field Essay on Political Participation, in: *Political Research Quarterly*, Vol. 48(1), 181–209
- Leighley, Jan E./Vedlitz, Arnold (1999). Race, Ethnicity, and Political Participation: Competing Models and Contrasting Explanations, in: *The Journal of Politics*, Vol. 61(4), 1092–1114
- Letki, Natalia (2003). Explaining Political Participation in East-Central Europe: Social Capital, Democracy and the Communist Past, Working Paper, University of Oxford
- Lewis, Paul G. (2001). The „Third Wave“ of Democracy in Eastern Europe. Comparative Perspectives on Party Roles and Political Development, in: *Party Politics*, Vol. 7(5), 543–565
- Lien, Peite (1994). Ethnicity and Political Participation: A Comparison between Asian and Mexican Americans, in: *Political Behavior*, Vol. 16(2), 237–264
- Lien, Pei-Te/Conway, M. Margaret/Wong, Janelle (2004). The Politics of Asian Americans. Diversity & Community, New York: Routledge
- Linssen, Rik/Schmeets, Hans/Scheepers, Peet/te Grotenhuis, Manfred (2014). Trends in Conventional and Unconventional Political: Participation in Europe, 1981–2008, in: Eder, Christina/Mochmann, Ingvill C./Quandt, Markus (Hrsg.): *Political Trust and Disenchantment with Politics*, Brill, 31–58, abrufbar unter: <http://booksandjournals.brillonline.com/content/books/b9789004276062s004> (letzter Zugriff: 3.2.2019)
- Lopez, Mark Hugo/Marcelo, Karlo Barrios (2008). The Civic Engagement of Immigrant Youth: New Evidence From the 2006 Civic and Political Health of the Nation Survey, in: *Applied Developmental Science*, Vol. 12(2), 66–73
- Lüdemann, Christian (2001). Politische Partizipation, Anreize und Ressourcen. Ein Test verschiedener Handlungsmodelle und Anschlußtheorien am ALLBUS 1998, in: Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hrsg.): *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Marien, Sofie/Hooghe, Marc/Quintelier, Ellen (2010). Inequalities in Non-institutionalised Forms of Political Participation: A Multi-level Analysis of 25 countries, in: *Political Studies*, Vol. 58, 187–213
- Martinez, Lisa M. (2005). Yes We Can: Latino Participation in Unconventional Politics, in: *Social Forces*, Vol. 84(1), 135–155
- Martiniello, Marco (2005). Political Participation, Mobilisation and Representation of Immigrants and their Offspring in Europe, in: Willy Brandt Series of Working Papers in International Migration and Ethnic Relations, Malmö: Malmö University
- Martiniello, Marco/Bauböck, Rainer/Kraler, Albert/Perchinig, Bernhard (2006). Migrants' Citizenship: Legal Status, Rights and Political Participation, in: *Penninx*,

- Rinus/*Berger*, Maria/*Kraal*, Karen (Hrsg.): *The Dynamics of International Migration and Settlement in Europe. A State of the Art*, IMISCOE Joint Studies. Amsterdam: Amsterdam University Press, 65–98
- Maxwell* (2010). Political Participation in France among Non-European-Origin Migrants: Segregation or Integration?, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Vol. 36(3), 425–443
- Melo*, Daniela F/*Stockemer*, Daniel (2014). Age and political participation in Germany, France and the UK: A comparative analysis, in: *Comparative European Politics*, Vol. 12(1), 33–53
- Milbrath*, Lester W./*Goel*, M.L. (1977). *Political Participation. How and Why Do People Get Involved in Politics?* Second Edition, Chicago: Rand McNally College Publishing Company
- Mooi*, Erik/*Sarstedt*, Marko/*Mooi-Reci*, Irma (2018). Principal Component and Factor Analysis, in: *Market Research*, Singapore: Springer Singapore, 265–311, abrufbar unter: http://link.springer.com/10.1007/978-981-10-5218-7_8 (letzter Zugriff: 12.2.2019)
- Morad*, Mohammed (2014). Political Participation of Immigrants through Voting and Representation: The Case of Norway, in: *Raziskave in Razprave / Research and Discussion*, Vol. 7(3), 3–29
- Müssig*, Stephanie/*Worbs*, Susanne (2012). Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland, Working Paper, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- de Nève*, Dorothee (2008). Parteien in der Krise?, in: *Bos*, Ellen/*Segert*, Dieter (Hrsg.): *Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts*, Opladen: Budrich, 281–302
- de Nève*, Dorothee/*Olteanu*, Tina (2013). Politische Partizipation jenseits der Konventionen, in: *de Nève*, Dorothee/*Olteanu*, Tina (Hrsg.): *Politische Partizipation jenseits der Konventionen*, Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, 11–26
- Newman*, Benjamin J./*Bartels*, Brandon L. (2011). Politics at the Checkout Line: Explaining Political Consumerism in the United States, in: *Political Research Quarterly*, Vol. 64(4), 803–817
- Norris*, Pippa (Hrsg.) (1999). *Critical citizens: global support for democratic government*, Oxford; New York: Oxford University Press
- Norris*, Pippa/*Walgrave*, Stefaan/*van Aelst*, Peter (2005). Who Demonstrates? Antistate Rebels, Conventional Participants, or Everyone?, in: *Comparative Politics*, Vol. 37(2), 189–205
- OECD* (2018). *International Migration Outlook 2018*, OECD, abrufbar unter: https://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/international-migration-outlook-2018_migr_outlook-2018-en (letzter Zugriff: 22.8.2018)

- Ohme, Jakob/de Vreese, Claes H./Albæk, Erik (2018). From theory to practice: how to apply van Deth's conceptual map in empirical political participation research, in: *Acta Politica*, Vol. 53(3), 367–390
- Okamoto, Dina/Ebert, Kim (2010). Immigrant Collective Action in Gateways and New Destinations in the United States, in: *Social Problems*, Vol. 57(4), 529–558
- Pachi, Dimitra/Barrett, Martyn (2012). Perceived effectiveness of conventional, non-conventional and civic forms of participation among minority and majority youth, in: *Human Affairs*, Vol. 22(3), abrufbar unter:
<http://www.degruyter.com/view/j/humaff.2012.22.issue-3/s13374-012-0029-9/s13374-012-0029-9.xml> (letzter Zugriff: 28.2.2019)
- Paskeviciute, Aida/Anderson, Christopher J. (2007). Immigrants, Citizenship, and Political Action: A Cross-National Study of 21 European Democracies. Presented at the annual meeting of the American Political Science Association., in: Chicago
- Penninx, Rinus (2006). Introduction, in: *Penninx, Rinus/Berger, Maria/Kraal, Karen* (Hrsg.): *The Dynamics of International Migration and Settlement in Europe. A State of the Art*, IMSCOE Joint Studies. Amsterdam: Amsterdam University Press, 7–17
- Però, Davide/Solomos, John (2010). Introduction: Migrant Politics and Mobilization: Exclusion, Engagements, Incorporation, in: *Ethnic and Racial Studies*, Vol. 33(1), 1–18
- Persson, Mikael (2015). Education and Political Participation, in: *British Journal of Political Science*, Vol. 45(03), 689–703
- Persson, Mikael (2013). Is the Effect of Education on Voter Turnout Absolute or Relative? A Multi-level Analysis of 37 Countries, in: *Journal of Elections, Public Opinion & Parties*, Vol. 23(2), 111–133
- Pettinicchio, David/de Vries, Robert (2017). Immigrant Political Participation in Europe: Comparing Different Forms of Political Action Across Groups, in: *Comparative Sociology*, Vol. 16, 523–554
- Pilati, Katia/Morales, Laura (2016). Ethnic and immigrant politics vs. mainstream politics: the role of ethnic organizations in shaping the political participation of immigrant-origin individuals in Europe, in: *Ethnic and Racial Studies*, Vol. 39(15), 2796–2817
- Portes, Alejandro (2010). Migration and Social Change: Some Conceptual Reflections, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Vol. 36(10), 1537–1563
- Purdam, Kingsley/Fieldhouse, Edward/Kalra, Virinder/Russell, Andrew (2002). *Voter Engagement Among Black and Minority Ethnic Communities*, London: Electoral Commission, abrufbar unter:
<https://pdfs.semanticscholar.org/a305/5d56232459de9db092a150ab058f790b7ef5.pdf>
- Putnam, Robert D. (1993). *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton, New Jersey: Princeton University Press
- Quintelier, Ellen (2010). The effect of schools on political participation: a multilevel logistic analysis, in: *Research Papers in Education*, Vol. 25(2), 137–154

- Quintelier*, Ellen (2009). The Political Participation of Immigrant Youth in Belgium, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Vol. 35(6), 919–937
- Ramakrishnan*, Karthick (2005). *Democracy in Immigrant America: Changing Demographics and Political Participation*, Stanford, California: Stanford University Press
- Ramakrishnan*, S. Karthick/*Espenshade*, Thomas J. (2001). Immigrant Incorporation and Political Participation in the United States, in: *The International Migration Review*, Vol. 35(1), 870–909
- Reichert*, Frank (2017). Conditions and constraints of political participation among Turkish students in Germany *Tidwell*, Natasha (Hrsg.):, in: *Cogent Psychology*, Vol. 4(1), abrufbar unter: <https://www.cogentia.com/article/10.1080/23311908.2017.1351675> (letzter Zugriff: 9.5.2018)
- de Rooij*, Eline A. (2011). Patterns of Immigrant Political Participation: Explaining Differences in Types of Political Participation between Immigrants and the Majority Population in Western Europe, in: *European Sociological Review*, Vol. 28(4), 455–481
- Rosenberger*, Sieglinde/*Walter*, Florian/*Fuchs*, Patrick (2008). Jugendpartizipation unter dem Blickwinkel von Geschlecht und Migration, in: *Diendorfer*, Gertraud (Hrsg.): Abschlussbericht der ExpertInnengruppe 5 „Innovative Demokratie“. Erstellt im Rahmen der Demokratie-Initiative Entscheidend-bist-Du der österreichischen Bundesregierung, Demokratiezentrum Wien
- Rucht*, Dieter (2007). The Spread of Protest Politics, in: *Dalton*, Russell J./*Klingemann*, Hans-Dieter (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Political Behavior*, Oxford University Press, 708–723
- Ruedin*, Didier (2011). The Role of Social Capital in the Political Participation of Immigrants. Evidence from Agent-Based Modelling, Discussion Paper, Neuchâtel: Université de Neuchâtel
- Sabucedo*, Jose Manuel/*Arce*, Constantino (1991). Types of political participation: A multidimensional analysis, in: *European Journal of Political Research*, Vol. 20, 93–102
- Schäfer*, Armin (2010). Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, Vol. 4(1), 131–156
- Schneeberger*, Arthur (2010). Internationale Einstufung der österreichischen Berufsbildung: adäquate ISCED-Positionierung als bildungspolitische Herausforderung, Wien: IBW - Inst. für Bildungsforschung der Wirtschaft
- Schneider*, Silke L. (2016). The Conceptualisation, Measurement, and Coding of Education in German and Cross-National Surveys, in: *GESIS Survey Guidelines*, abrufbar unter: <http://www.gesis.org/gesis-survey-guidelines/instruments/erhebungsinstrumente/sozio-demographische-merkmale/bildung/> (letzter Zugriff: 9.1.2019)
- Schneider*, Silke L./*Kogan*, Irena (2008). The International Standard Classification of Education 1997: challenges in the application to national data and the implementation

- in cross-national surveys, in: *Schneider* (Hrsg.): The International Standard Classification of Education (ISCED-97): an evaluation of content and criterion validity for 15 European countries, Mannheim: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, 13–46
- Segert*, Dieter (2008). Parteien und Transformationen in Osteuropa nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, in: *Bos, Ellen/Segert, Dieter* (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen: Budrich, 11–32
- Smith*, Michael L. (2009). The Inequality of Participation: Re-examining the Role of Social Stratification and Post-Communism on Political Participation in Europe, in: *Czech Sociological Review*, Vol. 45(3), 487–517
- Solt*, Frederick (2008). Economic Inequality and Democratic Political Engagement, in: *American Journal of Political Science*, Vol. 52(1), 48–60
- Spaiser*, Viktoria (2012). Empowerment or democratic divide? Internet-based political participation of young immigrants and young natives in Germany, in: *Information Polity*, Vol. 17(2), 115–127
- Stark*, Toralf (2019). Demokratische Bürgerbeteiligung außerhalb des Wahllokals. Umbrüche in der politischen Partizipation seit den 1970er-Jahren, Duisburg: Springer VS für Sozialwissenschaften
- Statistik Austria* (2018). Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund, abrufbar unter:
http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_migrationshintergrund/index.html (letzter Zugriff: 12.2.2019)
- Stockemer*, Daniel (2014). What drives unconventional political participation? A two level study, in: *The Social Science Journal*, Vol. 51(2), 201–211
- Stolle*, Dietlind (2007). Social Capital, in: *Dalton, Russell J./Klingemann, Hans-Dieter* (Hrsg.): The Oxford Handbook of Political Behavior, Oxford University Press, 655–674, abrufbar unter:
<http://www.oxfordhandbooks.com/view/10.1093/oxfordhb/9780199270125.001.0001/oxfordhb-9780199270125> (letzter Zugriff: 30.4.2019)
- Stolle*, Dietlind/*Hooghe*, Marc (2005). Inaccurate, Exceptional, One-Sided or Irrelevant? The Debate about the Alleged Decline of Social Capital and Civic Engagement in Western Societies, in: *British Journal of Political Science*, Vol. 35(1), 149–167
- Stolle*, Dietlind/*Hooghe*, Marc (2011). Shifting Inequalities. Patterns of exclusion and inclusion in emerging forms of political participation, in: *European Societies*, Vol. 13(1), S. 119-142
- Stolle*, Dietlind/*Hooghe*, Marc/*Micheletti*, Michele (2005). Politics in the Supermarket: Political Consumerism as a Form of Political Participation, in: *International Political Science Review*, Vol. 26(3), 245–269

- Tam Cho, Wendy K (1999). Naturalization, Socialization, Participation: Immigrants and (Non-)Voting, in: *The Journal of Politics*, Vol. 61(4), 1140–1155
- Teorell, Jan (2003). Linking Social Capital to Political Participation: Voluntary Associations and Networks of Recruitment in Sweden, in: *Scandinavian Political Studies*, Vol. 26(1), 49–66
- Teorell, Jan/Sum, Paul/Tobiasen, Mette (2007). Participation and political equality, in: *van Deth, Jan W./Montero, José Ramón/Westholm, Anders* (Hrsg.): *Citizenship and Involvement in European Democracies. A comparative analysis*, London, New York: Routledge, Taylor & Francis Group, 384–414
- Teorell, Jan/Torcal, Mariano/Montero, José Ramón (2007). Political Participation. Mapping the terrain, in: *van Deth, Jan W./Montero, José Ramón/Westholm, Anders* (Hrsg.): *Citizenship and Involvement in European Democracies. A comparative analysis*, London, New York: Routledge, Taylor & Francis Group, 334–357
- Theocharis, Yannis (2015). The Conceptualization of Digitally Networked Participation, in: *Social Media + Society*, Vol. 1(2), abrufbar unter: <http://journals.sagepub.com/doi/10.1177/2056305115610140> (letzter Zugriff: 7.10.2018)
- Theocharis, Yannis/van Deth, Jan W. (2018). The continuous expansion of citizen participation: a new taxonomy, in: *European Political Science Review*, Vol. 10(01), 139–163
- Tillie, Jean (2004). Social capital of organisations and their members: explaining the political integration of immigrants in Amsterdam, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Vol. 30(3), 529–541
- UN Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2017). *International Migration Report 2017. Highlights*, New York: United Nations
- UN Statistics Division (2019). *Methodology. Standard country or area codes for statistical use (M49)*, abrufbar unter: <https://unstats.un.org/unsd/methodology/m49> (letzter Zugriff: 27.5.2019)
- UNECE (2015). *Conference of European Statistics Recommendations for the 2020 Censuses of Population and Housing*, New York/Geneva: United Nations Economic Commission for Europe
- UNESCO Institute for Statistics (2012). *International standard classification of education: ISCED 2011*, Montreal, Quebec: UNESCO Institute for Statistics, abrufbar unter: <http://www.uis.unesco.org/Education/Documents/isced-2011-en.pdf> (letzter Zugriff: 9.1.2019)
- Uslaner, Eric M. (2009). *Bowling Almost Alone: Political Participation in a New Democracy*, in: *ECPR Joint Sessions of Workshops*. Lisbon: European Consortium for Political Research
- Verba, Sidney (1967). Democratic Participation, in: *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science*, Vol. 373(1), 53–78

- Verba*, Sidney/*Nie*, Norman H. (1972). *Participation in America. Political Democracy and Social Equality*, New York: Harper & Row
- Verba*, Sidney/*Nie*, Norman H./*Kim*, Jae-on (1978). *Participation and political equality: a seven-nation comparison*, Cambridge: Cambridge University Press
- Verba*, Sidney/*Schlozman*, Kay L./*Brady*, Henry E. (1995). *Voice and equality. Civic voluntarism in American politics*, Cambridge: Harvard University Press
- Verba*, Sidney/*Schlozman*, Kay Lehman/*Brady*, Henry E./*Nie*, Norman H. (1993). Race, Ethnicity and Political Resources: Participation in the United States, in: *British Journal of Political Science*, Vol. 23(4), 453–497
- Vetter*, Angelika/*Remer-Bollow*, Uwe (2017). *Bürger und Beteiligung in der Demokratie: eine Einführung*, Wiesbaden: Springer VS
- Voicu*, Bogdan/*Comşa*, Mircea (2014). Immigrants' Participation in Voting: Exposure, Resilience, and Transferability, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Vol. 40(10), 1572–1592
- Walter*, Florian/*Rosenberger*, Sieglinde (2007). *Skilled Voices? Reflections on Political Participation and Education in Austria*, OECD, Directorate for Education
- White*, Stephen/*Nevitte*, Neil/*Blais*, André/*Gidengil*, Elisabeth/et al. (2008). The Political Resocialization of Immigrants: Resistance or Lifelong Learning?, in: *Political Research Quarterly*, Vol. 61(2), 268–281
- Wiedemann*, Claudia (2006). Politische Partizipation von Migranten und Migrantinnen, in: *Hoecker*, Beate (Hrsg.): *Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest*, Opladen: Budrich Verlag, 261–286
- Wolf*, Christof/*Best*, Henning (Hrsg.) (2010). *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse 1. Aufl.*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Wong*, Janelle (2006). *Democracy's Promise: Immigrants and American Civic Institutions*, University of Michigan Press, abrufbar unter: <http://public.eblib.com/choice/publicfullrecord.aspx?p=3414474> (letzter Zugriff: 22.3.2019)
- Young*, Iris Marion (2000). *Inclusion and Democracy*, Oxford: Oxford University Press
- Zani*, Bruna/*Barrett*, Martyn (2012). Engaged citizens? Political participation and social engagement among youth, women, minorities, and migrants, in: *Human Affairs*, Vol. 22, 273–282
- Zapata-Barrero*, Ricard/*Gabrielli*, Lorenzo/*Sánchez-Montijano*, Elena/*Thibaut*, Jaulin (2013). *The political participation of immigrants in host countries: An interpretative framework for the perspective of origin countries and societies*, Research Report, Position Paper, San Domenico di Fiesole: Robert Schuman Centre for Advanced Studies (European University Institute)

9. Anhang

9.1. Operationalisierung

Abhängige Variablen

Konventionelle Partizipation	<p>Anzahl der konventionellen Partizipationsformen, welche ein/e Befragte/r in den vergangenen 12 Monaten zumindest einmal genutzt hat (<i>Es gibt verschiedene Wege, die Lage in [Land] zu verbessern oder zu versuchen, Fehlentwicklungen zu vermeiden. Haben Sie während der letzten 12 Monate eine der folgenden Handlungen gesetzt? Haben Sie...</i>)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einen Politiker oder einen Vertreter der Bundesregierung, der Landesregierung oder der Gemeindeverwaltung kontaktiert • In einer politischen Partei oder Gruppierung mitgearbeitet • In irgendeiner anderen Organisation oder Vereinigung mitgearbeitet • Ein Abzeichen oder einen Aufkleber für eine politische Kampagne getragen oder irgendwo befestigt <p>Skala von 0 „keine dieser Formen genutzt“ bis 4 „jede dieser Formen mindestens einmal genutzt“</p>
Unkonventionelle Partizipation	<p>Anzahl der unkonventionellen Partizipationsformen, welche ein/e Befragte/r in den vergangenen 12 Monaten zumindest einmal genutzt hat (<i>Es gibt verschiedene Wege, die Lage in [Land] zu verbessern oder zu versuchen, Fehlentwicklungen zu vermeiden. Haben Sie während der letzten 12 Monate eine der folgenden Handlungen gesetzt? Haben Sie...</i>)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sich an einer Unterschriftensammlung beteiligt • An einer genehmigten öffentlichen Demonstration teilgenommen • Bestimmte Produkte boykottiert • Etwas über Politik im Internet gepostet oder geteilt, zum Beispiel auf Blogs, per E-Mail oder in sozialen Medien wie Facebook oder Twitter <p>Skala von 0 „keine dieser Formen genutzt“ bis 4 „jede dieser Formen mindestens einmal genutzt“</p>
Gesamte Partizipation (Alle Formen)	<p>Anzahl aller Partizipationsformen (konventionelle und unkonventionelle, s.o.), welche ein/e Befragte/r in den vergangenen 12 Monaten zumindest einmal genutzt hat (<i>Es gibt verschiedene Wege, die Lage in [Land] zu verbessern oder zu versuchen, Fehlentwicklungen zu vermeiden. Haben Sie während der letzten 12 Monate eine der folgenden Handlungen gesetzt? Haben Sie...</i>). Skala von 0 „keine dieser Formen genutzt“ bis 8 „jede dieser Formen mindestens einmal genutzt“</p>

Unabhängige Variablen

Bildung (ES-ISCED)	<p>Höchstes abgeschlossenes Bildungsniveau nach ES-ISCED: 1 = ES-ISCED I/less than lower secondary, 2 = ES-ISCED II/lower secondary, 3 = ES-ISCED IIIb/lower tier upper secondary, 4 = ES-ISCED IIIa/upper tier upper secondary, 5 = ES-ISCED IV/advanced vocational, sub degree, 6 = ES-ISCED V1/lower tertiary education, BA level, 7 = ES-ISCED V2/higher tertiary education >= MA level (= Ausgangsvariable für Bildungsgruppen)</p>
Bildung (Gruppen)	<p>1 = niedrige Bildung (ES-ISCED I und II), 2 = mittlere Bildung (ES-ISCED IIIb, IIIa und IV), 3 = hohe Bildung (ES-ISCED V1 und V2)</p>

Herkunft	<p>Geburtsland bzw. (für ZuwanderInnen zweiter Generation) Geburtsland der Mutter in Gruppen zusammengefasst:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Westen⁹⁰: Österreich, Belgien, Zypern, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Island, Irland, Italien, Liechtenstein, Luxembourg, Malta, Monaco, Niederlande, Norwegen, Portugal, San Marino, Spanien, Schweden, Schweiz, Großbritannien sowie Israel, USA, Kanada, Saint Pierre & Miquelon (Nordamerika), Bermuda, Grönland, Australien, Neuseeland, Weihnachtsinsel (Australien), Kokosinseln, Heard & McDonaldinseln (Australien), Norfolkinsel • Osteuropa: Albanien, Tschechische Republik, Estland, Weißrussland, Bosnien & Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Ungarn, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldau, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakei, Slowenien, Ukraine, Kosovo (sowie die zusätzlichen Country Codes „DDR“, „USSR“, „Tschechoslowakei“ und „Serbien und Montenegro“) • Andere: alle anderen Herkunftsländer
Aufenthaltsdauer	Anzahl der Jahre des Aufenthalts im Gastland (berechnet auf Basis der Frage <i>Wann sind Sie zum ersten Mal nach [Land] gekommen, um hier zu leben?</i>) in Gruppen zusammengefasst: 1 „max. 5 Jahre“, 2 „6-10 Jahre“, 3 „11-20 Jahre“, 4 „21-30 Jahre“ 5 „> 30 Jahre (inkl. ZuwanderInnen zweiter Generation)“
Staatsbürgerschaft	0 = nicht-StaatsbürgerIn, 1 = StaatsbürgerIn

Kontrollvariablen

Geschlecht	0 = weiblich, 1 = männlich
Alter	Alter in Jahren, in Gruppen zusammengefasst; 1 = jünger als 25, 2 = 25-34 Jahre, 3 = 35-44 Jahre, 4 = 45-54 Jahre, 5 = 55-64 Jahre, 6 = älter als 65 Jahre
Einkommen	Subjektive Einschätzung der Einkommenssituation (<i>Welche der Beschreibungen auf dieser Karte kommt dem am nächsten, wie Sie die derzeitige Einkommenssituation ihres Haushalts beurteilen? Mit dem gegenwärtigen Einkommen kann ich bzw. können wir...</i>) 1 = nur sehr schwer zurechtkommen, 2 = nur schwer zurechtkommen, 3 = zurechtkommen, 4 = bequem leben
Beschäftigungsstatus	<i>Welche der Beschreibungen auf dieser Karte passt zu dem, was er/sie in den letzten 7 Tagen getan hat; im Fall mehrerer Nennungen wurde die Hauptaktivität (Welche der Beschreibungen bezeichnet die Situation in den letzten 7 Tagen am besten) herangezogen.</i> 1 = bezahlte Tätigkeit, 2 = in Ausbildung, 3 = arbeitslos (inkl. aktiv auf Arbeitssuche; Wunsch nach einem Arbeitsplatz, aber nicht auf Arbeitssuche; chronisch krank oder behindert), 4 = pensioniert, 5 = Sonstige (inkl. Zivil- oder Militärdienst; Hausarbeit, Betreuung von Kindern oder anderen Personen und andere)
Verheiratet	0 = nicht verheiratet oder in einer eingetragenen Partnerschaft, 1 = verheiratet oder in einer eingetragenen Partnerschaft
Soziale Treffen	Häufigkeit sozialer Treffen (<i>Wie oft treffen Sie sich mit Freunden, Verwandten oder privat mit Arbeitskollegen?</i>) 1 = nie, 2 = weniger als einmal im Monat, 3 = einmal im Monat, 4 = mehrmals im Monat, 5 = einmal in der Woche, 6 = mehrmals in der Woche, 7 = täglich

⁹⁰ Dieser Gruppe wurden alle Länder zugerechnet, die laut der Einteilung geographischer Regionen der Statistischen Datenbank der Vereinten Nationen (vgl. UN Statistics Division 2019) zu Nord-, West- oder Südeuropa, zu Nordamerika oder zu Australien und Neuseeland gehören.

Urbaner Wohnort	Art des Wohnortes (<i>Welche dieser Bezeichnungen beschreibt am besten Ihr Wohngebiet</i>). 0 = kein urbaner Wohnort (Dorf, Bauernhof oder Haus auf dem Land), 1 = urbaner Wohnort (Großstadt, Vorort oder Randbezirk einer großen Stadt, Stadt oder Kleinstadt)
Gewerkschaftsmitgliedschaft	<i>Sind oder waren Sie jemals Mitglied einer Gewerkschaft oder einer ähnlichen Organisation?</i> 0 = Nein, 1 = Ja (Ja, zurzeit oder Ja, früher)
Politisches Interesse	<i>Wie sehr sind Sie persönlich an Politik interessiert?</i> 1 = überhaupt nicht interessiert, 2 = kaum interessiert, 3 = ziemlich interessiert, 4 = sehr interessiert
Internale Efficacy	Zwei Items (Durchschnittswert): (1) <i>Wie fähig fühlen Sie sich, eine aktive Rolle in einer Gruppe zu übernehmen, die sich für politische Themen engagiert?</i> (2) <i>Wie sehr vertrauen Sie Ihren eigenen Fähigkeiten, sich am politischen Geschehen zu beteiligen?</i> Skala von 1 (überhaupt nicht) bis 5 (sehr)
Externale Efficacy	Zwei Items (Durchschnittswert): (1) <i>Aus Ihrer Sicht: In welchem Maße gibt das politische System in [Land] Menschen wie Ihnen eine Mitsprachemöglichkeit bei dem, was die Regierung tut?</i> (2) <i>Was meinen Sie: In welchem Maße gibt das politische System in [Land] Menschen wie Ihnen die Möglichkeit, die Politik zu beeinflussen?</i> Skala von 1 (überhaupt nicht) bis 5 (sehr)
Regierungszufriedenheit	<i>Wenn Sie nun an die Bundesregierung von [Land] denken, wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise, wie sie ihre Arbeit verrichtet?</i> Skala von 0 (äußerst unzufrieden) bis 10 (äußerst zufrieden)

Faktorenanalyse konventioneller und unkonventioneller politischer Partizipation

Tabelle 9. Politische Partizipationsformen: Ergebnisse der konfirmatorischen Faktorenanalyse

	Konventionell	Unkonventionell
Kontakt	0.47	
Partei	0.48	
Organisation	0.52	
Abzeichen	0.5	
Petition		0.63
Demonstration		0.46
Boykott		0.48
Online		0.48

Es werden die standardisierten Faktorladungen des Strukturgleichungsmodells (*sem-Befehl in Stata*) dargestellt, bei dem die konventionellen und unkonventionellen Faktoren als latente Konstrukte spezifiziert wurden. Ein hoher Wert von 0,951 für den Comparative Fit Index (CFI) sowie ein niedriger Wert von 0,047 für den Root Mean Square Error of Aproximation (RMSEA) bestätigen die Güte des Modells für den Datensatz. $N = 28,048$. Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder.

9.2. Beschreibung des Samples

Table 10. Fallzahlen: ZuwanderInnen und Mehrheitsbevölkerung je Land

	ZuwanderInnen		Mehrheitsbevölkerung		Gesamt
	N	%	N	%	
Österreich	267	13.3%	1743	86.7%	2010
Belgien	327	18.5%	1439	81.5%	1766
Schweiz	500	32.8%	1025	67.2%	1525
Deutschland	398	14.0%	2454	86.0%	2852
Spanien	220	11.2%	1738	88.8%	1958
Finnland	85	4.4%	1840	95.6%	1925
Frankreich	301	14.5%	1768	85.5%	2069
Großbritannien	335	17.1%	1624	82.9%	1959
Irland	480	17.4%	2277	82.6%	2757
Island	59	6.7%	821	93.3%	880
Italien	240	9.1%	2385	90.9%	2625
Niederlande	177	10.5%	1503	89.5%	1680
Norwegen	188	12.2%	1357	87.8%	1545
Portugal	105	8.3%	1165	91.7%	1270
Schweden	220	14.2%	1329	85.8%	1549
Gesamt	3902	13.8%	24468	86.2%	28370

Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder.

Table 11. Herkunftsländer der westlichen ZuwanderInnen

	Anzahl	%		Anzahl	%
Deutschland	212	18.8%	Dänemark	35	3.1%
Großbritannien	182	16.1%	Irland	34	3.0%
Italien	131	11.6%	Finnland	29	2.6%
Frankreich	107	9.5%	Schweiz	28	2.5%
Portugal	89	7.9%	Griechenland	19	1.7%
Niederlande	51	4.5%	Australien	17	1.5%
Spanien	41	3.6%	Belgien	17	1.5%
Schweden	36	3.2%	Norwegen	10	0.9%
USA	36	3.2%	Kanada	7	0.6%
Österreich	35	3.1%	Sonstige	11	1.1%
Gesamt	1127				

Herkunftsländer mit weniger als 5 Fällen sind unter "Sonstige" zusammengefasst.

Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder.

Tabelle 12. Herkunftsländer der osteuropäischen ZuwanderInnen

	Anzahl	%		Anzahl	%
Polen	221	24.5%	Mazedonien	23	2.5%
Rumänien	134	14.9%	"Jugoslawien"	22	2.4%
Russland	60	6.7%	Bulgarien	21	2.3%
Bosnien & Herzegowina	55	6.1%	Estland	16	1.8%
Albanien	49	5.4%	Slowakei	14	1.6%
Kosovo	45	5.0%	Lettland	13	1.4%
Serbien	38	4.2%	"Tschechoslowakei"	12	1.3%
Ukraine	36	4.0%	Slowenien	8	0.9%
Kroatien	34	3.8%	Moldawien	7	0.8%
CZ	28	3.1%	Belarus	5	0.6%
Ungarn	27	3.0%	Sonstige	7	0.7%
Litauen	27	3.0%			
Gesamt	902	100%			

Herkunftsländer mit weniger als 5 Fällen sind unter "Sonstige" zusammengefasst.

Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder.

Tabelle 13. Herkunftsländer der "anderen" (nicht-europäischen, nicht-westlichen) ZuwanderInnen

	Anzahl	%		Anzahl	%
Türkei	176	12.6%	Suriname	27	1.9%
Marokko	165	11.8%	Kolumbien	25	1.8%
Indien	95	6.8%	Ecuador	25	1.8%
Brasilien	61	4.4%	Argentinien	24	1.7%
Algerien	59	4.2%	Kongo	22	1.6%
Pakistan	38	2.7%	Indonesien	22	1.6%
Angola	31	2.2%	Iran	22	1.6%
Syrien	31	2.2%	Vietnam	22	1.6%
Nigeria	30	2.1%	Thailand	20	1.4%
Tunesien	29	2.1%	Sonstige	449	31.9%
Philippinen	28	2.0%			
Gesamt	1401	100%			

Herkunftsländer mit weniger als 20 Fällen sind unter "Sonstige" zusammengefasst.

Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017).

Tabelle 14. Soziodemographische Merkmale der ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung

	ZuwanderInnen	Mehrheitsbevölkerung
Geschlecht		
Anteil männlich	48.4%	48.7%
Alter		
< 25 Jahre	11.9%	10.9%
25-34 Jahre	19.8%	12.5%
35-44 Jahre	23.5%	14.6%
45-54 Jahre	19.1%	17.6%
55-64 Jahre	13.0%	17.7%
> 65 Jahre	12.7%	26.7%
<i>Ø Alter in Jahren</i>	<i>43.95</i>	<i>50.65</i>
Einschätzung der Einkommenssituation		
nur sehr schwer zurechtkommen	5.4%	3.4%
nur schwer zurechtkommen	17.6%	11.1%
zurechtkommen	44.1%	44.0%
bequem leben	32.9%	41.5%
<i>Ø Einkommenssituation (1-4)</i>	<i>3.04</i>	<i>3.24</i>
Beschäftigungsstatus		
In bezahlter Arbeit	56.8%	50.3%
In Ausbildung	8.8%	7.7%
Arbeitslos	11.8%	7.8%
Pensioniert	12.9%	26.3%
andere Beschäftigung	9.7%	8.0%

Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder.

Tabelle 15. Übersicht Kontrollvariablen: Rekrutierung und Engagement (ZuwanderInnen und Mehrheitsbevölkerung)

	ZuwanderInnen		Mehrheitsbevölkerung	
	Ø	SD	Ø	SD
Rekrutierung				
Verheiratet (1 = ja)	0.52	0.50	0.50	0.50
Soziale Treffen (1-7)	4.98	1.49	5.12	1.45
Urbaner Wohnort (1 = ja)	0.74	0.44	0.58	0.49
Gewerkschaftsmitglied (1 = ja)	0.29	0.45	0.41	0.49
Engagement				
Politisches Interesse (1-4)	2.43	0.98	2.53	0.91
Internale Efficacy (1-5)	2.22	0.99	2.24	0.97
Externale Efficacy (1-5)	2.34	0.92	2.30	0.84
Regierungszufriedenheit (0-10)	5.15	2.36	4.46	2.38

Mittelwerte (Ø) und Standardabweichungen (SD) für die Kontrollvariablen.
Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder.

9.3. Ergebnisse der deskriptiven Analysen

Tabelle 16. Nutzung der Partizipationsformen nach Migrationshintergrund

	ZuwanderInnen	Mehrheitsbevölkerung	Alle
Nutzung einzelner Partizipationsformen			
Kontakt	13.2%	18.2%	17.5%
Partei	4.67%	4.69%	4.7%
Organisation	16.8%	22.3%	21.5%
Abzeichen	9.0%	11.4%	11.1%
Petition	26.1%	32.1%	31.2%
Demonstration	10.3%	9.3%	9.4%
Boycott	20.8%	24.3%	23.8%
Online	23.5%	20.9%	21.3%
Nutzung zumindest einer (konventionellen oder unkonventionellen) Form			
Irgendeine Form	52.1%	60.5%	59.3%
Konventionell	28.8%	37.1%	35.8%
Unkonventionell	45.2%	49.5%	48.9%
<i>N</i>	3848	24196	28044

Anteile der Personen, die die einzelnen Partizipationsformen in den vergangenen 12 Monaten zumindest einmal genutzt haben bzw. die sich zumindest einmal (auf konventionellem oder unkonventionellem Weg) politisch beteiligt haben.

Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

Tabelle 17. Nutzung der Partizipationsformen nach Herkunft und Staatsbürgerschaft

	ZuwanderInnen nach Herkunft			ZuwanderInnen nach Staatsbürgerschaft (SB)	
	Westen	Osteuropa	Andere	SB	Nicht-SB
Nutzung der einzelnen Partizipationsformen					
Kontakt	15.9%	11.1%	11.1%	15.0%	10.8%
Partei	5.0%	3.6%	4.4%	5.8%	3.2%
Organisation	21.1%	13.2%	16.1%	19.9%	12.6%
Abzeichen	10.7%	4.8%	8.0%	10.1%	7.5%
Petition	33.9%	18.4%	24.3%	31.3%	19.4%
Demonstration	10.1%	8.4%	11.2%	12.1%	8.1%
Boycott	28.5%	17.6%	17.7%	23.4%	17.5%
Online	24.3%	16.3%	26.3%	25.8%	20.7%
Nutzung zumindest einer (konventionellen oder unkonventionellen) Form					
Irgendeine Form	60.5%	41.4%	51.8%	58.4%	43.9%
Konventionell	35.5%	21.1%	26.7%	33.4%	22.7%
Unkonventionell	53.4%	35.7%	44.9%	50.8%	38.0%
<i>N</i>	1117	885	1385	2195	1641

Anteile der Personen, die die einzelnen Partizipationsformen in den vergangenen 12 Monaten zumindest einmal genutzt haben bzw. die sich zumindest einmal (auf konventionellem oder unkonventionellem Weg) politisch beteiligt haben. Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

Tabelle 18. Nutzung der Partizipationsformen nach Bildung und Migrationshintergrund

	ZuwanderInnen (N = 3794)			Mehrheitsbevölkerung (N = 24,073)		
	Bildungsniveau			Bildungsniveau		
	niedrig	mittel	hoch	niedrig	mittel	hoch
Nutzung der einzelnen Partizipationsformen						
Kontakt	8.6%	12.2%	20.0%	11.6%	18.3%	28.0%
Partei	1.6%	4.7%	8.2%	3.1%	4.2%	8.1%
Organisation	9.5%	16.5%	25.7%	13.6%	23.2%	33.5%
Abzeichen	5.9%	9.3%	12.2%	8.3%	11.4%	16.2%
Petition	14.3%	27.4%	38.5%	18.7%	34.0%	48.0%
Demonstration	6.9%	10.5%	14.4%	6.7%	8.8%	14.3%
Boycott	12.3%	23.0%	27.8%	13.1%	26.5%	36.4%
Online	15.0%	23.2%	34.6%	13.1%	21.3%	31.9%
Nutzung zumindest einer (konventionellen oder unkonventionellen) Form						
Irgendeine Form	37.5%	54.4%	66.3%	44.4%	64.0%	77.5%
Konventionell	18.8%	28.8%	40.4%	25.6%	38.2%	52.0%
Unkonventionell	31.3%	47.8%	58.3%	33.5%	52.7%	66.8%
<i>N</i>	998	1660	1136	6981	11410	5682

Anteile der Personen, die die einzelnen Partizipationsformen in den vergangenen 12 Monaten zumindest einmal genutzt haben bzw. die sich zumindest einmal (auf konventionellem oder unkonventionellem Weg) politisch beteiligt haben. Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

Tabelle 19. Durchschnittliche Partizipationsniveaus der (Gruppen der) ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung

	alle Formen		konventionell		unkonventionell		N
	Ø	SD	Ø	SD	Ø	SD	
Migrationshintergrund							
ZuwanderInnen	1.24	1.63	0.44	0.81	0.80	1.07	3902
Mehrheitsbevölkerung	1.43	1.64	0.57	0.88	0.86	1.07	24468
ZuwanderInnen nach Herkunft							
Westen	1.50	1.69	0.53	0.85	0.97	1.13	1127
Osteuropa	0.94	1.50	0.33	0.73	0.61	0.97	902
Andere	1.18	1.56	0.39	0.76	0.79	1.06	1401
ZuwanderInnen nach Staatsbürgerschaft (SB)							
StaatsbürgerInnen	1.44	1.68	0.51	0.85	0.92	1.12	2224
Nicht-StaatsbürgerInnen	0.99	1.51	0.34	0.74	0.65	1.00	1666
ZuwanderInnen nach Aufenthaltsdauer (Gruppen)							
< 6 Jahre	0.96	1.42	0.33	0.67	0.64	0.97	348
6-10 Jahre	0.96	1.41	0.32	0.66	0.64	0.99	437
11-20 Jahre	1.11	1.61	0.38	0.78	0.73	1.06	929
21-30 Jahre	1.38	1.68	0.46	0.82	0.92	1.15	438
> 30 Jahre	1.40	1.68	0.49	0.85	0.91	1.10	1539
ZuwanderInnen nach Bildungsniveau (Gruppen)							
niedrige Bildung	0.73	1.26	0.25	0.61	0.48	0.84	1014
mittlere Bildung	1.27	1.56	0.43	0.78	0.84	1.06	1682
hohe Bildung	1.81	1.90	0.66	0.98	1.15	1.22	1151
Mehrheitsbevölkerung nach Bildungsniveau (Gruppen)							
niedrige Bildung	0.88	1.32	0.37	0.73	0.51	0.85	7065
mittlere Bildung	1.47	1.59	0.57	0.87	0.90	1.06	11534
hohe Bildung	2.16	1.85	0.86	1.02	1.30	1.21	5740
ZuwanderInnen nach Bildungsniveau (ES-ISCED-Stufen)							
ES-ISCED I	0.53	0.98	0.17	0.49	0.35	0.67	368
ES-ISCED II	0.84	1.36	0.29	0.66	0.54	0.91	646
ES-ISCED IIIb	0.96	1.30	0.32	0.66	0.64	0.90	633
ES-ISCED IIIa	1.41	1.68	0.48	0.79	0.93	1.15	523
ES-ISCED IV	1.50	1.67	0.51	0.90	0.98	1.12	526
ES-ISCED V1	1.47	1.75	0.53	0.88	0.95	1.14	483
ES-ISCED V2	2.07	1.97	0.77	1.05	1.31	1.25	668
Mehrheitsbevölkerung nach Bildungsniveau (ES-ISCED-Stufen)							
ES-ISCED I	0.59	1.05	0.29	0.65	0.30	0.65	2885
ES-ISCED II	1.05	1.43	0.41	0.77	0.64	0.92	4180
ES-ISCED IIIb	1.26	1.45	0.49	0.81	0.76	0.97	4357
ES-ISCED IIIa	1.49	1.63	0.56	0.87	0.93	1.09	3874
ES-ISCED IV	1.75	1.67	0.69	0.92	1.06	1.10	3303
ES-ISCED V1	2.03	1.79	0.80	0.99	1.23	1.17	2629
ES-ISCED V2	2.27	1.90	0.90	1.04	1.37	1.23	3111

Mittelwerte (Ø) und Standardabweichungen (SD) für die partizipativen Indizes (Skalen von 0 bis 8 für die gesamte Partizipation und von 0 bis 4 für die konventionelle bzw. unkonventionelle Partizipation).

Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

9.4. Regressionsanalysen

9.4.1. Weitere Ergebnisse

Einfluss des Bildungsniveaus auf die politische Partizipation aller Befragten

Regressionsstabelle 6. Gesamte, konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation in Abhängigkeit von Migrationshintergrund, Bildungsniveau und Kontrollvariablen (OLS-Regression)⁹¹

	Alle Formen		Konventionell		Unkonventionell	
Migrationshintergrund	-0.0512	(0.094)	-0.0489**	(0.003)	-0.00224	(0.914)
niedrige Bildung	0	(.)	0	(.)	0	(.)
mittlere Bildung	0.194***	(0.000)	0.0477***	(0.000)	0.146***	(0.000)
hohe Bildung	0.495***	(0.000)	0.173***	(0.000)	0.322***	(0.000)
Geschlecht (männlich)	-0.177***	(0.000)	-0.00830	(0.468)	-0.168***	(0.000)
Alter	-0.0319***	(0.000)	0.0331***	(0.000)	-0.0650***	(0.000)
Einkommen	-0.0308*	(0.026)	-0.0203*	(0.012)	-0.0106	(0.255)
In bezahlter Arbeit	0	(.)	0	(.)	0	(.)
In Ausbildung	0.155***	(0.000)	0.0943***	(0.000)	0.0609*	(0.045)
Arbeitslos	0.0886*	(0.020)	0.0402	(0.066)	0.0485	(0.070)
Pensioniert	-0.147***	(0.000)	-0.0571**	(0.002)	-0.0895***	(0.000)
andere Beschäftigung	-0.0278	(0.444)	0.00894	(0.660)	-0.0368	(0.130)
Verheiratet	-0.0258	(0.225)	0.0317**	(0.008)	-0.0575***	(0.000)
Soziale Treffen	0.103***	(0.000)	0.0661***	(0.000)	0.0371***	(0.000)
Urbaner Wohnort	0.000598	(0.976)	-0.0941***	(0.000)	0.0947***	(0.000)
Gewerkschaftsmitglied	0.466***	(0.000)	0.220***	(0.000)	0.246***	(0.000)
Politisches Interesse	0.349***	(0.000)	0.110***	(0.000)	0.239***	(0.000)
Internale Efficacy	0.466***	(0.000)	0.238***	(0.000)	0.228***	(0.000)
Externale Efficacy	0.120***	(0.000)	0.0623***	(0.000)	0.0578***	(0.000)
Regierungszufriedenheit	-0.0932***	(0.000)	-0.0200***	(0.000)	-0.0732***	(0.000)
(Konstante)	-0.915***	(0.000)	-0.797***	(0.000)	-0.118**	(0.009)
Korrigiertes R ²	0.287		0.193		0.242	
N	26278		26278		26278	

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

⁹¹ Das im Kapitel 6.1 dargestellte „Basismodell“ für den gesamten Datensatz wurde um die unabhängige Variable des Bildungsniveaus erweitert.

*Bildungseffekte für die gesamte politische Partizipation (alle Formen):
ZuwanderInnen und Mehrheitsbevölkerung im Vergleich*

Regressionstabelle 7. Politische Partizipation (alle Formen) der ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung in Abhängigkeit von Bildungsniveau und Kontrollvariablen (OLS-Regression)⁹²

	ZuwanderInnen		Mehrheitsbevölkerung	
niedrige Bildung	0	(.)	0	(.)
mittlere Bildung	0.226***	(0.001)	0.184***	(0.000)
hohe Bildung	0.544***	(0.000)	0.481***	(0.000)
Geschlecht (männlich)	-0.0327	(0.561)	-0.201***	(0.000)
Alter	-0.0129	(0.607)	-0.0360***	(0.000)
Einkommen	0.0109	(0.766)	-0.0389**	(0.009)
In bezahlter Arbeit	0	(.)	0	(.)
In Ausbildung	0.210	(0.071)	0.143**	(0.002)
Arbeitslos	-0.0718	(0.419)	0.134**	(0.001)
Pensioniert	-0.172	(0.099)	-0.140***	(0.000)
andere Beschäftigung	0.0335	(0.695)	-0.0376	(0.347)
Verheiratet	-0.0966	(0.101)	-0.0114	(0.615)
Soziale Treffen	0.113***	(0.000)	0.101***	(0.000)
Urbaner Wohnort	0.0128	(0.842)	-0.000677	(0.974)
Gewerkschaftsmitglied	0.421***	(0.000)	0.472***	(0.000)
Politisches Interesse	0.377***	(0.000)	0.344***	(0.000)
Internale Efficacy	0.388***	(0.000)	0.480***	(0.000)
Externale Efficacy	0.0985**	(0.006)	0.124***	(0.000)
Regierungszufriedenheit	-0.118***	(0.000)	-0.0884***	(0.000)
(Konstante)	-0.969***	(0.000)	-0.904***	(0.000)
Korrigiertes R ²	0.272		0.290	
N	3367		22911	

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

⁹² Die Auswahl der unabhängigen Variablen entspricht dem in Kapitel 6.2.2 dargestellten Modell, als abhängige Variable wurde der partizipative Index aller Beteiligungsformen herangezogen.

Interaktionseffekte zwischen Bildung und Migrationshintergrund

Regressionstabelle 8. Gesamte, konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation in Abhängigkeit von Migrationshintergrund (Mig-Hint), Bildungsniveau und Kontrollvariablen mit Interaktionsterm Bildung & Migrationshintergrund (OLS-Regression)

	Alle Formen		Konventionell		Unkonventionell	
Mig-Hint	-0.0742	(0.163)	-0.0581*	(0.030)	-0.0160	(0.659)
niedrige Bildung	0	(.)	0	(.)	0	(.)
mittlere Bildung	0.189***	(0.000)	0.0461**	(0.001)	0.143***	(0.000)
hohe Bildung	0.491***	(0.000)	0.170***	(0.000)	0.321***	(0.000)
Mig-Hint # niedrige Bildung	0	(.)	0	(.)	0	(.)
Mig-Hint # mittlere Bildung	0.0358	(0.596)	0.0112	(0.749)	0.0245	(0.599)
Mig-Hint # hohe Bildung	0.0272	(0.741)	0.0157	(0.717)	0.0114	(0.835)
Geschlecht (männlich)	-0.177***	(0.000)	-0.00833	(0.467)	-0.168***	(0.000)
Alter	-0.0321***	(0.000)	0.0330***	(0.000)	-0.0651***	(0.000)
Einkommen	-0.0309*	(0.026)	-0.0203*	(0.012)	-0.0106	(0.252)
In bezahlter Arbeit	0	(.)	0	(.)	0	(.)
In Ausbildung	0.154***	(0.000)	0.0940***	(0.000)	0.0605*	(0.047)
Arbeitslos	0.0888*	(0.020)	0.0403	(0.066)	0.0485	(0.069)
Pensioniert	-0.147***	(0.000)	-0.0572**	(0.002)	-0.0896***	(0.000)
andere Beschäftigung	-0.0280	(0.441)	0.00891	(0.662)	-0.0369	(0.129)
Verheiratet	-0.0258	(0.226)	0.0317**	(0.008)	-0.0575***	(0.000)
Soziale Treffen	0.103***	(0.000)	0.0661***	(0.000)	0.0371***	(0.000)
Urbaner Wohnort	0.000845	(0.966)	-0.0940***	(0.000)	0.0949***	(0.000)
Gewerkschaftsmitglied	0.466***	(0.000)	0.220***	(0.000)	0.247***	(0.000)
Politisches Interesse	0.349***	(0.000)	0.110***	(0.000)	0.239***	(0.000)
Internale Efficacy	0.466***	(0.000)	0.238***	(0.000)	0.228***	(0.000)
Externale Efficacy	0.120***	(0.000)	0.0624***	(0.000)	0.0579***	(0.000)
Regierungszufriedenheit	-0.0932***	(0.000)	-0.0200***	(0.000)	-0.0732***	(0.000)
(Konstante)	-0.911***	(0.000)	-0.795***	(0.000)	-0.116*	(0.011)
Korrigiertes R ²	0.287		0.193		0.242	
N	26278		26278		26278	

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

Regressionstabelle 9. Gesamte, konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation in Abhängigkeit von Migrationshintergrund (Mig-Hint), Bildungsniveau (ES-ISCED) und Kontrollvariablen mit Interaktionsterm Bildung & Migrationshintergrund (OLS-Regression)

	Alle Formen		Konventionell		Unkonventionell	
Mig-Hint	-0.102	(0.115)	-0.0719*	(0.032)	-0.0296	(0.500)
Bildung (ES-ISCED)	0.106**	(0.000)	0.0372**	(0.000)	0.0692**	(0.000)
Mig-Hint # Bildung	0.0123	(0.427)	0.00586	(0.479)	0.00643	(0.534)
Geschlecht (männlich)	-0.175**	(0.000)	-0.00795	(0.487)	-0.167**	(0.000)
Alter	-0.0278**	(0.002)	0.0350**	(0.000)	-0.0628**	(0.000)
Einkommen	-0.0385**	(0.005)	-0.0234**	(0.004)	-0.0151	(0.105)
In bezahlter Arbeit	0	(.)	0	(.)	0	(.)
In Ausbildung	0.167**	(0.000)	0.101**	(0.000)	0.0662*	(0.028)
Arbeitslos	0.0934*	(0.014)	0.0429*	(0.050)	0.0505	(0.058)
Pensioniert	-0.129**	(0.000)	-0.0493**	(0.007)	-0.0797**	(0.000)
andere Beschäftigung	-0.0171	(0.636)	0.0146	(0.472)	-0.0317	(0.191)
Verheiratet	-0.0282	(0.184)	0.0307*	(0.010)	-0.0589**	(0.000)
Soziale Treffen	0.104**	(0.000)	0.0666**	(0.000)	0.0377**	(0.000)
Urbaner Wohnort	-0.00454	(0.818)	-0.0954**	(0.000)	0.0909**	(0.000)
Gewerkschaftsmitglied	0.459**	(0.000)	0.216**	(0.000)	0.243**	(0.000)
Politisches Interesse	0.343**	(0.000)	0.108**	(0.000)	0.235**	(0.000)
Internale Efficacy	0.458**	(0.000)	0.236**	(0.000)	0.223**	(0.000)
Externale Efficacy	0.120**	(0.000)	0.0623**	(0.000)	0.0579**	(0.000)
Regierungszufriedenheit	-0.0925**	(0.000)	-0.0197**	(0.000)	-0.0728**	(0.000)
(Konstante)	-1.084**	(0.000)	-0.866**	(0.000)	-0.218**	(0.000)
Korrigiertes R ²	0.289		0.194		0.244	
N	26278		26278		26278	

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

Gesamte politische Partizipation der ZuwanderInnen in Abhängigkeit der migrationspezifischen Variablen

Regressionstabelle 10. Gesamte politische Partizipation (alle Formen) der ZuwanderInnen in Abhängigkeit von migrationspezifischen Variablen, Bildungsniveau und Kontrollvariablen (OLS-Regression)⁹³

	Modell 1		Modell 2		Modell 3		Modell 4	
niedrige Bildung	0	(.)	0	(.)	0	(.)	0	(.)
mittlere Bildung	0.226***	(0.001)	0.206**	(0.004)	0.194**	(0.006)	0.192**	(0.007)
hohe Bildung	0.544***	(0.000)	0.545***	(0.000)	0.542***	(0.000)	0.534***	(0.000)
Geschlecht (männlich)	-0.0327	(0.561)	-0.0183	(0.769)	-0.00955	(0.877)	-0.0169	(0.784)
Alter	-0.0129	(0.607)	-0.0449	(0.117)	-0.0450	(0.117)	-0.0463	(0.107)
Einkommen	0.0109	(0.766)	-0.00173	(0.966)	-0.00441	(0.913)	-0.00831	(0.837)
In bezahlter Arbeit	0	(.)	0	(.)	0	(.)	0	(.)
In Ausbildung	0.210	(0.071)	0.241	(0.070)	0.255	(0.056)	0.246	(0.064)
Arbeitslos	-0.0718	(0.419)	-0.0918	(0.332)	-0.0830	(0.378)	-0.0828	(0.378)
Pensioniert	-0.172	(0.099)	-0.181	(0.103)	-0.194	(0.081)	-0.191	(0.084)
andere Beschäftigung	0.0335	(0.695)	0.00668	(0.941)	0.0164	(0.854)	0.0165	(0.854)
Verheiratet	-0.0966	(0.101)	-0.0843	(0.185)	-0.0816	(0.199)	-0.0817	(0.197)
Soziale Treffen	0.113***	(0.000)	0.106***	(0.000)	0.107***	(0.000)	0.108***	(0.000)
Urbaner Wohnort	0.0128	(0.842)	0.0335	(0.633)	0.0384	(0.583)	0.0345	(0.620)
Gewerkschaftsmitglied	0.421***	(0.000)	0.358***	(0.000)	0.355***	(0.000)	0.353***	(0.000)
Politisches Interesse	0.377***	(0.000)	0.376***	(0.000)	0.378***	(0.000)	0.377***	(0.000)
Internale Efficacy	0.388***	(0.000)	0.359***	(0.000)	0.356***	(0.000)	0.353***	(0.000)
Externale Efficacy	0.0985**	(0.006)	0.0889*	(0.021)	0.0891*	(0.021)	0.0905*	(0.019)
Regierungszufriedenheit	-0.118***	(0.000)	-0.112***	(0.000)	-0.112***	(0.000)	-0.112***	(0.000)
Westen			0	(.)				
Osteuropa			-0.251**	(0.003)				
Andere			-0.125	(0.112)				
Aufenthaltsdauer			0.0447	(0.120)	0.0462	(0.108)	0.0335	(0.465)
Staatsbürgerschaft			0.0196	(0.790)	0.0362	(0.619)		
Westliches					0.175*	(0.014)		
Herkunftsland								
nicht-westlich							-0.412*	(0.046)
nicht-SB							0	(.)
SB							-0.161	(0.186)
nicht-westlich # nicht-SB							0	(.)
nicht-westlich # SB							0.305*	(0.042)
nicht-westlich # Aufenthaltsdauer							0.0136	(0.808)
(Konstante)	-0.969***	(0.000)	-0.802***	(0.001)	-0.988***	(0.000)	-0.620*	(0.030)
Korrigiertes R ²	0.272		0.268		0.267		0.269	
N	3367		2886		2886		2886	

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder, nur ZuwanderInnen. Gewichtete Daten.

⁹³ Die Auswahl der unabhängigen Variablen für die Modelle 1-4 entspricht den Modellen, mit denen in Kapitel 6.3 jeweils nur die konventionelle bzw. nur die unkonventionelle politische Partizipation geschätzt wurde.

9.4.2. Robustheit der Ergebnisse

Wirkung des Bildungsniveaus

Regressionstabelle 11. Gesamte, konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen in Abhängigkeit von Bildungsniveau (ES-ISCED) und Kontrollvariablen (OLS-Regression)⁹⁴

	Alle Formen		Konventionell		Unkonventionell	
Bildung (ES-ISCED)	0.124***	(0.000)	0.0500***	(0.000)	0.0742***	(0.000)
Geschlecht (männlich)	-0.0333	(0.552)	0.0312	(0.303)	-0.0645	(0.089)
Alter	-0.0118	(0.637)	0.0319*	(0.016)	-0.0437*	(0.011)
Einkommen	-0.000849	(0.981)	-0.0302	(0.150)	0.0293	(0.221)
In bezahlter Arbeit	0	(.)	0	(.)	0	(.)
In Ausbildung	0.216	(0.063)	0.121*	(0.045)	0.0948	(0.243)
Arbeitslos	-0.0692	(0.431)	0.0207	(0.663)	-0.0899	(0.144)
Pensioniert	-0.148	(0.154)	-0.0459	(0.435)	-0.102	(0.125)
andere Beschäftigung	0.0312	(0.712)	0.0368	(0.384)	-0.00560	(0.928)
Verheiratet	-0.0912	(0.119)	-0.0125	(0.691)	-0.0787*	(0.048)
Soziale Treffen	0.114***	(0.000)	0.0557***	(0.000)	0.0581***	(0.000)
Urbaner Wohnort	0.00816	(0.899)	-0.0441	(0.190)	0.0523	(0.213)
Gewerkschaftsmitglied	0.416***	(0.000)	0.192***	(0.000)	0.224***	(0.000)
Politisches Interesse	0.369***	(0.000)	0.128***	(0.000)	0.241***	(0.000)
Internale Efficacy	0.379***	(0.000)	0.185***	(0.000)	0.194***	(0.000)
Externale Efficacy	0.0979**	(0.006)	0.0492**	(0.010)	0.0487*	(0.036)
Regierungszufriedenheit	-0.116***	(0.000)	-0.0315***	(0.000)	-0.0846***	(0.000)
(Konstante)	-1.156***	(0.000)	-0.754***	(0.000)	-0.402**	(0.001)
Korrigiertes R ²	0.277		0.189		0.232	
N	3367		3367		3367	

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Quelle: ESS (Welle 8, 2016), 15 Länder. Gewichtete Daten.

⁹⁴ Entspricht den in Kapitel 6.2.1 dargestellten Modellen mit einer alternativen Operationalisierung des Bildungsniveaus: Die Bildungsvariable bildet das Bildungsniveau nach ES-ISCED auf einer siebenstufigen Skala ab.

Regressionstabelle 12. Konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen und der Mehrheitsbevölkerung in Abhängigkeit von Bildungsniveau (ES-ISCED) und Kontrollvariablen (OLS-Regression)⁹⁵

	Konventionell				Unkonventionell			
	MIG		MB		MIG		MB	
Bildung (ES-ISCED)	0.0500***	(0.000)	0.0355***	(0.000)	0.0742***	(0.000)	0.0689***	(0.000)
Geschlecht (männlich)	0.0312	(0.303)	-0.0147	(0.233)	-0.0645	(0.089)	-0.184***	(0.000)
Alter	0.0319*	(0.016)	0.0352***	(0.000)	-0.0437*	(0.011)	-0.0664***	(0.000)
Einkommen	-0.0302	(0.150)	-0.0218*	(0.012)	0.0293	(0.221)	-0.0239*	(0.018)
In bezahlter Arbeit	0	(.)	0	(.)	0	(.)	0	(.)
In Ausbildung	0.121*	(0.045)	0.0961***	(0.000)	0.0948	(0.243)	0.0613	(0.060)
Arbeitslos	0.0207	(0.663)	0.0501*	(0.042)	-0.0899	(0.144)	0.0888**	(0.003)
Pensioniert	-0.0459	(0.435)	-0.0488*	(0.012)	-0.102	(0.125)	-0.0739***	(0.001)
andere Beschäftigung	0.0368	(0.384)	0.0103	(0.651)	-0.00560	(0.928)	-0.0351	(0.183)
Verheiratet	-0.0125	(0.691)	0.0378**	(0.003)	-0.0787*	(0.048)	-0.0531***	(0.001)
Soziale Treffen	0.0557***	(0.000)	0.0683***	(0.000)	0.0581***	(0.000)	0.0342***	(0.000)
Urbaner Wohnort	-0.0441	(0.190)	-0.102***	(0.000)	0.0523	(0.213)	0.0962***	(0.000)
Gewerkschaftsmitglied	0.192***	(0.000)	0.219***	(0.000)	0.224***	(0.000)	0.245***	(0.000)
Politisches Interesse	0.128***	(0.000)	0.104***	(0.000)	0.241***	(0.000)	0.234***	(0.000)
Internale Efficacy	0.185***	(0.000)	0.245***	(0.000)	0.194***	(0.000)	0.228***	(0.000)
Externale Efficacy	0.0492**	(0.010)	0.0645***	(0.000)	0.0487*	(0.036)	0.0597***	(0.000)
Regierungszufriedenheit	-0.0315***	(0.000)	-0.0179***	(0.000)	-0.0846***	(0.000)	-0.0701***	(0.000)
(Konstante)	-0.754***	(0.000)	-0.897***	(0.000)	-0.402**	(0.001)	-0.183***	(0.000)
Korrigiertes R ²	0.189		0.193		0.232		0.247	
N	3367		22911		3367		22911	

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder. Gewichtete Daten.

⁹⁵ Entspricht den in Kapitel 6.2.2 dargestellten Modellen mit einer alternativen Operationalisierung des Bildungsniveaus: Die Bildungsvariable bildet das Bildungsniveau nach ES-ISCED auf einer siebenstufigen Skala ab.

Wirkung der Aufenthaltsdauer

Regressionstabelle 13. Gesamte politische Partizipation der ZuwanderInnen in Abhängigkeit von migrationspezifischen Variablen, Bildungsniveau und Kontrollvariablen mit alternativen Operationalisierungen der Aufenthaltsdauer (OLS-Regression)⁹⁶

	Modell 1		Modell 2		Modell 3		Modell 4	
niedrige Bildung	0	(.)	0	(.)	0	(.)	0	(.)
mittlere Bildung	0.206**	(0.004)	0.207**	(0.003)	0.207**	(0.003)	0.206**	(0.004)
hohe Bildung	0.545***	(0.000)	0.547***	(0.000)	0.545***	(0.000)	0.538***	(0.000)
Geschlecht (männlich)	-0.0183	(0.769)	-0.0204	(0.742)	-0.0193	(0.756)	-0.0185	(0.766)
Alter	-0.0449	(0.117)	-0.0445	(0.119)	-0.0419	(0.136)	-0.0394	(0.162)
Einkommen	-0.00173	(0.966)	-0.00122	(0.976)	-0.00238	(0.953)	0.000357	(0.993)
In bezahlter Arbeit	0	(.)	0	(.)	0	(.)	0	(.)
In Ausbildung	0.241	(0.070)	0.236	(0.074)	0.235	(0.076)	0.241	(0.069)
Arbeitslos	-0.0918	(0.332)	-0.0917	(0.333)	-0.0926	(0.328)	-0.0902	(0.341)
Pensioniert	-0.181	(0.103)	-0.186	(0.100)	-0.198	(0.079)	-0.176	(0.113)
andere Beschäftigung	0.00668	(0.941)	0.000376	(0.997)	0.00354	(0.969)	0.00745	(0.934)
Verheiratet	-0.0843	(0.185)	-0.0835	(0.190)	-0.0837	(0.188)	-0.0856	(0.179)
Soziale Treffen	0.106***	(0.000)	0.107***	(0.000)	0.107***	(0.000)	0.108***	(0.000)
Urbaner Wohnort	0.0335	(0.633)	0.0345	(0.622)	0.0341	(0.626)	0.0336	(0.632)
Gewerkschaftsmitglied	0.358***	(0.000)	0.359***	(0.000)	0.358***	(0.000)	0.358***	(0.000)
Politisches Interesse	0.376***	(0.000)	0.377***	(0.000)	0.377***	(0.000)	0.377***	(0.000)
Internale Efficacy	0.359***	(0.000)	0.358***	(0.000)	0.357***	(0.000)	0.358***	(0.000)
Externale Efficacy	0.0889*	(0.021)	0.0897*	(0.020)	0.0898*	(0.020)	0.0890*	(0.021)
Regierungszufriedenheit	-0.112***	(0.000)	-0.112***	(0.000)	-0.112***	(0.000)	-0.113***	(0.000)
Westen	0	(.)	0	(.)	0	(.)	0	(.)
Osteuropa	-0.251**	(0.003)	-0.248**	(0.003)	-0.248**	(0.003)	-0.255**	(0.002)
Andere	-0.125	(0.112)	-0.126	(0.109)	-0.124	(0.116)	-0.127	(0.107)
Staatsbürgerschaft	0.0196	(0.790)	0.0194	(0.792)	0.0225	(0.759)	0.0454	(0.516)
Aufenthaltsdauer	0.0447	(0.120)						
max. 5 Jahre			0	(.)				
6-10 Jahre			-0.0188	(0.888)				
11-20 Jahre			0.109	(0.385)				
21-30 Jahre			0.0781	(0.596)				
>30 Jahre			0.168	(0.204)				
Aufenthalt (Jahre)					0.00332	(0.140)		
Aufenthalt >20 Jahre							0.0683	(0.344)
(Konstante)	-0.802***	(0.001)	-0.750**	(0.002)	-0.741**	(0.001)	-0.713**	(0.002)
Korrigiertes R ²	0.268		0.267		0.268		0.267	
N	2886		2886		2886		2886	

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder, nur ZuwanderInnen. Gewichtete Daten.

⁹⁶ In diesen Modellen wurde die Wirkung der Aufenthaltsdauer mit unterschiedlichen Operationalisierungen dieser Variable getestet:

- Modell 1: Aufenthaltsdauer zusammengefasst in Kategorien von 1 (< 5 Jahre) bis 5 (> 30 Jahre)
- Modell 2: Aufenthaltsdauer als kategoriale Variable in das Regressionsmodell eingeführt (Referenzgruppe sind die Personen mit der kürzesten Aufenthaltsdauer von maximal 5 Jahren)
- Modell 3: Aufenthaltsdauer in Jahren; allen ZuwanderInnen mit einer Aufenthaltsdauer von mehr als 50 Jahren sowie ZuwanderInnen zweiter Generation wurde der Wert 50 zugewiesen
- Modell 4: Dummyvariable, die abbildet, ob eine Person bereits seit mehr als 20 Jahren in ihrem neuen Aufenthaltsland lebt (1) oder nicht (0)

Die Auswahl der übrigen unabhängigen Variablen entspricht dem Modell 2 aus Kapitel 6.3.

Regressionstabelle 14. Konventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen in Abhängigkeit von migrationspezifischen Variablen, Bildungsniveau und Kontrollvariablen mit alternativen Operationalisierungen der Aufenthaltsdauer (OLS-Regression)⁹⁷

	Modell 1		Modell 2		Modell 3		Modell 4	
	0	(.)	0	(.)	0	(.)	0	(.)
niedrige Bildung								
mittlere Bildung	0.0653	(0.070)	0.0660	(0.067)	0.0653	(0.070)	0.0653	(0.070)
hohe Bildung	0.218***	(0.000)	0.219***	(0.000)	0.218***	(0.000)	0.218***	(0.000)
Geschlecht (männlich)	0.0353	(0.289)	0.0341	(0.305)	0.0353	(0.289)	0.0352	(0.290)
Alter	0.0230	(0.128)	0.0230	(0.126)	0.0230	(0.124)	0.0236	(0.110)
Einkommen	-0.0220	(0.318)	-0.0219	(0.322)	-0.0220	(0.318)	-0.0218	(0.325)
In bezahlter Arbeit	0	(.)	0	(.)	0	(.)	0	(.)
In Ausbildung	0.0976	(0.151)	0.0950	(0.161)	0.0976	(0.150)	0.0975	(0.151)
Arbeitslos	0.0104	(0.836)	0.0103	(0.838)	0.0104	(0.836)	0.0106	(0.833)
Pensioniert	-0.0544	(0.377)	-0.0581	(0.352)	-0.0544	(0.383)	-0.0539	(0.383)
andere Beschäftigung	0.0381	(0.405)	0.0346	(0.452)	0.0381	(0.405)	0.0379	(0.406)
Verheiratet	-0.0177	(0.598)	-0.0163	(0.628)	-0.0177	(0.599)	-0.0182	(0.588)
Soziale Treffen	0.0543***	(0.000)	0.0545***	(0.000)	0.0543***	(0.000)	0.0545***	(0.000)
Urbaner Wohnort	-0.0359	(0.330)	-0.0358	(0.332)	-0.0359	(0.330)	-0.0357	(0.332)
Gewerkschaftsmitglied	0.160***	(0.000)	0.161***	(0.000)	0.160***	(0.000)	0.160***	(0.000)
Politisches Interesse	0.130***	(0.000)	0.131***	(0.000)	0.130***	(0.000)	0.130***	(0.000)
Internale Efficacy	0.170***	(0.000)	0.169***	(0.000)	0.170***	(0.000)	0.170***	(0.000)
Externale Efficacy	0.0471*	(0.022)	0.0474*	(0.021)	0.0471*	(0.022)	0.0472*	(0.022)
Regierungszufriedenheit	-0.0343***	(0.000)	-0.0344***	(0.000)	-0.0343***	(0.000)	-0.0344***	(0.000)
Westen	0	(.)	0	(.)	0	(.)	0	(.)
Osteuropa	-0.0592	(0.168)	-0.0564	(0.196)	-0.0592	(0.171)	-0.0599	(0.163)
Andere	-0.0386	(0.340)	-0.0388	(0.340)	-0.0386	(0.342)	-0.0391	(0.335)
Staatsbürgerschaft	0.0214	(0.566)	0.0205	(0.584)	0.0213	(0.566)	0.0241	(0.509)
Aufenthaltsdauer	-0.000167	(0.991)						
max. 5 Jahre			0	(.)				
6-10 Jahre			-0.0492	(0.455)				
11-20 Jahre			-0.00794	(0.897)				
21-30 Jahre			-0.0339	(0.648)				
>30 Jahre			-0.0159	(0.805)				
Aufenthalt (Jahre)					-0.000010	(0.993)		
Aufenthalt >20 Jahre							-0.00701	(0.852)
(Konstante)	-0.573***	(0.000)	-0.557***	(0.000)	-0.573***	(0.000)	-0.574***	(0.000)
Korrigiertes R ²	0.176		0.175		0.176		0.176	
N	2886		2886		2886		2886	

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder, nur ZuwanderInnen. Gewichtete Daten.

⁹⁷ In diesen Modellen wurde die Wirkung der Aufenthaltsdauer mit unterschiedlichen Operationalisierungen dieser Variable getestet:

- Modell 1: Aufenthaltsdauer zusammengefasst in Kategorien von 1 (< 5 Jahre) bis 5 (> 30 Jahre)
- Modell 2: Aufenthaltsdauer als kategoriale Variable in das Regressionsmodell eingeführt (Referenzgruppe sind die Personen mit der kürzesten Aufenthaltsdauer von maximal 5 Jahren)
- Modell 3: Aufenthaltsdauer in Jahren; allen ZuwanderInnen mit einer Aufenthaltsdauer von mehr als 50 Jahren sowie ZuwanderInnen zweiter Generation wurde der Wert 50 zugewiesen
- Modell 4: Dummyvariable, die abbildet, ob eine Person bereits seit mehr als 20 Jahren in ihrem neuen Aufenthaltsland lebt (1) oder nicht (0)

Die Auswahl der übrigen unabhängigen Variablen entspricht dem Modell 2 aus Kapitel 6.3.

Regressionstabelle 15. Unkonventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen in Abhängigkeit von migrationspezifischen Variablen, Bildungsniveau und Kontrollvariablen mit alternativen Operationalisierungen der Aufenthaltsdauer (OLS-Regression)⁹⁸

	Modell 1		Modell 2		Modell 3		Modell 4	
	0	(.)	0	(.)	0	(.)	0	(.)
niedrige Bildung								
mittlere Bildung	0.141**	(0.004)	0.141**	(0.004)	0.142**	(0.004)	0.141**	(0.004)
hohe Bildung	0.327***	(0.000)	0.328***	(0.000)	0.327***	(0.000)	0.320***	(0.000)
Geschlecht (männlich)	-0.0536	(0.203)	-0.0545	(0.195)	-0.0546	(0.194)	-0.0538	(0.202)
Alter	-0.0679***	(0.001)	-0.0675***	(0.001)	-0.0649***	(0.001)	-0.0630**	(0.001)
Einkommen	0.0203	(0.458)	0.0206	(0.451)	0.0197	(0.473)	0.0222	(0.420)
In bezahlter Arbeit	0	(.)	0	(.)	0	(.)	0	(.)
In Ausbildung	0.143	(0.128)	0.141	(0.132)	0.137	(0.144)	0.143	(0.126)
Arbeitslos	-0.102	(0.136)	-0.102	(0.137)	-0.103	(0.134)	-0.101	(0.142)
Pensioniert	-0.126	(0.076)	-0.128	(0.080)	-0.144*	(0.048)	-0.122	(0.087)
andere Beschäftigung	-0.0314	(0.629)	-0.0342	(0.599)	-0.0345	(0.596)	-0.0305	(0.641)
Verheiratet	-0.0666	(0.129)	-0.0673	(0.129)	-0.0660	(0.133)	-0.0674	(0.127)
Soziale Treffen	0.0520***	(0.000)	0.0522***	(0.000)	0.0523***	(0.000)	0.0533***	(0.000)
Urbaner Wohnort	0.0694	(0.126)	0.0702	(0.121)	0.0701	(0.122)	0.0693	(0.127)
Gewerkschaftsmitglied	0.198***	(0.000)	0.198***	(0.000)	0.198***	(0.000)	0.198***	(0.000)
Politisches Interesse	0.246***	(0.000)	0.246***	(0.000)	0.247***	(0.000)	0.246***	(0.000)
Internale Efficacy	0.189***	(0.000)	0.189***	(0.000)	0.188***	(0.000)	0.189***	(0.000)
Externale Efficacy	0.0418	(0.102)	0.0423	(0.100)	0.0427	(0.095)	0.0418	(0.102)
Regierungszufriedenheit	-0.0773***	(0.000)	-0.0773***	(0.000)	-0.0773***	(0.000)	-0.0782***	(0.000)
Westen	0	(.)	0	(.)	0	(.)	0	(.)
Osteuropa	-0.192***	(0.001)	-0.191***	(0.001)	-0.189***	(0.001)	-0.195***	(0.001)
Andere	-0.0860	(0.110)	-0.0874	(0.105)	-0.0852	(0.115)	-0.0877	(0.104)
Staatsbürgerschaft	-0.00178	(0.972)	-0.00108	(0.983)	0.00119	(0.981)	0.0214	(0.658)
Aufenthaltsdauer	0.0449*	(0.027)						
max. 5 Jahre			0	(.)				
6-10 Jahre			0.0304	(0.753)				
11-20 Jahre			0.117	(0.178)				
21-30 Jahre			0.112	(0.270)				
>30 Jahre			0.184*	(0.047)				
Aufenthalt (Jahre)					0.00333*	(0.037)		
Aufenthalt >20 Jahre							0.0754	(0.143)
(Konstante)	-0.230	(0.148)	-0.194	(0.232)	-0.168	(0.271)	-0.140	(0.358)
Korrigiertes R ²	0.229		0.229		0.229		0.228	
N	2886		2886		2886		2886	

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Quelle: ESS (Runde 8, 2016/2017), 15 Länder, nur ZuwanderInnen. Gewichtete Daten.

⁹⁸ In diesen Modellen wurde die Wirkung der Aufenthaltsdauer mit unterschiedlichen Operationalisierungen dieser Variable getestet:

- Modell 1: Aufenthaltsdauer zusammengefasst in Kategorien von 1 (< 5 Jahre) bis 5 (> 30 Jahre)
- Modell 2: Aufenthaltsdauer als kategoriale Variable in das Regressionsmodell eingeführt (Referenzgruppe sind die Personen mit der kürzesten Aufenthaltsdauer von maximal 5 Jahren)
- Modell 3: Aufenthaltsdauer in Jahren; allen ZuwanderInnen mit einer Aufenthaltsdauer von mehr als 50 Jahren sowie ZuwanderInnen zweiter Generation wurde der Wert 50 zugewiesen
- Modell 4: Dummyvariable, die abbildet, ob eine Person bereits seit mehr als 20 Jahren in ihrem neuen Aufenthaltsland lebt (1) oder nicht (0)

Die Auswahl der übrigen unabhängigen Variablen entspricht dem Modell 2 aus Kapitel 6.3.

Alternative Definitionen der ZuwanderInnengruppe: Wirkung des Bildungsniveaus

Regressionstabelle 16. Gesamte, konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen erster Generation in Abhängigkeit von Bildungsniveau und Kontrollvariablen (OLS-Regression)⁹⁹

	Alle Formen		Konventionell		Unkonventionell	
	0	(.)	0	(.)	0	(.)
niedrige Bildung	0	(.)	0	(.)	0	(.)
mittlere Bildung	0.239***	(0.001)	0.0862*	(0.018)	0.153**	(0.002)
hohe Bildung	0.538***	(0.000)	0.230***	(0.000)	0.308***	(0.000)
Geschlecht (männlich)	0.00105	(0.987)	0.0386	(0.258)	-0.0375	(0.365)
Alter	0.00891	(0.748)	0.0373*	(0.011)	-0.0284	(0.139)
Einkommen	0.0507	(0.201)	-0.0226	(0.328)	0.0734**	(0.005)
In bezahlter Arbeit	0	(.)	0	(.)	0	(.)
In Ausbildung	0.341*	(0.010)	0.186*	(0.011)	0.156	(0.095)
Arbeitslos	-0.0367	(0.704)	0.0288	(0.580)	-0.0655	(0.326)
Pensioniert	-0.280*	(0.012)	-0.104	(0.096)	-0.176*	(0.015)
andere Beschäftigung	0.0365	(0.692)	0.0316	(0.491)	0.00487	(0.943)
Verheiratet	-0.0968	(0.131)	-0.0130	(0.708)	-0.0838	(0.052)
Soziale Treffen	0.111***	(0.000)	0.0592***	(0.000)	0.0515***	(0.000)
Urbaner Wohnort	-0.00590	(0.934)	-0.0501	(0.182)	0.0442	(0.333)
Gewerkschaftsmitglied	0.479***	(0.000)	0.221***	(0.000)	0.258***	(0.000)
Politisches Interesse	0.379***	(0.000)	0.137***	(0.000)	0.242***	(0.000)
Internale Efficacy	0.366***	(0.000)	0.178***	(0.000)	0.188***	(0.000)
Externale Efficacy	0.0714	(0.060)	0.0451*	(0.030)	0.0262	(0.290)
Regierungszufriedenheit	-0.107***	(0.000)	-0.0288***	(0.000)	-0.0783***	(0.000)
(Konstante)	-1.136***	(0.000)	-0.725***	(0.000)	-0.411**	(0.002)
Korrigiertes R ²	0.272		0.189		0.226	
N	2786		2786		2786	

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Quelle: ESS (Welle 8, 2016), 15 Länder, nur ZuwanderInnen erster Generation. Gewichtete Daten.

⁹⁹ Entspricht den Modellen aus Kapitel 6.2.1. Die Gruppe der ZuwanderInnen wurde auf die ZuwanderInnen erster Generation (d.h. Personen, die nicht in ihrem Aufenthaltsland geboren wurden) eingeschränkt.

Regressionstabelle 17. Gesamte, konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen (erweiterte Gruppe) in Abhängigkeit von Bildungsniveau und Kontrollvariablen (OLS-Regression)¹⁰⁰

	Alle Formen		Konventionell		Unkonventionell	
niedrige Bildung	0	(.)	0	(.)	0	(.)
mittlere Bildung	0.225***	(0.000)	0.0708*	(0.025)	0.154***	(0.000)
hohe Bildung	0.532***	(0.000)	0.224***	(0.000)	0.309***	(0.000)
Geschlecht (männlich)	-0.0182	(0.729)	0.0557	(0.055)	-0.0740*	(0.037)
Alter	-0.00935	(0.690)	0.0375**	(0.003)	-0.0469**	(0.003)
Einkommen	0.0164	(0.629)	-0.0214	(0.267)	0.0378	(0.093)
In bezahlter Arbeit	0	(.)	0	(.)	0	(.)
In Ausbildung	0.172	(0.095)	0.0882	(0.102)	0.0841	(0.248)
Arbeitslos	-0.0244	(0.773)	0.0414	(0.371)	-0.0658	(0.263)
Pensioniert	-0.177	(0.063)	-0.0870	(0.101)	-0.0896	(0.144)
andere Beschäftigung	0.0368	(0.675)	0.0529	(0.283)	-0.0161	(0.782)
Verheiratet	-0.0817	(0.139)	-0.0135	(0.663)	-0.0683	(0.067)
Soziale Treffen	0.116***	(0.000)	0.0619***	(0.000)	0.0539***	(0.000)
Urbaner Wohnort	0.0322	(0.573)	-0.0513	(0.094)	0.0834*	(0.029)
Gewerkschaftsmitglied	0.455***	(0.000)	0.214***	(0.000)	0.241***	(0.000)
Politisches Interesse	0.362***	(0.000)	0.122***	(0.000)	0.241***	(0.000)
Internale Efficacy	0.415***	(0.000)	0.203***	(0.000)	0.212***	(0.000)
Externale Efficacy	0.0919**	(0.006)	0.0512**	(0.004)	0.0406	(0.063)
Regierungszufriedenheit	-0.113***	(0.000)	-0.0277***	(0.000)	-0.0852***	(0.000)
(Konstante)	-1.072***	(0.000)	-0.780***	(0.000)	-0.292*	(0.013)
Korrigiertes R ²	0.275		0.195		0.224	
N	3997		3997		3997	

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Quelle: ESS (Welle 8, 2016), 15 Länder, erweiterte Gruppe der ZuwanderInnen. Gewichtete Daten.

¹⁰⁰ Entspricht den Modellen aus Kapitel 6.2.1. Die Gruppe der ZuwanderInnen wurde um jene Personen erweitert, die eine ausländische Mutter, aber einen im Aufenthaltsland geborenen Vater haben.

Alternative Definitionen der ZuwanderInnengruppe: Wirkung der migrationsspezifischen Variablen

Regressionstabelle 18. Gesamte, konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen erster Generation in Abhängigkeit von Bildungsniveau, migrationsspezifischen Variablen und Kontrollvariablen (OLS-Regression)¹⁰¹

	Alle Formen		Konventionell		Unkonventionell	
	0	(.)	0	(.)	0	(.)
niedrige Bildung	0	(.)	0	(.)	0	(.)
mittlere Bildung	0.217**	(0.005)	0.0801*	(0.039)	0.136*	(0.011)
hohe Bildung	0.537***	(0.000)	0.228***	(0.000)	0.309***	(0.000)
Geschlecht (männlich)	0.0255	(0.715)	0.0449	(0.239)	-0.0193	(0.679)
Alter	-0.0465	(0.181)	0.0152	(0.391)	-0.0616*	(0.010)
Einkommen	0.0306	(0.489)	-0.0270	(0.267)	0.0576	(0.054)
In bezahlter Arbeit	0	(.)	0	(.)	0	(.)
In Ausbildung	0.332*	(0.032)	0.134	(0.106)	0.197	(0.070)
Arbeitslos	-0.0605	(0.562)	0.0126	(0.820)	-0.0732	(0.329)
Pensioniert	-0.283*	(0.017)	-0.0974	(0.133)	-0.185*	(0.017)
andere Beschäftigung	0.0164	(0.867)	0.0350	(0.485)	-0.0186	(0.796)
Verheiratet	-0.0894	(0.198)	-0.0150	(0.687)	-0.0744	(0.118)
Soziale Treffen	0.101***	(0.000)	0.0566***	(0.000)	0.0449**	(0.002)
Urbaner Wohnort	0.0302	(0.697)	-0.0412	(0.317)	0.0714	(0.148)
Gewerkschaftsmitglied	0.410***	(0.000)	0.186***	(0.000)	0.225***	(0.000)
Politisches Interesse	0.376***	(0.000)	0.136***	(0.000)	0.240***	(0.000)
Internale Efficacy	0.328***	(0.000)	0.156***	(0.000)	0.172***	(0.000)
Externale Efficacy	0.0802	(0.056)	0.0520*	(0.024)	0.0282	(0.305)
Regierungszufriedenheit	-0.102***	(0.000)	-0.0300***	(0.000)	-0.0715***	(0.000)
Westen	0	(.)	0	(.)	0	(.)
Osteuropa	-0.284**	(0.001)	-0.0859	(0.058)	-0.198**	(0.001)
Andere	-0.146	(0.094)	-0.0265	(0.556)	-0.119*	(0.045)
Aufenthaltsdauer	0.0651	(0.061)	0.0196	(0.256)	0.0455	(0.059)
Staatsbürgerschaft	-0.0116	(0.884)	0.00254	(0.950)	-0.0142	(0.794)
(Konstante)	-0.899***	(0.000)	-0.625***	(0.000)	-0.275	(0.108)
Korrigiertes R ²	0.267		0.178		0.226	
N	2346		2346		2346	

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Quelle: ESS (Welle 8, 2016), 15 Länder, nur ZuwanderInnen erster Generation. Gewichtete Daten.

¹⁰¹ Die Auswahl der unabhängigen Variablen entspricht dem Modell 2, mit dem in Kapitel 6.3 die konventionelle bzw. die unkonventionelle politische Partizipation geschätzt wurde. Die Gruppe der ZuwanderInnen wurde auf die ZuwanderInnen erster Generation (d.h. Personen, die nicht in ihrem Aufenthaltsland geboren wurden) eingeschränkt.

Regressionstabelle 19. Gesamte, konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen (erweiterte Gruppe) in Abhängigkeit von Bildungsniveau, migrationsspezifischen Variablen und Kontrollvariablen (OLS-Regression)¹⁰²

	Alle Formen		Konventionell		Unkonventionell	
	0	(.)	0	(.)	0	(.)
niedrige Bildung	0	(.)	0	(.)	0	(.)
mittlere Bildung	0.212**	(0.001)	0.0612	(0.067)	0.150***	(0.001)
hohe Bildung	0.532***	(0.000)	0.227***	(0.000)	0.305***	(0.000)
Geschlecht (männlich)	-0.00623	(0.914)	0.0648*	(0.042)	-0.0711	(0.069)
Alter	-0.0382	(0.148)	0.0313*	(0.029)	-0.0695***	(0.000)
Einkommen	0.00204	(0.956)	-0.0170	(0.403)	0.0190	(0.454)
In bezahlter Arbeit	0	(.)	0	(.)	0	(.)
In Ausbildung	0.181	(0.114)	0.0713	(0.227)	0.110	(0.177)
Arbeitslos	-0.0243	(0.787)	0.0323	(0.506)	-0.0566	(0.380)
Pensioniert	-0.166	(0.099)	-0.0860	(0.121)	-0.0798	(0.222)
andere Beschäftigung	0.0314	(0.741)	0.0689	(0.207)	-0.0375	(0.540)
Verheiratet	-0.0582	(0.331)	-0.0104	(0.755)	-0.0478	(0.241)
Soziale Treffen	0.108***	(0.000)	0.0600***	(0.000)	0.0484***	(0.000)
Urbaner Wohnort	0.0692	(0.263)	-0.0440	(0.188)	0.113**	(0.006)
Gewerkschaftsmitglied	0.391***	(0.000)	0.178***	(0.000)	0.213***	(0.000)
Politisches Interesse	0.360***	(0.000)	0.118***	(0.000)	0.242***	(0.000)
Internale Efficacy	0.393***	(0.000)	0.193***	(0.000)	0.200***	(0.000)
Externale Efficacy	0.0810*	(0.024)	0.0481*	(0.013)	0.0329	(0.167)
Regierungszufriedenheit	-0.105***	(0.000)	-0.0285***	(0.000)	-0.0770***	(0.000)
Westen	0	(.)	0	(.)	0	(.)
Osteuropa	-0.281***	(0.000)	-0.0503	(0.205)	-0.231***	(0.000)
Andere	-0.144*	(0.039)	-0.0351	(0.339)	-0.109*	(0.023)
Aufenthaltsdauer	0.0321	(0.243)	-0.00113	(0.935)	0.0333	(0.090)
Staatsbürgerschaft	0.0364	(0.614)	0.0300	(0.412)	0.00638	(0.898)
(Konstante)	-0.910***	(0.000)	-0.721***	(0.000)	-0.189	(0.200)
Korrigiertes R ²	0.272		0.189		0.226	
N	3456		3456		3456	

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Quelle: ESS (Welle 8, 2016), 15 Länder, erweiterte Gruppe der ZuwanderInnen. Gewichtete Daten.

¹⁰² Die Auswahl der unabhängigen Variablen entspricht dem Modell 2, mit dem in Kapitel 6.3 die konventionelle bzw. die unkonventionelle politische Partizipation geschätzt wurde. Die Gruppe der ZuwanderInnen wurde um jene Personen erweitert, die eine ausländische Mutter, aber einen im Aufenthaltsland geborenen Vater haben.

Differenzierung nach Herkunft: Wirkung des Bildungsniveaus, der Aufenthaltsdauer und der Staatsbürgerschaft für westliche und nicht-westliche ZuwanderInnen

Regressionstabelle 20. Gesamte, konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen westlicher Herkunft in Abhängigkeit von Bildungsniveau, Aufenthaltsdauer, Staatsbürgerschaft und Kontrollvariablen (OLS-Regression)¹⁰³

	Alle Formen		Konventionell		Unkonventionell	
	0	(.)	0	(.)	0	(.)
niedrige Bildung	0	(.)	0	(.)	0	(.)
mittlere Bildung	0.186	(0.153)	0.00190	(0.976)	0.184*	(0.041)
hohe Bildung	0.545**	(0.003)	0.116	(0.193)	0.429***	(0.000)
Geschlecht (männlich)	-0.0357	(0.750)	0.0431	(0.487)	-0.0788	(0.297)
Alter	-0.107	(0.065)	-0.0169	(0.580)	-0.0903*	(0.018)
Einkommen	-0.0209	(0.775)	0.00695	(0.857)	-0.0278	(0.581)
In bezahlter Arbeit	0	(.)	0	(.)	0	(.)
In Ausbildung	-0.140	(0.613)	-0.0302	(0.822)	-0.110	(0.571)
Arbeitslos	-0.167	(0.375)	-0.0122	(0.905)	-0.154	(0.242)
Pensioniert	-0.0253	(0.882)	-0.0123	(0.897)	-0.0131	(0.904)
andere Beschäftigung	0.0294	(0.879)	0.107	(0.275)	-0.0781	(0.579)
Verheiratet	-0.0499	(0.660)	0.00761	(0.900)	-0.0575	(0.466)
Soziale Treffen	0.121***	(0.001)	0.0627***	(0.001)	0.0582*	(0.018)
Urbaner Wohnort	0.0796	(0.499)	-0.0148	(0.801)	0.0945	(0.228)
Gewerkschaftsmitglied	0.364**	(0.002)	0.143*	(0.021)	0.221**	(0.005)
Politisches Interesse	0.396***	(0.000)	0.159***	(0.000)	0.237***	(0.000)
Internale Efficacy	0.355***	(0.000)	0.192***	(0.000)	0.163***	(0.000)
Externale Efficacy	0.134	(0.059)	0.0889*	(0.011)	0.0454	(0.356)
Regierungszufriedenheit	-0.131***	(0.000)	-0.0479***	(0.001)	-0.0827***	(0.000)
Aufenthaltsdauer	0.0317	(0.516)	0.0433	(0.079)	-0.0116	(0.749)
Staatsbürgerschaft	-0.172	(0.182)	-0.0814	(0.220)	-0.0901	(0.303)
(Konstante)	-0.498	(0.263)	-0.797***	(0.000)	0.299	(0.308)
Korrigiertes R ²	0.254		0.188		0.201	
N	981		981		981	

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Quelle: ESS (Welle 8, 2016), 15 Länder, nur ZuwanderInnen mit Hintergrund aus einem westlichen Herkunftsland. Gewichtete Daten.

¹⁰³ Abgesehen von der Herkunft entspricht die Auswahl der unabhängigen Variablen dem Modell 2, mit dem in Kapitel 6.3 die konventionelle bzw. die unkonventionelle politische Partizipation geschätzt wurde. Es wurde nur die Gruppe der westlichen ZuwanderInnen in die Analyse miteinbezogen.

Regressionstabelle 21. Gesamte, konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation der ZuwanderInnen nicht-westlicher Herkunft in Abhängigkeit von Bildungsniveau, Aufenthaltsdauer, Staatsbürgerschaft und Kontrollvariablen (OLS-Regression)¹⁰⁴

	Alle Formen		Konventionell		Unkonventionell	
	0	(.)	0	(.)	0	(.)
niedrige Bildung	0	(.)	0	(.)	0	(.)
mittlere Bildung	0.202*	(0.017)	0.0903*	(0.036)	0.111	(0.057)
hohe Bildung	0.503***	(0.000)	0.242***	(0.000)	0.261***	(0.000)
Geschlecht (männlich)	-0.0126	(0.864)	0.0270	(0.487)	-0.0396	(0.428)
Alter	-0.0168	(0.613)	0.0343	(0.051)	-0.0511*	(0.028)
Einkommen	0.00000466	(1.000)	-0.0337	(0.207)	0.0337	(0.298)
In bezahlter Arbeit	0	(.)	0	(.)	0	(.)
In Ausbildung	0.368*	(0.015)	0.152	(0.057)	0.216*	(0.044)
Arbeitslos	-0.0464	(0.663)	0.0329	(0.558)	-0.0793	(0.318)
Pensioniert	-0.297	(0.056)	-0.0555	(0.526)	-0.242*	(0.014)
andere Beschäftigung	0.0186	(0.855)	0.0157	(0.752)	0.00295	(0.968)
Verheiratet	-0.102	(0.181)	-0.0321	(0.425)	-0.0704	(0.181)
Soziale Treffen	0.101***	(0.000)	0.0506***	(0.000)	0.0507**	(0.002)
Urbaner Wohnort	0.000749	(0.993)	-0.0518	(0.274)	0.0525	(0.344)
Gewerkschaftsmitglied	0.350***	(0.000)	0.171***	(0.000)	0.179**	(0.002)
Politisches Interesse	0.371***	(0.000)	0.124***	(0.000)	0.247***	(0.000)
Internale Efficacy	0.350***	(0.000)	0.155***	(0.000)	0.195***	(0.000)
Externale Efficacy	0.0703	(0.136)	0.0288	(0.265)	0.0414	(0.175)
Regierungszufriedenheit	-0.103***	(0.000)	-0.0281**	(0.002)	-0.0753***	(0.000)
Aufenthaltsdauer	0.0442	(0.219)	-0.0185	(0.293)	0.0627*	(0.013)
Staatsbürgerschaft	0.155	(0.085)	0.0804	(0.074)	0.0749	(0.233)
(Konstante)	-1.055***	(0.000)	-0.516***	(0.000)	-0.539**	(0.001)
Korrigiertes R ²	0.263		0.162		0.237	
N	1905		1905		1905	

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Quelle: ESS (Welle 8, 2016), 15 Länder, nur ZuwanderInnen mit Hintergrund aus einem nicht-westlichen Herkunftsland. Gewichtete Daten.

¹⁰⁴ Abgesehen von der Herkunft entspricht die Auswahl der unabhängigen Variablen dem Modell 2, mit dem in Kapitel 6.3 die konventionelle bzw. die unkonventionelle politische Partizipation geschätzt wurde. Es wurden nur die ZuwanderInnen aus osteuropäischen und „anderen“ (nicht-westlichen, nicht-europäischen) Ländern in die Analyse miteinbezogen.

9.5. Abstracts

9.5.1. *Deutsch*

Die politische Partizipation von Personen mit einem Migrationshintergrund ist für die Repräsentation ihrer Interessen ebenso wie für ihre (politische) Integration von großer Bedeutung. Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Frage, wie ZuwanderInnen das breite Spektrum der über die Stimmabgabe bei Wahlen hinausgehenden politischen Partizipationsmöglichkeiten in ihren Aufenthaltsländern nutzen. Anhand von Daten des European Social Survey werden sowohl das Ausmaß als auch die Art der Beteiligung der ZuwanderInnen analysiert. Die 15 europäische Länder umfassende Untersuchung kommt zum Ergebnis, dass ein Migrationshintergrund nur einen geringen Einfluss auf die politische Partizipation hat. ZuwanderInnen nutzen eher unkonventionelle Formen wie die Teilnahme an Demonstrationen oder die Online-Partizipation, als auf konventionelle, institutionalisierte Formen zurückzugreifen. Innerhalb der Personengruppe der ZuwanderInnen wird die Beteiligung in hohem Maße vom formalen Bildungsniveau determiniert. Während ZuwanderInnen aus westlichen Herkunftsländern, jene mit einer langen Aufenthaltsdauer und jene, die über die Staatsbürgerschaft ihres Aufenthaltslandes verfügen, auf einem ähnlichen Niveau partizipieren wie die Mehrheitsbevölkerung, werden andere ZuwanderInnengruppen deutlich seltener politisch aktiv. In der multiplen Regressionsanalyse zeigen nur manche der migrationsspezifischen Faktoren statistisch signifikante Effekte, was darauf hindeutet, dass die Herkunft, die Aufenthaltsdauer und die Staatsbürgerschaft die Partizipationsmöglichkeiten von ZuwanderInnen auch auf indirektem Weg begünstigen oder einschränken können.

9.5.2. *English*

Immigrants' political participation is essential for both their (political) integration and the representation of their interests in democratic decision-making processes. This thesis analyses the political participation of citizens with an immigrant background in their countries of residence. Using data from the European Social Survey, the study takes into account a broad range of different forms of non-electoral political participation. The quantitative analysis including data from 15 European countries shows that an immigrant background only has a limited influence on citizens' political participation and that immigrants prefer unconventional forms of participation such as taking part in demonstrations or participating online. Within the immigrant group, political participation levels are highly dependent on formal levels of education. Immigrants from Western countries, those who have already spent a long time in their host countries and those who have obtained citizenship participate almost as much as the majority population, whereas other immigrant groups' participation levels are substantially lower. Multiple linear regression analysis finds only some of these 'immigrant-specific' factors to be statistically significant predictors, indicating that the country of origin, the duration of stay and the citizenship status can also exert an indirect influence on immigrants' opportunities to become politically active.